Donnerstag, 3. Juli 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 151 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 35,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT



Schneller in den Süden

Der Weg in den Süden wird kürzer: Österreichs Bundeskanzler Vranitzky eröffnet heute in Kärnten 70 Kilometer Autobahn. Die neue „Alpen-Adria-Autobahn" (Foto: Teilstück vor dem Tauern-Massiv) verbindet die Tauern-Route mit der italienischen Autostrada nach Triest. Seiten 14 und 15

POLITIK

Zwangsarbeiter: Die sowjetischen Behörden sollen im Baltikum Tausende Menschen zwangsrekrutiert und zu Säuberungsarbeiten in das von Strahlen verseuchten Gebiet um Tschernobyl abkommandiert haben. (S. 8)

Flanke: Die NATO muß nach Auffassung des neuen norwegischen Verteidigungsministers Holst die Aktivitäten ihrer Marine an der Nordflanke der Allianz verstärken. Im strategisch wichtigen Nordmeer gehe die Zahl der US-Seemanöver ständig zurück.

Molotow: Einen ausführlichen Bericht hat die sowjetische Nachrichtenagentur Tass dem Leben des 1957 kaltgestellten Politikers gewidmet. Erstmals seit Jahren wurde der jetzt 96jährige ehemalige Mitarbeiter Stalins in der Sowjetpresse erwähnt, nachdem er 1984 diskret wieder in die Partei aufgenommen worden war.

Umschuldung: Ägypten hat seine wichtigsten Gläubigerstaaten um eine Umschuldung der fälligen Kredite gebeten. Nach Zeitungsberichten aus Kairo haben sich die USA, Italien und Spanien bereits positiv geäußert. (S. 5)

Wehretat: Die Verteidigungsausgaben sollen 1987 um 2,8 Prozent auf 51,3 Milliarden Mark steigen. Mit 21,7 Milliarden Mark – 42 Prozent der Gesamtausgaben – sind die Personalkosten der größte Einzelposten. (S. 8)

Demonstrationen: Bayern plant einen eigenen Gesetzentwurf zum Demonstrations-Strafrecht. Er soll ein Vermummungsverbot, ein Verbot der passiven Bewaffnung und außerdem eine Erweiterung des Tatbestands des Landfriedensbruchs enthalten.

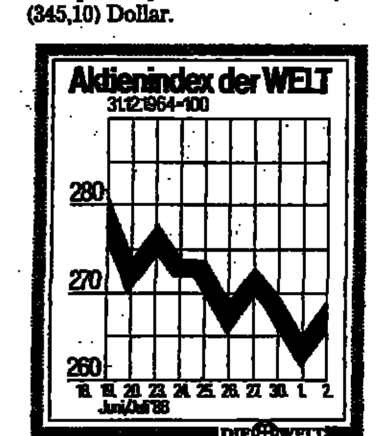
Ranglisten: Die Westdeutsche Rektorenkonferenz lehnt die zunehmende Zahl von Ranglisten über die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in der Art von „Bundesliga-Tabellen" ab, weil sie nach ihrer Auffassung nicht alle erforderlichen Indikatoren berücksichtigen und somit ein verzerrtes Bild liefern. (S. 4)

Aussiedler: Im ersten Halbjahr 1986 sind 15 930 deutsche Aussiedler aus Ostblockländern in der Bundesrepublik eingetroffen, 500 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Allein 9900 kamen aus Polen, 5000 aus Rumänien.

WIRTSCHAFT

Sanierung: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und Verringerung der Staatsschulden haben im Programm der niederländischen christlich-liberalen Regierung Priorität. So werden die Zuschüsse im sozialen Wohnungsbau gekürzt, Sozialleistungen im öffentlichen Dienst reduziert. (S. 10)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte haben sich erholt. Am Rentenmarkt bröckelten die Kurse öffentlicher Anleihen ab. WELT-Aktienindex 269,02 (265,04). BHF-Rentenindex 106,691 (106,720). BHF-Performance-Index 105,062 (105,061). Dollarmittelkurs 2,1855 (2,1829) Mark. Goldpreis je Feinunze 342,30 (345,10) Dollar.



KULTUR

Wanderer: Ein schwarz hingepinseltes „ok" leuchtet von den Plakaten der Londoner Tate Gallery und wirbt für die große Retrospektive zum 100. Geburtstag des „Wanderers" Kokoschka. Vibrationen und visionäres Flair. (S. 19)

Höfisch: In diesem Jahr ist der schlichte Rahmen mit einem Thema von besonderem Reiz ausgefüllt: Musique de Cour, also höfische Musik aus verschiedensten europäischen Residenzen; „Fêtes musicales" in Tours. (S. 19)

SPORT

Tennis: Claudia Kohde ist beim Turnier in Wimbledon auch im Mixed ausgeschieden. Zusammen mit ihrem Partner Pavel Slozil (CSSR) unterlag sie dem Paar Herr/Lozano (USA/Mexiko) mit 6:4, 3:6 und 4:6. (S. 7)

Galopp: Die Derby-Woche in Hamburg scheint zu einem finanziellen Fiasko zu werden; nur wenige Zuschauer kommen. Bei zehn Rennen wurden lediglich 627 180 Mark an den Wettschaltern umgesetzt. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Apostel: „ . . . erwirb es, um es zu besitzen": Mehr als 170 000 Mark sind zusammengetragen worden, um eine 450 Jahre alte Gruppe steinerner Apostelfiguren aus Nienburg (Foto) der Versteigerung im Londoner Auktionshaus Christie's zu entziehen. (S. 20)

Der Unbekannte: Er ist freundlich, hilfsbereit, aber gefährlich. Seit sieben Jahren jagt die Berliner Kripo einen falschen Polizisten, der bislang rund eine Million Mark Beute gemacht hat. (S. 20)

In London spricht Weizsäcker die offene deutsche Frage an

Bundespräsident dankt für den „spezifischen britischen Beitrag" in Europa

Co. **Bonn/London**

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat in London um Verständnis für den Wunsch geworben, die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden. Die osteuropäischen Völker dürften nicht das Gefühl bekommen, „als gäben wir uns damit zufrieden, für uns allein gerettet zu haben und zu schützen, was uns an Europa lieb und teuer ist. Jeder, der einmal an der Berliner Mauer, diesem miserablen Bauwerk, gestanden hat, fühlt, was gemeint ist", sagte Weizsäcker in einer Rede vor beiden Häusern des britischen Parlaments.

„Unser Ziel muß ein Frieden in Europa sein, der der Selbstbestimmung und den elementaren Menschenrechten Geltung verschafft", fuhr der Bundespräsident fort. „Nicht Grenzen zu verschieben, sondern ihnen den trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen, das ist der Einfluß, den die Europäer jenseits der Trennungslinie von uns erhoffen. Als Teil dieser gemeinsamen Aufgabe und nicht als isoliertes nationales Problem bitte ich Sie herzlich, auch die offene deutsche Frage zu verstehen."

Mit Nachdruck fragte Weizsäcker die in der Royal Gallery versammelten Abgeordneten, ob die Deutschen mit ihrem Beharren auf einer Offenhaltung der deutschen Frage den Nachbarn wirklich Grund zur Beunruhigung gäben. „Wäre es nicht viel beunruhigender, wenn Europa die freie Menschenwürde aus dem Auge verlieren würde, für die so viele Menschen seit einem halben Jahrhundert Opfer gebracht haben und auf die alle europäischen Völker hoffen?"

Allerdings komme man nicht mit dem Kopf durch die Wand, sondern nur mit Zähigkeit und Geduld voran, versicherte der Bundespräsident. Er bezeichnete es als „lebenswichtig", auf der Grundlage des unbezweifelbaren Schutzes der Freiheit eine bessere Verständigung mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten zu suchen. Dabei komme es darauf an, sich immer wieder rechtzeitig und aktiv um Einvernehmen zwischen Europäern und Amerikanern über die gemeinsame Politik zu bemühen.

Die Ehre, als erstes deutsches Staatsoberhaupt vor beiden Häusern des Parlaments zu sprechen, nannte Weizsäcker ein „bewegendes Zeichen der Freundschaft unserer Völker und des glücklichen Standes unserer Beziehungen". Er revanchierte sich mit Komplimenten für den „spezifischen britischen Beitrag", den Europa für seinen Ausbau dringend brauche. „Er besteht aus Ihrer historischen Erfahrung, Ihrer nüchternen Einsicht in die Entwicklung der Welt, Ihrem ideenreichen Pioniergeist und Ihrer pragmatischen Vernunft."

Der Bundespräsident kritisierte die europäische Agrarpolitik, rühmte aber die Perspektive einer engeren Europäischen Gemeinschaft. Sie bedeute nicht, „daß wir alle untereinander gleich sein müssen. Ein Europa, in dem ich nicht mehr mit Überzeugung und Heimatliebe ein Deutscher sein könnte, hielte ich weder für erstrebenswert noch für lebensfähig. Ich war immer schon der Überzeugung und bleibe dabei, daß ein guter Europäer kein schlechter Patriot sein muß. Mancher ist gerade deshalb kein schlechter Europäer, weil er ein guter Patriot ist."

DER KOMMENTAR

Große Rede

BERNT CONRAD

Der erste Auftritt eines deutschen Staatsoberhauptes vor beiden Häusern des britischen Parlaments war ein historisches Ereignis. Richard von Weizsäckers Rede ist der Bedeutung des Vorgangs gerecht geworden. Sie verband europäische Gesinnung mit patriotischer Haltung, politische Grundsatztreue mit pragmatischem Sinn für die Zukunft: im Grunde eine durchaus „britische" Mischung und deshalb im Schatten von Big Ben besonders angebracht.

Das gilt vor allem für die Art, in der Weizsäcker den Wunsch nach Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas plausibel gemacht hat – nicht mit dem Pathos nationaler Ansprüche, sondern unter Hinweis auf die Selbstbestimmung und die elementaren Menschenrechte, die für ganz Europa Geltung haben müßten. Darüber braucht in der Tat kein Nachbar beunruhigt zu sein.

Das Plädoyer des Bundespräsidenten für ein stärkeres Zusammenrücken der Europäischen Gemeinschaft in enger Partnerschaft mit den USA schloß die gelegentlich als un-, wenn nicht gar als anti-europäisch verschrieenen Briten mit herzlichem Nachdruck ein, und das zu Recht. Denn mögen die englischen Tugenden auch nicht immer bequem sein, für die EG sind sie unverzichtbar.

Besonders angenehm wird Weizsäckers Zuhörern sein Bekenntnis zu den auch in einem geeinten Europa unverändert legitimen nationalen Besonderheiten in den Ohren geklungen haben. Wer könnte auch ernsthaft annehmen, daß die Briten, ebenso wie Franzosen, Italiener oder Deutsche, sich eines Tages in europäische Einheitsgeschöpfe verwandeln könnten. Gerade in der Vielfalt liegt der Reichtum der Gemeinschaft.

Darum muß ein guter Europäer kein schlechter Patriot sein. Dies im House of Parliament überzeugend dargestellt zu haben, ist Weizsäckers Verdienst. Es wiegt schwerer, als manches Detail-Urteil, etwa über den Verlauf der Berner Menschenrechtskonferenz, gegen das man Bedenken anmelden kann.

Wallmann will Befangenheit vermeiden

Prüfung des Reaktors in Biblis ohne Vertreter des Betreibers und der Hersteller

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Das umstrittene Kernkraftwerk Biblis A wird von einer internationalen Expertenkommission geprüft, der keine Vertreter des Betreibers (RWE) und der Herstellerfirmen angehören werden. Der Bundesminister für Umwelt und Reaktorsicherheit, Walter Wallmann, begründete dies während einer von der CDU/CSU-Fraktion veranstalteten Öffentlichen Anhörung zum Thema „Internationale Standards der Reaktorensicherheit und des Haftungsrechts" in Bonn mit dem Hinweis darauf, daß auch der Hauch des Verdachtes einer Befangenheit vermieden werden müsse. Wörtlich sagte der Minister: „Das Wort von der Kernkraftlobby kennen wir doch."

Vergeblich versuchte die Kraftwerk Union AG Erlangen den Minister umzustimmen. Ihr nach Bonn entsandter Experte Wolfgang Braun sagte zu Wallmann: „Ihre Skepsis schmerzt mich." Ein Vorwurf wie der des Umweltministers sei gegen ihn noch nie erhoben worden. Braun meinte: „Wer denn sonst repräsentiert praktische Betriebserfahrung in Kernkraftwerken?"

Für die bevorstehenden Prüfungen durch die sogenannten Operational Safety Review Teams (OSART-Gruppen) der Internationalen Atomenergiebehörde, die Wallmann angefordert hat, regte Braun an, sie auf fünf Experten zu beschränken. Sie sollten „höchste Qualifikation" und Berufserfahrung mitbringen und aus Kreisen von Herstellern, Betreibern und Gutachtern kommen, die „kollegiale Fachgespräche" führen sollten. Nur so ließe sich verhindern, „das eine kritische Inspektionsatmosphäre entsteht", meinte Braun.

SEITE 9:
Standards für Reaktorsicherheit

Wallmann und die auch später mit der neuen Arbeitsgruppe „Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auftretenden Bundestagsabgeordneten Paul Laufs, Bernd Schmidbauer und Hermann Fellner bekräftigten, daß Sachverstand und Expertise der Fachleute bei der Politik jederzeit gefragt seien, in den Prüfer-Teams aber sollten klare Verhältnisse herrschen. Wallmann fügte hinzu, auf keinen Fall dürfe man „den Eindruck entstehen lassen, es würde etwas verkleistert"! Er wies in diesem Zusammenhang auf die Bundestagsdebatte hin, in der sogar hinsichtlich der Zusammensetzung der Strahlenschutzkommission Kritik geübt worden war.

Wichtige Ergebnisse der Anhörung, an der auch ihr Vorsitzender Professor Adolf Birkhofer teilnahm, sind nach den Worten von Laufs die Erkenntnis, daß rechtlich verpflichtende Standards zur Reaktorsicherheit nicht vorhanden sind und schnellstmöglich international verwirklicht werden müßten. Zu den Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehört auch, den Euratom-Vertrag über den Bereich des Strahlenschutzes hinaus auf die Genehmigung und Überwachung kerntechnischer Anlagen zu erweitern.

Gericht stellt Fragen an Israels Regierung

Im Fall des Geheimdienstchefs wird dem Staat die Beweislast auferlegt / Untersuchung

hav./DW. **Jerusalem**

Das Oberste Gericht Israels hat angeordnet, daß die Regierung in Jerusalem innerhalb von zwei Wochen die Gründe anzugeben habe, warum keine polizeiliche Ermittlung gegen den mittlerweile zurückgetretenen Chef des Geheimdienstes, Abraham Shalom, eingeleitet werden soll. Shalom wurde neben drei anderen Geheimdienstbeamten in der vergangenen Woche vom Staatspräsidenten für die ihm zur Last gelegte Ermordung von zwei palästinensischen Geiselmördern vor zwei Jahren begnadigt. Die Regierung hatte die Begnadigung angeregt und beim Präsidenten befürwortet. Sie war von der Annahme ausgegegangen, daß dadurch eine polizeiliche Ermittlung und öffentliches Aufsehen vermieden werden könnten.

Dem Obersten Gericht waren auch fünf Anträge auf Widerruf der Begnadigung vorgelegt worden. Hier befanden die Richter, daß der Staatspräsident nicht zur Rechenschaft gezogen werden könne, und ließen deshalb seinen Namen aus der Verwaltungsklage streichen. Jedoch kann der Justizminister, der den Begnadigungsakt gegenzeichnete, belangt werden.

Das Gericht behielt sich außerdem das Recht vor, die Begnadigung als nicht Rechtens zu erklären und forderte von den vier Begnadigten präzisere Erläuterungen zum Begnadigungsantrag, den sie an den Staatspräsidenten gerichtet hatten.

So hatte der Ex-Geheimdienstchef Shalom mit Bezug auf den Vorfall vor zwei Jahren erklärt: „Ich handelte mit Erlaubnis und Vollmacht."

Sowohl Minister und Abgeordnete der regierenden Arbeiterpartei als auch Oppositionspolitiker haben in der Vergangenheit wiederholt gefordert, daß die genauen Umstände des Todes der beiden Palästinenser und der Verdacht untersucht werden müsse, der damalige Ministerpräsident Yitzhak Shamir habe eine Vertuschung der Affäre unterstützt. Shalom wird beschuldigt, Mitarbeitern Anweisung gegeben zu haben, die beiden Palästinenser nach einem Verhör zu erschlagen. Nach Angaben aus Regierungskreisen vom Dienstag beruft er sich darauf, von Shamir generelle Vollmacht gehabt zu haben, für Geiselnahmen verantwortliche Terroristen zu töten.

Shalom war in der vergangenen Woche angesichts wachsender Kritik in der israelischen Öffentlichkeit von seinem Posten zurückgetreten. Kritik gilt auch dem Umstand, daß Herzog mit der Gewährung von Straffreiheit einem möglichen Verfahren vorgegriffen und damit seine Befugnisse überschritten habe.

Die Fraktion der Arbeiterpartei im israelischen Parlament hatte sich am Dienstag einstimmig für die Einberufung einer Untersuchungskommission in der Affäre um den Geheimdienst ausgesprochen. Begründet wurde dieser Vorstoß mit der Forderung, daß die Atmosphäre in dem Lande „gesäubert" und die juristischen und demokratischen Institutionen in Israel geschützt werden müßten.

Neun Milliarden an „Trümmerfrauen"

DW. **Bonn**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat die Kosten für die stufenweise Einbeziehung der „Trümmerfrauen" bei der Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht für die Zeit bis 1991 auf mehr als neun Milliarden Mark beziffert. Nach seinen Angaben werden von der Regelung, die die Koalitionsparteien am Dienstagabend beschlossen hatten, insgesamt mehr als vier Millionen Frauen profitieren.

Der Koalitionsbeschluß sieht vor, daß die vor 1921 geborenen Frauen vom 1. Oktober 1987 an stufenweise in die erweiterte „Baby-Jahr-Regelung" einbezogen werden. Begonnen werden soll mit den Jahrgängen 1906 und früher.

Die Mittel für die Umsetzung dieses Vorhabens sollen durch Haushaltsentlastungen in einer Höhe von 2,6 Milliarden Mark pro Jahr beschafft werden.

Seiten 2 und 9: Weitere Beiträge

Erfolgreicher SDI-Versuch

SAD, **Washington**

Die USA haben nach den Worten ihres Verteidigungsministers Weinberger einen bedeutsamen Erfolg für ihr Projekt einer Raktenabwehr im Weltraum (SDI) erzielt. Bei einem Test am 27. Juni in New Mexiko sei es gelungen, ein raketengetriebenes Zielobjekt mit einer vom Boden gestarteten Rakete zu zerstören. Damit sei das von Präsident Reagan angestrebte Ziel eines Schirms gegen anfliegende Flugkörper einen Schritt näher gerückt.

Das Zielobjekt wurde bei dem Versuch in 14 000 Meter Höhe von einem Flugzeug abgesetzt. 20 Sekunden später sei die Rakete gestartet, habe mit dreifacher Schallgeschwindigkeit zu ihrem Ziel aufgeschlossen und es in 4000 Meter Höhe zerstört. „Das war ein bedeutsamer Durchbruch, der uns der erforderlichen Zielgenauigkeit näher gebracht hat, um Flugkörper in der Atmosphäre nicht-nuklear abzufangen", sagte Weinberger.

Pretoria gibt neue Pässe aus

AP, **Johannesburg**

Nach der Aufhebung der umstrittenen Paßgesetze in Südafrika haben die Behörden gestern mit der Ausgabe der neuen Ausweise an Schwarze begonnen, in denen erstmals keine Angaben über die Rasse des Inhabers enthalten sind. Sie lösen die Paßbücher ab, die Schwarze beim Aufenthalt in „weißen" Gebieten ständig bei sich tragen und vorzeigen mußten. Auch Weiße, Inder und Mischlinge sollen in den nächsten fünf Jahren die neuen Ausweise erhalten, damit alle Südafrikaner eine einheitliche Identitätskarte besitzen. Die Aufhebung der Paßgesetze war der wichtigste Punkt eines vom Parlament verabschiedeten Reformpakets, das am Dienstag in Kraft getreten war.

Die Polizei rief unterdessen die Einwohner von Johannesburg zu größerer Wachsamkeit auf, da mit weiteren Bombenanschlägen zu rechnen sei. Bei einer Explosion waren vorgestern acht Menschen verletzt worden.

„Ideologie-Kurs" in Polen

DW. **Warschau**

Der Ideologie-Ausschuß des zehnten Kongresses der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei will den neuen „ideologischen Feldzug" fortsetzen. An der Debatte über dieses Thema beteiligte sich jedoch nur die Hälfte der zwei Millionen Partei-Mitglieder, die ihrer Organisation zunehmend gleichgültig gegenüberstehen. Der Partei ist es nicht gelungen, mehr als eine Million Mitglieder wiederzugewinnen, die ausgetreten oder ausgeschlossen worden waren.

Seite 8: Kreml erinnert an Schwächen

Papst fordert Terrorbekämpfung

DW. **Bogota**

Papst Johannes Paul II. hat zu Beginn seines Besuches in Kolumbien soziale Gerechtigkeit in der Dritten Welt und die Bekämpfung des Terrorismus gefordert: „Wir sind Augenzeugen wiederholter Angriffe gegen den Frieden, die ihren Ursprung in politischen sowie wirtschaftlichen Faktoren haben und durch die Einmischung der Ideologien ausländischer Mächte noch verschärft werden". Hunderttausende Kolumbianer bereiteten Johannes Paul II. bei seiner Ankunft einen stürmischen Empfang.

Bangemann will Wien beruhigen

lz. **München**

Im Namen der Bundesregierung möchte Wirtschaftsminister Bangemann (FDP) am Wochenende in Hamburg bei einem Treffen mit Österreichs Vizekanzler Steger „Irritationen abbauen", die durch die Zurückweisung österreichischer Atomgegner an der bayerischen Grenze entstanden sind. Bangemann: „Die Einreiseverweigerungen sind zwischen befreundeten Staaten eine politisch unangemessene Maßnahme."

Seite 4: CSU keineswegs wacker

Ausschuß erörtert Einreise-Verbot

gba. **Bonn**

Auf Antrag der SPD ist der Innenausschuß des Bundestages zu einer Sondersitzung aus der Sommerpause gerufen worden, um das von der bayerischen Regierung verfügte Einreise-Verbot für österreichische Demonstranten gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zu erörtern. 1977 hatte die SPD/FDP Regierung die Rückweisung ausländischer Demonstranten mit unfriedlicher Absicht angeordnet.

Seite 4: Bonn erinnert

Chinas Kontakte zu Osteuropa

DW. **Peking**

Die kommunistische Partei Chinas will ihre Kontakte zu den sozialistischen Parteien in den Staaten Osteuropas in verstärktem Umfang wieder aufnehmen und fortentwickeln. Diese „Marschroute" gab gestern ein Sprecher des Außenministeriums in Peking bekannt. Die Beziehungen zu den kommunistischen Parteien Osteuropas sind seit mehr als 20 Jahren wegen des ideologischen Zerwürfnisses zwischen China und der Sowjetunion praktisch erloschen.

Wird Sokolow bald abgelöst?

dpa, **Moskau**

Westlichen Militärattachés in Moskau ist angedeutet worden, daß UdSSR-Verteidigungsminister Marschall Sergej Sokolow möglicherweise schon in absehbarer Zeit von seinem Posten abgelöst werden könnte.

Der seit 1978 im Range eines Marschalls der Sowjetunion stehende Sokolow gehört zur Breschnew-Generation und wurde von dem Ende 1982 verstorbenen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew gefördert. Sokolow ist seit 1984 im Amt.

Managua wird mehr Waffen aus dem Ostblock kaufen

Konfrontation mit den USA vor dem Sicherheitsrat

DW. **Managua/New York**

Nicaragua wird seine Waffenkäufe im Ostblock verstärken. Der Vizekoordinator der „Sandinistischen Front" (FSLN), Kommandant Bayardo Arce, begründete diesen Schritt mit einer angeblich wachsenden Gefahr einer amerikanischen Invasion. „Wenn Reagan mit seinen Söldnern scheitert, bleiben ihm nur noch zwei Wege: Invasion oder Verhandlung. Und seiner Logik nach wird er sich für den ersten Weg entscheiden", meinte er.

Vor der Auslandspresse behauptete Arce außerdem, seine Regierung werde sich weiterhin für Blockfreiheit, eine gemischte Wirtschaft und Pluralismus einsetzen, rechtfertigte aber gleichzeitig die Schließung der einzigen Oppositionszeitung „La Prensa" mit der Bemerkung, sie sei immer Sprachrohr Washingtons gewesen.

Arce richtete auch eine scharfe Warnung an die Angehörigen der nicaraguanischen Opposition, die ins Ausland reisen und sich dort „wie Agenten der Reagan-Regierung gebärden". Ihnen würde es wie dem Sprecher der katholischen Kirche, Bismarck Carballo, ergehen, dem Ende letzter Woche die Rückreise verboten worden war.

Der Generalsekretär der US-Bischofskonferenz, Daniel Hoye, erklärte dazu, die Maßnahme gegen Carballo scheine als direkte Warnung an den Kardinal Erzbischof von Managua, Miguel Obando y Bravo, gemeint gewesen zu sein. Obando gilt als einflußreichste Persönlichkeit der nicaraguanischen Opposition.

Unterdessen kam es vor dem Sicherheitsrat der UNO in New York zu einem heftigen Wortwechsel zwischen dem nicaraguanischen Außenminister Pater Miguel D'Escoto Brockmann und dem amerikanischen UNO-Botschafter Vernon Walters. Die 100 Millionen Dollar Militärhilfe der USA an die Contras stellten eine wahre „Kriegserklärung" dar, sagte D'Escoto. Der US-Delegierte hielt ihm entgegen, die amerikanische Haltung befände sich im Einklang mit internationalem Recht und den Idealen der UNO-Charta.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Altersausgrenze

Von Peter Gillies

Wenn ein Arbeiter oder Angestellter, etwa zwischen 58 und 63 Jahre alt, heute durch seinen Betrieb geht, zieht er gewisse und wissende Blicke auf sich. Eigentlich könnte der doch schon längst im Ruhestand sein, den Lebensabend genießen und seinen begehrten Arbeitsplatz für Jüngere freimachen. So wispert es hinter seinem Rücken. Der Kollege, der Meister oder der Betriebsrat versuchen sich in etwas, was sie sonst empört ablehnen: Ausgrenzung. Man schubst Leute in den Vorruhestand.

Der Trend, immer früher „in Rente" zu gehen oder zu schicken, gilt (oder galt) als fortschrittlich. Jedoch ist er weder für den Betroffenen, noch für die Gesellschaft, den Arbeitsmarkt oder gar die soziale Sicherung erstrebenswertes Ideal. Der kolonnenhafte Abmarsch aus dem Arbeitsleben unter entsprechendem Druck verkennt, daß es sich hier nicht um die Umbuchung eines Arbeitsplatzes in den Ruhestand handelt, sondern um einen Menschen, dessen Leistung, Energie, Kreativität und Erfahrung nicht an Kalenderstichtagen erlöschen.

Bundeskanzler Kohl wies dieser Tage darauf hin, daß eine Gesellschaft, die so stark auf Flexibilität angewiesen ist wie die deutsche, hier nicht starr bleiben sollte. Wer länger arbeiten will, sollte dies tun dürfen. Die Sozialpolitik habe beide Wege offenzuhalten. Wie es Mitarbeiter gibt, die den 58. Geburtstag herbeisehnen, um sich zu verabschieden, gibt es andere, die einen gleitenden Ruhestand bevorzugen. Personalchefs wissen, daß ein Fünfundzwanzigjähriger, der einen Sechzigjährigen hinauskegelt, nicht zwingend eine Bereicherung des Betriebs darstellt.

Nicht entscheidend, aber sehr wichtig ist das Rentenproblem. Heute wissen wir, daß die weitere Herabsetzung des Ruhestandes das fragile Finanzgebäude der Alterssicherung aufs höchste gefährdet. Auch wegen der wachsenden Alterslast des Sozialsystems muß dieser Trend umgekehrt, also der Gruppendruck auf die betreffenden Jahrgänge verringert werden. Die Anforderungen an die Flexibilität im Arbeitsleben steigen und werden genutzt; daß man sie auf die Altersgrenze ausdehnt, liegt in der Logik der Effektivität – und des Menschen.

Der Tornado-Absturz

Von Rüdiger Moniac

Zwei Jahre nach dem Absturz eines „Tornado"-Kampfflugzeuges bei Holzkirchen kommen die Erschütterungen in Bonn an. Zwei Menschen mußten damals sterben, weil, wie sich heute herausstellt, die Ingenieure und Piloten ein Phänomen noch nicht genau kannten, das mit dem Wort „elektronische Verträglichkeit" der äußerst komplizierten Avionik, also der elektronischen Flugsteuerung des „Tornado" gegenüber Radiowellen beschrieben ist.

Betroffen macht nun die Verantwortlichen aller Stellen im Verteidigungsministerium ebenso wie im Bundestag, daß es zwar schon Hinweise darüber gab, wie gefährlich möglicherweise Radiowellen von einer bestimmten Feldstärke an für die Flugsteuerung der Maschine werden könnten. Die Hinweise waren aus Großbritannien gekommen, wo die Luftwaffe erste solche Unfallerkenntnisse untersucht hatte. Die deutschen Stellen haben anscheinend diese Hinweise auch registriert und sie zum Anlaß weiterer Untersuchungen genommen. Dennoch aber mußten die beiden Offiziere sterben – nach allem, was man bisher weiß, weil die britischen Warnungen die deutsche Situation nicht zu treffen schienen.

In der Zwischenzeit führten die Untersuchungen dazu, daß alle „Tornado"-Flugzeuge mit neuen technischen Vorkehrungen ausgestattet werden. Die Frage aber bleibt, ob das nicht alles zu spät kommt und warum solche technischen Phänome nicht schon in der Testphase neuer Flugzeugmuster eingehend untersucht werden. Nun hat der Mensch seit jeher auch aus den Fehlleistungen gelernt, die er einer von ihm erfundenen Technik abverlangte. Kann oder muß das bei Kampfflugzeugen anders sein? Bei dem jetzigen Erkenntnisstand im Bonner Verteidigungsministerium ist ein endgültiges Urteil schlicht nicht möglich, ob sich jemand falsch verhalten hat, ob damals (und darauf kommt es an) schon erkennbar war, daß man zusätzliche Vorkehrungen treffen mußte. Vielleicht wird es auch am Ende nicht erlaubt sein, irgend jemand „die Schuld" zu geben. Jedenfalls stellt sich jetzt schon heraus, daß der Flugzeugabsturz sich kaum dazu eignet, parteipolitisch ausgeschlachtet zu werden.

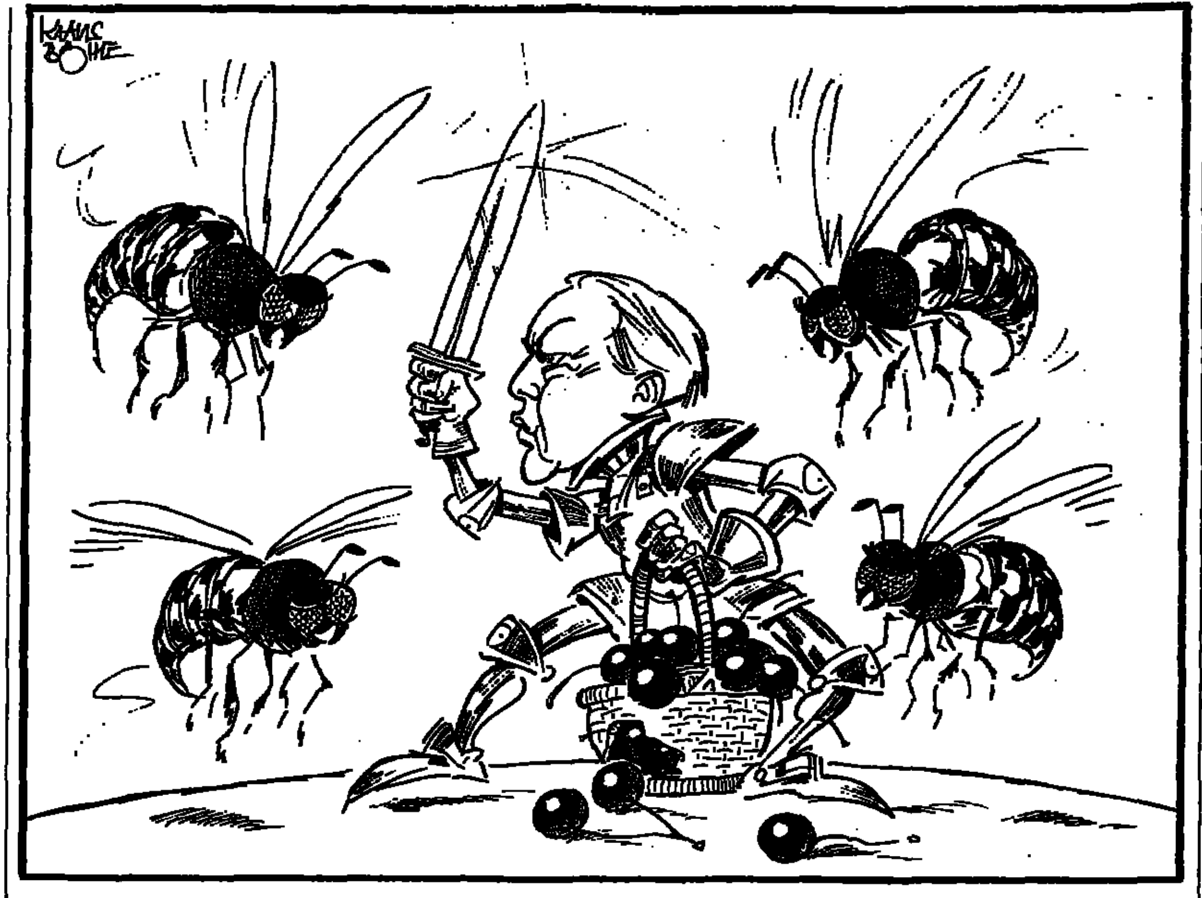
Keine Vermittlung

Von Günter Friedländer

Eine der wichtigsten Erklärungen des Papstes gelegentlich seines Kolumbien-Besuches wurde bereits während der Reise vor Journalisten vorweggenommen: Er nehme weder die Einladung der „Bewaffneten Streitkräfte der Kolumbianischen Revolution" (FARC) an, ihre militärischen Führer in einem Versteck in den Bergen zu besuchen, noch das Gesuch der „Bewegung 19. April" (M-19), in Kolumbiens „bewaffnetem Konflikt" zu vermitteln. Kolumbien „ist souverän mit Institutionen und Autoritäten, die zuerst verantwortlich dafür sind, ihre Probleme zu lösen". Kolumbiens Bischöfe seien in besserer Lage, an der Lösung der Probleme mitzuwirken.

Diese Absage behandelte der Papst ausführlich in einer Rede, als Präsident Belisario Betancur, der künftige Präsident Virgilio Barco, frühere Präsidenten und dreihundert politische Führer des Landes (darunter auch Führer der FARC, die den Waffenstillstand mit der Regierung respektiert haben und an den letzten Wahlen mit einer eigenen Partei an der Seite der Kommunisten teilnahmen), ihn willkommen hießen. Der Versuch der Rebellen, die Kolumbiens inneren Frieden seit fast vier Jahrzehnten stören, sich als souveräne Macht hochzuspielen, ist damit zurückgewiesen worden. Hier geht es nicht um eine Situation, wie sie zwischen Argentinien und Chile bestand, als ein bitterer Grenzstreit dank der Vermittlung des Papstes beigelegt werden konnte.

Der Papst fand freundliche Worte für Belisario Betancurs „generöse" Versuche, Frieden im eigenen Land und in Mittelamerika herzustellen. Er kritisierte die USA, ohne sie zu nennen, als er versicherte, Lateinamerikas Schuldenfrage könne nicht mit Methoden der Marktwirtschaft gelöst werden, die „keine Seele und keine moralischen Kriterien" kennt. Vor allem aber forderte er Kolumbiens Politiker auf, eine Nation zu schaffen, „die sich an christliche Werte hält und die Menschenrechte respektiert". Wie sieht es da mit der „Befreiungs-Theologie" aus? Man erwartet, daß der Papst während der siebenundzwanzig Predigten, die er in elf Städten des Landes halten will, dazu Stellung nehmen wird.



KLAUS BÖHLE

Wo Langatmigkeit gefällt

Von Heinz Heck

Der Verhandlungsablauf war symbolträchtig: Erst verabschiedete das Kabinett am Dienstag den Entwurf des Bundeshaushalts 1987. Dann befaßte sich eine Koalitionsrunde mit dem Thema „Trümmerfrauen". Ob (von Stoltenberg) beabsichtigt oder nicht: Zunächst wurde „sein" Etat unter Dach und Fach gebracht; dann erst wurde um eine Lösung gerungen, die den Bundeshaushalt nicht belasten soll.

Sie ist ein Schulbeispiel dafür, wie man es nicht machen sollte: Die Koalition erhöht soziale Leistungen, um formal einen Spielraum für weitere Leistungssteigerungen zu gewinnen. Für ältere Arbeitslose soll das von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zu zahlende Arbeitslosengeld abermals erhöht werden. Damit geht die Belastung des Bundeshaushalts mit Arbeitslosenhilfe (in geringerem Umfang) zurück. Der Finanzminister erhält Spielraum, um die Renten der älteren Frauen zu erhöhen.

Rein zufällig entstehen die Mehrbelastungen gerade dort, wo in den letzten Jahren ein paar Milliarden Mark Reserven angesammelt wurden. Ob dies von Dauer ist, steht dahin. Wenn nicht, muß vielleicht schon bald wieder der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung erhöht werden, steigen also die ohnehin an der Weltspitze liegenden Lohnnebenkosten weiter an.

Hinzu kommt: Die vorgestern beschlossene zeitliche Staffelung der älteren Jahrgänge ist voraussichtlich politisch ebensowenig durchzuhalten wie die zunächst gesetzlich festgelegte Ausklammerung der „Trümmerfrauen" bei der Anrechnung von rentensteigernden Kindererziehungszeiten überhaupt. Das Ergebnis wäre eine noch stärkere Ausgabenbelastung, für die erneut nach Deckung gesucht werden müßte.

Längere Zahlung des Arbeitslosengelds ist ebenso wünschenswert wie die Zahlung des Babyjahrs an „Trümmerfrauen". Die entscheidende Frage ist, ob man sich alles Wünschenswerte leisten kann, ohne die finanzpolitische Solidität zu gefährden. Die Verschiebungen zwischen Nürnberg und Bonn zeigen Anklänge an die Verschiebetricks, in denen SPD-Arbeitsminister Ehrenberg in den ausgehenden siebziger Jahren eine traurige Meisterschaft erlangte. Dieser jüngste Fall macht erneut deutlich, in welch hehrem Gewande Anfechtungen an die Politiker daherkommen. Das bisher erst in Umrissen bekannte Modell zeigt, daß die Finanzierung eben noch keineswegs gesichert ist.

Regierung und Koalition stehen heute in der Haushaltspolitik schon am Wechsel zur nächsten Legislaturperiode. Sie müssen auch mit dem Etat ihre Konturen für die nächsten vier Jahre sichtbar machen. Die Erfahrung lehrt, daß der vielbeschworene mündige Bürger Sparsamkeit honoriert. Stoltenbergs Kraftakt, die Zuwachsraten über die ganze Strecke unter drei Prozent und damit unter dem Zuwachs des Bruttosozialprodukts zu halten, hat ihm bei der Opposition den Schmähruf des „Fiskalisten" eingetragen. Der aber wurde in der öffentlichen Meinung flugs in ein Kompliment umgewandelt. Kein anderer Politiker kann sich an Popularität mit ihm messen.

Der seit dem Regierungswechsel 1982 – mit einigen Einschränkungen – durchgehaltene Sparkurs muß auf Jahre fortgesetzt werden. Stoltenberg hat nach der Etatverabschiedung im Kabinett erklärt, es gebe „keinen Spielraum für neue kostspielige Ausgabengesetze". Die Koalition muß, wenn sie im Januar 1987 vom Wähler bestätigt wird, vor allem Luft schaffen für eine wirkliche Steuerreform. Ihr Finanzbedarf ist höher zu veranschlagen als der der zweistufigen Steuersenkung 1986/88 mit insgesamt rund zwanzig Milliarden Mark. Denn diese bisher größte Steuersenkung führt lediglich die Steuerquote 1988 auf das Niveau von 1982 zurück. Wenn Leistung sich wieder lohnen soll, muß der Staat über die ganze Belastungskurve hinweg, also vom Grundfreibetrag bis hin zum politisch umfehdeten Spitzensteuersatz, seine finanziellen Anforderungen an den Steuerzahler deutlich sichtbar zurückschrauben – nicht nur auf das ihm vor allem durch die Progression automatisch zufließende Plus verzichten. Unter dreißig Milliarden Mark dürfte die echte Entlastung also nicht liegen.



Die Konsolidierung ist erst am Anfang: Stoltenberg
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Sie sollte brutto allerdings erheblich höher sein, um einen größeren Gestaltungsspielraum für die Reform zu schaffen. Die Differenz sollte durch Subventionsabbau gegenfinanziert werden. Soweit Steuererhöhungen im Rahmen der EG-Steuerharmonisierung erforderlich werden, können sie nur in geringem Umfang dazu beitragen. Der bereits vor und nach 1982 laut angekündigte Subventionsabbau duldet keinen Aufschub mehr. Hieran wird der Erfolg in Zukunft gemessen, nicht an der Phantasie im Geldausgeben.

Insofern vermag man Stoltenberg nicht zu folgen, wenn er die „Hauptprobleme" auf der Einnahmeseite ortet. Zu den Hauptproblemen gehört nicht der schrumpfende Bundesbankgewinn. Dieser hat mit zweistelligen Milliardenbeträgen nämlich erst den Verzicht auf stärkere Ausgabenschnitte in den letzten Jahren ermöglicht. Stoltenbergs Hauptproblem sind Politiker in den eigenen Reihen, die die SPD im Verteilen übertreffen möchten. Dies ist nicht nur ein vergebliches, sondern auch ein gefährliches Unterfangen.

Wenn sich die Bonner Koalition hier auf einen unedlen Wettstreit einläßt, gehen ihr gerade die Konturen verloren, mit denen sie 1983 die Wahl gewonnen hat. Mit den beeindruckenden Leistungen in der Haushaltskonsolidierung wurde erst der Anfang gemacht bei der Lösung eines Problems, das nicht zuletzt angesichts der von der Vorgängerregierung übernommenen Erblast gewaltiger Zinszahlungen den sprichwörtlichen langen Atem erfordert.

IM GESPRÄCH Gustavo Petricioli

Bürokrat ohne Ehrgeiz?

Von Friedrich Bast

In nur sechs Zeilen teilte Mexikos Präsident den überraschenden Rücktritt des Finanzministers Jesus Silva Herzog (51) und die Ernennung seines Nachfolgers Gustavo Petricioli (57) mit. Beide haben Wirtschaftskunde an der Universität von Yale studiert, aber damit hören die Gemeinsamkeiten schon auf.

Silva Herzog, ein Überlebender der Regierung Lopez Portillo im Kabinett Miguel de la Madrids, ist ein Individualist, der sein Licht nicht unter den Scheffel stellt. Diesen Luxus kann sich in der Einparteiregierung der Institutionalisierten Mexikanischen Revolution (PRI) niemand ungestraft leisten, es sei denn, er wäre Mexikos Präsident. Silva Herzog wollte das als Nachfolger de la Madrids werden, aber er führte seine Verhandlungen über Mexikos Auslandsschuld mit seinen amerikanischen Freunden so, als sei er es bereits, und scheint Meinungen geäußert zu haben, die er nicht vorher mit seinem Chef abgesprochen hatte. Petricioli hingegen ist das sprichwörtliche Rädchen in der Parteimaschine, stets bereit, dort zu dienen, wo man ihn hinstellt.

Die ersten zwanzig Jahre seiner Laufbahn stieg er langsam in der Zentralbank Banco de Mexico auf und wurde dann unter Luis Echeverria stellvertretender Finanzminister für Steuerfragen. Er fiel in Ungnade und ließ sich vor zwölf Jahren widerspruchslos auf den Posten eines Kommissars für den Fußballsport abschieben. 1982 holte Lopez Portillo ihn zurück, und er landete als Leiter bei der staatlichen Investitionsbank Nacional Financiera, von der ihm nun der Sprung zum Minister gelang.

In Nordamerika rief die Wachablösung Unruhe hervor. Man fürchtete einen radikalen Wechsel der Schuldenpolitik Mexikos. Davon wurde bisher nicht viel sichtbar. Petricioli erklärte bei seiner ersten Reise in die USA, er bringe keine eigenen Pläne mit, sondern nur die Meinung des Präsidenten de la Madrid. Seine Bewegungsfreiheit beim Verhandeln ist eingeschränkt. Mexiko will weder die bisher in den USA aufgestellten Zahlungspläne akzeptieren, noch die Dienste auf seine Auslandsschuld von nahezu hundert Milliarden Dollar kündigen. Es geht eigentlich nur darum, welche Konzessionen den Gläubigern in den USA abgerungen werden können. Die wiederum sehen für sich keine Bewegungsfreiheit: Sie müssen damit rechnen, daß alle anderen Schuldner in Lateinamerika jede Konzession an Mexiko auch für sich fordern werden.



Gleichmütig und höflich: Mexikos neuer Finanzminister Petricioli
FOTO: DPA

Bei diesen Unterhaltungen ist Petricioli ein idealer Partner. Sein Gleichmut ist unerschütterlich, sein höflicher, konzilianter Ton wird allgemein gepriesen. Man sagt, Petricioli kenne keinen persönlichen Ehrgeiz. Aber seine Ernennung hat Silva Herzog zunächst aus der Reihe der Nachfolgekandidaten de la Madrids eliminiert und dafür Petricioli ins Spiel gebracht. Er wäre kein Mensch aus Fleisch und Blut, wenn das nicht seine Versuche beeinflussen würde, für Mexiko einen ehrenvollen, nicht so harten Ausweg aus der Schuldenkrise zu erringen. Der Präsident selbst entscheidet nämlich, wer sein Nachfolger werden wird, und daran wird der geduldige Petricioli stets denken.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Passauer Neue Presse

Sie geht auf Polen ein:

Die sowjetischen Oberherren können freie Polen nicht ertragen, deshalb wurde Knechtschaft verordnet. In Jaruzelski fand der Kreml einen willigen Erfüllungsgehilfen. Gorbatschows Loblied war fast überschwenglich, als er jetzt dessen „Energie, politische Gründlichkeit und Weitsicht" pries. Jaruzelski selber konnte den Polen nur weiter raten, den Gürtel enger zu schnallen.

WESTFALENPOST

Die Hagener Zeitung kommentiert den ungeklärten Fluchtversuch:

Was tatsächlich am 7. Mai im U-Bahn-Schacht in Ost-Berlin passiert ist, werden wir möglicherweise nie erfahren ... Schlimm ist, daß offene, zuverlässige und vertrauenswürdige Informationen aus Ost-Berlin fehlen.

LA LIBRE BELGIQUE

Die Brüsseler Zeitung begleitet den Papst nach Kolumbien:

Die Behörden haben es für angebracht gehalten, Polizeirazzien anzuordnen, um mehrere Städte des Landes zu „säubern". Die Prostituierten, aber auch die Geisteskranken und die berühmten „Straßenjungen" wurden zu Tausenden festgenommen und werden – welch traurige Ironie – im Gefängnis den Besuch des Pilgers der Hoffnung erleben.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt schreibt zum Bundeshaushalt:

Der Rückgang des Bundesbankgewinns sowie die – stabilitätsbedingt – nur langsam wachsenden Steuereinnahmen haben bei der Aufstellung des Haushalts 87 erwartungsgemäß jenes Milliardenloch offengelegt, das nicht mehr allein mit dem Hinweis auf die zweistufige Steuerentlastung der Jahre 1986 und 1988 zu erklären ist. Wer sich freilich noch etwas Gespür für finanzielle Dimensionen bewahrt hat, dem ist es schon heute angesichts des überaus engen Haushaltskorsetts für 1987 absolut schleierhaft, auf welche Weise demnächst jene 30 oder 40 Milliarden Mark tatsächlich eingespart werden sollen.

TAGESANZEIGER

Die Zürcher Zeitung bemerkt zum US-Sexualstrafrecht:

Amerikanische „sodomy" bedeutet jede Form von „widernatürlichem" oder „abartigem Sex" ... Sämtliche 13 Staaten der ursprünglichen Union kannten „sodomy"-Gesetze, mit welchen der Staat die Aktivitäten seiner Bürger in den Schlafzimmern regelte respektive einschränkte. Und noch 1961 bestanden in sämtlichen 50 US-Staaten solche Gesetze mit Verboten von „abartigem Sex". Seit den 20er Jahren hat sich langsam und zögernd eine Liberalisierung durchgesetzt. Einige Staaten sahen ein, daß der Staat im Privatbereich der Schlafzimmer seiner Bürger eigentlich nichts zu suchen, nichts zu regeln und nichts zu kontrollieren hat. Die heutige Lage: Noch 24 Einzelstaaten kennen „Sex-Gesetze", 5 davon verbieten nur, was sie „homosexual sodomy" nennen, 19 verbieten „heterosexual and homosexual sodomy". Aber die Gesetze werden kaum mehr angewendet.

Gorbatschows Stolpersteine auf dem Weg zum Gipfel

Aber trotz aller Verzögerungen: Das Treffen dürfte kommen / Von Fritz Wirth

Es fällt schwer, das Gerangel um den nächsten Gipfel zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow noch ein diplomatisches Menuett zu nennen. Es hat sich inzwischen eher zu einer Bauernpolka entwickelt, bei der die Paukenschläge der Propaganda die Musik machen sollen.

Dabei schien die Sache zunächst sehr einfach. Beide Regierungschefs waren im letzten November in Genf übereingekommen, sich in diesem Jahr wiederzutreffen. Zeitpunkt und Thema des Gipfels in Washington sollten die beiden Außenminister aushandeln. Ihr Treffen war für Mitte Mai geplant. Als die USA im April libysche Terroraktionen mit Bombenabwürfen in Libyen beantworteten, nahm Moskau dies zum Anlaß, das Außenministertreffen abzusagen.

Der Schritt war enthüllend. Er beweist, daß es den Sowjets bei diesen Gipfeldiskussionen nicht nur um die Sache der Rüstungskontrolle geht. Sie benutzen sie als politisches und propagandistisches Instrument, beispielsweise zu Strafgesten gegenüber Washington. Sie machen politisches Wohlverhalten im Kreml-Sinne zur Voraussetzung eines Gipfeltreffens.

Inzwischen scheint es, als wolle der Kreml wieder verhandeln. Man signalisiert Gesprächsbereitschaft, ohne das Nächstliegende zu tun: einen Termin für das Treffen Schewardnadse–Shultz vorzuschlagen. Statt dessen operiert man mit Nadelstichen und gibt dem Dialog mit Paris, Bonn und London den Vorrang. Oder man wird grob, wie Michail Gorbatschow kürzlich in Warschau, als er Ronald Reagan einer Obstruktionspolitik gegen Rüstungskontrollvereinbarungen zieh – zu einem Zeitpunkt, da Reagan in seiner Glassboro-Rede und seiner letzten Pressekonferenz reihenweise Goodwill-Signale aussandte und in den Abrüstungsvorschlägen Gorbatschows positive Elemente entdeckte.

Was also steckt hinter dieser verwirrenden sowjetischen Gipfeltaktik? In der Reagan-Administration verstärkt sich der Eindruck: Die Sowjets waren von Anfang an so wenig auf einen Sommergipfel 1986 vorbereitet, wie sie es im letzten Herbst auf einen Gipfel in Genf waren. Diesen betrachtet besonders das militärische Establishment der Sowjetunion als einen Mißerfolg, weil Gorbatschow das SDI-Projekt unangetastet ließ und erlaubte, daß die Tagesordnung über Rüstungskontrollfragen hinaus auf Menschenrechtsprobleme und Krisenherde wie Afghanistan und Nicaragua ausgedehnt wurde.

Die Taktik des Kreml war deshalb, alles zu verhindern, was den bevorstehenden Gipfel als Nachfolgetreffen des Genfer Gipfels erscheinen lassen könnte. Deshalb waren eine größere Pause und eine neue Tagesordnung wichtig. Gipfel Nr. 2 sollte zum reinen Raketengipfel werden und die Erfolgsschwelle dabei bewußt hoch angesetzt werden. Deshalb spricht man seit Wochen in Moskau unentwegt von „greifbaren Ergebnissen", die erreicht werden müßten, nicht aber vom Zeitpunkt des Gipfels.

Darüber hinaus tut man, was in Genf mißlang: Man rückt das Thema der strategischen Nuklearwaffen und der amerikanischen Weltraumverteidigung in den Vordergrund. Das ist denn auch der Kern der jüngsten Gorbatschow-Vorschläge: SDI auf eine Forschungsphase von fünfzehn Jahren einzufrieren und dies mit einer entsprechenden Änderung des ABM-Vertrages aktenkundig zu machen. Als Gegenleistung wird eine Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen auf je achttausend Gefechtsköpfe angeboten.

Es ist kein Geheimnis, daß es über diesen letzten Vorschlag Gorbatschows in der Reagan-Administration ernste Meinungsverschiedenheiten gibt. Das Pentagon beharrt darauf, daß SDI kein Tausch- und Handelsobjekt sein darf. Amerikanische Zugeständnisse über eine Ausdehnung der SDI-Forschungsphase, die ursprünglich auf fünf Jahre angesetzt war, könnten für die Zukunft des Projekts tödlich sein, argumentiert man im Verteidigungsministerium. Es könnte den Kongreß veranlassen, die SDI-Gelder noch schärfer zu reduzieren, als er es ohnehin schon plant.

Diese Bedenken verhinderten eine schnelle amerikanische Antwort auf die letzten Gorbatschow-Vorschläge. Gorbatschow weiß es, und das ist der Grund, warum er in den letzen Tagen so sehr auf eine Antwort drängte.

Seine Taktik wird damit immer klarer: Er wird am Ende einem Gipfel zustimmen. Den Weg dahin aber will er mit so vielen Stolpersteinen wie möglich pflastern. Die umständlichen, nadelstichelnden Prozeduren im Vorfeld des Gipfels sind für ihn inzwischen wichtiger als der Gipfel selbst. Sie bieten nicht nur ein willkommenes Propagandaforum, sondern auch die Chance, Unruhe in der westlichen Allianz zu stiften.

Falls der Name des Choreographen dieser diplomatischen Polka interessiert: Er heißt Anatolij Dobrynin, war einige Jahrzehnte Botschafter in Washington und versucht sich nun in Moskau in der Kunst, den alten Tanzpartner aus dem Tritt zu bringen.

Wolfgang Antes – der Zeuge ist auch der Angeklagte

Mal freundlich, mal aggressiv, aber immer lässig und souverän tanzt Wolfgang Antes auf zwei Hochzeiten: Als Angeklagter vor Gericht und als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Zwischenbilanz eines Falls, der den Berliner Senat erschütterte.

Von DIETER DOSE

Der Mann ist blaß, das ist die Folge von acht Monaten Untersuchungshaft. Doch durch seine Wortgewandtheit und sein kesses Auftreten läßt er oft auch seine Gegenspieler blaß aussehen. Als Angeklagter vor Gericht wie als Zeuge im parlamentarischen Untersuchungsausschuß, Wolfgang Antes (42), Hauptperson im Berliner Skandal um Bestechung, Korruption und Parteispenden, ehemaliger Baustadtrat im City-Bezirk Charlottenburg und dort auch Kreisvorsitzender der CDU, tritt auf „wie der Herrgott persönlich", so ein Ausschußmitglied.

Lässig, souverän und um Argumente nicht verlegen. Mit weitaus weniger Erinnerungslücken wie andere Zeugen vor dem Ausschuß. Freundlich, aber auch aggressiv.

Vor Gericht: „Sie haben zu schwache Schultern, um die Beweislast zu tragen", attackiert er den Staatsanwalt. Oder er wirft ihm vor, „die Arroganz der Macht des Staates bis zur Lächerlichkeit" zu verkörpern.



Antes vor dem U-Ausschuß: Herr Vorsitzender, ich habe heute nur zwei Stunden Zeit FOTO: DPA

Vor dem Ausschuß: „Damit Sie's gleich wissen, Herr Vorsitzender, ich habe heute nur zwei Stunden Zeit." Dietmar Schütze, sein ehemaliger Parteifreund, ist schockiert. Denn Wolfgang Antes wurde in dem Raum 195 des Rathauses Schöneberg, ihm eine aus früheren Zeiten als Abgeordneter vertraute Kulisse, als Untersuchungshäftling vorgeführt.

Bestechlichkeit, Untreue und versuchte Erpressung werden ihm vorgeworfen. 550 000 Mark soll er kassiert haben, zum Beispiel für widerrechtlich erteilte Baugenehmigungen. Im nach der Strafprozeßordnung umstrittenen Vorgriff auf die dem jetzigen noch folgenden Verfahren spricht der Ankläger inzwischen von 757 000 Mark „gehaltsunabhängigen" Zuwendungen an den Antes-Clan.

Mutter, Schwiegermutter und Freundin, die mit seiner Ehefrau im Gerichtssaal einträchtig die harte Zuschauerbank drückt, sollen auf ihren Konten die Gelder „mitbewegt" haben. Die Freundin zum Beispiel, Kindergärtnerin und von Antes in die CDU-Fraktion der Charlottenburger Bezirksverordnetenversammlung gehievt, soll laut Staatsanwalt Hans-Jürgen Fätkinheuer bei 30 000 Mark Jahreseinkommen auf einen Schlag 95 000 Mark auf ihr Konto eingezahlt haben.

Mit Antes sitzen sieben weitere Angeklagte vor Gericht. Rund ein Dutzend Verteidiger, die erste Garnitur der Gilde, vertreten die Interessen der illustren Gesellschaft: Antes (der Politiker), Baulöwe, Gastronom, Bordellbesitzer, Steuerberater.

Wenn Antes, der Diplom-Politologe und ehemalige Lehrer, den Gerichtssaal betritt, winkt er freundlich der Pressebank und dem Zuschauerraum zu. Er bevorzugt unauffällige graue Anzüge und dezente Krawatten. In der Gefängniszelle hat er einen Hometrainer, um sich körperlich fit zu halten. Privileg wegen seiner Behinderung. Denn als Kleinkind war Antes bei einem Bombenangriff verschüttet worden, dabei wurde er querschnittgelähmt. Bis zum 15. Lebensjahr ging er an Krücken.

„Sie amüsieren sich hier wohl", rügt ihn der Gerichtsvorsitzende Hagen Hillebrand – gerichtsintern „Nibelungenkammer". „Man hat im Gefängnis wenig Gelegenheit zum intellektuellen Vergnügen, deshalb amüsiere ich mich hier manchmal." Antes bleibt keine Antwort schuldig.

Unschuldig aber im Sinne der Anklage fühlt er sich. Geld genommen? Ja. Bestechung? Nein. Seit zwei Wochen wartet man darauf, daß Antes diesen Widerspruch auflöst. Denn auch nach 16 Verhandlungstagen konnte der Angeklagte seine Einlassungen nicht beenden und das Geheimnis lüften.

Denn dieser Prozeß ist ein zähflüssiges Unternehmen. Ein Schritt vor, zwei zurück. Verfahrensstreite, Befangenheitsanträge, Anträge auf Aussetzung, Vertagung und Streit um Akten. Richtig zur Sache gekommen ist man noch immer nicht.

Die Atmosphäre im Gerichtssaal ist eisig, gespannt. Konfrontationskurs über das hinaus, was vor dem Richter üblich ist. „Nehmen Sie sich in acht, Herr Staatsanwalt", wettert Antes-Verteidiger Dr. Manfred Studier in Richtung Ankläger. „Karate-Krüger", Spitzname für den die Aufsicht im Saal 700 des Landgerichts Moabit führenden Justizangestellten, hat selten so viele Unterbrechungen erlebt und selten so oft seine Stimme erschallen lassen müssen: „Die Prozeßteilnehmer, bitte!" Signal dafür, daß die Verhandlung fortgesetzt wird.

„Die Zeitbombe der Revision tickt schon", sagt Peter Danckert, einer der Verteidiger. Ein Prozeß auf dem Drahtseil, denn zwei Schöffen sind schon „ausgeschert": krank. Nur ein Ersatzschöffe steht noch zur Verfügung. So um die 30 bis 40 Verhandlungstage waren programmiert, etwa 20 Wochen. Doch im Antes-Prozeß kommt der nächste Sommer bestimmt. Und danach die Revision?

Szenenwechsel. Der Untersuchungsausschuß. Der versucht in bisher 17 Sitzungstagen die Vorgänge um das Disziplinarverfahren gegen Antes zu klären. Gemütlicher als vor Gericht geht's da zu. Mehrfach kommt die Serviererin der Rathaus-Kantine mit dem Kaffeewagen und belegten Brötchen. Der ins Kreuzverhör genommene Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) läßt sich von seinem hartnäckigsten Befrager, dem Abgeordneten der Alternativen Liste, Reimund Helms (AL), Feuer für die Zigarette geben.

Berlins CDU-Prominenz (auch der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen), Verwaltungsbeamte und einige Vertreter der SPD traten schon auf. Was dabei herausgekommen ist? Schlamperei, fahrlässige Unterschätzung der Vorgänge um Antes. CDU-parteiinterne Querelen im City-Bezirk Charlottenburg machten es möglich, daß Mühlenbesitzer Antes – die steht in Markredwitz in Franken und hat einen Wert von 1,7 Millionen Mark –, die Fundamente des christlich-liberalen Diepgen-Senats erschütterte. Drei Senatoren (Lummer, auch Bürgermeister, Franke, beide CDU, und Vetter von der FDP) gingen dabei über Bord des Senatsschiffs.

Widersprüche am laufenden Band. „Den Mann schmeiß ich raus", hat Diepgen irgendwann gesagt. „Der Mann ist korrupt", wird CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky zitiert. „Politisch und rechtlich nicht vertretbar", soll der jetzige Innensenator Kewenig Disziplinarmaßnahmen gegen Antes anfangs abgeschwächt haben.

„Schützende Hände", so heißt es in der Union, gab es für Antes in der CDU-Spitze nicht, aber so recht erkannt, was sich da zusammenbraut, hat wohl auch keiner.

Charlottenburg ist ein besonderes CDU-Pflaster, keine Identifikation für die Berliner Gesamtpartei. Den CDU-Bürgermeister Eckhard Lindemann, er war Antes' direkter Vorgesetzter, durfte jedermann „Chaoten-Ecki" nennen. „Eine Null, aber sympathisch", nennt ihn jetzt Antes.

Antes heute über die CDU-Fraktion im Bezirk: „Wenn da Protokolle von der SPD abgeheftet worden wären, keiner hätte es gemerkt."

Doch dieser Wolfgang Antes war der große Mann – er hat die Partei „umgekrempelt" (so er selbst), Mandate, Pfründe und Posten verteilt.

Der Rechtsamtsleiter des Bezirks, Lothar Gosten, ein CDU-Mann, war ihm lange und energisch auf der Spur. Doch zur Strecke bringen konnte er ihn nicht – das erledigten schließlich die Kripo und Staatsanwaltschaft. Gosten verlor bei der Jagd auf Antes als unbequemer Buhmann alle Parteiämter.

„Der trat auf wie der Hauptmann von Köpenick" oder „er hat geglaubt, er kann in Charlottenburg machen, was er will" – Gosten-Zitate vor dem Untersuchungsausschuß.

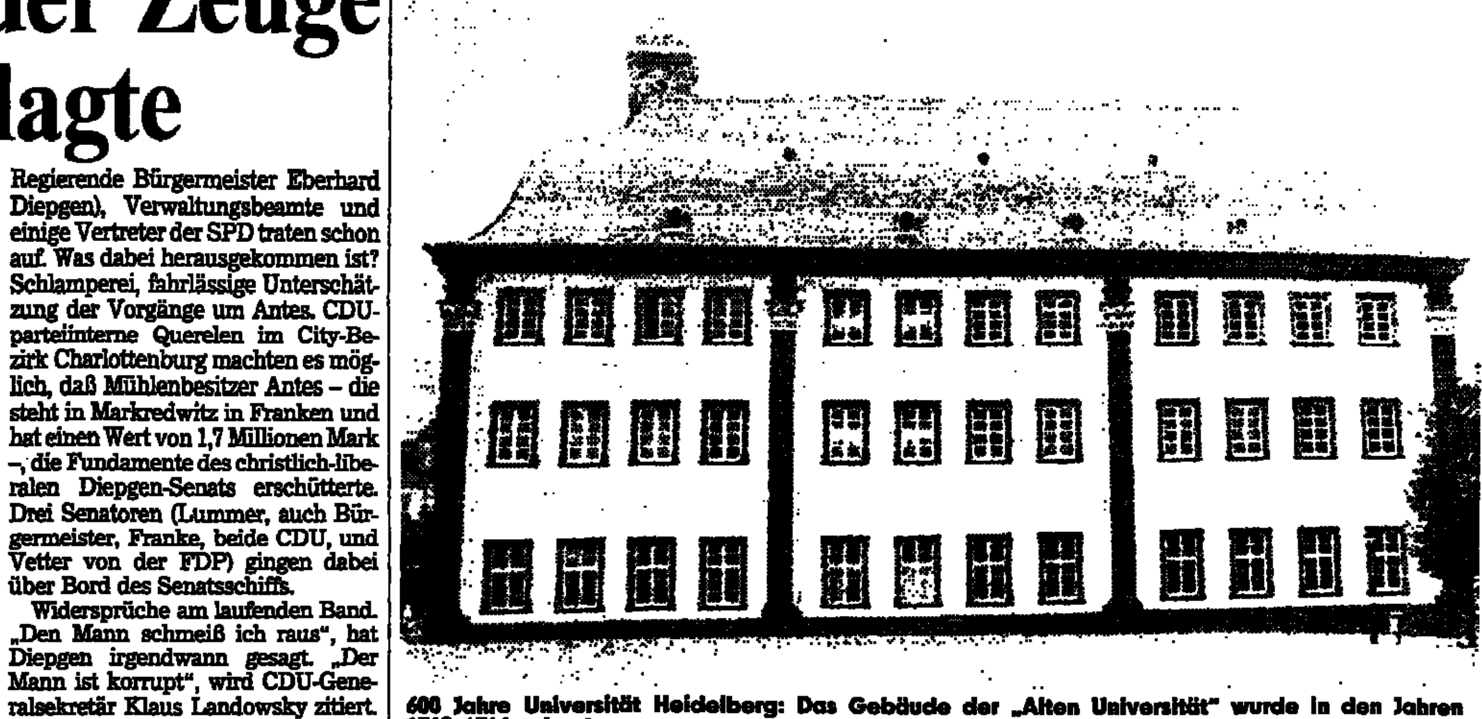
Zu beneiden ist das Gremium des Untersuchungsausschusses (drei von der CDU, zwei von der SPD, je einer von FDP und AL) nicht. Rund 100 000 Blatt Akten gibt es für den derzeit verhandelten Komplex Disziplinarverfahren und Zeugen, deren Erinnerungsvermögen versagt, wenn es darauf ankommt.

Wer früher fertig ist, Gericht oder Untersuchungsausschuß? Eine Quizfrage für Thoelke oder Rosenthal. Bestechung, Brandstiftung und Mordversuch – die Palette vor Gericht. Ein „fideles Rathaus", das Thema des Untersuchungsausschusses. „Go in" der Rechtsanwälte beim Ausschuß, seit sie die Rechtmäßigkeit der Parallelverfahren bezweifeln. Ein Antes, der dem Ausschußvorsitzenden vorwirft, daß er mit einer langen Stange im Nebel herumstochere.

Berlin '86: Den Bürger interessiert es wenig. Freie Plätze in Ausschußsitzungen, leere Zuschauerbänke im Gerichtssaal. Als Bubi Scholz im selben Saal vor Gericht stand, drängten sich die Besucher.

Dabei ist das jetzige Gerichtsverfahren erst das erste gegen Antes. Fortsetzung folgt. Gegen ihn und andere: aus der Baubranche, aus der CDU und auch aus der SPD. „Antes war nie mein politischer Freund", sagte Eberhard Diepgen vor dem Ausschuß. Freunde hat Antes jetzt überhaupt keine mehr.

Die politische Brisanz des „Fall Antes" bleibt auch für Bürgermeister Diepgen. Heute steht Antes dem U-Ausschuß wieder Rede und Antwort, morgen dem Gericht.



600 Jahre Universität Heidelberg: Das Gebäude der „Alten Universität" wurde in den Jahren 1712–1716 gebaut FOTO: AP



Studenten früher: Sie prägten das Bild der Universitätsstädte FOTO: ULLSTEIN

„Oh jerum, oh quae mutatio rerum"

In Wien und der damals deutschsprachigen Metropole Prag waren die Gründerväter etwas schneller, aber unzweifelhaft ist die Universität Heidelberg die älteste Universität in Deutschland. Ihre jetzt 600jährige Geschichte ist zugleich ein Paradigma für die akademische Entwicklung.

Von PETER PHILIPPS

Der „Ehre Gottes und der Erleuchtung der Kirche" wollte Pfalzgraf Ruprecht I. dienen – und zugleich den vielen kleinstaaterischen Konkurrenten im Heiligen Römischen Reich mit einem nicht zu übersehenden Zeichen seine neue Kurfürstenrolle demonstrieren.

Und so geschah damals am Neckar, was erst fast 600 Jahre später wieder nach dem Schlachtruf des Pädagogen und Philosophen Georg Picht vom drohenden Bildungsnotstand in Deutschland möglich wurde: Aus dem Nichts und auf der im wahrsten Sinne des Wortes grünen Wiese wurde eine Universität aus dem Boden gestampft. Bochum, Bielefeld und Oldenburg haben also eine eindrucksvolle Vorgängerin, wobei die Frage offen bleiben muß, ob sie ihre sechste Zentenarfeier je erleben werden.

Schisma und außerhalb Deutschlands entstehendes Nationalbewußtsein erleichterten der Neugründung ihren Start, trieben ihr aus Paris und Prag nicht nur Studenten, sondern vor allem auch erstklassige Lehrer zu. Adlige Landesherren, einschließlich der Fürstbischöfe: Sie waren bis in die Neuzeit die Gründer von Universitäten in Deutschland. Heidelberg insofern ein Vorbild für die folgenden.

Der Staat schaffte auf diese Weise die Voraussetzungen, sich seinen eigenen akademischen Nachwuchs heranzuziehen, insbesondere für den Beamtenapparat.

Bildung ist in Deutschland auf dieser Tradition fußend eine staatliche Angelegenheit geblieben, die Bürger hielten und halten sich – ganz im Gegensatz etwa zur angelsächsischen Tradition – weitgehend heraus. Dementsprechend spät auch folgten erst die von Bürgerschaften begründeten Universitäten, fast am Ende die in den einstmals so reichen und mächtigen Freien Hansestädten Hamburg und Bremen.

Die nach Pariser Vorbild begründete „universitas studii Heidelbergensis", wie sie erst einmal hieß, bekam vom Pfalzgrafen die damals üblichen vier Fakultäten mit auf den Weg gegeben: die theologische, das geistliche und weltliche Recht, die Medizin und die „artes liberales". Die Vorlesungen begannen mit Lehrveranstaltungen über den Titus-Brief, die Physik des Aristoteles und über die Logik.

Der aus den vier zugelassenen „nationes" viermal jährlich neu zu wählende Rektor mußte Magister aus eben dieser „Artistenfakultät" sein – eine Regelung, die in späteren Jahrhunderten in Deutschland so manch ungewöhnliche Veränderung erfahren hat.

Als Beleg muß man nicht erst auf die Gruppenuniversität jüngeren Datums zurückgreifen: Ein Erlaß von Philipp II. an seine Marburger Universität aus dem Jahre 1575 etwa führte fast zur Revolution. Denn er untersagte es doch wirklich, das Amt des Rektors weiterhin den Studenten oder Bakkalaureaten zu übertragen. Die von den Schülern benannten Kollegiums-Mitglieder durften wenig später nicht einmal mehr an den Rektoratswahlen teilnehmen – was seit den Tagen der Drittelparität nur noch Historie ist.

Man hatte viel Zeit vor 600 Jahren – was der heutigen Heidelberger Universität zugute kommt. Weil es rund ein Jahr dauerte, ehe der für solche geschichtsträchtigen Gründungsakte als letzte Instanz zuständige Papst (damals Urban IV.) seine Stiftungsbulle beim Landesherren abliefern ließ (warum ist heute nicht mehr aufzuklären), konnte auch die Hochschule jetzt ihre Feier mit Fug und Recht über ein Jahr ausdehnen.

Doch nun wird es ernst: Am Wochenende kommt ein Teil der einst aus Heidelberg verschleppten „Bibliotheca Palatina" als temporäre Erscheinung (bis zum November) an den Ursprungsort zurück, im Oktober wird mit einer Gründungs-„Festwoche" mehr oder weniger der Reigen beschlossen.

Schisma der abendländischen Kirche, aufkommendes Nationalbewußtsein in anderen Teilen Europas, landesherrliche Kleinstaaterei in Deutschland: Sie hatten an der Wiege der fürstlichen Universitätsgründung in Heidelberg gestanden, später auch bei ihren Nachfolgerinnen.

Religion und damit verbundene Kleinstaaterei prägte erst recht nach der Reformation, also der erneuten Kirchenspaltung, das Gesicht der Universitäten in Deutschland. „Cuius regio, eius religio", dieser Grundsatz machte dabei aus Heidelberg, deren Gründung noch auf einer päpstlichen Bulle beruhte, eine Hochburg protestantischer, insbesondere calvinistischer Gelehrsamkeit.

Die Rache kam während des Dreißigjährigen Krieges: Heidelberg wurde nach entsprechenden „Korrekturen" auf den Schlachtfeldern zur provinziellen Jesuiten-Hochschule und zugleich ihre „Bibliotheca Palatina", die „Mutter aller deutschen Bibliotheken", zur Kriegsbeute.

„So ist ein Päpstlicher Nuncius allhir, welcher die Curfürstliche Bibliotec nach Rom führen will", jammerte ein Chronist im Jahre 1622. „Die Schreiner müssen uff die hundert Kästen machen, und da sie nit bort genug, brechen sie die stühl in der kirchen zum theil ab, welches wol zu erbarmen und zu beklagen."

Universität Bochum: Ein Symbol für die Massenhochschulen von heute FOTO: MANFRED VOLLMER

Wellenförmig zur hohen Blüte der Universität

Um es in unserer Sprache zu sagen: Papst Gregors XV. Abgesandter Leo Allaci riß die Bücher in passende Portionen auseinander und ließ sie für die Fahrt nach Rom verpacken. Nicht nur in Heidelberg ging außer den Stühlen der Heiliggeistkirche – die nun als Rohmaterial für Kisten dienten –, noch sehr viel mehr zu Bruch. Der Streit allerdings, ob der Papst nun die Bibliothek raubte oder vor den Folgen des Dreißigjährigen Krieges in vatikanische Sicherheit brachte, ist bis heute nicht beantwortet.

Nachdem das Inferno des 17. Jahrhunderts Deutschland noch mehr zerstückelt hatte als zuvor, aber das Leben sich ansonsten wieder weitgehend normalisierte, entwickelte sich auch das Hochschulleben in Heidelberg wie an den anderen Hochschulen erneut, wenn auch wellenförmig, zu hoher Blüte. Zwei tiefe Täler mußten dabei in jüngster Vergangenheit durchschritten werden, wobei Heidelberg jeweils eine gewisse Sonderstellung unter den deutschen Hochschulen einnahm:

Vor Hitlers Machtergreifung war hier eher eine Trutzburg der relativen Liberalität, wo die NSDAP unter den Hochschullehrern kaum Fuß fassen konnte, danach allerdings wurde Heidelberg fast eine Hochburg nationalsozialistischer Umtriebe.

In den endsechziger Jahren trieben es die Linksaußen der Studentenrevolte wiedrum am Neckar mit am schlimmsten. Der 1972 zum Rektor gewählte Jurist Hubertus Niederländer sah es deshalb als seine wichtigste Aufgabe bei Amtsantritt an, „dem Terror mit Entschiedenheit entgegenzutreten und die Grenze zwischen Recht und Unrecht wieder sichtbar zu machen". Ein Wort, das auch an anderen Hochschulen in der Bundesrepublik als Forderung zu hören war.

Bei 3000 Studenten wurde der Notstand ausgerufen

28 000 Studenten lernen heute an der Universität Heidelberg (nachdem über die Jahrhunderte hinweg bei 3000 jeweils fast der Notstand ausgerufen wurde), rund 1,3 Millionen insgesamt an den Hochschulen in der Bundesrepublik. Zu Recht können nicht nur die Korporierten, die einst das äußere Bild der alten Universitäten prägten und nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch als Minderheit und eher am Rande des Campus wiedergegründet wurden, ihr „Oh jerum, oh quae mutatio rerum" singen.

Denn nicht mehr die „soziale Homogenität von Studenten und Lehrern", die „alle aus einer geistigen Welt der Familienüberlieferung" kamen, prägt die Wirklichkeit. Gisbert Freiherr zu Putlitz, heute Rektor der Universität, hatte diese Beschreibung Karl Jaspers in Erinnerung gerufen. Auch nicht die ebenfalls von Jaspers so beschriebene Humboldtsche Idee, daß „der Schüler an der forschenden Haltung teilnehmen und dadurch zu einer sein Leben bestimmenden Denkungsart kommen" soll. Sondern berufsbezogene handwerkliche Ausbildung mit wissenschaftlichem Anstrich hin auf eine ungewisse akademische Zukunft bestimmt heute die Wirklichkeit.

Die politische Vorgabe der „Massenuniversität" hat die Hochschulen vermutlich stärker und nachhaltiger „reformiert", als dies fast sechs Jahrhunderte zuvor zusammengenommen geschafft haben.

Wie modern andererseits manches von dem anmutet, was die studentische Wirklichkeit einst in Heidelberg und anderen frühen Universitäts-Gründungen prägte, ist in einer sechsbändigen, prachtvollen Festschrift („Semper apertus", 600 Jahre Universität Heidelberg, Springer Verlag, 680 Mark) nachzulesen: Zu den Privilegien gehörte, daß „leerstehende Häuser ohne Genehmigung der Eigentümer von Studenten bezogen werden" durften. In der juristischen und medizinischen Fakultät benötigte man schon vor 600 Jahren etwa sechs Jahre Studium, ehe man die „Lizenz" in der Tasche hatte, um sich zu promovieren.

Eine weitere, mögliche Parallele wird wohl noch auf lange Zeit Wunschdenken vieler Rektoren und Präsidenten bleiben: Die pauschalisierte Etat-Zuweisung, die den Universitäten mehr eigenverantwortlichen Freiraum ließe und damit den so oft beschworenen qualitätssteigernden Wettbewerb verstärken könnte.

Einst thatten die Universitäten durch die Hilfe ihrer Gründer feste Pfründe, mit denen sie zu wirtschaften hatten. Großherzog Karl-Friedrich (neben Ruprecht zweiter Namensgeber der Universität) sicherte 1803 zusätzlich über einen festgelegten Staatszuschuß die Lehrfreiheit. Ein Jahr zuvor hatte noch der „Oggersheimer Kirchenschatz" den Heidelbergern 1802 aus „erbarmungswürdig täglich wachsendem Elend" und den Professoren aus der Not von Almosen heraushelfen müssen.

Im afrikanischen Busch geht die Angst um: Aids

Hunger, Korruption und Mißwirtschaft, dies sind die Geiseln Zentral- und Ostafrikas. Nun folgt die nächste: Aids. Sie bringt nicht nur den Tod, sondern sie droht auch die Geld bringenden Touristen zu vertreiben.

Von ACHIM REMDE

Die fruchtbare Vulkankegel-Landschaft rings um den Kivu-See ist dicht besiedelt. Die Grenzen Ruandas, Burundis, Ugandas und Zaires stoßen hier aneinander. Der Grenzverkehr ist rege und unkontrolliert. Ein Vierteljahrhundert nach der Unabhängigkeit setzt sich die örtliche Bevölkerung noch immer unbekümmert über die Staatsgrenzen hinweg, die auf kolonialer Willkür beruhen und quer durch die Stammesgebiete gehen.

Trotz üppiger Vegetation und reichlicher Ernten liegt, wie allenthalben in Afrika, die Lebenserwartung auch in dieser paradiesisch erscheinenden Region bei nur etwas über vierzig Jahren. Unterentwicklung und mangelnde Hygiene fordern ihren Zoll.

Die ärztliche Versorgung ist ungenügend. Fieber, Durchfall – man stirbt und weiß nicht woran. Danach hat auch nie jemand gefragt. Was sollte es helfen?

Das hat sich geändert. Wenn langes Siechtum die Kranken befällt, die Körper zu Skeletten abmagern, schauen sich die Leute heute wissend an: Slimming disease. Bis in die entlegenen Dörfer Zentral- und Ostafrikas hat sich die Gefährlichkeit dieser Krankheit herumgesprochen. Slimming disease, das ist Aids (frz.: Sida).

Dabei hat die Regierung von Ruanda das eher zu verheimlichen versucht. Obwohl belgische Wissenschaftler im letzten Jahr zu dem Ergebnis kamen, daß Aids sich in Ruanda in alarmierender Weise ausbreite – 80 Prozent der Prostituierten sind nach ihren Angaben HTLV-III (Aids-Erreger)-positiv –, hat die Regierung die Existenz der Krankheit zunächst geleugnet und versucht noch immer, die Gefahr herunterzuspielen.

Im Gegensatz dazu hat die ugandische Regierung eine Aufklärungskampagne gestartet, um die Bevölkerung zu Vorsichtsmaßnahmen und sexueller Zurückhaltung zu bewegen. Die Zahl der Kranken und Infizierten ist in Uganda zwar niedriger, aber dennoch erschreckend hoch. Die Hälfte der Prostituierten und zehn Prozent der sexuell aktiven Bevölkerung ist infiziert, einer von tausend ist erkrankt.

Auch Kenia, Sambia und Zaire versuchen, die Krankheit mit Hilfe ausländischer Experten einzudämmen.

Daß gerade die am stärksten betroffenen Länder die Existenz der Krankheit leugnen oder herunterspielen, hat seine Gründe. Als westliche Wissenschaftler bei der Erforschung des Ursprungs von Aids auf einen Zusammenhang mit der grünen Meerkatze stießen und Ruanda als „Wiege" der Krankheit identifizierten, witterte so mancher Afrikaner – unterstützt von sowjetischen Medien – eine neue Diffamierung durch den Westen.

Sie fürchteten nicht nur moralische Schändung, sondern auch weitere Belastung ihrer maroden Volkswirtschaften.

Kenia sieht seine beträchtlichen Einnahmen aus dem Tourismus gefährdet. Andere sind gerade dabei, den Fremdenverkehr anzukurbeln, da ist sowas nicht eben hilfreich.

Wegen Unfähigkeit, Korruption und Mißwirtschaft ständig kritisiert, hoffnungslos in der Sackgasse wirtschaftlichen Niedergangs und mit der Aussicht auf permanente Unterentwicklung konfrontiert, sahen sie rot, als man ihnen auch noch die schlimmste Seuche des 20. Jahrhunderts anlasten wollte.

Selbst die ugandische Regierung, die noch am wenigsten Komplexe hat, reicht den schwarzen Peter weiter. Innenminister Ssemogerere zur WELT: „Die Krankheit ist von Prostituierten aus Tansania nach Uganda eingeschleppt worden."

Wie es kommt, daß Aids in Zentral- und Ostafrika so stark unter Heterosexuellen verbreitet ist – die anderswo betroffenen Risikogruppen, Homosexuelle, Drogenabhängige und Bluter, spielen hier keine Rolle –, ist wissenschaftlich noch nicht erklärt. Doch die mangelnde Hygiene ist sicherlich ein maßgeblicher Faktor. Es hat aber auch den Anschein, daß sexuelle Aktivität und Promiskuität bei den Erkrankten besonders stark ausgeprägt sind.

Ein 43jähriger erkrankter Ugander gab an, mit etwa 100 Frauen im Jahr verkehrt zu haben. Von 58 in Ruanda untersuchten Männern, die an Aids erkrankt waren, erklärten 80 Prozent, jährlich mehr als 30 verschiedene Sexualpartner zu haben.

Afrika-Experten führen die besonders in Großstädten auffällige Lockerung der Sitten auf den Zusammenbruch des traditionellen Wertesystems zurück, der durch Landflucht, kriegerische Auseinandersetzungen, aber auch sinkenden Lebensstandard ausgelöst wurde.

In allen afrikanischen Hotels bieten Prostituierte ihre Dienste an. In den Großstädten suchen immer mehr Frauen und Mädchen am Straßenrand Mitfahrgelegenheiten und sind oftmals bereit, bei weiterem Entgegenkommen – in der Regel wird ein Geschenk erwartet – Liebesbeziehungen einzugehen.

In den Kneipen und Bretterbudendiscos der zairischen Hauptstadt Kinshasa werden die Prostituiertenlokale mit makabrem Humor „Sidagogen" genannt (Aids = frz. Sida). Makaber übersetzt man Sida so: „Syndrome Imaginaire pour Decourager les Amoureux" (Imaginäres Syndrom zur Entmutigung Liebender). Man ist fatalistisch und hofft, daß man selbst nicht betroffen wird.

Westliche Diplomaten haben aus Sorge vor Ansteckungen durchgesetzt, daß sie eigene Blutkonserven und auch bei geringen Anlässen ärztliche Behandlung im europäischen Ausland erhalten. Praktikanten aus Afrika werden in Deutschland einem Aids-Test unterzogen.

Biedenkopf will Akademie für Führungskräfte

rtr, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hat die Errichtung einer Führungsakademie zur Ausbildung politischer Spitzenkräfte angeregt. Die dafür notwendigen Mittel sollten aus dem Erlös der geplanten Privatisierung der Bundesbeteiligungen an der VEBA und dem Volkswagenwerk entnommen werden, sagte Biedenkopf in Düsseldorf.

Er erläuterte, ein Teil des Erlöses aus dem Verkauf der Aktienpaketes an der VEBA und VW solle in den Bundeshaushalt fließen, um Ertragsausfälle auszugleichen. Ein „wesentlicher Teil“ müsse jedoch in eine nationale Stiftung eingebracht und zur Schaffung „geistigen Kapitals“ eingesetzt werden. Es werde in der Bundesrepublik als Defizit empfunden, daß auf die Ausbildung politischer Führungskräfte zu wenig Gewicht gelegt werde.

„Staatssekretär suspendieren“

D.D. Berlin

Die Berliner SPD hat den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen aufgefordert, den Staatssekretär im Finanzressort, Günter Schackow (CDU) vom Dienst zu suspendieren. Schackow ist Aufsichtsratsvorsitzender der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“, gegen die in einem neuen Bestechungsfall (WELT vom 1.7.) ermittelt wird.

Die Illustrierte „Stern“ hatte geschrieben, daß der Münchner Bauunternehmer Bernd Bertram gestanden habe, in Berlin 1,5 Millionen Mark Schmiergelder und andere „Aufmerksamkeiten“ verteilt zu haben, etwa 100 000 Mark an den vergangene Woche verhafteten Angestellten der Senatsbauverwaltung, Wolfgang Siede. Bertrams Firma fungierte als „Baubetreuer“ für Projekte von „Stadt und Land“ in Berlin. Gegen Bertram, er befindet sich nach Zahlung einer Kaution auf freiem Fuß, wird in München wegen Steuerhinterziehung in Höhe von 15 Millionen Mark ermittelt.

Staatssekretär Schackow erklärte zu den Vorwürfen, daß es durch seine geschäftlichen und privaten Beziehungen zu Bertram keine Vorteile für dessen Unternehmen gegeben habe. Nachdem ihm die Ermittlungen gegen Bertram „bekannt geworden sein“, sei der zunächst gemeinsame Nutzungsvertrag der Ehefrauen Schackow und Bertram für ein Ferienhaus in Österreich im Wert von 400 000 Mark geändert worden.

SPD stimmt Genscher zu

dpa, Bonn

Die SPD hat Gemeinsamkeiten zwischen den Sozialdemokraten und Bundesaußenminister Genscher (FDP) in der Abrüstungsfrage festgestellt. SPD-Vorstandssprecher Clement lobte Genscher, der in der „Süddeutschen Zeitung“ die sowjetische Bereitschaft hervorgehoben habe, den Zusammenhang zwischen nuklearer Abrüstung und der Herstellung konventioneller Stabilität anzuerkennen. Clement wies darauf hin, daß Kanzlerkandidat Rau – ebenso wie Genscher – die Auffassung vertritt, daß die entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen sei, daß keine Seite nach überlegenheit streben dürfe.

Ausgaben für die Sozialhilfe steigen

AP, Berlin

Auch 1985 sind die Ausgaben für Sozialhilfe weiter gestiegen. Sie haben insgesamt um elf Prozent auf 20,1 Milliarden Mark zugenommen, berichtete das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seinem neuesten Wochenbericht. Etwa zehn Prozent der gesamten Sozialhilfeausgaben dürften nach Ansicht des Instituts in den beiden vergangenen Jahren für die laufende Hilfe im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit aufgewendet worden sein.

Der rote Dany als grüner Kandidat

DW. Frankfurt

Das Kandidaten-Angebot für die Nachfolge von Walter Wallman als Frankfurter Oberbürgermeister verspricht, bunt und malerisch zu werden: Der „rote Dany“ Cohn-Bendit als Grüner und der Maler und Entertainer Ferry Ahrle beabsichtigen, sich um den Posten des Frankfurter Stadtoberhauptes zu bewerben und damit gegen den Kandidaten der CDU-Mehrheitsfraktion im Römer, Wolfram Brück, anzutreten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Hamburger SPD-Fraktion spricht von einem „Ausflippen“ der Polizei

Umstrittener Einsatz auf dem Heiligengeistfeld schlägt weiterhin hohe Wellen

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mehr als drei Wochen nach dem umstrittenen Einsatz der Hamburger Polizei gegen mehrere hundert Kernenergiegegner, die auf dem Heiligengeistfeld eingekesselt worden waren, schlägt dieser Vorgang noch immer hohe politische Wellen. Für den gestrigen Abend war eine weitere Sitzung des bürgerschaftlichen Innenausschusses anberaumt, in der erneut Zeugen zum Ablauf der nicht angemeldeten Demonstration und zu den Maßnahmen der Polizei befragt werden sollten.

Nach Abschluß der Ausschußermittlungen wird die SPD-Bürgerschaftsfraktion zu einer Sondersitzung zusammentreten, um den Fall politisch zu bewerten. Zu welchem Ergebnis die Fraktion kommen wird, wurde gestern durch eine öffentliche Feststellung ihres Vorsitzenden Henning Voscherau deutlich: Das Vorgehen der Polizei sei rechtswidrig, weil unverhältnismäßig gewesen: der Rechtsstaat und die gesamte Polizei würden durch Polizeibeamte, die „unter dem psychischen Druck eines lebensgefährlichen Einsatzes ausflippen, also selbst das Recht brechen“, diskreditiert.

Am Tag zuvor hatte der Senat der Hansestadt einen elf Seiten umfassenden Beschluß gefaßt, in dem die Landesregierung im Prinzip zu der gleichen Beurteilung kam. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi faßte sie in dem Satz zusammen: „Was auf dem Heiligengeistfeld passiert ist, war ein Fehler. Er wird sich nicht



Dohnanyi: Das wird sich nicht wiederholen. FOTO: WERNER SCHÜRING

wiederholen.“ Die Landesregierung übernahm dafür die politische Gesamtverantwortung, stellte sich also insoweit vor Innensenator Rolf Lange, der sich in dieser Sache die massive Kritik samt Rücktrittsforderungen des gesamten linken Spektrums – von der grün-alternativen GAL bis zum linken SPD-Flügel – zugezogen hat. Zugleich entfernte der Senat sich jedoch weit von der am Tag nach dem Einsatz getroffenen Feststellung Langes, der Polizeieinsatz sei „entschlossen und angemessen“ gewesen. Nun steht die Landesregierung auf dem Standpunkt, bei der faktischen Beurteilung des Gewaltpotentials unter den Demonstranten sei der Polizei ein „folgenschwerer Irrtum“ unterlaufen. Vor der Einschließung, die „wirklich nur ein letztes Hilfsmittel zur Abwendung von Gewalt“ sein dürfe, sei der grundsätzlich vorzuziehende Versuch einer Auflösung oder polizeilichen Begleitung nicht unternommen worden. Der Senat komme daher, so heißt es in dem Beschluß weiter, „nicht umhin, mit Bedauern festzustellen, daß die Maßnahme im Ablauf rechtswidrig geworden sein kann“. Überdies sei der gesamte Polizeieinsatz auch gemessen an der auf eine Verhinderung von Gewalttaten gerichteten Zielsetzung nur „begrenzt erfolgreich“ gewesen, denn zahlreiche Gewalttäter seien von der Polizei gar nicht eingeschlossen worden, sondern hätten Verstärkung herbeigerufen und die Beamten von hinten angegriffen.

Die Landesregierung räumte ein, es sei „ein Fehler Hamburger Politik“ gewesen, „nicht sofort mit den friedfertigen Organisatoren und Gruppen der Demonstration über die wahrscheinlichen Folgen des von den autonomen Gruppen geplanten Ablaufes und über Möglichkeiten der Abhilfe ausdrücklich zu sprechen“.

Grundlage für den Senatsbeschluß war ein 40 Seiten umfassender Bericht der Polizeiführung über den Einsatz des 8. Juni, der inzwischen veröffentlicht wurde, sowie eine ergänzende Stellungnahme von 20 Seiten, in der Innensenator Rolf Lange das Vorgehen der Polizei bewertete. Dieses Papier wird vom Senat unter Verschluß gehalten.

FDP peilt neun Prozent an

Haussmann will „unzufriedene Unionswähler“ holen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die FDP-Führung hat sich auf ihre Bundestags-Wahlkampfkonzeption verständigt und wird nun auf dem Postweg ihre Parteigliederungen munitionieren. Generalsekretär Helmut Haussmann gab als Wahlziel an, das „Wahlpotential von 55 Prozent im Koalitionslager zu halten“ und dabei „enttäuschte“ oder „unzufriedene Unions-Wähler“ an die FDP zu binden.

Haussmann: „Wir stehen für Herrn Rau nicht zur Verfügung, wenn er an Stimmen zunimmt, aber mit den Grünen nicht koalieren will.“

Haussmann sieht für „die FDP ein zweistelliges Potential zur Verfügung stehen“, peilt für seine Partei zumindest ein Ergebnis von neun Prozent der Wählerstimmern an. Denn er sieht viele Faktoren, „daß die Menschen weggehen von den großen Parteien“.

Dieses Potential kann allerdings angesichts des chronischen Kassen-Defizits von der FDP-Führung nur teilweise umworben werden. „Maximal sechs Millionen Mark“ sind für Wahlkampfkosten vorhanden. Aber Haussmann vertraut insbesondere auf die „Freundeskreise“, die inzwischen „fast flächendeckend“ aufgebaut seien.

„Wie eine tibetanische Gebetsmühle“ will notfalls auch der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, in den kommenden Monaten die Gründe dafür öffentlich wiederholen, warum „die Koalition steht und fortgesetzt wird“.

Andererseits sieht er angesichts der spezifischen Situation keinen Grund für FDP-Koalitionsaussagen vor den Landtagswahlen in Bayern und Hamburg. Denn „zu 99 Prozent wird die CSU ihre absolute Mehrheit behalten, zu 60 Prozent die Hamburger SPD“. Für diese seien nach Niedersachsen die Chancen eher noch gewachsen.

Unabhängig von der festen Koalitions-Verbundenheit geht Mischnick allerdings auf Distanz zum Demonstrations-Einreiseverbot der Bayern. Er halte diese Entscheidung der CSU-Regierung „nicht für politisch klug“ und habe „sie nicht verstanden“.

Zweifel am Sinn einer „Hitliste“ für Hochschulen

P. F. R. Bonn

Die deutschen Hochschulen begegnen Anregungen – vor allem des Wissenschaftsrats – mit großer Skepsis, für sie strikt leistungsbezogen eine Art „Bundesligatabelle“ zu erstellen. Auf der Plenarsitzung der Rektoren und Präsidenten in Bonn gab es Zweifel an der Objektivität von Meßindikatoren, wie Prof. Theodor Berchem, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, vor der Presse erläuterte.

Berchem wies darauf hin, daß die Situation in den USA, wo es mehrere solcher Listen gibt, in entscheidenden Punkten nicht vergleichbar sei. „Es fehlt bei uns ein entwickeltes Wettbewerbssystem“, betonte der Präsident.

In den USA sei es „schon ein Indikator für die Qualität einer Hochschule“, wenn sie von der Wirtschaft für Forschungszwecke viele Gelder erhalte, und auch die Beliebtheit von einzelnen Hochschulen bei den Studenten sei aussagekräftig, sofern der Studienplatz in einem völlig freien Spiel der Kräfte vergeben werde und nicht durch ein zentrales Verfahren.

Berchem appellierte aber an die deutschen Hochschulen, sich um mehr Transparenz zu bemühen und für einzelne Disziplinen Datenmaterial zur Verfügung zu stellen, das es Fachleuten gestatte, sich ein Urteil über die Leistungsfähigkeit zu bilden. Als solche Indikatoren nannte der Präsident u. a.: Anzahl der wissenschaftlichen Arbeiten, Drittmittel aus der Wirtschaft, Anzahl von Stipendiaten aus dem In- und Ausland, wissenschaftliche Ehrungen. Einen ähnlichen Appell hatte der bayerische Kultusminister Hans Maier am Samstag in der WELT an die Hochschulen gerichtet.

Mit Besorgnis nahm Berchem Stellung zu den langen Studienzeiten in der Bundesrepublik. „Zehn Semester“ statt derzeit zwölf bis 14 empfände er als „die Großtat des Jahrhunderts“. Der Wissenschaftsrat hatte als Regelstudienzeit (einschließlich Prüfung) vier Jahre und drei Monate angeregt.

Hohe Haftstrafen wegen Westkontakten?

Bericht aus Rostock / Nur 42 Aussiedler aus der UdSSR

dpa/epd, Frankfurt

Wegen verbotener Kontakte mit Behörden in der Bundesrepublik hat das Bezirksgericht Rostock die Familie Weckschmied aus Warnemünde nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Dem gestern von der IGfM veröffentlichten Bericht zufolge muß der 45jährige Wasserwirtschaftsingenieur Helmut Weckschmied eine fünfjährige Strafe verbüßen, während seine Ehefrau Helga zu drei Jahren und acht Monaten und der 18jährige Sohn Ron zu 15 Monaten verurteilt wurden.

Die Verurteilungen, die offiziell mit „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ und „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ begründet wurden, stehen nach Ansicht der Frankfurter Menschenrechtsorganisation in Zusammenhang mit den langjährigen Ausreisebemühungen der Familie. Die Weckschmieds haben schon 1981 eine Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik beantragt. Helmut Weckschmied war wegen eines Besuchs in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin bereits 1982 zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, berichtete die IGfM.

Im Juni sind insgesamt 2954 Menschen aus Staaten Ost- und Südosteuropas im Zuge der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik eingereist. Damit war die Zahl der in registrierten Personen um 468 höher als im Mai, darunter nur 42 Menschen aus der UdSSR.

Einreiseverbot: Bonn erinnert an Maihofer

gba. Bonn

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages befaßt sich heute auf einer Sondersitzung mit dem Einreiseverbot für österreichische Demonstranten, die gegen die Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf protestieren wollten. In ihrer Begründung für den Antrag auf die Sondersitzung spricht die SPD-Fraktion von einem „schweren Eingriff in die europäische Freizügigkeit“. Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich werde damit „aufs Schwerste“ belastet.

Dem hält man allerdings in der Bundesregierung entgegen, daß ein solches Einreiseverbot rechtmäßig und international dann üblich sei, wenn mit Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen zu rechnen sei. Im Bundesinnenministerium wird daran erinnert, daß auch zu Zeiten sozialdemokratischer Regierungsverantwortung 1977 Demonstranten aus skandinavischen Ländern die Teilnahme an Protesten gegen das geplante Kernkraftwerk Brokdorf verboten worden war. Das Einreiseverbot für die Österreicher hatte die bayerische Staatsregierung ausgesprochen, die im Innenausschuß von Staatssekretär Rosenbauer vertreten sein wird. Für das Bundesinnenministerium steht der Staatssekretär Hans Neusel zur Beantwortung von Fragen zu Verfügung.

Die SPD/FDP-Regierung hatte 1977 die Teilnahme von Ausländern an einer für den 19. Februar geplanten verbotenen Demonstration in Brokdorf ebenso untersagt, wie die Einreise von Ausländern, die eine genehmigte Demonstration in Itzehoe unterstützen wollen. Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) ordnete dazu am 16. Februar 1977 in einem Schreiben an die Grenzschutzdirektion Koblenz an, es seien auch solche Ausländer an der Einreise zu hindern, bei denen der „begründete Verdacht besteht, daß sie die Kundgebung zu einer unfriedlichen Demonstration mißbrauchen wollen“. Die „polizeilichen Befugnisse“ seien dabei voll auszuschöpfen.

Die Fachleute im Innenausschuß verweisen darauf, daß nicht nur die unbestrittene Rechtmäßigkeit des Einreiseverbots auf ihre politische Opportunität hin untersucht werden solle, sondern daß auch der Aspekt zunehmender Gewalttaten gegen Energieversorgungseinrichtungen erörtert werden müsse. Allein im ersten Halbjahr 1986 wurden 55 Brand- und Sprengstoffanschläge auf Energieversorgungsunternehmen, am Bau von Wackersdorf und Brokdorf beteiligte Firmen, oder Einrichtungen von Hochspannungsleitungen gemeldet. Im ganzen Jahr 1985 war dies nur 27. Weitere Angriffsziele waren die Polizei (6 Brand- und ein Sprengstoffanschlag) und die Bundesbahn, bei der ein Sprengstoffanschlag und sechs Brandanschläge bis zum 15. Juni 1986 gemeldet wurden.

„Celler Szenario“ wird untersucht

rtr, Hannover

Mit dem vom niedersächsischen Verfassungsschutz inszenierten Bombenanschlag auf die Mauer der Justizvollzugsanstalt Celle wird sich im Landtag ein Untersuchungsausschuß befassen. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Fraktion auf ihrer ersten Klausurtagung nach der Landtagswahl beschlossen. Nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden Gerhard Schröder haben die Ermittlungen im Mauss-Untersuchungsausschuß ergeben, „daß der V-Mann Werner Mauss zumindest an der Entwicklung des Celler Szenarios beteiligt war“. Der Untersuchungsausschuß solle prüfen, ob Polizei und Verfassungsschutz bei dem Anschlag im Jahre 1978 „im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages tätig waren oder ob dabei Grundrechte von Bürgern verletzt worden sind“, so die SPD.

In Wackersdorf wirkt die CSU keineswegs wacker

PETER SCHMALZ, München

Über die Beziehungen zwischen dem Freistaat Bayern und dem österreichischen Bundesland Salzburg machten sich in der jüngsten Vergangenheit vornehmlich Historiker Gedanken, wie zum Beispiel jene, die zur Zeit im Auftrag beider Landesregierungen eine Bajuwaren-Ausstellung vorbereiten, mit der 1988 der über 1300 Jahre zumeist gemeinsamen Geschichte gedacht wird. Salzburg war einst das größte der vier bayerischen Bistümer und darf noch heute unter der Berchtesgadener Erde nach Salz schürfen, was den Bayern das Privileg gibt, auf österreichischer Seite fünf Forstämter zu führen. Auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann besitzt im Salzburger Land ein Ferienhaus.

Seit wenigen Wochen ist die traditionelle Freundschaft jedoch in einem Maß belastet, daß selbst der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, in einem Beitrag für die erste Seite des „Bayernkuriers“ schreibt, ein unbefangener Beobachter könne den Eindruck haben, „die Erklärung der immerwährenden Feindschaft stände vor der Tür“.

Sein „Plädoyer für Nachbarschaft“ reichert der Strauß-Vertraute mit der Bemerkung an, es sei höchste Zeit, „daß wir zur Normalität der traditionellen bayerisch-österreichischen Freundschaft, auch und gerade im gegenseitigen Umgang, zurückkehren, bevor noch mehr Porzellan irreparabel“ zerschlagen werde.

Gedanke an Selbstkritik liegt offenbar fern

Dies könnte als sanfte Selbstkritik verstanden werden, nachdem Strauß und Stoiber im schriftlichen und verbalen Kontakt vor allem mit dem Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer einen Ton angeschlagen haben, der sich nicht einmal im Umgang des Ministerpräsidenten mit einem bayerischen Landrat geziemen würde.

Doch dieser Gedanke liegt dem Staatssekretär offensichtlich fern, denn die restlichen Zeilen seines umfangreichen Beitrags nutzt er ausschließlich, um die Österreicher für ihre Haltung zur Kernenergie im allgemeinen und zur Wiederaufarbeitungsanlage im besonderen zu rügen und ihnen gönnerhaft zu versichern, man versuche die Besorgnisse der „österreichischen Freunde“ zu verstehen, wenngleich von ihnen keine nicht längst widerlegten Argumente vorgetragen würden.

Mit keinem Wort aber erwähnt er die Grenzzurückweisung österreichischer Atomgegner, die zwar rechtlich nicht zu beanstanden ist, die aber in der Öffentlichkeit verheerend wirkte.

Ein schlichtes Ja ist zuwenig

Das in Imagepflege hilflos taktierende Münchner Innenministerium hat es zudem versäumt, zumindest die Rechtslage durch einen kompetenten Verfassungsrechtler darlegen zu lassen. Und wenn sich CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf die Frage eines Fernsehreporters, ob er die Anweisungen des Innenministers billige, nur ein grantiges „Ja“ entlockt, um sofort mit grimmigem Gesicht zu verschwinden, hat er eine Chance vertan, vor einem Millionenpublikum für die Haltung seiner Partei zu werben.

Der Eindruck verstärkt sich, als fiele es CSU und Staatsregierung zunehmend schwerer, im aufziehenden Landtagswahlkampf das lästige Thema WAA umsichtig zu bewältigen. Da wird ein Polizeipräsident gefeuert, doch über Wochen hinweg kein Nachfolger gefunden. Statt im angrenzenden Ausland um Verständnis zu werben, werden Regierungschefs in der Staatskanzlei wie Schulbuben abgekanzelt. Längst überfällige Sicherungsmaßnahmen am Baugelände, wie das Abtragen eines acht Meter hohen Hügels, von dem aus Gewalttäter mühelos Stahlkugeln ins Gelände schießen konnten, wurden verschleppt.

Eher deklamatorischen Charakter dürfte auch die Ankündigung des bayerischen Ministerrats haben, einen Gesetzentwurf noch kurz vor der Wahl vorzulegen, der auf eine Verschärfung des Demonstrations- und Versammlungsrechts zielt. Bayern könnte ein solches Gesetz nicht erlassen, müßte also den langwierigen Weg einer Bundesratsinitiative beschreiten.

Kraftwerk Union wehrt sich gegen das Magazin „report“

„Verstoß gegen Spielregeln“ / Alt: Vorwurf wird entkräftet

schw. Bonn

Zwischen der Kraftwerk Union AG (KWU) und dem Fernsehmagazin „report“ ist ein heftiger Streit entbrannt, der öffentlich ausgetragen wird. In der Sendung, die vom Südwestfunk in Baden-Baden verantwortet wurde, war die Sicherheit in von der KWU betriebenen Kernkraftwerken bezweifelt worden. Das Unternehmen reagierte gestern mit Zeitungsanzeigen.

Die KWU habe diesen Weg gewählt, erklärte sie der WELT, weil ein juristisches Vorgehen zu viel Zeit in Anspruch genommen hätte. In der Anzeige heißt es, daß die Argumente von „report“ Wiederholungen früherer Behauptungen darstellten, die bereits sämtlich entkräftet seien. Dieser Sachverhalt sei in der „report“-Sendung in keiner Weise berücksichtigt worden, obwohl er bei einer gewissenhaften Recherche kaum hätte übersehen werden können. „report“ habe keinen Vertreter der KWU zu Wort kommen lassen. Der Redaktion hätten Fachberichte der Materialprüfungsanstalt in Stuttgart vorgelegen, aus denen sie die Haltlosigkeit ihrer Vorwürfe hätte ersehen können. Statt dessen habe sie Bilder daraus verwendet und sinnentstellend kommentiert. Die KWU: Ein krasser Verstoß gegen die Spielregeln des Journalismus.

Der Leiter der „report“-Redaktion, Franz Alt, erklärte, daß er den Vorwurf mangelnder Recherchen in der nächsten Sendung entkräften werde. In der „report“-Sendung sei ausführlich Professor Birkhofer, der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission, zu Wort gekommen. Fakten und Argumente seien nicht durch Fiktion ersetzt worden, wie die Anzeige glauben machen wolle. „Vielmehr wurden zwei kurze Einblendungen des Spielfilms ‚China-Syndrom‘ für die Zuschauer eindeutig als Spielhandlung erkennbar.“ Auch stimme es nicht, daß „report“ die Meinung der Kernwerksbetreiber verschwiegen habe. In der Sendung habe es über das Atomkraftwerk Stade wörtlich geheißen: „Nach Meinung des Kraftwerkbetreibers dagegen ist Stade so sicher wie jedes andere Kraftwerk.“

Deponie Schönberg mit Bonner Ballast befrachtet

Kieler SPD will nun auch den neuen Bundesumweltminister Wallmann zur Müllhalde in der „DDR“ anhören

GEORG BAUER, Kiel

Der Untersuchungsausschuß „Mülldeponie Schönberg“ des Landtags von Schleswig-Holstein wird nach der parlamentarischen Sommerpause den Kreis seiner Zeugen auch auf Vertreter von Bonner Regierungsstellen ausweiten müssen. Für diese Entwicklung sorgte der Landwirtschaftsminister Schleswig-Holsteins, Günter Flessner. Bei seiner zweiten Einvernahme vor dem Untersuchungsausschuß ließ er keinen Zweifel daran, daß zu bestimmten Bereichen der Schönberg-Problematik Repräsentanten des Innenministeriums aus Bonn gehört werden müßten.

Mit dieser Aussage manövrierte Flessner die CDU-Mehrheit des Ausschusses in eine schwierige Lage. Vor allem entzog er dem Ausschußvorsitzenden, dem CDU-Landtagsabgeordneten Hans-Detlef Stäcker, den Boden seiner Argumentation. Stäcker hatte zu Beginn der Ausschußsitzungen einen Antrag der SPD, auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zu hören, mit dem Hinweis auf das Studium der Akten verweigert.

Die SPD, deren Taktik darauf zielt, auch Bonn in den Müllärger einzubeziehen, erneuerte daher Ende vergangener Woche ihren Antrag. Gleichzeitig nutzte sie die Gelegenheit, um den Kreis der Zeugen auch um die Person des Präsidenten des Umweltbundesamtes und des neuen Ministers für Umweltschutz in Bonn, Walter Wallmann, zu erweitern. Wallmann soll sich vor allem zur zukünftigen Haltung der Bundesregierung zur „DDR“-Mülldeponie vor den Toren Lübecks äußern.

In einer vertrackten Zwickmühle ist Flessner. Als für den Umweltschutz zuständiger Ressortchef im Kabinett Uwe Barschel muß er den Kopf hinhalten für eine Angelegenheit, für die er nur bedingt zuständig ist und auf die er nur mit beschränkten Möglichkeiten Einfluß nehmen kann. „Wir haben das Pech, daß die Deponie vor der Landesgrenze Schleswig-Holsteins liegt“, klagten Mitarbeiter seines Hauses.

Das Interesse an der Halde ist länderübergreifend. Hauptbeschicker der größten Deponie in Europa ist Hamburg, das seinen Hafenschlick auf die andere Seite des Stacheldrahtes transportiert. Auch die anderen Bundesländer, von Bayern einmal abgesehen, profitieren von der Müllhalde, da sie angesichts des Mangels an politisch nicht durchsetzbaren Deponien im eigenen Lande nicht wissen, wohin mit dem Abfall. Selbst Hessens Umweltminister, der grüne Joschka Fischer, ist dankbar für Schönberg. Auch er mußte einräumen: Uns fehlen die Alternativen.

Flessner sieht sich vor ein weiteres Problem gestellt: Die Deponie Schönberg liegt zwar auf deutschem Boden, aber nicht im Hoheitsbereich der Bundesrepublik. In Statusfragen aber ist Ost-Berlin so sensibel wie kein anderer Staat und gesteht daher der anderen Seite nur ein beschränktes Mitspracherecht zu.

Um sich aber den Einfluß auf die Schönberg-Politik der „DDR“ zu sichern, ist der Landwirtschaftsminister bemüht, Ost-Berlin gegenüber Vorwürfen aus dem Westen, die Zweifel an der Sicherheit der Deponietechnik und der Art der dort abgelagerten Stoffe nähren, in Schutz zu nehmen. Auf Unterstützung aus Bonn oder anderen Bundesländern kann Flessner dabei nicht hoffen. Scharf rügte der Minister bereits: „Dort verkehrt man nach dem Motto: Augen zu und durch.“

Die Vogel-Strauß-Politik der Nutznießer war besonders deutlich in der Diskussion um einen sogenannten Positiv-Negativ-Katalog geworden, der die Art der Abfälle regelt. In einem Vorstoß im März vergangenen Jahres hatte die „DDR“ diesen nicht unterschriebenen, doch stillschweigend akzeptierten Katalog um einige brisante Müllarten ausweiten wollen. So sollte unter anderem ölhaltiger Boden und Flugasche nach Schönberg gebracht werden. Ost-Berlin nahm von dieser Absicht auf Bitten Schleswig-Holsteins Abstand.

Der Schriftverkehr von einst bereitet heute dem Minister allerdings die größten Probleme. Er nährt den Verdacht, daß die Informationspolitik des Hauses Flessner nicht so offen war, wie es der Landwirtschaftsminister immer behauptet hat. Vor allem aber leisteten Vertreter seines Hauses Spekulationen Vorschub, nach denen es auf der Deponie nicht so sauber zugeht, wie stets behauptet wurde.

Schmidt rechnet mit den „Ausstiegs-Schwärmern“ ab

Früherer Kanzler sieht „große Risiken“ bei anderen Energien

epd, Hannover

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat vor einem übereilten Ausstieg aus der Kernenergie gewarnt. Auch die Elektrizitätsgewinnung mit Hilfe von Kohle, Gas und Öl sei mit großen Risiken verknüpft, sagte Schmidt in der Marktkirche in Hannover, wo er vor mehr als 1200 Zuhörern über „Christliche Ethik und politische Verantwortung“ sprach. Kein Wissenschaftler könne im Augenblick wirklich sagen, wo das Risiko am größten sei.

Nach den Worten Schmidts müßten Entscheidungen über die Kernenergie vernünftig abgewogen werden. Im vergangenen Jahr seien kohlewasserstoffgeheizte Kraftwerke abgelehnt worden, weil sie das Waldsterben auslösten. In diesem Jahr sei es „in Mode, gegen Kernenergie zu schimpfen“. Der SPD-Politiker wies darauf hin, daß im Kohlebergbau in Deutschland jährlich 60 Menschen sterben. Bei vielen ehemaligen Bergleuten werde „Staublunge“ als Todesursache festgestellt. Die Verbreitung von Kohlendioxyd aus Kraftwerken in die äußere Atmosphäre führe zu Klimaveränderungen auf der Erde mit „ungeheuren Konsequenzen“ für das Leben. Die Sonnenenergie als Alternative reiche beim gegenwärtigen Stand der Technik nicht sehr weit. Moralisch, vernünftig und im Sinne christlicher Freiheit wäre es, „zukünftige Entscheidungen heute so wenig wie möglich einzuengen“.

Schmidt warnte vor „Schwärmern“, die die Tendenz hätten, „aus der politischen Wirklichkeit am liebsten auszusteigen“. Sie sähen von den machtpolitischen Verhältnissen zugunsten moralischer Anklagen und einer einseitigen Selbstentwaffnung ab, sagte der ehemalige Kanzler. Ein anderes Extrem sehe er in der „unsinnigen Attitüde, als ob sich Sicherheit ausschließlich auf Waffen aufbauen ließe“. Geboten sei ein Gleichgewicht der Rüstung auf beiden Seiten, das durch Verträge auf niedrigerer Ebene festgesetzt werden müsse. Zur beiderseitigen Sicherung des Friedens brauche man Partnerschaft.

In Ägypten häuft sich politischer Sprengstoff an

Kairo bekommt die Wirtschaftskrise nicht in den Griff

PETER M. RANKE, Kairo

Mit Importbeschränkungen, höheren Zöllen und Preisen und mit Haushaltseinsparungen versucht die ägyptische Regierung Ali Lutfi, eine tiefreichende Wirtschaftskrise zu meistern. Die Devisenkassen sind praktisch leer, Ägypten braucht dringend neue Kredite oder eine baldige Umschuldung. In Washington hat eine ägyptische Regierungsdelegation bereits darum gebeten, 500 Millionen Dollar der diesjährigen Wirtschaftshilfe von insgesamt 2,3 Milliarden Dollar in bar auszuzahlen, statt Weizen oder Waffen zu liefern. Auch Bundeswirtschaftsminister Bangemann wird mit Kredit- und Umschuldungswünschen konfrontiert werden, wenn er Anfang August in Kairo eintrifft.

Die Lage ist hoffnungslos, weil angesichts der Überbevölkerung und bei Auslandsschulden von über 30 Milliarden Dollar keine rasche Besserung absehbar ist. Das kann keine Regierung verkraften. Westliche Diplomaten in Kairo sorgen sich daher, ob Präsident Mubarak (56) die Krise politisch überleben kann. Eine wirkliche Besserung der Wirtschaftslage wäre nur durch einen radikalen Abbau der Staatssubventionen, die Durchforstung der Bürokratie, Produktionssteigerungen in der Staatswirtschaft und die Abwertung des ägyptischen Pfundes möglich. Aber Mubarak fürchtet die Straße.

Murren und Schimpfen

Mit Recht. Schon herrscht Unmut in den langen Schlangen der Frauen und Männer vor den Staatsläden, den „Gamaiya". Sie murren und schimpfen. Gutes Fleisch und Geflügel sind unerschwinglich. Wer den Preis für das Fladenbrot, für Zucker, Tee, Speiseöl und Reis erhöhen will, muß mit einem Volksaufstand rechnen. Aber auch die Preise für Benzin, Elektrizität, für Bus und Eisenbahnen sind staatlich mit insgesamt vier Milliarden Dollar jährlich subventioniert, freie Erziehung ist garantiert. Wer daran rüttelt, riskiert die große politische Krise am Nil, schreiben die Blätter der Linksopposition wie „Es-Schaab" und drohen die oppositionellen Moslembrüder sowie die WAFD-Partei.

Schon Anfang Oktober 1984 hatte Mubarak Preiserhöhungen für Brot zurückgenommen, als es in der Industriestadt Kafr el Dawar im Delta zu Demonstrationen und Plünderungen gekommen war. Auch der Aufstand der Bereitschaftspolizei in Kairo Ende Februar sitzt den Regierenden noch in den Knochen.

Eine Wirtschaftsreform, die nur die Subventionen und die Staatswirtschaft korrigieren will, ohne an die Armee als den „Staat im Staate" heranzugehen, verdient ohnehin den Namen nicht.

Die Radikalen warten

Aber die Streitkräfte mit ihren 440 000 Mann und zu fünfzig Prozent mit modernsten westlichen Waffen ausgerüstet, sind noch die stärkste Stütze Mubaraks und daher bisher ungeschoren davongekommen. Es war schließlich die Armee mit ihren Panzern, die die Unruhen der Bereitschaftspolizei niederschlug und dabei auf Ägypter schoß und 244 Menschen tötete. Würde sie es noch einmal tun?

Die Hochrüstung der Streitkräfte nach dem Frieden mit Israel durch alle drei Westmächte, Brasilien und Spanien ist einer der Hauptgründe für die jetzige Krise. Diese Hochrüstung ist teuer. Gewiß, einiges davon wird an Irak im Golfkrieg geliefert, die Rüstungsexporte bringen jährlich rund eine Milliarde Dollar ein. Aber das reicht nicht. Während in Kairo die Menschen schon in Hausfluren und unter Brücken in Kartonhütten leben, während Studenten keinerlei Berufschancen haben und die Wohnungsnot zu überhöhten Mieten und Abstandszahlungen von hunderttausend Dollar für vier Zimmer führt, können sich Offiziere Privatwagen, verbilligte Wohnungen und Ferienreisen, eigene Clubs und einen sicheren Berufsweg leisten. Die Armee stellt Bautrupps und bietet eine solide technische Ausbildung, von der ein Fellache im Nildelta nur träumen kann.

In Ägypten hat sich Sprengstoff angehäuft, der das Regime Mubaraks bedroht. In den Kulissen der Macht wartet die Armee mit Marschall Abu el Ghazala, bereiten die Moslembrüder, radikale islamische Terrorgruppen und die Linksopposition ihre Stunde vor. Im Herbst oder im kommenden Winter, so urteilen westliche Diplomaten, ist es soweit. (SAD)

Für Mitterrand hat Moskau jetzt nur Lob

In der „Prawda" Anerkennung für Haltung zur NATO

DW. Moskau/Paris

Im Vorfeld des heute beginnenden USA-Besuchs des französischen Staatspräsidenten und seiner anschließenden Visite in der Sowjetunion vermeidet Moskau jede Kritik an Mitterrand, um das derzeitige Klima nicht zu verschlechtern. Nach einem Bericht der sowjetischen Parteizeitung „Prawda", der als politische Vorschau auf die Moskau-Visite Mitterrands gekennzeichnet war, verbessern sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern fortwährend. Diese positive Entwicklung halte an, obwohl aus französischen Regierungserklärungen der jüngsten Zeit erkennbar sei, daß die Ablehnung des amerikanischen SDI-Programms nachlasse.

Das Parteiblatt kritisierte damit aber vornehmlich die Position von Premierminister Jacques Chirac, denn in dem Artikel wird der Widerstand des französischen Staatspräsidenten gegen die Ausweitung des Wettrüstens in den Weltraum besonders hervorgehoben. „Den Erklärungen Mitterrands ist zu entnehmen, daß Frankreich sich der Gefahr bewußt ist, sollte das Wettrüsten ins Weltall verlegt werden", heißt es in der „Prawda".

In dem Beitrag wird auch die besondere Haltung Frankreichs zur NATO gelobt. Unter Anspielung auf den französischen Rückzug aus der militärischen Struktur des Bündnisses schreibt das Blatt, der Kreml zolle Paris dafür Anerkennung.

Das starke Interesse Moskaus an dem Mitterrand-Besuch wird auch daran deutlich, daß Parteichef Gorbatschow auf eine zusätzliche, dritte Unterredungen gedrungen hatte. Wie aus der Umgebung Mitterrands verlautete, mußte der französische Staatspräsident wegen dieses Wunsches seines Gastgebers auf einen ursprünglich geplanten Abstecher nach Georgien verzichten.

Bei den für morgen geplanten Gesprächen Mitterrands mit US-Präsident Reagan wird es vor allem um Abrüstungsfragen gehen. Wie es in Paris hieß, will Mitterrand unter anderem die Notwendigkeit hervorheben, das atomare Gleichgewicht in Europa beizubehalten, wobei insbesondere die Einhaltung des ABM-Vertrages ins Gewicht falle. Anlaß des USA-Besuchs ist der 100. Geburtstag der Freiheitsstatue.

Kanada erwägt den Bau von Atom-U-Booten

Deutsche Werften am künftigen Großauftrag interessiert

C. GRAF BROCKDORFF, Ottawa

Die konservative kanadische Regierung erwägt den Bau von vier U-Booten als Ersatz der veralteten dieselelektrischen U-Boote der britischen Oberon-Klasse. In kanadischen Regierungskreisen wird ernsthaft diskutiert, die neuen U-Boote mit nuklearem Antrieb auszustatten. Würde Kanada sich dazu entschließen, wäre es das sechste Land der Welt, das über Atom-U-Boote verfügt.

Als Hauptgrund für die in Ottawa angestellten Überlegungen wird in Regierungskreisen die Aufgabe genannt, unter dem ausgedehnten Eis im Norden des Landes operieren zu können. Gegenwärtig ist Kanada nicht in der Lage, unter dem Eis seine souveränen Rechte wahrnehmen zu können. Kanada besitzt Horchposten im hohen Norden, einschließlich des Stützpunktes Alert an der Nordspitze der Insel Ellesmere, der geographisch Moskau näher ist als Ottawa. Konventionelle U-Boote können keine ausgedehnten Fahrten unter dem Eis unternehmen.

Angesichts der hohen Kosten für ein Atom-U-Boot, die Beschaffung ist vier Mal so teuer wie die eines konventionellen U-Bootes, der Unterhalt ist zehn Mal so hoch, wird in Ottawa überlegt, die neuen Boote mit einem sogenannten Hybridantrieb auszustatten: Dabei würde ein Atomreaktor bei langen Fahrten unter dem Eis die Batterien aufladen. Weil bewegliche Teile am Reaktor ausfallen, würde der Bootstyp extrem leise sein. Er wäre nur nicht so schnell wie normale Atom-U-Boote, die mit ihren Umwälzpumpen für den Kühlkreislauf lauter sind. Lärm ist die größte Entdeckungsgefahr für ein U-Boot. Der neue kanadische U-Boot-Typ würde mit Torpedos bewaffnet sein, nicht mit Raketen.

Wie in Ottawa bekannt wurde, interessieren sich deutsche U-Boot-Werften (Thyssen Rheinstahl in Emden) für den zu erwartenden kanadischen Großauftrag. Auch Frankreich habe Interesse angemeldet. In Kanada wird auch darüber nachgedacht, den stärksten konventionell angetriebenen Eisbrecher der Welt zu bauen, jedoch schreckt man noch vor den Kosten zurueck, die auf 500 Millionen Dollar beziffert werden. Das Schiff soll die kanadische Souveränität in der Nordwest- Passage besonders gegenüber den USA zum Ausdruck bringen. (SAD)

Erschöpft erwarten Japans Politiker den Wahlsonntag

FRED de LA TROBE, Tokio

Japan ist in der Endphase des Wahlkampfes. Aus den Lautsprecherwagen ertönen die beschwörenden Stimmen der Kandidaten immer heiserer und abgekämpfter. Manche beschränken sich schon auf das Händewinken mit weißen Handschuhen – die Symbole der politischen Sauberkeit. Erschöpft erwarten die Politiker die Doppelwahlen am kommenden Sonntag. Dann entscheiden 85 Millionen Stimmberechtigte über 512 Mandate des Unterhauses und 126 Sitze – die Hälfte – des Oberhauses.

Die regierende Liberaldemokratische Partei (LDP) hatte bei der Auflösung der Volksvertretung eine Mehrheit von 136 Mandaten im Oberhaus, im wichtigeren Unterhaus aber nur 250 Sitze und nur in einer Koalition zusammen mit dem kleinen Neuen Liberalen Club die Majorität. Sie hofft auf mehr als die einfache Mehrheit von 257 Sitzen. Für eine Alleinregierung und die Kontrolle über alle parlamentarischen Ausschüsse müßte sie 271 Sitze erobern.

Die letzten Umfragen deuten auf einen knappen Sieg der LDP im Unterhaus hin, während die Partei im Oberhaus ihre Mehrheit mühelos halten dürfte. Die Rechnung, daß die bei Doppelwahlen zu erwartende hohe Wahlbeteiligung zugunsten der Liberaldemokraten zu Buche schlagen wird, braucht nicht unbedingt aufzugehen. Alle Beobachter sind sich einig, daß bei den bisher einzigen Doppelwahlen 1980 der Tod des damaligen Ministerpräsidenten Ohira und die dadurch ausgelöste Sympathiewelle für die Regierungspartei den Erdrutschsieg der LDP herbeiführte.

Hauptthemen sind die im nächsten Jahr vorgesehene Steuerreform, Hilfe für die vom starken Yen belasteten Unternehmen und die Schulreform. Die Gemüter erhitzen sich vor allem über eine neue Mehrwertsteuer, die das Finanzministerium einführen will. Ministerpräsident Nakasone erklärte allerdings kategorisch, daß es unter ihm eine solche Steuer nicht geben werde. Das Thema ist nicht gerade sympathiewerbend.

Nakasone hat mit zahlreichen Auftritten auf Massenkundgebungen seiner Partei aktiv in den Wahlkampf eingegriffen. Immer wieder bemühte er sich, mit der Feststellung, Japan sei eine Weltmacht geworden, das Nationalgefühl der Wähler anzusprechen. „Ich lehne es ab, nach irgend jemandes Pfeife zu tanzen – selbst nicht nach der von Präsident Reagan", betonte er selbstbewußt.

Eine scharfe Note in den Wahlkampf brachte der Führer der Sozialisten, der größten Oppositionspartei, Ishibashi. Er bezeichnete Nakasone als einen Militaristen und Imperialisten, ohne Herz für die Armen und Alten und außerdem als „den größten Lügner, der mir bisher begegnet ist". Damit spielte er auf das Versprechen an, das Parlament nicht aufzulösen und keine Wahlen abzuhalten, das der Ministerpräsident den Führern der Opposition gegeben hatte. Die Sozialisten und die drei anderen kleinen Oppositionsparteien, die buddhistisch orientierte Komeito, die demokratischen Sozialisten und die Kommunisten, haben allerdings keine überzeugenden Alternativen zum Programm der LDP anzubieten. Ihre unrealistischen Wirtschafts- und Sicherheitspläne stoßen bei den Wählern auf geringes Echo.

Viele Beobachter sehen daher die Wahl vor allem als einen Entscheid über die politische Zukunft Nakasones, dessen Amtszeit an der Spitze der LDP im Oktober abläuft. Während des Wahlkampfs haben schon die drei aussichtsreichsten „Kronprinzen" – Außenminister Abe, Finanzminister Takeshita und der Leiter des LDP-Exekutivrats Miyazawa – aktiv um bessere Ausgangspositionen für den Griff nach dem Staatsruder manövriert.

Bei Schlendrian verhängt Kreml künftig Geldbuße

rtr/DW. Moskau

Die sowjetische Führung will künftig härter gegen den Schlendrian in den Produktionsbetrieben des Landes vorgehen. Gestern verkündete das Zentralkomitee der KPdSU Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Warenqualität in der UdSSR führen sollen. In einer Resolution des ZK hieß es, erfolgreiche Betriebe würden für Qualitätserzeugnisse Prämien erhalten, während Verstöße gegen das geforderte Niveau bei den Angeboten mit Geldbußen bestraft würden. Zugleich rief die Partei die Technischen Hochschulen auf, einen größeren Beitrag zur Ausbildung von Fachkräften zu leisten.

Die Entschließung des ZK wurde in der Parteizeitung „Prawda" veröffentlicht. Danach sollen Betriebe, die beständig ein hohes Produktionsniveau erreichen, Preise und Prämien von bis zu 20 000 Rubel (rund 60 000 Mark) erhalten. Bei „groben Verstößen gegen die technische Disziplin" würden Arbeiter in ihren Bewertungskategorien herabgestuft. Einziges Kriterium für die Beurteilung der Arbeitsleistung der Belegschaften in Industriebetrieben, so die „Prawda", sei die Qualität der Erzeugnisse. Verantwortlich für die Leistung seien alle, vom einfachen Arbeiter bis zum Direktor.

Wie die Zeitung weiter schreibt, soll im nächsten Jahr ein neues Kontrollorgan mit größeren Vollmachten geschaffen werden. Außerdem müßten Betriebsleiter, die Produktionszahlen fälschten, in Zukunft mit härteren Strafen rechnen.



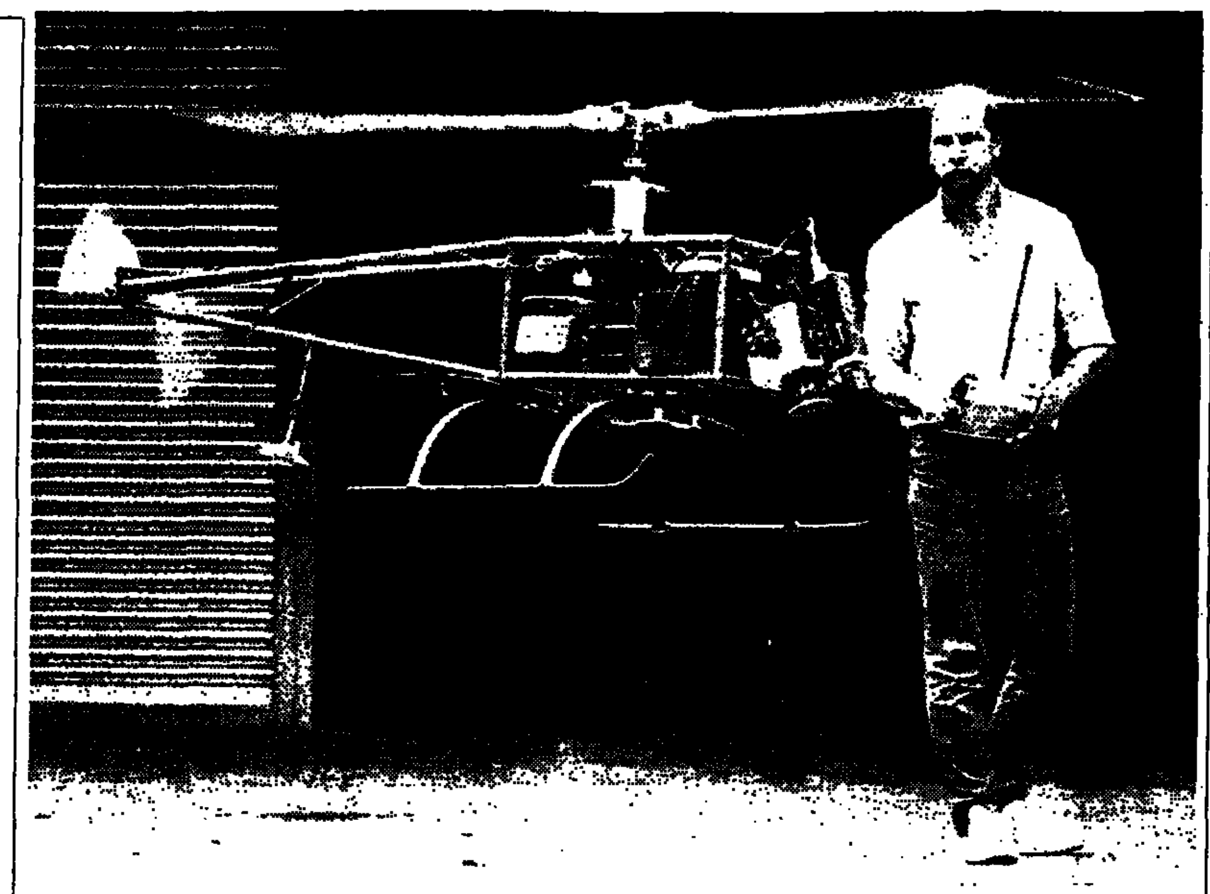




Auf Wellenjagd im Tropenband

Der Empfang von Kurzwellen-Sendungen ist in erster Linie eine Frage des „Gewußt, wie". Von ganz entscheidender Bedeutung sind aktuelle und zuverlässige Informationen über Sender, Sendezeiten, Frequenzen und Empfangschanchen. Enttäuschung bei der „Wellenjagd" muß nicht sein, wenn man genau weiß, welchen Sender man wann und wo suchen muß. Das vorliegende Jahrbuch enthält alle wichtigen Informationen über die Sender aus 170 Ländern der Erde. Das mittlerweile zum Standardwerk avancierte Buch enthält außerdem eine komplette Frequenzliste der Rundfunksender auf Langwelle / Mittelwelle / Tropenband und Kurzwelle. Besonders wertvoll für Touristen in der Ferne: Auf zehn Seiten sind Hörfahrpläne der deutsch- und englischsprachigen Sendungen aus aller Welt, nach Sendezeiten geordnet, aufgelistet. Der Clou: Dreimal im Jahr wird mit kostenlosen Nachträgen aktualisiert. D.T.

„Sender und Frequenzen 1986 – Jahrbuch für den weltweiten Rundfunk-Empfang" – Von Wolf Siebel und Klaus Bergmann. Siebel-Verlag, Wachtberg-Pech, 416 Seiten, zahlreiche Abb.; 36,80 DM.



Dreharbeiten am Horizont

Ein „Fliegendes Auge" hat jetzt ein Elektronik-Unternehmen in Osnabrück mit diesem fernsteuerbaren Modellhubschrauber entwickelt. Der von einem kleinen Benzinmotor angetriebene Mini-Helikopter kann eine Nutzlast von fünf Kilogramm tragen und soll, ausgerüstet mit einer speziell entwickelten Fernsehkamera, einem Sender sowie einer Computer-Steuerung, schon bald in Entfernungen bis zu zwölf Kilometer operieren können. Bereits jetzt haben Polizei, Feuerwehr, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr Interesse an dem universell einsetzbaren Gerät bekundet. FOTO: DPA

Warum unser Blut ein ganz besonderer Saft ist

Max Perutz berichtete über aktuelle Aspekte der Hämoglobin-Forschung vor der Lindauer Nobelpreisträger-Tagung

Von BERND STEFAN

Blut galt bis weit in die Neuzeit als etwas Magisch-Mythisches. Die Magie ist inzwischen gewichen, heute interessieren sich die Wissenschaftler vielmehr für die Funktionen der einzelnen Blutbestandteile. Bei den Biochemikern ist es der Blutfarbstoff der roten Blutkörperchen, das Hämoglobin, der ihr Interesse weckt. Was Nobelpreisträger Max Perutz, Cambridge (Großbritannien), auf der diesjährigen Lindauer Nobelpreisträger-Tagung – die morgen zuende geht – über das Hämoglobin zu erzählen wußte, weckte vielseitiges Erstaunen. Perutz gab mit seinen Ausführungen einen lebendigen Einblick in die Werkstoffe moderner molekularbiologischer Forschung.

Im Jahre 1936, als der gebürtige Österreicher nach Cambridge übersiedelte, begann Perutz mit grundlegenden Arbeiten über die Funktion des Hämoglobins, für die er 1962 den Nobelpreis für Chemie erhielt.

Eiweißgruppen regulieren den Sauerstoff-Haushalt

In diesem Jahr kam der Forscher erstmals zur Nobelpreisträger-Tagung nach Lindau. Seine „Jungfernrede" war ein Glanzlicht, eine Sternstunde der Nobelvorträge. Nach seinen Worten wissen wir heute fast „alles" über das Hämoglobin-Molekül, sowohl über seine Struktur als auch über die Lage seiner einzelnen Molekülbausteine im Raum. So besteht das Hämoglobin-Molekül aus zwei fast identischen Polypeptiden (Eiweißstoffen) und zwei weiteren chemischen Strukturen, die sich jeweils um ein Eisenatom gruppieren. Diese Gruppen sind es, die für Aufnahme und Abgabe des Sauerstoffes regulieren.

Den Raum erfüllen diese beiden großen Ketten des Hämoglobin-Moleküls in sehr komplizierter Weise. Die beiden Doppelketten haben eine nahezu identische Krümmung, gerade Strecken wechseln sich mit schraubenförmig aufgewundenen Teilen ab. Etwa 75 Prozent der das Hämoglobin-Gerüst bildenden Aminosäuren befinden sich zwischen den gewundenen Teilen.

Mit einem Filmes, von einem Grafik-Computer erstellt, konnte Perutz seinen Zuhörern anschaulich vor Augen führen, daß das Hämoglobin-Molekül auf kleinstem Raum untergebracht ist und wie es seine Gestalt bei der Sauerstoffaufnahme und -abgabe verändert. Das Hämoglobin-Molekül ist also kein starres Gebilde. In seinem Inneren befinden sich Hohlräumen, die dafür geschaffen zu sein scheinen, auch Medikamente aufzunehmen.

Impuls bekam die Forschung durch die in Afrika weitverbreitete Sichelzellenanämie, eine Erbkrankheit, die durch Mutation, die Veränderung eines Hämoglobinbausteins entsteht. Diese Punktmutation ruft eine Polymerisierung (Zusammenschluß) des Hämoglobins bei der Sauerstoffabgabe hervor, wodurch die roten Blutzellen in venösem Blut sichelartig verformt werden. Bei der Sauerstoffaufnahme hingegen gehen sie wieder in ihre normale Form zurück.

Aus den Vereinigten Staaten kam nun der Anstoß zu prüfen, ob Arzneimittelmoleküle die Verformung der Hämoglobins verhindern können. Sie müßten sich so einfügen, daß die Bindung zwischen aufgenommenem Sauerstoff und dem Hämoglobin-Molekül auch bei Sauerstoffabgabe erhalten bleibt.

Unterstützung kam von der Computer-Technik

In Cambridge untersuchte Perutz die ihm übergebenen Medikamente, deren Moleküle mehr oder weniger gut in die Hohlräume des Hämoglobins paßten. Perutz konnte den Chemikern im Labor genau sagen, wie die Wirkstoff-Moleküle zu modifizieren seien. Auf diese Weise, so Perutz, könnte es möglich sein, eines Tages ein Medikament zu erhalten, mit dem sich die Sichelzellenanämie erfolgreich behandeln läßt.

Erstaunlich war auch, was Perutz mit seinem Team bei diesen Untersuchungen mit Hilfe der Technik des „Computer-Designs" fand. Ein ganz bestimmter Wirkstoff, ein sog. Betafibrat, paßte zwar optimal in die Lükken des Hämoglobin-Moleküls, doch es verstärkte nicht die Bindung des Sauerstoffs, sondern bewirkte vielmehr eine leichtere Abgabe des Sauerstoffs, also das Gegenteil: Die Bindung des Sauerstoffs an das Hämoglobin-Molekül wurde gelockert. Das ist ein Phänomen, das für die Behandlung des Herzinfarktes sehr erwünscht ist, wenn es darum geht, den Herzmuskel etwas ruhiger zu stellen.

Die Aussichten, die sich den Wissenschaftlern an dieser Stelle eröffnen, sind interessant. Doch auch dieser Fortschritt war, wie Perutz sagte, mit einem kleinen „Haken" versehen. An zwei, drei Stellen muß das Betafibrat-Molekül noch etwas besser in die Lücken des Hämoglobin-Moleküls eingepaßt werden. So erhielten die zuständigen Chemiker die Anweisung, das Betafibrat entsprechend abzuwandeln.

Ob das Ergebnis dieser gemeinsamen Anstrengungen eines Tages zu einem neuen Medikament zur Behandlung von koronaren Herzkrankheiten führen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Zur Frage, ob dieser Weg eines Tages auch vielleicht die Kosten der Arzneimittelforschung reduzieren wird, wollte sich der Wissenschaftler nicht äußern.

Billig ist das Arbeiten mit aufwendigen grafischen Computern nicht. Für Fachleute jedoch ist dies ein möglicher und rationaler Weg, der auch die gezielte Herstellung besserer und wirksamerer Medikamente ermöglicht. Vielleicht gelingt es auf diese Weise den Pharmaforschern auch, die Nebenwirkungen nicht nur vorauszusagen, sondern auch weitgehend auszuschalten.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

„Jumbo"-Kontrollen

Washington (AFP) – Die amerikanische Luftfahrtbehörde (FAA) hat eine Verstärkung der Sicherheitskontrollen bei Flugzeugen des Typs „Boeing 747" empfohlen. Die amerikanischen Fluggesellschaften wurden aufgefordert, insbesondere den Bug der Maschinen häufiger nach Rissen zu untersuchen. Die bisherigen Inspektionen seien ungenügend, betonte am Dienstag ein Sprecher der FAA. Es bestehe jedoch „keine unmittelbare Gefahr". Die verstärkten Sicherheitskontrollen wurden empfohlen, nachdem im vergangenen Jahr Risse am Bug eines „Jumbos" entdeckt worden waren. Die amerikanischen Fluggesellschaften haben derzeit 160 „Boeing 747" im Einsatz.

Urangas ausgeströmt

Paris (AFP) – „Einige Kilogramm" Uranhexafluorid sind am vergangenen Montagabend in der Eurodif-Anreicherungsanlage in der Nähe von Valence im Rhône-Tal ausgeströmt. Nach Angaben der Gesellschaft Cogema, die eine Filiale der französischen Atomenergiebehörde (CEA) ist und der das Werk untersteht, hatte die Panne keine Folgen für das Personal und die Umwelt. Das Uranhexafluorid sei in einem völlig abgedichteten Behälter ausgeströmt, betonte ein Sprecher der Gesellschaft.

Dioxin-Alarm

Lyon (AFP) – 24 Stunden nach dem Dioxinalarm in Villeurbanne bei Lyon ist die Evakuierung von weiteren Anrainern des durch zwei Brände zerstörten Transformators der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft EDF angeordnet worden. Die Anordnung erfolgte, nachdem sich um die Brandstelle giftstoffhaltiger Ruß niedergeschlagen hatte. Bereits unmittelbar nach dem Unglück war ein ganzes Stadtviertel wegen einer befürchteten Freisetzung von giftigem Dioxin durch die Erhitzung des Kühlmittels Pyralen geräumt worden. Das Pariser Umweltministerium teilte mit, daß binnen der nächsten beiden Jahre die rund 100 000 Pyralen-Transformatoren überholt werden sollen.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Über neue Methoden bei der Entwicklung von künstlichen Hüftgelenken berichtet Vera Zylka.

*

„Wie man verschwundene Seen aus Fußspuren rekonstruiert" – Ein Beitrag von Arno Nöldechen.

*

„Strahlender Erfolg" – Dieter Thierbach über die Geschäftemacherei mit „Strahlenschutzpräparaten".

Erdbeben-Institut

Lima (AFP) – Die Bildung eines gemeinsamen Forschungszentrums über Erdbeben haben jetzt Japan und Peru vereinbart. Beide Länder gehören zu den Anrainerstaaten des Pazifiks, denen Fachkreisen zufolge in nächster Zeit schwere Erdbeben drohen. Das Zentrum, für das die japanische Regierung 2,4 Millionen Dollar bereitgestellt hat, soll durch Untersuchungen von Naturkatastrophen Maßnahmen zur Milderung ihrer Folgen erarbeiten.

Ein Sehtest für Roboter

Neues Verfahren zur Entfernungsmessung im Nahbereich

Von HORST DALCHOW

Mobile Dienstleistungsroboter bestimmen immer mehr unser Leben, obwohl sich der Normalbürger unter diesem Sammelbegriff nicht allzu viel vorstellen kann. Für die Fachleute zeichnet sich jedoch ein weiterer Fortschritt ab, der die industrielle Fertigung revolutionieren könnte: die Laserentfernungsmessung im Nahbereich.

Ein von dem Wissenschaftler Ralf Hinkel an der Universität Kaiserslautern entwickeltes Verfahren bedeutet nichts anderes, als daß Roboter künftig auch tasten und sehen können. Dem Elektroniker gelang mit relativ einfachen Mitteln die Konstruktion eines Laserentfernungsmessers, der eine schnelle Meßrate mit bisher unerreichter Genauigkeit verbindet.

Damit können bis zu 10 000 Messungen pro Sekunde mit einer Auflösung von einem Hundertstel eines Meßbereichs ausgeführt werden. Die Dimensionen des Prototyps sind so gering, daß er in die Greifer von Montagerobotern integriert werden kann.

Wenn auch das „bildverstehende System" mit der universellen Leistungsfähigkeit des menschlichen Auges und Gehirns noch ein Fernziel bleibt: Eingeschränkte Aufgaben wie Qualitätsprüfung, Werkstückhandhabung und Ablaufsteuerung sind bereits jetzt durch „Computersehen" lösbar.

Hinkel hat einen Weg gefunden, die bislang unvermeidbare Unschärfe der verwendeten Optoelektronik zu korrigieren. Bei den bisher angewandten Verfahren zur Bestimmung von Entfernungen durch Messung der Unschärfe wird der Abstand der Aufnahmeebene verändert, bis der Intensitätsunterschied von zwei benachbarten Bildpunkten ein Maximum erreicht. Nach Hinkels System kann jedoch die Unschärfe eines Bildes direkt, das heißt ohne Veränderung der Aufnahmeebene, gemessen werden. Er projiziert einen Laserlichtpunkt auf das Objekt und mißt den Durchmesser der entstehenden Unschärfescheibe direkt.

Aus dieser ebenso einfachen wie verblüffenden Lösung ergab sich ein gravierender Unterschied zum gegenwärtigen Stand der Technik: Da sich bei den bekannten Verfahren der Abstand zum Objekt nur durch eine Veränderung der Ebenen ermitteln läßt, ist die dafür erforderliche Mechanik zur Fokussierung für eine schnelle Meßrate mit großer Genauigkeit nicht geeignet. Sie ist bei der geforderten Meßgenauigkeit von unter einem Millimeter mit einer Aufnahmezeit von hundert Millisekunden pro Bildpunkt überdies zu langsam.

Hinkels Verfahren ist dagegen lediglich von der Ansprechzeit des verwendeten lichtempfindlichen Empfängers und der Dimension des optischen Systems abhängig. Die Positionsgeschwindigkeit der Fokussierung spielt keine Rolle mehr.

Für den Fachmann ist die Realisierung des Prinzips relativ einfach: Ein auf dem zu vermessenden Objekt erzeugter Lichtpunkt wird durch ein optisches System scharf abgebildet. Befindet sich die Aufnahmeebene außerhalb dieser Bildebene, dann entsteht eine durch Vergleich exakt meßbare Unschärfe, die in eine präzise Steuerung des Roboters umgesetzt werden kann: Er sieht.

Ralf Hinkel hatte seine Forschungen schon als Student begonnen. Er verfügte weder über einen Laser noch über eine optische Bank. So behalf er sich zunächst mit einer Taschenlampe und einer Spiegelreflexkamera. Die Größe der entstehenden Unschärfe maß er mit Hilfe eines Millimeterpapiers auf der Filmebene.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verzicht auf das Erbe

Der 200. Todestag Friedrichs des Großen entwickelt sich zu einem nordrhein-westfälischen Skandal. In den Tagen um den 17. August wird die Bundesrepublik Deutschland des großen Preußenkönigs gebührend gedenken. Auch die DDR konkurriert mit uns durch Veranstaltungen in dem Wettbewerb, wer das Erbe Friedrichs II. wahrt. Das Datum ist in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Bayern und Berlin Anlaß zu offiziellen Gedenkveranstaltungen. Nordrhein-Westfalen ist der bedeutendste Nachfolgestaat Preußens in der Bundesrepublik. Die Landesregierung hat jetzt in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage des CDU-Kollegen Goldmann bekräftigt, daß sie im Gegensatz zu vielen anderen nicht beabsichtige, eine eigene Veranstaltung zum 200. Todestag Friedrichs des Großen durchzuführen. Gründe gibt Kultusminister Schwier nicht an.

Ich finde das Verhalten der Herren Rau und Schwier geschichts- und würdelos. Sollen wir uns das große preußische Erbe wirklich von dem Kommunisten Erich Honecker wegnehmen lassen? Er versucht es seit Jahren. Leider finden sich SPD-Politiker, die aus Dummheit und in tiefer Verbeugung vor der GEW der Verantwortung vor unserer Geschichte nicht gerecht werden und den Kommunisten in die Hände arbeiten. Nordrhein-Westfalen wird wirklich unter Niveau regiert!

Dazu paßt, daß der nordrhein-westfälische Ministerpräsident die Bundesregierung vom Ausland her und pikanterweise ausgerechnet aus Moskau angreift. Es ist eine uralte Regel, daß innenpolitische Streitigkeiten nicht vom Ausland her ausgetragen werden sollen. Rau hält sich nicht daran und spaltet, statt einen einheitlichen Standpunkt der Deutschen in Moskau zu Gehör zu bringen. Die Folgen muß er selbst verantworten. Im Grunde ist er schon als Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens überfordert. Er verantwortet dort eine besonders hohe Arbeitslosigkeit und einen Rückfall des Landes, das früher die Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland war, auf einen der letzten Plätze in der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist natürlich eine ungeheure Empfehlung, ihn nach oben wegzuloben und zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu wählen! Friedrich der Große würde sich im Grabe umdrehen.


Dr. Ottfried Hennig, MdB, CDU FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Dr. Ottfried Hennig, MdB, CDU Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Lebendige Tradition

„Tradition allein ist keine Garantie für die Zukunft"; WELT vom 12. Juni

Zunächst einmal herzlichen Dank für Ihre ausführliche Berichterstattung über den „Cartellverband der katholischen Studentenverbindungen (CV)" und seine 100. Cartellversammlung.

Offensichtlich fehlinformiert war jedoch Ihr Redakteur Peter Phillips, wenn er meint, dem CV stelle sich nunmehr die Existenzfrage auf seiner Cartellversammlung.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen vielmehr Resolutionen zur Hochschulpolitik und zur Gentechnologie, und zu spüren war keineswegs der Geist in sich versunkener Traditionalisten, denen der Staub vergangener Tage aus den Ohren rieselt. Daß der Resolutionsentwurf zur Hochschulpolitik maßgeblich vom Vorsitzenden der Westdeutschen Rektorenkonferenz und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bildungsministerium (beide CVer) vorbereitet worden war, widerspricht wohl deutlich genug Ihrer Annahme, der CV habe seine führende Position in der Hochschulpolitik eingebüßt.

Mit unseren Forderungen zur Schaffung neuer Qualifizierungsstrategien und der Idee einer „Drittmittellehre" haben wir nicht nur bestehende Forderungen nachgebetet, sondern kreativ neue Instrumente der Akademikerausbildung entwikkelt.

Wer die Semesterprogramme unserer 120 Verbindungen liest, wird feststellen, daß dort gelebter katholischer Glaube ein prägendes Element ist. So ist es auch nicht verwunderlich, daß unsere jüngste Neugründung in Fulda von dortigen Priesterseminaristen maßgeblich getragen wird.

Mit freundlichen Grüßen Martin Apfel, Bundesvorsitzender (Vorortspräsident) des CV-Studentenbundes, Frankfurt/Main

Aus für Hupka?

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der WELT las ich, daß die rheinische CDU dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Dr. Herbert Hupka, MdB, Listenplatz 22 angeboten hat. Das entspräche auf der NRW-Gesamtliste Platz 44. Ich frage mich, ob es sich die CDU erlauben kann, Leute wie Herrn Dr. Hupka aus dem Bundestag zu verdrängen. Nicht nur die Vertriebenen verlören eines ihrer wirkungsvollsten Sprachrohre im Parlament, auch die CDU/CSU-Fraktion müßte auf einen fähigen Abgeordneten verzichten.

Nicht nur bei den Vertriebenen, sondern in weiten Kreisen der Bevölkerung – auch in der jungen Generation – genießt der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien große Sympathien. Erwähnt sei hier nur sein Engagement für die Menschenrechte.

Mit den besten Grüßen Ihr Hermann Binkert, Kreisvorsitzender der Jungen Union Waldshut

Andere Kirche

„Wenn Kirchen zur Last für die Kirche werden"; WELT vom 10. Juni

Die Großkirchen haben ihre beherrschende Rolle an der Oberfläche des gesellschaftlichen Geschehens ausgespielt. Zum Glück, wie ich finde! Das heißt ja nicht, daß sie völlig verschwinden werden. Reste werden erhalten bleiben. Der Schrumpfungsprozeß ist für die Betroffenen natürlich schmerzlich. Aber je flexibler, vor allem in ihren juristischen Formen, die Großkirchen sind, desto besser wird es ihnen gelingen, sich in neue Einheiten zu gliedern und umzuformen. Der Artikel hat gut verdeutlicht, wie beweglich die Berliner dabei sind. Wir Hamburger können davon lernen.

Ob allerdings in der Tiefe des gesellschaftlichen Lebens die Kraft des christlichen Glaubens abgenommen hat, bezweifle ich stark. Vieles an neuen gesellschaftlichen Errungenschaften erfüllt alte christliche Erwartungen. Die Kirche Jesu Christi wird es immer geben, sie lebt und wächst. Man soll sich von dem, was an der Oberfläche passiert, nicht beirren lassen.

Pastor Hartwig von Schubert, Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Sankt Georg Hamburg 1

Wort des Tages

„Sozialismus ist Teilung der Gewinne ohne Verantwortlichkeit für Verluste."

Elbert Hubbard, amerikanischer Essayist (1856–1915)

Personen

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Lothar Streitferdt** von der Universität Hamburg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät) an der Universität Heidelberg erhalten.

GEBURTSTAGE

Der frühere Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, **Erich Eyermann**, feierte seinen 80. Geburtstag. Seine Laufbahn, die er 1933 in der Gerichtsbarkeit begonnen hatte, endete zunächst mit einer Entlassung durch die Nationalsozialisten. Nach erfolgreicher Tätigkeit in der Wirtschaft kehrte Eyermann 1948 in den Staatsdienst zurück, wechselte 1951 vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr zum Verwaltungsgerichtshof des Freistaats und war von 1968 bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1974 dessen Präsident. Durch seine Mitwirkung an einer der grundlegenden Kommentierungen zur Verwaltungsgerichtsordnung wurde Eyermann weit über die Grenzen Bayerns hinaus bekannt.

*

Seinen 75. Geburtstag feierte gestern der langjährige Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), **Anton Schlögel**. Der gelernte Jurist, auf dessen Initiative nach dem Krieg bereits im Juli 1945 eine neu organisierte bayerische Gliederung des Roten Kreuzes entstanden war, bekleidete das Amt des DRK-Generalsekretärs von 1958 bis 1976. Schlögels besondere Aufmerksamkeit galt dem Ausbau der internationalen Zusammenarbeit der Rot-Kreuz-Gesellschaften.

WAHL

Zum neuen Vorsitzenden der CDU-Wirtschaftsvereinigung Nordrhein-Westfalen, die im Zuge der Fusion der NRW-CDU aus den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe gegründet wurde, wählten in Düsseldorf die Delegierten den bisherigen rheinischen Chef **Peter Jungen** mit 200 von 211 Stimmen. Seine Stellvertreter wurden **Horst Annecker** (Bielefeld) und **Enno Springmann** (Wuppertal). Jungen, Jahrgang 1939, ist Vorsitzender des Vorstandes der PHB-Weserhütte AG, Köln.

MILITÄR

Der Norweger **Geir Haakon Mykleby** (25) ist der jüngste Kommandant eines Marineschiffes, das je in einem deutschen Hafen festgemacht hat. Sein Schnellboot heißt „Kvikk" und gehört zur 23. norwegischen MTB-Skvadron. Für den ältesten Sohn eines Kapitänleutnants in Bergen war der Besuch bei der Kieler Woche die erste Auslandsfahrt. Auch in der norwegischen Marine ist Mykleby der jüngste Kommandant. Am Montagabend ist der Norweger wieder auf Heimatkurs gegangen.


Geir Haakon Mykleby

EHRUNG

Dem Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Motoren Werke (BMW), **Eberhard von Kuenheim**, ist von der Fakultät für Bergbau, Hütten- und Maschinenwesen der Technischen Universität Clausthal im Harz die Würde eines Doktoringenieurs ehrenhalber verliehen worden. Damit wurden die Verdienste von Kuenheims in der Weiterentwicklung der deutschen Automobilindustrie gewürdigt.

ERNENNUNG

Der Rat der Europäischen Weltraumagentur (Esa) hat den Deutschen **Jörg Feustel-Büchl** zum neuen Direktor für Raumtransportsysteme ernannt. Wie die Esa in Paris mitteilte, wird der 46jährige Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Franzosen **Michel Bignier**. Feustel-Büchl leitete bisher bei der deutschen MAN-Advanced Technology AG unter anderem die Abteilung für Entwicklung, Produktion und Qualität und ist auch Mitglied im Aufsichtsrat der für die Vermarktung der Europarakete Ariane zuständigen Gesellschaft Arianespace. Er wird seine Arbeit bei der Esa im Herbst aufnehmen.

BERUFUNG

Das Kuratorium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) hat den derzeitigen Kanzler der Technischen Hochschule Aachen, **Burkhart Müller** (54), zu ihrem künftigen Generalsekretär bestellt. Er tritt sein neues Amt am 1. Januar 1988 an und wird Nachfolger des langjährigen DFG-Generalsekretärs **Carl Heinz Schiel**, der aus Altersgründen Ende 1987 ausscheidet. Müller, Jurist und Verwaltungsfachmann, ist seit 1974 Kanzler der Technischen Hochschule Aachen.

GESTORBEN

Der französische Dirigent **Jacques Helian** ist am Montag in Paris im Alter von 74 Jahren gestorben. Der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs populäre Leiter von Tanzorchestern war einer der ersten französischen „Platten-Millionäre". Als der Rock die traditionelle Tanzmusik verdrängte, wurde Helian Musikverleger und organisierte Gastspiele von **Edith Piaf**, **Dalida** und **Charles Aznavour**.

*

Der frühere Technische Direktor des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), **Rudolf Kaiser**, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Als „Mann der ersten Stunde" hat er mit seinen Mitarbeitern die technischen Voraussetzungen für das ZDF-Programm geschaffen und war maßgeblich an der ständigen Weiterentwicklung der Studio- und Sendetechnik beteiligt.

Verbale Querschläger einer Mannschaft, die keine war

Kaum sind sie zurück, platzt die Mär von der Gemeinsamkeit wie eine Seifenblase. Noch am Dienstag nachmittag hatten sie den wartenden Fans mitteilen lassen: „Wir verzichten auf den Korso in offenen Autos und ziehen es vor, gemeinsam auf einem Pritschenwagen vom Flughafen zum Römerplatz zu fahren. Schließlich sind wir eine Mannschaft."

Nur eine Stunde später konnten die Gäste im Römer schon beobachten, was seit gestern druckreif formuliert auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird: Dieses Fußball-Team ist keine Mannschaft. Es

STAND ● PUNKT

ist weder durch die Attacken ihres Chefs, noch durch Konflikte oder den Erfolg zusammengewachsen.

Es ist eine Gruppe von Einzelkämpfern. Individualisten, denen nicht einmal mehr der Spaß an ihrem Beruf gemein ist. Der Spaß ist längst zum Selbstzweck der Kapital-Anhäufung degeneriert.

Beweise ihrer Einzelkämpfer-Mentalität geben sie seit gestern in deutschen Gazetten von Hamburg bis München. Da ist keine Rede mehr von Presse-Boykott und „Schweine-Journalismus" (Beckenbauer). Der Teamchef hat sich sogar exklusiv an die Zeitung verkauft, die mit ihrer Berichterstattung („WM-Sex – fünf Frauen im deutschen Quartier") den pauschalen Zorn auf die Presse ausgelöst hatte.

Beim Empfang im Römer gab es genug Andeutungen dafür, daß sich Gemeinsamkeit im gleichen gestreiften Jackett erschöpfte: Eders Gesicht drückte nichts aus als Langeweile, Rahn versteckte seinen Verdruß hinter einer großen, dunklen Sonnenbrille, Beckenbauer starrte blicklos in den Raum, Matthäus und Völler waren beflissen bemüht, von keiner Rundfunk- und Fernsehanstalt übersehen zu werden und Briegel sonderte sich sofort von der Mannschaft ab, nahm nicht einmal am Eintrag ins Goldene Buch teil. Nur Magath, Schumacher und Littbarski zeigten Freude angesichts der „Riesenstimmung hier" (Magath). Für die anderen war es nicht mehr als eine Pflichtübung. Lästige Überstunden.

Und nun tragen sie ihren internen Konkurrenzkampf, in dem jeder nur auf sich selbst fixiert ist, auch noch zu Markte. Völler: „Im Training geht es scharf zur Sache, jeder kämpft um einen Stammplatz. Klaus Augenthaler säbelt mir die Beine weg." Und: „Wenn ich gut spiele – dann kann das entscheidend für mein ganzes weiteres Leben sein: Image, Kurswert . . ." Dafür bekommt er Geld, selbstverständlich.

Jeder kämpft für sich und jeder gegen jeden. Und damit verprellen sie auch den letzten, der noch an die Mannschaft geglaubt hatte: Schumacher, der als Torwart ohnehin immer für die Fehler seiner Mitspieler den Kopf hinhalten muß und der nach der Sex-Geschichte als erster sagte: „Dann gehe ich mit der Fahne voran und verkünde den Presse-Boykott für die gesamte WM."

Schumacher in seinem im Kölner „Express" veröffentlichten WM-Tagebuch (noch ein Nebenverdienst): „Ich stelle die für mich entscheidende Frage: ‚Ist nun gebumst worden oder nicht?' Um dies herauszukriegen, schlage ich vor, wir verteilen Zettelchen, und jeder schreibt anonym nur Ja oder Nein darauf. Ich finde wenig Beifall für diese Aktion." Daraus schließt Schumacher „Ich habe langsam das Gefühl, daß da doch was gelaufen ist. Es werden da immer fünf Namen gehandelt."

Also doch? Jetzt verfliegt der Schein, der mühsam gewahrt blieb. Wie auch bei Felix Magath, der über Beckenbauer sagt: „Ich werde mit diesem Herrn nie wieder reden und will mit ihm in meinem ganzen Leben nichts mehr zu tun haben." Daran, daß er gesagt haben soll „Bei Rummenigges Aufstellung sind finanzielle Gründe im Spiel", kann sich Magath nicht mehr erinnern: „Ich habe viel gesagt, weil ich betrunken war."

Ein trauriger Mut treibt sie in die Offensive, weil sie dafür bezahlt werden, oder weil sie nichts mehr zu verlieren haben (wie Magath). Und da wird denn auch verständlich, weshalb sie während der WM so selten Klartext geredet haben – sie hätten jetzt nichts mehr exklusiv zu sagen gehabt, diese Mitglieder einer (ja, was für einer denn?) Mannschaft. ULLA ULTHOFF

WIMBLEDON / Neuer sportlicher Höhenflug von Martina Navratilova

Der Vater kocht in der gemieteten Villa nur Gerichte aus der Heimat

CLAUS GEISSMAR, London

Die Spielerinnen der Tennis-Weltspitze können sich nicht nur auf ihre technischen Waffen verlassen. In Wimbledon ist deutlich spürbar, daß sie weit mehr als die Herren auch von ihrer Gefühlswelt und psychischen Stärke abhängig sind. Titelverteidigerin Martina Navratilova hat zu einem neuen Höhenflug ihrer sportlichen Leistungsfähigkeit angesetzt. Sie ist nicht nur körperlich in bester Verfassung, sondern zur Zeit auch seelisch ein ausgeglichener Mensch. Der wichtigste äußere Anlaß für diese Umstände liegt in der Tatsache, daß ihre Eltern in London angekommen sind.

Vater Navratil hatte seine Tochter zwei Jahre lang nicht gesehen. Jetzt steht er in der Küche der Wimbledon-Villa, die seine Tochter gemietet hat, und kocht für eine Großfamilie. Für Mutter Navratilova und Martinas Schwester sind die Rezepte gewohnte Hausmannskost. Für Martinas amerikanische Freundin Judy Nelson sind sie exotisch-europäisch und für die wichtigste Person im Haushalt sind sie eine Kindheitserinnerung. Martina Navratilova lacht und strahlt, wenn sie über diese Großfamilie berichtet. Und gleichzeitig verschweigt sie nicht, daß sie sich in den letzten Jahren nach anderen Turniersiegen eingeschlossen und geweint hat, wenn sie einsam war.

In diesem glücklichen Familienumfeld hat die sechsmalige Wimbledon-Siegerin entdeckt, daß sie selbst als beste Tennisspielerin der Welt ihre Schläge noch verbessern kann. Heimlich hat sie den Australier Pat Cash beobachtet und dabei festgestellt, daß der seine Flugbälle tiefer ins Feld setzt als andere Spieler. Sie tut es jetzt auch und hat bis zum Einzug ins Halbfinale noch keinen einzigen Satz verloren. Ihr Vater entdeckte: „Du wirfst den Ball beim Aufschlag ja nicht mehr so hoch wie früher." Jetzt tut sie es wieder und merkt: „Es geht noch besser als in den letzten Jahren." Keiner der Tennis-Experten in Wimbledon kann sich vorstellen, daß Martina Navratilova heute im Halbfinale gegen die 16jährige Argentinierin Gabriella Sabatini in Gefahr gerät. Das schwarzhaarige Mädchen aus Südamerika, zehn Monate jünger als Steffi Graf, ist die jüngste Spielerin, die es in diesem Jahrhundert in einem Wimbledon-Halbfinale gegeben hat. Mit ihren Topspin-Schlägen ist sie bis auf Platz zwölf der Weltrangliste vorgerückt.

Das andere Halbfinale von Wimbledon bestreiten die beiden Spielerinnen, die der Turnierausschuß auf Platz zwei und drei gesetzt hat: Chris Evert-Lloyd und Hana Mandlikova. Chris Evert-Lloyd kämpft jedoch nicht nur auf dem Wimbledon-Rasen, sondern ebenso auch in der privaten Atmosphäre ihrer Wimbledon-Eigentumswohnung. Ehemann John Lloyd hat nach einer Niederlage gegen den Südamerikaner Christo Steyn in der ersten Runde seinen Rücktritt vom Turnier-Tennis erklärt. Soll sie ihm nun folgen, um endlich eine Familie zu gründen? Die Blondine aus Florida gibt zu, daß sie sich mit diesen Fragen beschäftigt, aber selbst noch keine Antwort gefunden hat. Ebenso gesteht sie ehrlich: „Ich weiß, daß ich mit 31 Jahren am Ende meiner Karriere angelangt bin. Das hat mich zugleich noch hungriger nach dem Titel gemacht."

1971 kam sie zum erstenmal als 16jähriger Teenager mit einem langen blonden Pferdeschwanz nach Wimbledon. Seit 1973 hat sie zehnmal in einem Endspiel gestanden, aber nur dreimal den Titel gewonnen. In ihrem Kopf ist die nagende Furcht entstanden: Diesmal könnte es die letzte Chance sein. Schon das Halbfinale gegen Hana Mandlikova wird deshalb ein schwerer Prüfstein. Falls die blonde Lady aus den USA jedoch ihr elftes Endspiel erreicht, wird Ehemann John Lloyd am Samstag mit einer großen Sonnenbrille in der Loge der Angehörigen sitzen.

Bei der erwarteten Wiederauflage des Damen-Finales von Wimbledon, das schon fünfmal zwischen Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd stattfand, könnte es Tränen geben. Bisher hat Martina Navratilova jedes dieser Wimbledon-Endspiel-Duelle gewonnen. Vor dem Halbfinale ist eigentlich nur noch eine Frage offen: Darf die blonde Amerikanerin, die 15 Jahre lang ein sport-ästhetisches Vorbild war und immer noch das technisch beste Tennis spielt, diesmal Freuden- oder Abschiedstränen weinen?

SPORT-NACHRICHTEN

Drei Jahresweltbestzeiten

Stockholm (sid) – Mit drei Jahresweltbestzeiten begann in Stockholm die diesjährige Serie der großen internationalen Leichtathletik-Meetings in Europa. Johnny Gray (USA) lief die 800 m in 1:43,85 Minuten. Maricica Puica (Rumänien) benötigte über 1500 m 4:00,38 Minuten und Olympiasieger Said Aouita (Marokko) gewann den 5000-m-Lauf in 13:19,43 Minuten. In diesem Rennen lief Christoph Herle (Waldkraiburg) als 13. DLV-Jahresbestzeit (13:33,32).

Ehrung für Milutinovic

Mexico City (sid) – Mexikos jugoslawischer Nationaltrainer Bora Milutinovic soll wegen seiner Verdienste um den mexikanischen Fußball mit dem „Aztekischen Adler" ausgezeichnet werden, der höchsten staatlichen Auszeichnung für einen Ausländer.

Spieler verbannt

Lissabon (dpa) – Der portugiesische Fußball-Verband hat sieben Spieler aus dem Nationalkader ausgeschlossen, darunter auch Kapitän Manuel Bento und Mittelfeldspieler Carlos Manuel. Der Verband reagierte damit auf die Weigerung der Nationalmannschaft, vor Beginn der Weltmeisterschaft in Mexiko zu einem Testspiel anzutreten. Die Spieler hatten höhere Prämien durchsetzen wollen.

Fangio im Krankenhaus

Buenos Aires (dpa) – Der ehemalige Automobil-Weltmeister Juan Manuel Fangio, der am 24. Juni 75 Jahre alt wurde, liegt wieder im Krankenhaus, nachdem er über heftige Brustschmerzen klagte. Der Argentinier, der seine größten Siege mit Mercedes-Rennwagen herausfuhr, lebt mit vier Bypässen.

Niederlage gegen Pakistan

Heidenheim (dpa) – Die deutsche Hockey-Nationalmannschaft unterlag in Heidenheim Weltmeister Pakistan im ersten von zwei Länderspielen mit 0:1.

Tambays Comeback

Le Castellet (sid) – Der französische Formel-1-Fahrer Patrick Tambay nimmt nach seinem schweren Unfall vor drei Wochen am Großen Preis von Frankreich am Sonntag in Le Castellet teil. Beim Aufwärmtraining zum Großen Preis von Kanada war Tambay mit seinem Lola-Ford in die Leitplanken geprallt und hatte einen Beinbruch und Fußverletzungen erlitten.



TENNIS

Wimbledon. Damen, Viertelfinale: Navratilova (USA) – Bunge (Deutschland) 6:1, 6:3, Mandlikova (CSSR) – McNeil (USA) 6:7, 6:0, 6:2, Sabatini (Argentinien) – Lindqvist (Schweden) 6:3, 6:2, Evert-Lloyd (USA) – Sukova (CSSR) 7:6, 5:7, 6:4. – **Halbfinale:** Navratilova – Sabatini, Mandlikova – Evert-Lloyd. – **Herren,** Achtelfinale: Lendl (CSSR) – Anger (USA) 6:7, 7:6, 6:4, 7:6.

Galopp: Derby-Woche in Hamburg – aber kaum einer geht hin

KLAUS GÖNTZSCHE, Hamburg

In Hamburg findet die Derby-Woche statt – und die Hamburger merken es nicht. Wenige Besucher an den Wochenrenntagen gehören seit Jahren zum gewohnten Bild, doch in diesem Jahr scheint es besonders kraß zu werden. Renn-Club-Schatzmeister Hans-Ludolf Matthiessen: „Wir müßten uns alle erschießen. Es fehlt uns nur das Geld für die Kugeln."

Lediglich 627 180 Mark wurden in zehn Rennen am Dienstag umgesetzt. Präsident Joachim Willink: „Eigentlich hätte man die Veranstaltung absagen müssen." Willink war darüber verärgert, daß viele Trainer ihre Pferde wegen des harten Bodens nicht laufen ließen. Umsatzhemmend wirkt sich auch aus, daß in Hamburg bereits Schulferien sind und die warme Witterung die Leute eher in die Badeanstalten, an die See oder in die Gärten lockt als auf die staubige Rennbahn.

*

Jockey Lutz Mäder mußte sich am Montag in Köln einer Operation am linken Ringfinger unterziehen. Dort wurde ein Abszeß entfernt. Es ist unwahrscheinlich, daß der ehemalige Champion zum Holsten-Jockey-Europacup morgen wieder fit sein wird. Fällt Mäder aus, ist Erwin Schindler als Ersatzmann vorgesehen. Kurios: Der zweifache englische Derby-Siegreiter Walter Swinburn (24) ist zwar für den Ritt auf Lavender Mist im Preis des Casino Travemünde auf der Bahn, wird sich den Wettbewerb aber auf den Fernsehschirmen der Jokkey-Kabine ansehen müssen.

*

Andrzej Tylicki (29) hat mit dem in Schweden trainierten Hengst Balladier den 119. Großen Hamburger Ausgleich, das älteste Rennen der Derby-Woche gewonnen. Am Morgen war der Jockey in Köln beim Training gestürzt, die starken Schmerzen in der Schulter behandelte Rennbahnarzt Peter Wind (35) mit einer Neutral-Therapie, die Tylicki problemlos reiten ließ.

*

Drei Pferde wurden aus dem Derby abgemeldet: Draco, Charleroi und Alec werden nicht antreten.

*

Im Alphons-Brödermann-Jagdrennen zog sich der Wallach Barbist bei einem Sturz einen Trümmerbruch des linken Vorderbeines zu, er mußte eingeschläfert werden.

Einer der immer wieder in allen Interviews geäußerten Wünsche der Tennis-Weltranglisten-Dritten Steffi Graf war der nach einem eigenen Pferd. Der Galopperverband in Köln hat ihr jetzt die dreijährige Stute Timeless zur Pacht angeboten, alle Renngewinne soll sie behalten, der Vertrag kann zunächst über ein Jahr laufen.

Die Familie Graf hat auf das telefonisch unterbreitete Angebot der Galopper-Organisation bis jetzt aber noch nicht reagiert.

Befiehl dem Herrn Deine Wege
und hoffe auf Ihn,
Er wird's wohl machen.

Nach einem von Liebe erfüllten Leben ist unsere unvergeßliche gute Schwester und Schwägerin

Renate Haller

geb. von Boddien
aus dem Hause Leissienen/Ostpreußen

* 27. 6. 1914 † 30. 6. 1986

unsere „Tante Renate" heimgegangen.

Die Geschwister:
Vicky und H. G. Jachmann
Christa Mueller-Darss
Karl Ludwig von Boddien
Lia und Hans Hermann Oerke
sowie Donata Oerke
und alle Nichten, Neffen, Freunde

Für die Familie Haller:
Kai und Barbara Haller
Verena
Felicitas
Kaspar

Die Trauerfeier findet statt am Sonnabend, dem 5. Juli 1986, um 15.00 Uhr auf der Domäne Schickelsheim, 3308 Königslutter.

Statt Blumen wird eine Spende für die SOS-Kinderdörfer erbeten. Stadtsparkasse München, Kontonummer 7 777 777, BLZ 701 500 00.

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Warschau muß auf das Kommando Moskaus hören / Gorbatschow und die „Schuld der Zaren“

Kreml erinnert an die ideologischen Schwächen

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Polen, Moskaus westliches Vorfeld, hat wieder stärker auf Gorbatschows Kommando zu hören und sich der Führungsstruktur in der Sowjetunion anzugleichen. Diesen Eindruck vermitteln die sowjetischen Medien in der gestern veröffentlichten Bilanz des 10. Parteitages der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) in Warschau, zu der Generalsekretär Michail Gorbatschow aus Moskau angereist war. Alle Blätter zeigten auf der Titelseite Gorbatschow und Jaruzelski sowie Gorbatschow im Gespräch mit polnischen Arbeitern.

In den Artikeln wird unterstrichen, daß den Kooperationsbeziehungen zu den Bruderländern und der „Beschleunigung des Prozesses der sozialistischen ökonomischen Integration unbedingt Priorität“ eingeräumt werden müsse. Es ist die Rede von „Fallen“ auf den Handelswegen mit dem Westen. „Zu spät“ habe man sie erkannt und Polen habe dadurch „gewaltige“ Verluste zu tragen gehabt. Doch nicht nur Polen hätte Schaden erlitten, sondern auch die, die geglaubt hätten, „es sei leichter, auf dem kapitalistischen Markt zu kaufen als selbst zu entwickeln“, so die „Prawda“.

In den Sowjetblättern wird die These aufgestellt, daß die polnische Krise kein Protest der Arbeiter gegen den Sozialismus gewesen sei. Vielmehr hätten die Gegner des sozialistischen Polens innerhalb und außerhalb des Landes den Versuch unternommen, den Sozialismus zu demontieren. Das Schicksal des polnischen Volkes sei ihnen gleichgültig gewesen. Nachdem nun die Fehler analysiert wurden, habe sich die polnische Arbeiterpartei wieder konsolidiert. Die Massen stünden nun fest hinter ihr, so die „Prawda“. Und das Blatt warnt: „Wir werden keine Toleranz gegenüber jenen antisozialistischen Kräften dulden, die Chaos in die Arbeiterkollektive bringen.“ Entschlossen verurteile man auch die abenteuerlichen Handlungen des amerikanischen Imperialismus, der seinen Willen souveränen Staaten aufzwingen wolle. Ebenso „brandmarke man auch den gierigen Revanchismus der westdeutschen Neonazisten“.

Für die Gesamteinschätzung des Parteitages aus Moskauer Sicht nennen die sowjetischen Medien neben der „Perspektive für das Voranschreiten“ und der „Beschleunigung der Effektivität“ auch den „Kampf gegen die ideologischen Schwächen“. Mit diesen Schlagworten steckte man den Rahmen ab. Auf Kontroversen und die Substanz der Diskussionen in Warschau wurde nicht eingegangen. Mit keinem Wort wurde die „Solidarität“ erwähnt.

Gorbatschow hatte im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen zwischen der verbotenen Gewerkschaft und der Parteispitze ausdrücklich General Jaruzelski gedankt. Der erste Mann im Kreml nannte seinen „Kollegen“ in Warschau einen „hervorragenden Führer“. Daß die Ziele der „Solidarität“ nicht auf der Strecke geblieben sind, machte zur gleichen Zeit der polnische Episkopat deutlich. Die Bischöfe forderten die Zulassung verschiedener gesellschaftlicher und beruflicher Gruppen unabhängig von den Parteien und frei von jeder politischen Diskriminierung. Der Hinweis auf die gesellschaftlichen und politischen Schwierigkeiten stand im Kontrast zu dem Bild der „Normalisierung“, das Gorbatschow und Jaruzelski zeichneten.

Versteckte Drohung mit der Breschnew-Doktrin

dpa/DW. Warschau

Die polnische Parteiführung zeigte sich gestern äußerst zufrieden mit dem Auftritt des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Warschau. Der prominente Gast aus Moskau hatte jede Gelegenheit genutzt, um Komplimente an seinen Gastgeber General Wojciech Jaruzelski zu verteilen und erkannte Polen wieder als das zweitgrößte und zweitwichtigste Land im sozialistischen Lager an. Er bescheinigte den Polen, siegreich und aus eigener Kraft den Kampf um den Bestand des Sozialismus bestanden zu haben. Dabei ließ er allerdings die alte Breschnew-Doktrin anklingen, indem er jeden Angriff auf die sozialistische Gesellschaftsordnung oder Versuche, ein Land aus dem Block zu lösen, als Gefährdung der Nachkriegsordnung in Europa und somit des Friedens bezeichnete.

In seiner abschließenden Rede in einer Maschinenfabrik in Warschau berührte der oberste Chef des Kreml sogar ein Thema, was sonst meist tabu ist: Die jahrhundertelange Feindschaft zwischen Russen und Polen. Er erwähnte allerdings mit keinem Wort den Stalinismus oder gar den Mord an den polnischen Offizieren in Katyn, sondern schob die Schuld den „Zaren und Königen“ zu, die die Völker gegeneinander aufgehetzt und in ihre Seelen Feindschaft gesät hätten. Im gemeinsamen Kampf gegen Ausbeutung und Faschismus habe die Freundschaft heute tiefe Wurzeln geschlagen, meinte Gorbatschow.

Wichtiger Faktor dafür sei auch die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit. Gorbatschow, der sich offenbar gut auf seinen Auftritt in Polen vorbereitet hatte, sprach auch den in der Bevölkerung am stärksten kritisierten Aspekt an: Die Lieferung von Schiffen. Die Polen könnten stolz auf die Flotte von 800 Schiffen sein, die die Sowjetunion in der Nachkriegszeit von ihnen gekauft habe.

In privaten Gesprächen am Rande des Parteitages meinten polnische Parteifunktionäre, die Sowjets brächten in jüngster Zeit nicht mehr die früher üblichen Klagen über die private Landwirtschaft und die starke Stellung der katholischen Kirche im sozialistischen Polen vor. In Anwesenheit von Gorbatschow sprach Jaruzelski sich für eine stärkere Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche und die Fortsetzung der Landwirtschaftspolitik aus. Er kann jetzt den „Segen“ Moskaus für sich in die Waagschale werfen und seine Stellung in den Führungsgremien der Partei ausbauen.

In dieses Bild paßt auch, daß Arbeiterführer Walesa die Reise zu einer von der italienischen Regierung organisierten Konferenz über Friedensfragen in Rom verweigert wurde. Er erhielt nicht rechtzeitig die Ausreisepapiere. „Ich bin erschüttert“, sagte Walesa. Er wird weiterhin als „Zeuge“ im Fall des kürzlich verhafteten Führers der Untergrund-„Solidarität“, Zbigniew Bujak, vernommen. Nach polnischem Recht können die Behörden die Ausstellung eines Reisepasses verweigern, wenn der Antragsteller in einem Ermittlungsverfahren aussagen muß.

Walesa schickte ein Telegramm nach Rom, in dem er unter Anspielung auf das Verhalten Warschaus bedauert, daß es in Polen derzeit „ein Monopol auf den Frieden“ gebe. Das Treffen von Rom steht unter dem Motto „Der Dialog als allgemeine Grundlage für den Frieden“.

Balten als Zwangsarbeiter in Tschernobyl?

AP, Stockholm

Die sowjetischen Behörden haben nach Darstellung einer Emigrantengruppe im Baltikum „mehrere tausend Menschen“ zwangsrekrutiert und zu Säuberungsarbeiten im strahlenverseuchten Gebiet um den Unglücksreaktor Tschernobyl in der Ukraine abkommandiert. Das in Stockholm ansässige, aus baltischen Emigranten bestehende „Osteuropäische Solidaritätskomitee“ stützt sich auf Berichte von Reisenden, die kürzlich von Besuchen in Lettland und Estland zurückgekehrt sind. Die Informationen stammten von einem halben Dutzend voneinander unabhängiger Quellen und würden als „höchst zuverlässig“ eingestuft.

Einige der Reisenden hätten ausgesagt, zumeist seien seit Ende Mai ältere Menschen erfaßt und in den Raum Tschernobyl zum Arbeitseinsatz gebracht worden. An einigen Orten habe man die Leute direkt vom Arbeitsplatz weggeholt. Solche Berichte stammten aus der lettischen Hauptstadt Riga und aus den estnischen Städten Pernau und Dorpat.

Das Komitee berichtete weiter, direkt nach dem Reaktorunglück seien Wehrpflichtige zu Aufräumungs- und Säuberungsarbeiten im Gebiet Tschernobyl eingesetzt worden, ohne daß man sie über das bestehende Strahlenrisiko aufgeklärt habe.

Verwandte estnischer Wehrpflichtiger, die aus dem finnischen Fernsehen von dem Reaktorunglück erfahren hatten, hatten später von den Soldaten selbst gehört, daß sie im Katastrophengebiet im Einsatz waren, ohne über die bestehende Gefahr informiert worden zu sein.

Wie die WELT ergänzend erfuhr, sollen in Lettland Reservisten nach der Reaktorkatastrophe zu nachtschlafender Zeit auf die zuständigen „Kriegskommissariate“ bestellt worden sein. Dort hätten sie dann den Befehl zur Abreise in den Raum Tschernobyl erhalten.

„DDR“ fürchtet Debatte um Status von Berlin

Landowsky: Gerüchte über „Tunnel-Flucht“ nicht von mir

DIETER DOSE, Berlin

Bei ihrem Dementi zu den im Westen kursierenden Gerüchten über eine gescheiterte Flucht in einem Ostberliner U-Bahn-Tunnel gehen die „DDR“-Medien offenbar davon aus, daß die Bevölkerung durch das Westfernsehen bereits informiert wurde. Denn nur bei Kenntnis der im Westen verbreiteten Version konnte man sich auf die Ostberliner Reaktion einen Reim machen.

An sechster Stelle der „Aktuellen Kamera“, der abendlichen Nachrichtensendung des „DDR“-Fernsehens, wurden „die Schauerstücke des Herrn Landowski“ vermeldet. Die „DDR“-Nachrichtenagentur ADN hatte zu den Gerüchten um den dramatischen Fluchtversuch (WELT vom 1.7.) ein laues Dementi verbreitet. Am Mittwoch veröffentlichten auch die „DDR“-Zeitungen die ADN-Erklärung.

ADN nimmt Bezug auf die schon Anfang Mai veröffentlichte Version eines in Brand geratenen U-Bahnzuges und erwähnt lediglich, daß die in Frage kommmende U-Bahnstrecke „keine Verbindung nach Westberlin besitzt“.

„Hysterische Reaktion“

Dem Berliner CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky, ADN schreibt ihn mit „i“ statt „y“, wird vorgeworfen, daß „Wildweststück“ erfunden zu haben. „Die fast hysterische Reaktion macht das Dementi nicht glaubwürdiger“, sagt Landowsky. Er weise die Behauptung, Urheber der Gerüchte zu sein, entschieden zurück. „Es muß im eigenen Interesse der DDR liegen, zu einer raschen Aufklärung beizutragen und damit eine mögliche Belastung der Beziehungen zu verhindern.“

Landowsky hatte am Dienstag gefordert, daß eine Expertenkommission der vier für Berlin verantwortlichen Mächte den Vorgang aufklären soll. Offensichtlich hat diese Forderung die „DDR“ empfindlicher getroffen als die in den westlichen Medien erschienenen Berichte über die angeblich blutig gescheiterte „Tunnel-Flucht“.

Da die „DDR“ die Vier-Mächte-Verantwortung für Berlin leugnet, fürchtet sie offensichtlich, daß die drei Westalliierten bei den Sowjets vorstellig werden und eine Prüfung verlangen. Politische Beobachter sehen in der heftigen „DDR“-Reaktion auf Landowskys Forderung einen Zusammenhang mit dem jüngsten, gescheiterten Versuch der „DDR“, einseitig den Viermächtestatus der Stadt zu verändern.

Vorschlag wiederholt

Ende Mai hatte die „DDR“ eine neue Paß-Regelung für Diplomaten bei Fahrten zwischen Ost- und West-Berlin eingeführt. Unter dem Druck der drei westlichen Schutzmächte, möglicherweise aber auch auf Intervention der Sowjets, mußte die Maßnahme rückgängig gemacht werden.

Nun fürchtet Ost-Berlin, daß die westlichen Alliierten erneut die Sowjetunion an die gemeinsame Viermächte-Verantwortung erinnern. Das ADN-Dementi ist allerdings kaum dazu geeignet, westliche Stellen davon zu überzeugen, daß es sich bei den Vorgängen im U-Bahn-Schacht nahe des Alexanderplatzes um einen Unfall gehandelt habe. Auf die Ursache – gelegentlich wurde in östlichen Berichten ein Kurzschluß genannt – geht ADN nicht ein.

„Wohlverstandene Entspannungspolitik“, erklärt Landowsky, erfordere auch eine Offenheit der Agumentation. Das Dementi veranlasse ihn, seinen Vorschlag zur Bildung einer Untersuchungskommission der vier Mächte zu wiederholen.

Christdemokraten wollen Craxi akzeptieren

F.M. Rom

In Rom wird für heute damit gerechnet, daß der zurückgetretene sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi wieder mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Seine Kandidatur wurde in den Konsultationen mit Staatspräsident Francesco Cossiga von drei der fünf bisherigen Koalitionspartner unterstützt: Von den Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberalen. Die anderen beiden Regierungsparteien – Christdemokraten und Republikaner – erhoben grundsätzlich keine Einwände.

Eine für Craxi positive Akzentverschiebung in der Haltung der Democrazia Cristiana ließ der christdemokratische Parteisekretär Ciriaco De Mita erkennen. Bisher hatten die Christdemokraten ihre Zustimmung zu einer neuen Koalitionsregierung unter Craxi von dessen Zusage abhängig machen wollen, das Amt des Ministerpräsidenten Ende des Jahres an einen christdemokratischen Politiker abzutreten. Nach einem Gespräch mit Cossiga überging De Mita jedoch diese Forderung mit der Bemerkung, alle Parteien müßten ihre eigenen Interessen denjenigen des Landes unterordnen.

Wie aus politischen Kreisen verlautet, ist die Democrazia Cristiana jetzt bereit, Craxi als Regierungschef bis zum Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 1988 zu akzeptieren, wenn sich die Sozialisten für die nächste fünfjährige Legislaturperiode bis 1993 mit einem christdemokratischen Regierungschef einverstanden erklären.

Bayern kann auf Gummischrot zurückgreifen

dpa, München

Als erstes Bundesland kann Bayern bei Polizeieinsätzen künftig auch auf Gummischrotpatronen zurückgreifen. Innenminister Karl Hillermeier (CSU) bestätigte gestern vor Journalisten im Landtag, daß der Freistaat Gummischrot und Abschußgeräte, wie sie vor Jahren bei den Schweizer Jugendkrawallen eingesetzt wurden, kaufen wird. Allerdings wurde gestern noch der „Erprobungscharakter“ herausgestellt.

Einige der Geräte seien schon vorhanden. Ihr Einsatz hänge von polizeitaktischen Gesichtspunkten ab. Der Alleingang bei der Verwendung der umstrittenen Distanzmittel „kann stattfinden“, sagte Hillermeier. Die Schweizer Geschosse könnten auf kürzere Distanz eingesetzt werden, als die bei MBB in Entwicklung befindlichen, für die ein Abstand von rund 60 Metern vorgesehen ist.

Insgesamt will der Freistaat vorerst knapp 100 000 Mark für Gummipatronen und Abschußgeräte ausgeben. Dies geht aus einer der SPD vorliegenden „Bedarfszusammenstellung“ hervor. Danach erhält die Polizei auch für rund 1,4 Millionen Mark fast 20 000 neue CS- und CN-Reizstoffgranaten. Auch zwei Wasserwerfer für je 800 000 Mark stehen in der Liste, ebenso ein Polizeihubschrauber für 4,8 Millionen Mark. Dazu kommt eine Reihe „kleinerer Posten“, vom Gefangenentransporter bis zu 13 Ferngläsern, zehn Farbvideoanlagen und Richtmikrophonen, Polaroid-Kameras, Atemschutzmasken, Sprechfunkgeräten und 300 Paar Schnürstiefeln.

Lutheraner lösen Verbindungen zu drei Banken auf

idea, München

Der Lutherische Weltbund (LWB) kündigt bis Ende des Jahres seine Verbindungen mit drei Banken auf, die Geschäftsbeziehungen zu Südafrika unterhalten: der Citibank (New York), der National Westminster Bank (London) und dem Schweizerischen Bankverein (Zürich). Diese Entscheidung gab der Generalsekretär der Dachverbandes von weltweit 104 lutherischen Kirchen mit insgesamt 54 Millionen Mitgliedern, Gunnar Staalsett (Genf), in München bekannt.

Aufgrund eines Beschlusses der LWB-Vollversammlung 1984 in Budapest hatte die Genfer LWB-Zentrale die sieben Banken, bei denen sie Konten unterhält, nach ihren Verpflichtungen in Südafrika und ihrer Bereitschaft gefragt, einem vom LWB aus Protest gegen die Rassentrennungspolitik der südafrikanischen Regierung geforderten Abzug von Investitionen aus dieser Krisenregion nachzukommen. Nach Auswertung der Antworten und weiteren Gesprächen wurde – so der Informationsdienst des Lutherischen Weltbundes – „in Genf gefolgert“, daß nur die Chase Manhattan Bank (New York), die Evangelische Darlehensgenossenschaft (Kiel), die Bank Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co. (Frankfurt/Main) und die Stockholmer Skandinaviska Enskilda Banken in ihren Richtlinien mit den Südafrika-Grundsätzen des Weltbundes übereinstimmten. Das Gebaren der anderen drei Geldinstitute erwecke den Eindruck, „daß sie beabsichtigen, ihre geschäftlichen Beziehungen mit Südafrika fortzusetzen“.

Mehr Planstellen auch für Offiziere

Etat im Verteidigungshaushalt steigt um 1,4 Milliarden Mark / Forschung wird intensiviert

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der Verteidigungshaushalt 1987 setzt für die Bundeswehr, wie schon in den vergangenen Jahren, die Schwerpunkte bei der Sicherung des personellen Bestandes – und auch bei dem Abbau erkannter Schwächen in der Verteidigungsplanung sowie bei der Verbesserung der Kampfkraft der Verbände unter stärkerer Ausnutzung moderner Technologien. Wie schon berichtet, sind im Regierungsentwurf für das kommende Jahr Finanzmittel in Höhe von 51,3 Milliarden Mark vorgesehen. Das Budget vergrößert sich damit im Vergleich zu diesem Jahr um rund 1,4 Milliarden Mark oder 2,8 Prozent. Angesichts eines zu erwartenden Kaufkraftverlustes von etwa ein Prozent erreicht die Bundeswehr damit im nächsten Jahr die früher erhobene NATO-Forderung einer realen Steigerung von drei Prozent nur etwa zur Hälfte.

1987 sollen 2000 mehr längerdienende Soldaten eingestellt werden. Dann werden der Bundeswehr im Durchschnitt 265 000 Längerdiener zur Verfügung stehen. Im darauffolgenden Jahr 1988 soll die angestrebte Obergrenze von 266 000 Berufs- und Zeitsoldaten erreicht werden. Im nächsten Jahr soll die Zahl der Wehrübungsplätze nicht verändert werden. 1986 beträgt sie 6600, nach 1987 soll sie bis zum Ende des Jahrzehnts auf 9000 ansteigen.

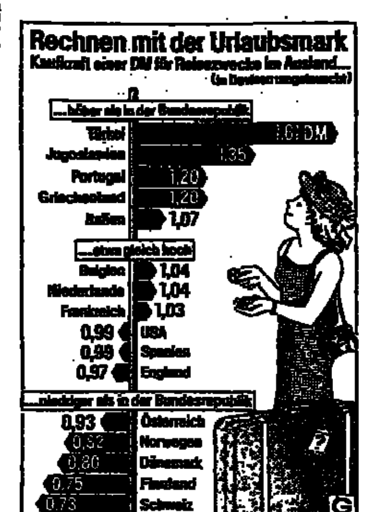
Außerdem sind 1987 weitere Stellenverbesserungen im militärischen Bereich vorgesehen: So wird es 170 Planstellen für Sanitätsoffiziere geben, so daß die Zahl der grundwehrdienstleistenden Ärzte weiter abgebaut werden kann. Dazu kommem 27 Planstellen für Offiziere des militärfachlichen Dienstes und 200 Planstellen für Offiziere des Truppendienstes und für Offizieranwärter im Sanitätsdienst. Schließlich ist vorgesehen, 50 Stellen für Kommandanten von Schützenpanzern „Marder“ anzuheben. Dies gilt als erster Schritt für insgesamt 400 Stellenhebungen. Dazu kommen 100 neue Planstellen beim Zivilpersonal, 105 Anhebungen im einfachen Dienst und schließlich 450 Stellen für Auszubildende, so daß die Bundeswehr ihr Ausbildungsangebot auf 6561 Plätze erhöhen wird.

Abermals sind im nächsten Verteidigungshaushalt überproportional erhöhte Ansätze für Forschung und Entwicklung eingeplant. Mit zehn Prozent mehr will die Bundeswehr die Voraussetzungen dafür schaffen, die Entwicklungsarbeiten für die Geräte- und Waffenausrüstung der 90er Jahre auf hohem Niveau verstärkt fortzuführen. Für das sogenannte Forschungs- und Technologiekonzept, das sich konzentriert um die Zukunftstechnologie bemüht, ist ein Aufwuchs der Finanzen um sogar 10,5 Prozent vorgesehen. Für „militärische Beschaffungen“ werden rund 24 Prozent des Haushaltes aufgewandt. So werden die seit 1984 gesetzten Schwerpunkte in der Beschaffung von Fernmeldematerial und moderner Munition sowie von Führungsinformationssystemen und Waffeneinsatzsystemen – die sogenannte Peripherie – beibehalten. Zudem werden im nächsten Haushalt Großvorhaben finanziert, etwa die neuen „Tornados“ für die elektronische Kampfführung, die siebente und achte Fregatte vom Typ 122 sowie ein sechstes Los Leopard 2-Kampfpanzer.

Auch bei der Bekleidung der Soldaten wird die Bundeswehr 1987 einen Schwerpunkt setzen: Die Gelder werden um 28 Prozent aufgestockt, so daß das Sonderprogramm zur Verbesserung des Kälte- und Nässeschutzes sowie der Kampf- und Sportbekleidung weitergeführt werden kann.

FÜR DEN ANLEGER

HWWA: Präsident Prof. Gutowski hat sich gegen die Schaffung eines internationalen Währungssystems mit Zielzonen für Wechselkurse ausgesprochen.



Kassenobligationen: 1,3 Mrd. DM zum Kurs von 99,7 Prozent zugeteilt, die Rendite ergibt 5,58 Prozent.

WELT-Indizes: Gesamt 269,02 (265,04); Chemie: 156,43 (153,02); Elektro: 300,71 (294,92); Auto: 764,96 (751,54); Maschinenbau: 154,29 (151,19), Versorgung: 156,44 (155,12); Banken: 393,82 (388,48); Warenhäuser: 146,14 (143,53); Bauwirtschaft: 484,38 (484,28); Konsumgüter: 166,37 (164,17); Versicherung: 1409,19 (1407,38); Stahl: 158,11 (153,92).

Kursgewinner: Hartmann 590 DM, 7,2 Prozent; BBC 348, 6; Holzmann 535, 5,9; Blaue Quellen 425, 4,9; Brau AG 300, 4,8 (Frankfurt).

Kursverlierer: Adt 69 DM, 11,5 Prozent; Progresswerke 218, 9,5; Triumph Genüsse 58, 6,4; IKB 276, 4,8; Schwäbische Zellstoff 177, 4,8.

WAREN & MÄRKTE

IW: 1986 soll ein „goldenes Jahr" für Importe in die Bundesrepublik werden. Das Institut der Deutschen Wirtschaft erwartet einen Rekordstand von 31,8 (31,2) Prozent der Einfuhren an der Versorgung des inländischen Marktes.

Video: Einen Kooperationsvertrag über die gegenseitige Lieferung von Video-Laufwerken haben Grundig und die japanische Matsushita abgeschlossen.

Öl: Trotz deutlich gesunkener Preise haben die deutschen Verbraucher beim Energiesparen nicht nachgelassen, teilt Esso mit. 1985 lag der Pro-Kopf-Verbrauch um ein Viertel niedriger als im Rekordjahr 1973.

DIW: Rund 10 Prozent der Ausgaben für Sozialhilfe in den letzten beiden Jahren waren durch Arbeitslosigkeit bedingt. 1985 waren die Ausgaben um 11 Prozent auf 20,1 Mrd. DM gestiegen.

WELTWIRTSCHAFT

Agrar-Streit: Die EG und die USA haben sich gestern auf ein bis zum Jahresende geltendes Abkommen geeinigt, durch das der drohende Handelskrieg im Agrarsektor abgewendet wurde, verlautete aus Brüssel.

UNO-Prognose: Die Weltwirtschaft und der internationale Handel werden sich nach dem enttäuschenden Verlauf 1985 wieder leicht erholen. Die Weltwirtschaft soll 1986 um 3,5 (3,3) Prozent und 1987 um 3,7 Prozent wachsen.

Urteil: Italien darf weiterhin seinen Bürgern den Erwerb von ausländischen Wertpapieren und Schuldverschreibungen aus währungspolitischen Gründen erschweren und die Hinterlegung einer Kaution fordern, entschied der Europäische Gerichtshof.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Kaufhof: In betont zuversichtlichen Farben wurde vor der HV das Bild eines neuen Handelskonzerns mit Kompetenz, Profil und Zukunft gezeichnet. (S.11)

Shell: Als „wahre Goldgrube" erweist sich die deutsche Tochter für den zweitgrößten Ölmulti der Welt. (S. 12)

Preussag: Verständnis für die gravierenden Konzernprobleme zeigten die Aktionäre. Sprecher meinten sogar, die Dividende von 8 DM sei zu hoch ausgefallen. (S. 13)

ANT Nachrichtentechnik: Das digitale Autotelefon, das in den 90er Jahren kommen soll, wird viel billiger als die bisherige Technik sein und könnte über 1 Mill. Teilnehmer erreichen. (S. 12)

IKB: Dividende wird von 7,50 auf 8 DM erhöht. (S.11)

NAMEN



Daimler-Benz: Mit sofortiger Wirkung wurden Heinz Dürr (52), Vorstandsvorsitzender der AEG (Foto Mitte), Johann Schäffler (50), Vorstandsvorsitzender der Dornier GmbH (Foto rechts), und Hans Dinger (59), Vorsitzender der Geschäftsführung der MTU Motoren- und Turbinen Union, zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern bestellt. Sie sind für die Ressorts AEG, Dornier und MTU zuständig und behalten ihre bisherigen Funktionen bei den Beteiligungsgesellschaften weiter. (S. 11)

Bundesbahn: Vorstandsvorsitzender Reiner Gohlke wurde für zwei Jahre zum neuen Präsidenten des Internationalen Eisenbahnerverbands gewählt.

Gesetze sind Netze mit Maschen – mit engen und weiten. Durch die weiten schlüpfen die Gescheiten, in den engen bleiben die Dummen hängen.

Dr. Hans Günter Senger
Präsident des Steuerberaterverbandes Hessen

Bonn trägt die Kosten für Einbeziehung der „Trümmerfrauen"

Bundeshaushalt soll durch Verlängerung des Arbeitslosengeldes entlastet werden

HEINZ HECK, Bonn

Die im Anschluß an die Kabinettsberatungen des Haushaltsentwurfs 1987 von einer Koalitionsrunde beschlossene Einbeziehung der „Trümmerfrauen" in die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rentenberechnung soll den Bundeshaushalt nicht zusätzlich belasten. Das erklärten die Minister Blüm und Stoltenberg in getrennten Pressekonferenzen. Allerdings bedürfen noch zahlreiche Details der Klärung.

Die Kosten der Rentenerhöhung trägt der Bund, bestätigte Blüm. Mit Inkrafttreten des Gesetzes, also voraussichtlich am 1. Oktober 1987, soll zugleich der Bundeshaushalt „durch Neuordnung der Finanzbeziehungen des Bundes zur Bundesanstalt für Arbeit" (BA) um jährlich 2,6 Milliarden Mark entlastet werden. Blüm schließt eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge aus.

Es ist beabsichtigt, die Zahlung des Arbeitslosengeldes an ältere Arbeitslose abermals zu erhöhen, zumal da die Dauer der Arbeitslosigkeit mit dem Lebensalter zunehme. Im vergangenen Jahr war eine Staffelung der bis dahin generell zwölf Monate betragenden Zahlung in Kraft getreten: Ab 45 Jahre auf 16 Monate, ab 50 Jahre auf 20 und ab 55 Jahre auf 24 Monate. Blüm nannte allerdings keine Zahlen über die beabsichtigte Verlängerung.

Der Mehrbelastung des BA-Etats entspricht eine Entlastung des Bundeshaushalts, allerdings nur von etwa 60 Prozent. Denn wer länger Arbeitslosengeld bekommt, erhält nicht die sich unter bestimmten Voraussetzungen anschließende niedrigere Arbeitslosenhilfe aus dem Bundesetat. Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes ist laut Blüm allerdings nicht die einzige Maßnahme zur Entlastung des Bundeshaushalts. Andere Maßnahmen sollen in den nächsten Monaten erörtert werden, um den angestrebten Betrag von 2,6 Milliarden Mark zu erreichen.

Stoltenberg sprach von einer „für den Bundeshaushalt tragfähigen Lösung, weil die notwendige Ausgleichsregelung gewährleistet ist". Auch er wollte sich zu weiteren Details des Finanzierungsmodells noch nicht äußern, sieht allerdings noch die Notwendigkeit von „Abstimmungsgesprächen". Der Finanzbedarf zur Rentenerhöhung für die Trümmerfrauen erreicht nach Angaben von Blüm in der Spitze 1991 schätzungsweise 3,3 Milliarden Mark und geht bis 1995 auf 2,6 Milliarden Mark zurück. In dieser Zeitspanne müßte also für zusätzliche Entlastung gesorgt werden.

Zum Kabinettsbeschluß über den Bundeshaushalt erklärte Stoltenberg, die Finanzpolitik des Bundes befinde sich „seit Ende 1982 auf geradem und verläßlichem Kurs". Die Neuverschuldung sei seither auf weniger als die Hälfte reduziert worden.

Auch im Haushalt für das Wahljahr seien die Ausgaben „solide durchgerechnet" und für Ausgabenrisiken „ausreichende Vorsorge getroffen" worden. „Für neue kostspielige Ausgabengesetze" gebe es allerdings „keinen Spielraum". Diesen Spielraum sieht Stoltenberg in der gleichzeitig verabschiedeten Finanzplanung lediglich für die geplante Steuersenkung. Die Zahl der Planstellen wurde per Saldo nicht erhöht. 580 neuen Stellen (davon 200 bei den Ministern Süssmuth und Wallmann) stehen Streichungen an anderer Stelle gegenüber.

Der Aufschwung hat wieder an Fahrt gewonnen

geo. Kiel

Die Zunahme von Auftragseingängen und Produktion sowie das günstigere Konsumklima fördern nach Ansicht des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel den Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland. In ihrer Analyse zur wirtschaftlichen Lage in diesem Jahr kommen die Wissenschaftler zu dem Schluß, daß der Aufschwung im Vergleich zum Winterhalbjahr 1985/86 wieder Fahrt aufnimmt. Hinweise dafür seien der Beschäftigungsanstieg im ersten Quartal 1986 und die Investitionspläne der Unternehmen, die nach dem Ergebnis von Umfragen die wirtschaftlichen Aussichten als zuversichtlich einordnen.

Insgesamt rechnet das Institut mit einem Überschuß in der Leistungsbilanz von ungefähr 65 Milliarden DM, 25 Milliarden DM mehr als im vergangenen Jahr. Auch werde die Zahl der Beschäftigten 1986 um rund 350 000 steigen. Nach Ansicht des Instituts wird sich der Aufschwung im kommenden Jahr bei einem Zuwachs des Bruttosozialprodukts von vier Prozent fortsetzen. Allerdings werde die Zahl der Beschäftigten auf Grund des Kosteneffektes der Lohnsteigerungen insgesamt langsamer wachsen als 1986.

Minister: Hilfe für Werften ist nationale Aufgabe

dpa/VWD, Kiel/Bonn

Die Wirtschaftsminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer wollen bei ihrem Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) am Donnerstag in Bonn erneut versuchen, Hilfen für die Werftenindustrie als „nationale Aufgabe" darzustellen. Wie der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Manfred Biermann (CDU) am Mittwoch in Kiel in einem Gespräch mit dpa/vwd sagte, dürften etwaige Hilfen für den Schiffbau nicht nur separat betrachtet werden, sondern müßten als Unterstützung für die gesamte Schiffahrtsindustrie verstanden werden.

Biermann unterstrich, die Minister teilten „die Folgerungen aus den verschiedenen Gutachten, nach denen Kapazitätsanpassungen und zusätzliche Anstrengungen für den Erhalt der dann noch verbleibenden Kapazitäten notwendig sind". Er könne sich vorstellen, daß unter der Voraussetzung, daß in Bonn Bereitschaft für Hilfen bestehe, die Haushaltsmittel des Bundes ausreichten. So würden beispielsweise die Reedereihilfen derzeit nicht ausgenutzt. „Das gäbe Luft für eine andere Zweckbestimmung", betonte der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister.

AUF EIN WORT



„Der Versicherungskaufmann muß auf Dauer Ansehen mitbringen und Vertrauen ausstrahlen. Waghalsige Balanceakte zahlen sich nicht aus. Mit einem heruntergewirtschafteten Ruf lassen sich keine Qualitätsgeschäfte mehr abwickeln."

Max Engl, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute (BVK), Bonn. FOTO: DIE WELT

Standards für Reaktorsicherheit

Anhörung der CDU/CSU-Fraktion – Bundesweit reichendes Meßnetz gefordert

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine öffentliche Anhörung über die Standards der Reaktorsicherheit und des Haftungsrechtes, die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Beiziehung der, wie es hieß, „besten Sachkenner in der Bundesrepublik Deutschland" am Mittwoch im Bundeshaus in Bonn veranstaltet wurde, führte zu einer Reihe von Forderungen hauptsächlich auf dem Gebiet internationaler Zusammenschlüsse.

Daneben wurde gefordert, schnellstens ein bundesweit reichendes Meßnetz für die Ermittlung von Strahlungen aufzubauen. Der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) sollen mehr Befugnisse übertragen werden, sie soll damit alle Mindeststandards verbindlich festlegen können.

Zum Abschluß der Anhörung betonten Sprecher der neu gegründeten Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in den Prüfungskommissionen, die jetzt verstärkt die Sicherheit von Kernkraftanlagen weltweit und im Auftrag der IAEO untersuchen sollten, müßten die Verantwortlichkeiten „sauber getrennt" sein. Der Sachverstand der Industrie sei gefragt, es dürfe aber keine „Verwischungen der Verantwortlichkeiten" oder „Interessensbünde" geben, die der Öffentlichkeit signalisieren könnten, daß nicht mit „eiserner Objektivität" vorgegangen werde.

Im einzelnen sind nach Auffassung der Unionsfraktion unter anderem folgende politische Folgerungen aus den Darlegungen der gehörten Experten zu ziehen: Anforderungen an Werkstoffe, die Herstellung und die Qualitätssicherung einschließlich zerstörungsfreier Prüfungen sollten über den sogenannten ASME-Code hinaus neu geregelt werden. Das vorgeschlagene Konzept umfaßt in erster Linie das Prinzip der Qualität durch fortschrittliche Produktion. Zusammen mit vier unabhängigen Redundanzen können große Brüche ausgeschlossen werden.

Die bei der Internationalen Atomenergiebehörde IAEO bereits vorhandenen Modellabkommen zu Melde- und Informationspflichten bei Unfällen und Störfällen sowie zur gegenseitigen Hilfeleistung bei Unfällen sollten für alle Mitgliedsstaaten der Organisation verbindlich werden.

Schließlich wird in dem Papier festgehalten, daß bereits die Mitgliedschaft in einem völkerrechtlich verbindlichen Haftungssystemm zu verstärkten Anstrengungen hinsichtlich der Sicherheit von kerntechnischen Anlagen führen könne.

VW-Privatisierung

Von DOMINIK SCHMIDT

Die Palette von Themen, die auf der Hauptversammlung der Volkswagen AG morgen in Wolfsburg angesprochen werden, dürfte mit einiger Sicherheit um eine Facette bereichert werden, um den Fragenkomplex nämlich, wie die Beteiligungsverhältnisse nach dem Ausstieg des Bundes im kommenden Jahr aussehen werden. Die bisherigen Reaktionen auf die Ankündigung des Bundesfinanzministers, bei seinen Privatisierungsanstrengungen auch vor VW nicht haltzumachen, lassen beileibe nicht nur Zustimmung erkennen. Dies wird sich in der Wolfsburger Stadthalle fortsetzen. Auf die Vertreter des Bundes im VW-Aufsichtsrat, allen voran Staatssekretär Otto Schlecht, dürfte wenig Schmeichelhaftes zukommen.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wird an der Privatisierung von VW festhalten. Auf der morgigen Hauptversammlung wird das Thema Gegenstand der Diskussion sein. Niedersachsen wird seinen Anteil halten.

Angeheizt wird die Stimmung nicht zuletzt durch die Stellungnahme des IG-Metall-Vorsitzenden Hans Mair. Mair, zugleich stellvertretender AR-Chef des Automobilkonzerns, sprach schlichtweg von einer „Verschlechterung des Bundesvermögens" und warf Stoltenberg den „planvollen Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die Arbeitsplätze" vor. Äußerungen ähnlicher Art kommen aus den Reihen des gerade bei VW mächtigen Betriebsrats, der immerhin mit sechs Vertretern im Aufsichtsrat präsent ist. Der Bundesfinanzminister hat derlei Kritik durchaus erwartet. Schon bei der Bekanntgabe seines Vorhabens hatte er den – inzwischen begründeten – Verdacht geäußert, vor allem die IG Metall werde massiv gegen seine Pläne protestieren.

Vom VW-Management mit Vorstandschef Carl H. Hahn an der Spitze sind Einlassungen zu diesem Komplex nicht zu erwarten. Die Standardformel, daß es nicht Sache des Vorstands sei, über Veränderungen im Anteilseignerkreis zu urteilen, dürfte auch diesmal zur Begründung der Meinungsabstinenz herangezogen werden, wenngleich Hahn und seine Kollegen nie ein Hehl daraus gemacht haben, daß sie mit dem Großaktionär Bund ganz gut leben konnten.

Wohin der 20-Prozent-Anteil des Bundes letztlich gehen wird, läßt sich endgültig noch nicht absehen. Stoltenberg spricht von einer breiten Streuung der nominal 240 Mill. DM Aktien, die überdies über einen längeren Zeitraum hinweg in den Markt gegeben werden sollen. Offen ist, ob und in welcher Form die Mitarbeiter bedacht werden. Erst jüngst hatte Hahn darauf hingewiesen, daß das Thema Belegschaftsaktien derzeit nicht erörtert werde.

Der andere Großaktionär, das Land Niedersachsen, bleibt aber der Volkswagen AG erhalten, wenn auch nicht mehr direkt. Das Land hat nämlich Anfang Juni die „Hannoversche Beteiligungsgesellschaft" gegründet und seine Aktien dort eingebracht. Der Hintergrund dieser Transaktion ist das Mitziehen bei künftigen Kapitalerhöhungen. Im Haushalt stehen Mittel dafür nicht zur Verfügung; die neue Gesellschaft indes darf sich zu diesem Zweck verschulden. Auch steuerliche Gründe werden geltend gemacht: Im Gegensatz zum Land kann die Gesellschaft die mit der Dividendenausschüttung verbundene Kapitalertragsteuer nutzen.

Bei all dem steht das Ziel im Vordergrund, die 20prozentige Beteiligung aufrechtzuerhalten. Sie nämlich garantiert dem Land bei Abstimmungen eine Sperrminorität. Damit die niedersächsischen Interessen im Aufsichtsrat durch die Entsendung von zwei Mitgliedern gewahrt werden, hat das Land selbst Aktien im Nominalwert von einer Million Mark behalten.

Die VW-Stiftung, die von der Dividendenzahlung des Unternehmens profitiert, rechnet nicht mit einer Schlechterstellung nach dem Verkauf der Bundesanteile. Auf die Struktur der VW-Aktionäre allerdings wird sich die Trennung des Bundes doch empfindlich auswirken. Die Zahl der Anteilseigner, erst kürzlich mit 344 000 errechnet, dürfte kräftig steigen. Ob das Interesse im Ausland an VW weiter zunimmt, muß abgewartet werden.

Wirtschafts-Weltmeister

gil. – „Massenelend", „Sozialabbau" und „neue Armut" – bekannte Begriffe aus einschlägigen Loseblattsammlungen. Damit möchte man die die Deutschen in den Sommerurlaub entlassen und hernach wieder empfangen. Schließlich ist Wahlzeit.

Indes will sich die schlotternde Furcht nicht einstellen, wenn man auf die 2,2 Billionen (!) Mark Geldvermögen denkt, das die Deutschen aufgehäuft haben. Sechs Wochen Urlaub sucht auf der Welt seinesgleichen. Millionen, die im Ausland Ferien machen, mögen zwar Strände und Palmen bewundern, kaum aber den Massenwohlstand, die Preise oder die soziale Sicherung dort. Die bombenstabile Deutsche Mark zieht neidische Blicke auf sich.

1985 mußte ein Industriearbeiter nur 13 Minuten arbeiten, um sich ein Päckchen Butter, ein Ei und eine Flasche Bier zu kaufen, in den „goldenen Fünfzigern" fünfmal solange (eine Stunde und sechs Minuten). Dabei ist Kaufkraft des Lohnes ist nur einer von vielen erstaunlichen Wohlstandsindikatoren. Der Erfolg gilt wenig im eigenen Lande. Vielleicht stellen die Urlauber aus der Ferne fest, daß sie wirtschaftlich erreicht haben, was sie im Fußball verfehlten: die Weltmeisterschaft.

Mikrowellen

fu (London) – Tiefgefrorene Gerichte, Fritten, Hühnchenkeulen oder Hamburger – rein in den Mikrowellenherd, und nach wenigen Augenblicken kommt das Schnellgericht auf den Tisch. Kein Wunder, daß die so sehr auf „fast food" eingeschworenen angelsächsischen Länder mit dem Mikrowellenherd längst den idealen Küchenhelfer ausgemacht haben. Bis heute haben sich infolgedessen mehr als 20 Prozent der britischen Haushalte einen Mikrowellenherd angeschafft. Das ist zwar noch nicht viel im Vergleich zu den USA mit 42 Prozent. Doch nur zwischen zwei und drei Prozent der deutschen und französischen Haushalte ihn. Erst in ein bis eineinhalb Jahren wird die Mikrowellen-Welle in Großbritannien ihren Höhepunkt erreicht haben. Für das leibliche Wohl, so scheint es, soll immer weniger Zeit aufgewendet werden.

Gewinnsturz bei General Electric

fu. London

Der größte britische Elektro- und Elektronikkonzern, General Electric Company (GEC), hat im vergangenen Geschäftsjahr 1985/86 (31. März) zum ersten Mal seit 19 Jahren einen Rückgang im Gewinn vor Steuern hinnehmen müssen. Nach Angaben von GEC verringerte sich der Vorsteuergewinn von 725 Mill. auf 701 Mill. Pfund (gut 2,36 Mrd. DM). Der Konzernumsatz stieg unwesentlich um 39 Mill. auf 5,66 Mrd. Pfund.

Den größten Gewinneinbruch wies GEC in seinem umsatzstärksten Bereich elektronische Systeme und Komponenten aus – im wesentlichen Verteidigungsgerät und Waffensysteme. Im vergangenen Jahr ging hier der Gewinn von 234 auf 201 Mill. Pfund zurück. Ursache ist der Ertragseinbruch bei der kanadischen Tochtergruppe Marconi sowie die schlechte Geschäftslage bei mobilen Heeres-Kommunikationssystemen.

GEC, dessen Hauptgeschäftsführer Lord Weinstock vor einigen Jahren aufgrund des Gewerkschaftswiderstands vergeblich versuchte, die AEG zu übernehmen, bemüht sich gegenwärtig, für 1,6 Mrd. Pfund (5,4 Mrd. DM) den britischen Hersteller von Kommunikationsanlagen, elektronischen Systemen und Luftfahrtkomponenten, die Plessey Company, zu kaufen. Noch in diesem Monat wird die britische Kartellbehörde ihre Untersuchungen hierüber abschließen.

Den Haag spart besonders im öffentlichen Dienst

Regierungskoalition wird Steuererhöhungen nicht vermeiden können – Gewerkschaften stimmen künftigem Kurs zu

HELMUT HETZEL, Den Haag

„Zwei Dinge haben für uns in den kommenden vier Jahren oberste Priorität: zum einen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zum anderen die weitere Verringerung der Staatsschuld." Mit diesem Satz umriß der von Königin Beatrix als Moderator bei der Ausformulierung eines neuen Haager Regierungsprogrammes eingesetzte Jan de Koning kurz den Kurs des künftigen christlich-liberalen Regierungsbündnisses in Den Haag, das erneut von dem Ökonomen Ruud Lubbers als Premierminister geleitet werden soll.

Der sozialökonomische Teil dieses jetzt zwischen den Christdemokraten (CDA) und den Rechtsliberalen (VVD) festgelegten künftigen Wirtschaftskurses sieht eine ganze Reihe von Sparmaßnahmen vor, mit denen die jetzige, sich auf 7,3 Prozent des Bruttosozialproduktes belaufende Haager Staatsschuld bis 1990 dann auf fünf Prozent des Nationaleinkommens reduziert werden soll.

Im einzelnen sollen die staatlichen Zuschüsse im sozialen Wohnungsbau erheblich gekürzt werden, was dazu führen wird, daß Zehntausende von Sozialwohnungen oder staatlich geförderten Eigenheimen künftig nicht mehr gebaut werden können. Erneut enorm zur Ader gelassen wird der öffentliche Dienst. Er soll nicht nur entbürokratisiert und personell erheblich ausgedünnt werden, sondern die Beamten und Angestellten dieses Sektors müssen insgesamt mit 2,3 Milliarden Gulden (rund zwei Milliarden DM) weniger Staatsgeldern für ihre Sozialleistungen rechnen. Zudem sollen im öffentlichen Dienst bis 1990 insgesamt 46 000 Stellen gestrichen werden.

Der Rotstift wird aber auch kräftig im Gesundheitswesen (Kürzung: 1,2 Milliarden Gulden) und bei zahlreichen ministeriellen Einzeletats angesetzt. Das Erziehungsministerium beispielsweise muß mit 700 Millionen Gulden weniger auskommen, Verteidigungs- und Wirtschaftsressort mit je 500 Millionen. Unterm Strich ergibt sich so ein eingesparter Betrag bei den Staatsausgaben von 18,5 Milliarden Gulden (rund 16 Milliarden DM), mit dem der alte und mit Sicherheit auch wieder neue Haager Finanzminister Onno Ruding seine Kasse bis 1990 zu entlasten versucht.

Diese neuerliche Sparoperation soll allerdings, so ein weiteres Ziel der christlich-liberalen Koalitionsvereinbarung, die Kaufkraft der Bevölkerung im Prinzip nicht antasten. Günstig wirkt sich in diesem Zusammenhang sicher die mit 0,7 Prozent für 1986 veranschlagte äußerst niedrige Inflationsrate aus. Wie der Kaufkrafterhalt aber etwa bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu bewerkstelligen sei, bleibt offen.

Inzwischen werden zusätzlich auch Steuererhöhungen erwogen; Benzin- und Mehrwertsteuer sind im Gespräch. Sie spielen angesichts fallender Öl- und damit auch Erdgaspreise in Den Haag längst eine große und wichtige Rolle bei Lösungsmodellen, die daraus entstehenden Einnahmedefizite des Staates aus den Erdgasverkäufen in Höhe von rund 15 Milliarden Gulden jährlich aufzufangen.

Insgesamt aber kann der jetzt abgesteckte neue Haager Spar- und Sanierungskurs als ein gelungener Kompromiß bezeichnet werden. Denn sowohl Arbeitgeber als auch Gewerkschaften sehen darin in ungewöhnlicher Übereinstimmung, wie die ersten Reaktionen zeigen, überwiegend „positive wirtschaftspolitische Weichenstellungen". Das Vertrauen, vor allem in der Industrie, daß die derzeit positive wirtschaftliche Entwicklung durch diesen Kurs unterstützt wird, „ist gestiegen", sagt ein Sprecher des Arbeitgeberverbandes VNO.

Kernkraft setzt sich durch

BP-Studie: Trotz Einsparungen steigt Energieverbrauch

WILHELM FURLER, London

Der Welt-Appetit für Energie ist trotz aller Einsparbemühungen und Preisschwankungen weiter gewachsen. Den Welt-Energiestatistiken des Ölkonzerns BP zufolge sanken die Steigerungsraten im vergangenen Jahr leicht. Lag der Anstieg im Welt-Energieverbrauch 1984 noch bei 3,7 Prozent, so verringerte er sich 1985 auf 2,5 Prozent. Dies, so BP, geht vor allem auf die Verlangsamung der Wirtschaftsaktivitäten insbesondere im OECD-Bereich zurück. Zwei Drittel der zusätzlichen Energienachfrage kam 1985 aus Ländern mit zentralistisch gelenkter Wirtschaft.

Seit Mitte der sechziger Jahre hat sich der Gesamt-Energieverbrauch verdoppelt. Doch die Ölpreis-Sprünge der siebziger Jahre haben zumindest bewirkt, daß die durchschnittliche Zunahme im Energieverbrauch während des letzten Jahrzehnts unter zwei Prozent pro Jahr gelegen hat.

Unter den Primärenergieträgern war auch im letzten Jahr wieder die Kernenergie am erfolgreichsten. Insgesamt hat sich der Verbrauch an Kernenergie in allen Teilen der Welt gegenüber 1984 um fast 16 Prozent ausgeweitet. Heute wird den BP-Angaben zufolge zehnmal so viel Kernenergie erzeugt wie 1971. Mit dem Einsatz von Kernenergie werden inzwischen fossile Brennstoffe in einer Größenordnung von mehr als 300 Millionen Tonnen Öläquivalent pro Jahr eingespart.

Im Jahr des 25jährigen Bestehens der Organisation erdölexportierender Länder fiel 1985 der Opec-Anteil an der Welt-Ölproduktion auf 30 Prozent. Kurzfristig sank sie sogar auf 28 Prozent. Dagegen hielt der Anstieg der Ölproduktion in Ländern außerhalb des Opec-Kartells mit plus 600 000 Barrel pro Tag auf 25 Millionen Barrel (ein Barrel = 159 Liter) pro Tag an. In der nichtkommunistischen Welt ging die Ölnachfrage im vergangenen Jahr um ein Prozent zurück, während sie in den Ländern unter kommunistischem Einfluß um insgesamt 1,5 Prozent stieg – auch aufgrund eines schweren Winters 1984/85, der zu Produktionsschwierigkeiten führte, die weit in den Sommer hineinreichten.

Kohle hat den BP-Statistiken zufolge die Fortschritte von 1984 im vergangenen Jahr wiederholt; der Kohleverbrauch stieg 1985 weltweit um fünf Prozent. Selbst ohne den künstlichen Schub, der dem Kohleverbrauch durch das Ende des einjährigen Bergleutestreiks in Großbritannien gegeben wurde, hätte der Anstieg noch 3,2 Prozent betragen.

Das Wachstum im Kohleverbrauch ging in erster Linie auf einen verstärkten Einsatz des fossilen Energieträgers in den amerikanischen Stromkraftwerken zurück. Aber auch im skandinavischen Raum und in Südeuropa gewann die Kohle an Boden und machte den Verbrauchsrückgang in Frankreich und in Deutschland, wo die Elektrizitätserzeugung zunehmend von der Kernkraft abhängt, mehr als wett.

In der BP-Studie wird auf den Ölpreisverfall einerseits und die Atomreaktor-Katastrophe von Tschernobyl hingewiesen. Wie groß die Verschiebungen sind, die durch diese Ereignisse entstehen, ist noch unklar.

Preisentwicklung verdeckt Außenhandelstrends

sas. Bonn

Die deutschen Ausfuhren können 1986 zwar nicht an die Rekordentwicklung des vergangenen Jahres anschließen, aber es besteht auch kein Anlaß zu übertriebenen Befürchtungen. Das bestätigen die jüngsten Außenhandelszahlen des Statistischen Bundesamts für den Monat Mai. Zwar sind die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahr wertmäßig um 13 Prozent auf 40,6 Milliarden Mark gesunken, weil Dollarrückgang und die Einfuhrdrosselung der Opec-Staaten die Absatzchancen der deutschen Exporteure beeinträchtigen. Wenn man aber einmal die verzerrenden Preiseffekte beiseite läßt, sieht die Situation besser aus.

Während das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für das erste Quartal dieses Jahres einen realen Rückgang der Warenausfuhren errechnet hatte, ergibt die Entwicklung bis Mai gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein leichtes Exportplus von 0,2 Prozent. Damit könnte sich ein leichter Trend zur Überwindung der im Herbst eingeleiteten Export-Schwächephase andeuten.

Die preisbereinigte Entwicklung macht aber auch noch einen anderen sehr viel wesentlicheren Umstand deutlich: Die Deutschen haben in diesem Jahr viel mehr auf den Auslandsmärkten gekauft. Der mit 8,1 Milliarden Mark nach wie vor hohe nominale Außenhandelsüberschuß verstellt den Blick für die Tatsache, daß die Wareneinfuhren längst weitaus stärker zunehmen als die Ausfuhren.

Die Importe sind von Januar bis Mai gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um fünf Prozent gewachsen, während die deutsche Volkswirtschaft in diesem Zeitraum für die Warenimporte 9,3 Prozent weniger ausgegeben hat. Für die Konjunkturlage der Lieferländer ist aber die Mengenrechnung auschlaggebend. Die Differenz zwischen mengenmäßiger und wertmäßiger Entwicklung ergibt sich, weil die Importpreise – bedingt durch den Ölpreisverfall – erheblich stärker gesunken sind als die Exportpreise. Der Vorwurf der USA, die Bundesrepublik expandiere zu Lasten ihrer Handelspartner, steht damit bei differenzierter Betrachtung in etwas anderem Licht da.

Die Wareneinfuhren profitieren nicht nur davon, daß sich die Wettbewerbssituation von Anbietern aus dem Dollarraum auf dem deutschen Markt verbessert hat, sondern auch zunehmend von positiven Konjunktureinflüsssen hierzulande. Die Zuwächse bringen auch zum Ausdruck, daß sich die Wachstumskräfte allmählich auf das Inland verlagern.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Liesel Freiermuth; **Albstadt:** Nachl. d. Dietrich Kuchenbecker, Meßstetten-Tieringen; Josef Reiser, Nusplingen-Heidenstadt; **Balingen:** Josef Rapp, Haigerloch; **Bayreuth:** Nachl. d. Antje Maria Hannelore Walter geb. Jantzen, Pegnitz; **Coesfeld:** Josef Madi GmbH, Billerbeck; **Hamburg:** Hausbau Boberg GmbH; **Hannover:** W. Döring Reifencenter GmbH; Video-TV-Rent GmbH; **Köln:** Hilmar Gros; Margarete Gros; **Königstein:** GiFi Bauplanung GmbH, Kelkheim/Taunus; **Krefeld:** Karl-Heinz Mausberg; **Flensburg:** Johann Brodersen, Kaufmann; **Karlsruhe:** Nachl. d. Maria Theresia Schmidt geb. Daferner; **Kleve:** Karl Verfürth GmbH & Co. Metallbau KG; Karl Verfürth Geschäftsführungsges. mbH; **Krefeld:** Wilhelm Keil; **Landau:** Gerhard Kettenbach, Edenkoben; **Landshut:** Elektro Hötschl GmbH, Reisbach; **Lübeck:** Hans Brincker, Kaufmann, Stockelsdorf; **Offenburg:** Hütten- u. Freizeit-Service GmbH; **Siegburg:** Waldsauna Much Növerhof GmbH, Much-Növerhof; **Wolfratshausen:** Gerhard Günzinger, Schreinermeister, Holzkirchen.

Vergleich beantragt: Bremen: Thiele & Co.; **Stuttgart:** Bletec Profilier GmbH, Oberboihingen.

Entwurf Bundeshaushalt '87

Einzelplanübersicht – Ausgaben

	Einzelplan	Soll 1986 – in Mill. DM –	Entwurf 1987 – in Mill. DM –	Veränderung geg. Vorjahr – in % –
01	Bundespräsidialamt	18,6	20,7	+ 11,3
02	Bundestag	474,3	514,5	+ 8,5
03	Bundesrat	12,6	12,3	- 2,4
04	Bundeskanzleramt	501,6	514,5	+ 2,6
05	Auswärtiges Amt	2 470,6	2 587,6	+ 4,7
06	Inneres	3 467,7	3 716,7	+ 6,9[1]
07	Justiz	385,8	424,7	+ 10,1
08	Finanzen	3 465,6	3 543,2	+ 2,2[1]
09	Wirtschaft	4 771,7	5 612,3	+ 17,6
10	Ernährung, Landwirtschaft	6 924,2	7 888,9	+ 13,9
11	Arbeit und Soziales	58 489,9	59 546,8	+ 1,8
12	Verkehr	25 411,9	25 588,0	+ 0,7[1]
13	Post- und Fernmeldewesen	15,4	32,5	+111,0
14	Verteidigung	49 911,1	51 300,0	+ 2,8[1]
15	Jugend, Familie, Frauen, Gesundh.	18 214,2	19 023,6	+ 4,4
16	Umwelt, Naturschutz, Reakt.	358,6	429,5	+ 19,8
19	Bundesverfassungsgericht	13,5	14,4	+ 6,7
20	Bundesrechnungshof	41,7	44,3	+ 6,2
23	Wirtschaftl. Zusammenarbeit	6 787,2	6 975,0	+ 2,8
25	Raumordnung, Bauwesen	5 799,6	6 019,2	+ 3,8
27	Innerdeutsche Beziehungen	769,1	809,5	+ 5,3
30	Forschung und Technologie	7 410,8	7 560,0	+ 2,0
31	Bildung und Wissenschaft	4 057,8	3 957,7	– 2,5
32	Bundesschuld	34 158,6	35 090,7	+ 2,7
33	Versorgung	9 550,1	9 522,5	– 0,3
35	Verteidigungslasten	1 767,2	1 834,3	+ 3,8
36	Zivile Verteidigung	851,6	866,3	+ 1,7
60	Allgem. Finanzverwaltung	17 379,0	17 550,3	+ 1,0
	Gesamtsumme	263 480,0	271 000,0	+ 2,9

[1] Unter Berücksichtigung der Personalverstärkungsmittel

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Verbraucher sparsam

Hamburg (AP) – Rund 6,2 Mrd. DM haben die Bundesbürger in den ersten fünf Monaten des Jahres 1986 durch den Ölpreisverfall gespart. Nach Angaben der Esso AG haben die Verbraucher von Januar bis Mai diesen Betrag weniger auszugeben brauchen als in den ersten fünf Monaten 1985. Trotz der Tiefpreise für Benzin und Heizöl habe sich aber am sparsamen Verhalten der Bundesbürger nichts geändert, stellte das Unternehmen weiter fest. Nach den Unternehmensangaben verbrauchen die Bundesbürger im Durchschnitt 2085 Liter Mineralöl im Jahr. Das seien pro Verbraucher 560 Liter weniger als 1973, als der Mineralölverbrauch seinen Höchststand erreicht hatte. Die Einsparung sei in erster Linie von den Verbrauchern von leichtem und schwerem Heizöl erreicht worden. 1985 habe der Absatz an schwerem Heizöl erstmals seit 1961 wieder die Zehn-Millionen-Tonnen-Grenze unterschritten. Er habe sich in den letzten zehn Jahren mehr als halbiert, berichtete das Unternehmen.

Gastwirte zufrieden

Bonn (AP) – Die Hoteliers und Gastwirte in den Touristengebieten der Bundesrepublik erwarten eine gute Sommersaison. Nach einer Umfrage unter 2100 Unternehmen, die der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) veröffentlichte, rechnen 40 Prozent der Betriebe mit einem besseren Geschäft in den Sommermonaten. Besonders gut werde die Entwicklung an Nord- und Ostsee eingeschätzt, während die Erwartungen in den Großstädten eher gedämpft seien. Aufgrund der erwarteten Umsätze planten viele Betriebe die Einstellung neuen Personals. Nur ein Teil wolle die Preise erhöhen, wobei anders als im Vorjahr nicht die Übernachtungen, sondern Speisen und Getränke teurer werden sollten.

Libyen-Schock

London (dpa/VWD) – British Airways (BA) ist unter den europäischen Fluglinien besonders schwer vom Passagierschwund nach dem US-Bombenangriff auf Libyen getroffen. Nach dem Bericht der Londoner Zeitung „The Times" ging die Zahl der Fluggäste bei BA im Monat Mai um 14 Prozent gegenüber Mai 1985 zurück. Bei der französischen Air France betrug der Rückgang sechs Prozent, bei KLM fünf und bei Lufthansa rund drei Prozent.

Weltbank senkt Zinsen

Washington (AP) – Die Weltbank in Washington hat eine weitere Senkung ihrer Kreditzinsen für Entwicklungsländer von 8,5 auf 8,23 Prozent bekanntgegeben. Der neue Zinssatz tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und gilt vorerst bis zum Jahresende.

Dollar schwach

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kurs des US-Dollar lag auch gestern schwach bei rund 2,18 DM. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelwert mit 2,1855 DM nach 2,1829 DM am Dienstag festgestellt. Der zuletzt recht feste Goldpreis konnte nur knapp gehalten werden: 344,00 (345,10) Dollar für die Feinunze und 24 290 (24 360) DM für den Kilobarren.

„Handelskonzern mit Zukunft“

Optimistische Töne auf der Kaufhof-Hauptversammlung

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Zwar verdankte die Kölner Kaufhof AG ihr für Juni 1986 erzieltes Konzern-Umsatzplus von 7,1 Prozent (nach nur 0,9 Prozent Plus auf 8,5 Mrd. DM im vollen Vorjahr) hauptsächlich neuen Diversifikationstöchtern, während der Warenhaus- und der Kaufhalle-Kleinpreisbereich erst 0,9 und 0,8 Prozent zulegten, die Versandhandelstochter Wenz sogar um 1,9 Prozent auf 266 Mill. DM zurückfiel. Aber nach der 1985er („echt verdienten“) Dividendensteigerung auf 7 (6,50) DM zeichneten die Vorstandsmitglieder Jens Odewald (Vorsitz) und Rolf Leisten auf der Hauptversammlung in betont zuversichtlichen Farben auch zum Ertrag das Bild eines neuen „Handelskonzerns mit Kompetenz, Profil und Zukunft“.

Gesamtwirtschaftlicher Grund für den Optimismus: Im Einklang mit der jüngsten Analyse der Notenbank (erhöhte Tarifabschlüsse wirken erst vom zweiten Quartal an, die große Energiekosteneinsparung steht Privaten größtenteils noch bevor) „erwarten wir in den kommenden Monaten eine stärkere Konsumbelebung“. Der Konsument realisiere langsam, daß er mehr Kaufkraft habe. Nach zwei Rezessionen sei er auch bei mehr Kaufkraft „im Hinblick auf die Preise hoch sensibilisiert“.

Mehr noch gründet der Vorstand seinen Optimismus auf den im eigenen Haus betriebenen Strukturwandel zum „Handels- und Dienstleistungskonzern“ rund um ein „in Qualität und Ertragskraft weiter steigendes“ Warenhausgeschäft. Aktuelles Lagebild in der Mischung aus Bekanntem und Neuem: Von den drei jüngsten Diversifikationstöchtern kamen im ersten Halbjahr 1986 die Mac-Fash-Textilhandelskette auf 17,5 (im vollen Vorjahr 16,8) Mill. DM Umsatz; die auf Unterhaltungselektronik spezialisierte Saturn-Hansa-Gruppe auf 60 (73) Mill. DM, woraus im vollen Jahr nach nun dritter Groß-Filiale (München) bis zu 190 Mill. DM werden sollen; der seit 1986 hälftig zum Konzern gehörende Reno-Schuhversandhandel (nebst Filialen an 32 Standorten) auf 206 Mill. DM.

Im übrigen: Vom Sortimentswandel im Warenhaus bis zur gelegentlich auch „handelsfreien“ neuen Nutzung nicht optimal genutzter Teile des Immobilienschatzes strebe man mit schon spürbaren Teilerfolgen zur Steigerung der Ertragskraft. Nicht ohne Bedacht der Hinweis, daß der 1985 aus Mini-Immobilienverkauf erzielte und thesaurierte Buchgewinn allein bei der Kaufhof AG „Finanzanalysten gelegentlich“ zur Hochrechnung auf weit mehr als 2 Mrd. DM stille Reserven veranlaßt habe.

Mit den neuen Sortimentskonzepten schließlich verzichte man von Anfang 1985 bis Ende 1986 auf jährlich 320 Mill. DM ertragsschwachen Warenhausumsatz und hole es mit Besserem mehr als auf. – Auch unter dem Eindruck solcher Visionen erledigten die Aktionäre die Tagesordnung praktisch einstimmig.

Neue Führungsstruktur bei Daimler-Benz

Erweiterter Vorstand der Hauptversammlung präsentiert – Aktionäre loben Jubiläumspaket

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Viel Lob von Aktionärsseite erntete die Verwaltung der Daimler-Benz AG, Stuttgart, auf der Hauptversammlung des Unternehmens für das den Anteilseignern offerierte „Jubiläumspaket“ in Form einer deutlich erhöhten Ausschüttung und der Ausgabe von Berechtigungsaktien. Gleichwohl klang aber auch vor der Rekordkulisse von 7500 (Vorjahr: 5800) erschienen Aktionären – mehr als zwei Dutzend Wortmeldungen gab es – an, daß immer noch ein „Nachholbedarf“ in der Dividendenpolitik bestehe. Insbesondere wurde von einem Aktionärssprecher der Wunsch nach einem höheren Bonus formuliert.

Doch nicht nur Fragen nach geschäftlichen Perspektiven bestimmten die Diskussion auf der mehrstündigen HV, auch Themen wie die umstrittene Teststrecke in Boxberg oder das Engagement von Daimler-Benz in Südafrika wurden einmal mehr debattiert. In seiner einstündigen Rede hatte Vorstandsvorsitzender Werner Breitschwerdt festgestellt, daß Daimler-Benz das in Südafrika praktizierte System der Apartheid „mit aller Entschiedenheit“ ablehne. Doch dürfe man das Land nicht seiner Zukunftschancen berauben, indem ihm seine ökonomische und technologische Basis entzogen werde.

Zu den unternehmerischen Aktivitäten insgesamt sagte Breitschwerdt, man gehe mit Zuversicht und Optimismus in das zweite Jahrhundert des Automobils. In der Pkw-Strategie der neunziger Jahre baue das Unternehmen auf die Kombination eines „sondierten quantitativen mit einem forcierten qualitativen Wachstum“. Weltweit werde darauf geachtet, einen gewissen Marktsog in die Fahrzeuge zu erhalten. Allein im Fahrzeugbereich will Daimler-Benz 1990 rund 13 Mrd. DM investieren.

Als von unternehmenspolitisch großer Tragweite bezeichnete Breitschwerdt die anstehende Aufgabe, die Konzernorganisation dem erweiterten Spektrum des Konzerns anzupassen. Ziel der neuen Führungsstruktur sei, die Arbeit im Daimler-Benz-Vorstand angesichts der erheblichen Erweiterung der Konzernaktivitäten noch stärker auf „unternehmenspolitischen Grundorientierungen und strategischen Aufgaben“ des Konzerns auszurichten. Durch Ausbau und Stärkung der Entscheidungsbefugnisse der beiden Geschäftsbereiche Pkw und Nutzfahrzeuge soll insgesamt noch ein höheres Maß an Flexibilität, Anpassungsfähigkeit und Marktorientierung in dem sich immer stärker differenzierenden Fahrzeuggeschäft erreicht werden.

Die neue Führungsstruktur (siehe WELT vom 2. Juli) sieht die Aufteilung der Konzernaktivitäten in fünf Geschäftsfelder vor, nämlich in die Bereiche Nutzfahrzeuge (Leitung: Gerhard Liener) und Pkw (Werner Niefer) sowie in die neuen Beteiligungen AEG, Dornier und MTU. Die Vorstandsvorsitzenden sind in Doppelfunktion als weitere Mitglieder in das Vorstandsgremium der Daimler-Benz AG eingerückt. Den Aufsichtsratsvorsitz bei den drei Töchtern übernimmt Breitschwerdt. Darüber hinaus sind im Daimler-Benz-Vorstand auch weiterhin Zentralressorts als „funktionale Klammern“, nämlich Finanz- und Betriebswirtschaft (Edzard Reuter), Forschung und Technik (Rudolf Hörnig), Materialwirtschaft (Walter Ulsamer und in seiner Nachfolge Peter Sanner), Personal (Manfred Gentz) sowie Vertrieb (Hans-Jürgen Hinrichs). Über allen residiert als Vorstandsvorsitzender Werner Breitschwerdt.

Um Energiemöglichkeiten aufzuspüren und zu nutzen, wurde ein Struktur- und Energieausschuß, der später einmal den Technologie-Transfer im Konzern steuern soll und dessen Leitung in den ersten beiden Jahren Finanzchef Reuter übernimmt, installiert. Das neue Führungsmodell ist nach Breitschwerdts Worten ein Weg, welcher der Daimler-Benz AG wie auch den Töchtern „eigene Identität und Tradition bewahre, der sie aber dennoch zu einer Einheit zusammenführe“.

Die HV, die bei Redaktionsschluß noch andauerte, hatte bei einer Präsenz von rund 80 Prozent über die Anhebung der Dividende für das Jahr 1985 von 10,50 auf 12 DM zuzüglich eines Jubiläumsbonus von 2,50 DM je 50-DM-Aktie zu beschließen und über die Erhöhung des Grundkapitals im Verhältnis 7 zu 1 um 242,7 Mill. DM auf 1,94 Mrd. DM durch Umwandlung von Rücklagen. Ferner stand der Beschluß über die Schaffung eines genehmigten Kapitals in Höhe von 500 Mill. DM auf der Tagesordnung.

Das Automobil-Jubiläumsjahr 1986 verspricht aus der Sicht von Daimler-Benz-Chef Breitschwerdt ein guter Jahrgang für das Pkw-Geschäft zu werden. Auch die Nutzfahrzeug-Industrie könne mit einer leichten Belebung rechnen. Der Daimler-Benz-Konzern steuert im laufenden Geschäftsjahr einen Umsatz in der Größenordnung von 67 Mrd. DM an, das bedeutet gut ein Viertel mehr als in 1985, wobei die AEG seit Jahresbeginn mit in die Konzernbetrachtung einbezogen wurde. Man habe – so Breitschwerdt – allen Grund, mit einem „wiederum erfreulichen Ergebnis“ zu rechnen. Das Unternehmen setze weiterhin im In- und Ausland auf Wachstum. Ein weiterer Ausbau der Kapazitäten im Werk Bremen erlaube eine nochmalige Steigerung der Pkw-Produktion um 54 000 auf über 595 000 Fahrzeuge. Im ersten Halbjahr 1986 ist der Konzernumsatz nach Angaben in einem Zwischenbericht um 23 Prozent auf 31,5 Mrd. DM angewachsen, worin erstmals die AEG mit 4,8 Mrd. DM enthalten ist. Der Umsatz der Stammfirma Daimler-Benz AG verbesserte sich dabei um 8 Prozent auf 19,8 Mrd. DM. Hierin nahm vor allem der Inlandumsatz um 14 Prozent auf 9,5 Mrd. DM zu. Der Exportumsatz wuchs schwächer, nämlich um 3 Prozent auf 10,3 Mrd. DM.

Gutes Plazierungsergebnis

Deutsche Immobilien Fonds AG expandiert weiter

JB. Hamburg

Auf die Anteile des von der Deutschen Immobilien Fonds AG, Hamburg, vor 20 Jahren aufgelegten Difa Fonds Nr. 1 werden für das Geschäftsjahr 1985/86 (31. März) unverändert 9 DM ausgeschüttet. Das entspricht einem Ausschüttungsbetrag von 63,5 Mill. DM. Daneben verfügt der Fonds über einen Gewinnvortrag von 36,1 Mill. DM, der fast 57 Prozent des Ausschüttungsbetrags erreicht und für künftige Ausschüttungen zur Verfügung steht.

Wie aus einem ersten Überblick hervorgeht, stiegen die Erträge aus Liegenschaften um 14,8 Prozent auf 50,3 Mill. DM. Die Zinserträge gingen demgegenüber infolge eines Abbaus der Liquidität (474 nach 513 Mill. DM) um 13 Prozent auf 27 Mill. DM zurück. Die Veräußerungsgewinne aus den Wertpapieranlagen erhöhten sich auf 7 Mill. DM.

Das Plazierungsergebnis mit einem Anteilsabsatz im Wert von 151 Mill. DM wird als „gut“ bezeichnet. Es sei umso bemerkenswerter, als die Gesellschaft zeitgleich mit Beginn des Geschäftsjahres einen zweiten offenen Immobilienfonds, den Difa-Grund, aufgelegt habe. Trotz der „Konkurrenz“ des neuen Fonds seien dem Difa-Fonds Nr. 1 netto 78 Mill. DM zugeflossen. Das Fondsvermögen stieg auf 1,25 Mrd. DM, das Grundvermögen auf 780 Mill. DM.

Im Mittelpunkt der Anlagepolitik blieb die Konzentration auf überwiegend gewerblich genutzte Objekte. Im Berichtsjahr kaufte die Gesellschaft vier Objekte hinzu, so daß sich die Gesamtzahl auf 87 erhöhte. In Hamburg ist die Errichtung eines Bürohauses für 70 Mill. DM Investitionen geplant. Der Vermietungsstand lag im Durchschnitt des Jahres bei 98,6 Prozent.

Zum neuen Difa-Grund wird mitgeteilt, daß in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres das Volumen um 20,5 Prozent auf 223 Mill. DM gewachsen sei. Der Mittelzufluß habe netto 36 Mill. DM erreicht. Die Liquidität wird mit 145 Mill. DM ausgewiesen. Die gesetzliche Mindestanforderung von 10 Objekten für offene Immobilienfonds, die in spätestens vier Jahren zu erbringen ist, wird der Difa-Grund vorzeitig 1986 erfüllen.

Aufzugsmarkt sackt weiter ab

Schindler stellt sich auf Umsatz- und Personalrückgang ein

tb. Berlin

Der deutsche Aufzugsmarkt sackt weiter ab. Das Gesamtvolumen für dieses Jahr schätzt die Schindler Aufzügefabrik GmbH, Berlin, auf rund 10 500 Fahrstühle nach 11 000 im Vorjahr. Vor gut zehn Jahren waren es einmal fast 18 000. Für die rund 200 Anbieter in Deutschland heißt es künftig, den Gürtel enger zu schnallen.

Schindler stellt sich, wie der Vorsitzende der Geschäftsführung, Wolfgang Koch, vor Journalisten in Berlin erklärte, auf rückläufige Zahlen bei Produktion, Umsatz und Mitarbeitern ein. Auch der Export bringt für den schrumpfenden Inlandsmarkt keinen Ausgleich mehr.

Zudem geht der Preisverfall in der Branche weiter. Koch sprach von fünf bis sechs Prozent geringeren Erlösen pro Anlage. Schindler will künftig eine selektive Preispolitik betreiben, keinen Verkauf um jeden Preis.

Im letzten Jahr ist die Gesellschaft noch gut gefahren. Unter dem Strich blieb ein Jahresüberschuß von 12,1 Mill. DM, der an die Schweizer Holding abgeführt wurde. Der Umsatz stieg um 18 Prozent auf 336,7 Mill. DM, und zwar durch die Abrechnung von Großaufträgen. Der Auftragseingang lag mit 277,3 Mill. DM noch um zwei Prozent über dem Vorjahr. Davon kamen im Neuanlagengeschäft 70 Mill. DM aus der Bundesrepublik und 44 Mill. DM aus anderen Ländern – vor allem aus Europa. Knapp die Hälfte entfällt auf Serviceleistungen.

Der Schindler-Marktanteil beträgt bei Fahrstühlen zwölf Prozent, bei Rolltreppen fünf Prozent. Beschäftigt werden gut 2600 Mitarbeiter. Ende März 1987 wird die Produktion in Neuss (60 Mitarbeiter) aufgegeben und nach Berlin verlagert.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

IKB geht auf acht Mark

Düsseldorf (J. G.) – Die Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank (IKB), Düsseldorf/Berlin, will für 1985/86 (31. 3.) 8 (7,50) DM Dividende für das im Herbst 1985 auf 180 (162) Mill. DM erhöhte und bereits voll gewinnberechtigte Aktienkapital (HV am 15. Oktober) ausschütten. Nach abermals 12 Mill. DM Rücklagendotierung und der in diesem Frühjahr vorgenommenen weiteren Kapitalerhöhung auf 210 Mill. DM mit 220 DM Emissionspreis werden die Eigenmittel jetzt mit 734 (1984/85 erst 530) Mill. DM angegeben.

Zukauf in Amerika

Düsseldorf (J. G.) – Aus ihrem 1983 begonnenen USA-Joint-venture Combibloc Inc., Columbus/Ohio, hat die Düsseldorfer Jagenberg-Gruppe (Rheinmetall-Konzern) ihren Paritätspartner Archer Inc. ausgekauft. Der jetzige Alleineigentümer dieser auf aseptische Verpackungssysteme spezialisierten Firma (1985er Umsatz 40 Mill. DM mit 130 Leuten und „Anlaufverlust“) erwartet von dieser neuerdings über Getränke bis zu Suppen vorstoßenden Verpackungstechnik auch auf dem US-Markt weiterhin gute Zuwachsraten.

Software AG wächst

Darmstadt (dpa/VWD) – Die Software AG, Darmstadt, hat ihren Umsatz 1985 auf 111 (79) Mill. DM gesteigert. Nach Unternehmensangaben erhöhte sich der weltweite Umsatz der Firmengruppe, die mehr als 2000 Personen beschäftigt, auf über 400 (310) Mill. DM. Der Jahresüberschuß nach Steuern stieg auf 18,9 (18,3) Mill. DM und wurde fast vollständig den offenen Rücklagen zugeführt.

Auftrag aus Jugoslawien?

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Kraftwerk Union AG (KW), Offenbach, rechnet sich gute Chancen aus, von Jugoslawien einen Auftrag für das Kernkraftwerk Prevlaka in Kroatien zu erhalten. Die KWU begründet ihre optimistische Haltung mit dem geforderten „Höchstmaß an Sicherheit“. Das Kraftwerkunternehmen hat am 28. Juni in Zagreb ein entsprechendes Angebot für das Prevlaka-Projekt (1000 Megawatt) abgegeben. Darüber hinaus wurde in Belgrad ein Angebot für die Zusammenarbeit beim Bau einer Serie von vier Kernkraftwerken übergeben.

Zementverbrauch sinkt

Essen (dpa/VWD) – Der seit 1980 abnehmende Zuwachs beim Weltzementverbrauch wird auch bei der Krupp Polysius AG, Beckum, spürbar. Aus dem Geschäftsbericht 1985 geht hervor, daß sich die Bestellungen im vergangenen Jahr um mehr als die Hälfte verringert haben: von 1,1 Mrd. (1984) auf 450 Mill. DM. Der Auftragsbestand belief sich Ende 1985 auf 1,3 (2,8) Mrd. DM. Der Umsatz der Gruppe, zu der acht Auslandsgesellschaften gehören, erreichte dagegen mit 2 (1,2) Mrd. DM einen neuen Höchststand. Dies ist darauf zurückzuführen, daß 1985 zehn früher bestellte Ofenanlagen mit einer Gesamtkapazität von über 32 000 Tagestonnen fertiggestellt und abgerechnet wurden. Der an die Mutter Fried. Krupp GmbH abgeführte Gewinn liegt jedoch mit 750 000 DM deutlich unter dem des Vorjahres (4 Mill. DM).

Verbesserungsvorschläge

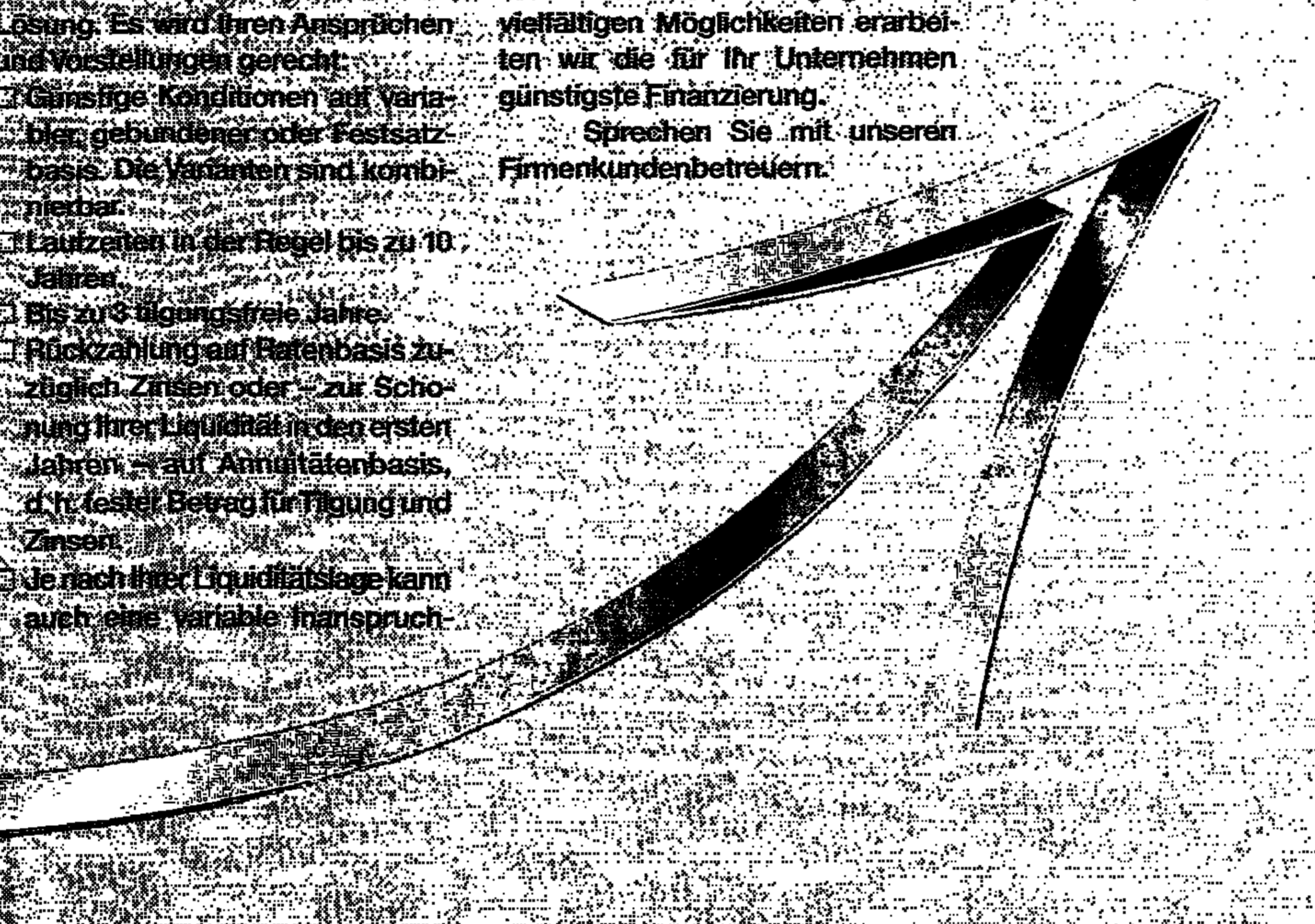
Wolfsburg (dpa/VWD) – Die Volkswagen AG, Wolfsburg, hat seit 1949 für Verbesserungsvorschläge Prämien von über 100 Mill. DM an Mitarbeiter gezahlt. Die Vorschläge betrafen Produktion, Qualität, Arbeitsabläufe und Arbeitsumfeld. Während 1950 rund 180 Vorschläge eingereicht wurden, waren es im vergangenen Jahr 44 500. Etwa 25 Prozent der realisierten Vorschläge erbrachten Einsparungen: Seit 1949 knapp 450 Mill. DM.

Hagedorn will Export forcieren

dos, Osnabrück

Die Hagedorn AG, Osnabrück, hat im Geschäftsjahr 1985 zwar den Umsatz um 4,5 Prozent auf 50,9 (48,7) Mill. DM steigern können. Die Zunahme indes ist allein auf höhere Umsätze mit verbundenen Unternehmen zurückzuführen. Der Fremdumsatz des Unternehmens, das sich mit der Herstellung von Collodiumwolle sowie Kunststoffplatten und -folien befaßt, ging demgegenüber leicht auf 36,4 Mill. DM zurück. Ähnlich ist die Tendenz im Konzern, für den ein Umsatz von 69 (53) Mill. DM ausgewiesen wird. Konzerngesellschaften sind die Hagedorn-Plastic GmbH und die Hanno-Sport GmbH.

Um die schwache Inlandsnachfrage zu kompensieren, will Hagedorn nunmehr die Exportanstrengungen verstärken. Im Berichtsjahr verringerte sich der Exportanteil auf 36,7 (40,5) Prozent, eine Folge der höheren Innenumsätze. Der Hauptversammlung am 28. Juli wird vorgeschlagen, eine Dividende von zwölf Prozent auf das auf 3 (2) Mill. DM erhöhte Grundkapital auszuschütten (1984: 12 + 2 Prozent Bonus). Aus dem Jahresüberschuß von 1,68 (1,92) Mill. DM wurden die freien Rücklagen mit 0,84 (0,96) Mill. DM dotiert.



Süße Früchte für die Aktionäre

Aachener und Münchener nährt Hoffnungen auf weitere Dividendenerhöhung

HARALD POSNY, Aachen

Die Aachener und Münchener Beteiligungs-AG (AMB), die Holding der AM-Versicherungsgruppe, zeigte den inzwischen mehr als 13 000 Aktionären des Unternehmens anläßlich der Hauptversammlung die „ersten Früchte einer Konzernpolitik, die deren Eigenkapitalausstattung besondere Bedeutung beimißt, dann allerdings daran auch zu partizipieren wünscht, wenn Marktanteil und Eigenkapital die als notwendig erachtete Kongruenz aufweisen“.

Mit diesen Worten umriß der Vorstandsvorsitzende der AMB, Helmut Gies, wie behutsam die AMB die Konzernunternehmen zur eigenen Ertragsverbesserung genutzt hat. Einer Steigerung des erwirtschafteten Eigenkapitals während der letzten fünf Jahre von 617 auf 792 Mill. DM standen nur Kapitalerhöhungen aus Geschäftsmitteln von 19 Mill. DM gegenüber.

Auf der anderen Seite profitieren auch die Aktionäre. Vom Jahresüberschuß der AMB von 24,4 (21,4) Mill. DM sind zwei Drittel zur Ausschüttung (12,50 nach 10 DM je 50-DM-Aktie) und ein Drittel (8,4 nach 8,7 Mill. DM) zur Thesaurierung verwendet worden. Gies will diesen Dividendensatz „nicht als Schlußstein“ gewertet wissen. Schließlich stehen 1986 mit 45 Mill. DM ebenso hohe Beteiligungserträge ins Haus, die zumindest einen gleich guten Abschluß erwarten lassen.

Die Erträge aus dem Beteiligungsbesitz von rund 188 Mill. DM (Bilanz- oder Steuerwert 4,94 Mrd. DM) erhöhten sich schon 1985 – zeitversetzt werden sie erst 1986 an die AMB ausgeschüttet – auf 42,8 (39,8) Mill. DM. Dazu kamen noch Erträge aus anderen Finanzanlagen und Gewinnabführungen von 4,4 (3,3) Mill. DM. Aber nicht höhere Dividendenzahlungen, sondern die erweiterten und aus eigener Kraft geschaffene Grundkapitalbasis einiger Töchter haben dies geschafft.

Der Konzern (u. a. AM Versicherungs-AG, AM-Leben, Aachener Rück, Central Kranken, Thuringia) hatte 1985 erstmals mehr als 10 Mrd. DM Kapitalanlagen, aber auch versicherungstechnische Rückstellungen von 10,2 Mrd. DM und in der Gruppe ein Beitragsvolumen von 4,7 Mrd. DM. Derzeit hat die AMB nach den Worten von Gies etwa 80 Mill. DM liquide, die in Beteiligungen gesteckt werden könnten, wenn sich entsprechend Attraktives bietet.

Nicht gedacht ist an Minderheitsbeteiligungen bei Versicherungen: Die Politik der AMB geht erklärtermaßen darauf hinaus, das Bestandswachstum der einzelnen Unternehmen in den nächsten Jahren aus eigener Kraft zu finanzieren, damit die Holding auf der Suche nach neuen Engagements frei ist. Dies war bei der Colonia nicht der Fall. Die AM-Minderheitsbeteiligung wurde auf jetzt fünf Prozent heruntergefahren.

Auch der Verkauf der Kölnischen Rück (beides zusammen für 350 Mill. DM) hätte wegen der Verschachtelung der rheinischen Gruppe zunächst auch Kapitalzufuhr für Nordstern und Colonia Versicherung bedeutet. Der AM-Anteil an Nordstern soll auf jeden Fall erhalten bleiben.

Der Kompositversicherer AM-Versicherung AG erreichte nach weiter um 16,5 Prozent gedrosseltem Rückversicherungsgeschäft erstmals seit 1979 wieder schwarze Zahlen in diesem Geschäftsbereich. Der technische Verlust des Gesamtgeschäfts ist ausschließlich auf die Dotierung der Schwankungsrückstellung zurückzuführen. Aus dem Jahresüberschuß von 26,1 (22,6) Mill. DM wird nach Rücklagendotierung von 13,5 (10,3) Mill. DM erneut eine Dividende von 7 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet. Das ist fast der gleiche Betrag wie für die Rücklagen.

AM-Versicherung	1985	± %
Bruttoprämie (Mill. DM)	1130	+ 7,9
Nettoprämie [1])	892	+ 10,3
Aufw. f. Vers.Fälle	648	+ 9,9
Vers. techn.Ergebnis [2])	-16,9	(-4,5)
Kapitalanlagen [3])	1194	+ 13,5
Kapitalerträge [4])	90	- 4,3

in % d.verd.Beitr.	1985	1984	1983
Selbstbeh.-Quote %	78,9	77,8	75,2
Schadenquote	72,9	70,4	72,4
Verw.-Kostenquote	28,5	27,0	27,3
Rückstellg.-Q. [5])	116,4	113,1	116,3
Eigenkapitalquote	25,1	25,0	25,0

[1])Brutto- minus Rückversicherungsbeitr.; [2])nach Zuführung (Entnahme) von 15,8 (18,0) Mill. DM zur Schwankungsrückstellung; [3])oh. Depotford.; [4])netto; Durchschnittsrendite: 8,1 (7,9) Prozent; [5])vers. techn. Rückstellg.

Sparbuch wurde zum „Bestseller“

tb. Berlin

Die Note „befriedigend“ gibt der Vorstand der Grundkreditbank eG, Berlin, der Entwicklung im ersten Halbjahr 1986. Die Ertragslage ist nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden dieser Volksbank, Jürgen Bostelmann, „nicht überschäumend“, doch zufriedenstellend. Trotz verstärkten Drucks auf die Zinsspanne rechnet er mit einem Zinsüberschuß in Vorjahreshöhe (rund 58 Mill. DM). Vor Journalisten stellte er für 1986 wieder eine Dividende von 7,68 Prozent in Aussicht. Erfreulich haben sich vor allem die Kundeneinlagen entwickelt. Dabei ist das Sparbuch zu einem Bestseller geworden. Die Spareinlagen erreichten Ende Juni 476 Mill. DM – 8,5 Prozent mehr als am Jahresanfang.

Das Kreditgeschäft expandierte um 4,2 Prozent auf 1,4 Mrd. DM. Hier gab es vor allem im kurz- und mittelfristigen Bereich erfreuliche Zuwachsraten, während das langfristige Kreditgeschäft weniger Tempo zulegte.

Im Aktienhandel hielt der Boom weiter an. Die Kundenumsätze verdreifachten sich; dabei wurde der gesamte Aktienumsatz des Vorjahres bereits überschritten.

Auf der Vertreterversammlung dieser Genossenschaftsbank wurde der Aufsichtsrat auf zwölf Mitglieder erweitert. Der bisherige Vorsitzende, Dr. Jürgen Brink, Vorstandsvorsitzender der Wiveda, München/Berlin, wurde nicht mehr in das Gremium gewählt.

Deutsche Shell für die Mutter eine Goldgrube

Für 1985 rund 664 Millionen Mark überwiesen – „Bundesrepublik nach wie vor attraktiv für Investitionen“

JAN BRECH, Hamburg

Für die Royal Dutch Shell-Gruppe, zweitgrößter Ölmulti der westlichen Welt, ist ihre deutsche Tochter zur Zeit eine wahre Goldgrube. Aus Hamburgs City-Nord, dem Sitz fast aller deutschen Ölgesellschaften, überweist die Deutsche Shell AG, Hamburg, für das Berichtsjahr 1985 rund 664 Mill. DM an die Mutter. 360 Mill. DM stammen aus dem Jahresüberschuß, 304 Mill. DM aus der Auflösung von Preissteigerungsrücklagen. Von ihren 807 Mill. DM Preissteigerungsrücklagen, die bis 1987 aufgelöst sein müssen, hat das Unternehmen 573 Mill. im Abschluß 1985 verwertet.

Diesen Betrag zusätzlich als Dividende auszuschütten, hat die Shell aus optischen Gründen nicht gewagt und statt dessen den Weg über Genußscheine gewählt. Damit, so erklärt Vorstandsvorsitzer Cornelius Herkströter, werde der periodenfremde Charakter verdeutlicht. Da die Shell heute mit wesentlich niedrigeren Mineralölbeständen arbeite, seien ursprüngliche Buchgewinne in den Vorräten realisiert worden und stünden für eine Ausschüttung zur Verfügung. Die Investitionsfähigkeit der Deutschen Shell werde nicht im geringsten Maße eingeschränkt.

Auch ohne diese außerordentlichen Erträge, so räumt Herkströter ein, habe die Shell ein „besonders erfreuliches Jahr“ hinter sich. Zum ersten Mal seit vielen Jahren war vor allem das betriebswirtschaftliche Ergebnis in Mineralölverarbeitung und -vertrieb mit 135 Mill. DM (gleich 8,56 DM pro Tonne) wieder positiv. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Verbesserung um fast 500 Mill. DM. Da ist es nur ein kleiner Wermutstropfen, wenn der zum Jahresende einsetzende Ölpreisverfall zu 164 Mill. DM Bestandsverlusten und zu einem bilanziell negativen Ergebnis von 33 Mill. DM führte.

Diesen Fehlbetrag durch andere Aktivitäten auszugleichen, hatte die Shell keine Mühe. Aus der Erdöl- und Erdgasförderung sprudelten im Berichtsjahr 450 bis 500 Mill. DM Erträge (nach Steuern), das Chemiegeschäft schloß mit einem Bruttogewinn von 110 Mill. DM, die Tankerflotte fuhr einen geringen Gewinn ein. Im außerordentlichen Bereich realisierte die Shell zusätzlich 100 Mill. DM Währungsgewinne. Die insgesamt stolze Ertragslage, die sich auch in dem kräftig gestiegenen Brutto-Cash-flow niederschlägt, nutzte das Unternehmen, um auf einen Schlag eine außerordentliche Abschreibung von 289 Mill. DM auf die Raffinerie Godorf bei Köln vorzunehmen.

Herkströter spricht zwar von einer „robusten Konsolidierung“, die die Shell erzielt habe, fügt aber hinzu, daß man noch nicht über den Berg sei. Unsicherheiten gingen von externen Rahmenbedingungen wie dem Rohölpreis und den europäischen Überkapazitäten aus. Aber auch intern gebe es nach wie vor Schwachstellen. Den positiven Margen im Ölgeschäft stehen Bestandsverluste gegenüber, die sich nach Angaben von Herkströter im ersten Halbjahr auf 800 Mill. DM summieren und den Gewinn im Ölgeschäft komplett aufzehren. Die hohen Förderzinsen belasten die heimische Rohölförderung. „Hier arbeiten wir bereits mit Verlust“, erklärt Herkströter. Schließlich schafft die Tankflotte Probleme, die die Shell als letzte Ölgesellschaft in eigener Regie und unter deutscher Flagge fährt. Die Position in diesem Bereich werde zur Zeit überprüft, sagt Herkströter. Ob Verkauf oder Ausflaggung zur Entscheidung anstehen, läßt er offen.

Sicher ist sich Herkströter dagegen, daß der deutsche Markt nach wie vor attraktiv für Investitionen ist. Selbst im stagnierenden Ölmarkt werde Shell weiter investieren, mit den Schwerpunkten Vertrieb sowie Exploration und Erschließung. Zukunft hat nach Meinung von Herkströter ferner der Chemiebereich. Auch hier wolle die Shell stärker werden. Im Gespräch ist bereits eine engere Kooperation zwischen der Raffinerie Godorf und den Rheinischen Olefinwerken (ROW), an der Shell mit 50 Prozent beteiligt ist.

Die hohe Liquidität und die über jeden Zweifel erhabene Finanzstruktur schaffen schließlich günstige Voraussetzungen, um den Wunsch zu realisieren, in andere Möglichkeiten zu diversifizieren. Engpässe einer solchen Expansion seien in erster Linie mangelnde attraktive Projekte, die eine entsprechende Größenordnung haben und zum traditionellen Shell-Geschäft passen, erklärt Herkströter.

Deutsche Shell	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	27 286	+ 7,1
Absatz		
Mineralöl (Mill. t)	15,8	+ 3,9
Erdgas (Mrd. cbm)	7,4	– 6,4
Belegschaft	3895	– 5,7
Jahresüberschuß	486	+ 12,6
in % vom Nettoumsatz	1,9	(1,8)
Brutto-Cash-flow	1983	+ 41,8
in % vom Nettoumsatz	8,1	(6,1)
Investitionen	119	– 35,4
Abschreibungen	609	+ 57,4

ANT mit erheblichem Zuwachs

Marktanteil von 40 Prozent bei mobilen Funksystemen

dos. Wolfenbüttel

Die ANT Nachrichtentechnik GmbH, Backnang, die bereits 1985 ihren Umsatz um 14 Prozent auf über 1 Mrd. DM steigerte, verzeichnet im laufenden Jahr ein noch beschleunigtes Wachstum. Herbert Weber, Vorsitzender der Geschäftsführung, rechnet vor dem Hintergrund des hohen Auftragsbestands von 1,6 Mrd. DM für das Gesamtjahr 1986 mit einem Umsatzplus von 17 Prozent auf nahezu 1,2 Mrd. DM. In den ersten sechs Monaten erreichte ANT mit 530 Mill. DM eine Umsatzsteigerung von 30 Prozent. Die befriedigende Auftragslage habe es dem Unternehmen in den beiden letzten Jahren ermöglicht, die Zahl der Mitarbeiter um 1000 auf rund 7000 Beschäftigte zu erhöhen.

Große Hoffnungen setzt ANT nach den Worten Webers auf den in Wolfenbüttel angesiedelten Unternehmensbereich „Mobile Funksysteme“. Bei Funkrufsystemen, die 1985 einen Umsatz von 40 Mill. DM repräsentierten und damit fast 4 Prozent des Gesamtumsatzes ausmachten, sei ANT in der Bundesrepublik mit einem Marktanteil von rund 40 Prozent führend. Weber rechnet im laufenden Jahr mit einer Verdoppelung der Auslieferungen auf etwa 50 000 Funkrufempfänger. Dazu trage auch das Auslandsgeschäft bei. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo die installierten Systeme zum Anschluß an Telefon-Nebenstellenanlagen dienen und bestimmte Reichweiten nicht überschreiten, habe ANT in Dänemark und Saudi-Arabien landesweite Funkrufsysteme mit Anschluß an das öffentliche Telefonnetz aufgebaut.

Das andere große Arbeitsgebiet des Mobilfunks seien die Funkfernsprechsysteme, die heute ausschließlich dem Autotelefonnetz vorbehalten sind. Das von der Bundespost vor kurzem in Betrieb genommene C-Netz nutze zwar die digitale Übertragungstechnik des Fernsprechnetzes; die Funkübertragung erfolge aber noch analog. Ein vollständig digitalisiertes Netz, so Weber, werde es erst Anfang der 90er Jahre geben.

ANT habe mit Bosch ein Konsortium gebildet, um ein Versuchssystem mit europaweiter Normung zu entwickeln. Deshalb arbeitet ANT/Bosch eng mit den Firmen Matra und LCH in Frankreich, Telettra in Italien und Ericsson in Schweden zusammen. Nach Webers Ansicht wird das digitale Autotelefon sehr viel preisgünstiger als die heutige Technik sein und deshalb Teilnehmerzahlen erreichen, die in der Bundesrepublik weit über einer Million liegen werden.

PERSONALIEN

Dr. Andreas Kleffel, langjähriges Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG, vollendet heute sein 70. Lebensjahr.

Ernst Brachmann, langjähriges Vorstandsmitglied der Hannover-Braunschweigischen Stromversorgungs-AG, wird heute 75 Jahre.

Reinald Sveder Sieveking, zuletzt bei der Vereins- und Westbank AG, Hamburg, ist mit Wirkung vom 1. Juli 1986 Generalbevollmächtigter des Bankhauses Marcard & Co., Hamburg, geworden. **Hasso Freiherr von Senden** ist für den neuen Geschäftsbereich Privatkunden zuständig.

Gustav G. Hebold, Präsident der Industrie- und Handelskammer Stade, wurde von den norddeutschen Industrie- und Handelskammern zum neuen Vorsitzenden ihrer Arbeitsgemeinschaften gewählt.

Wolf-Jürgen Thormann (47), bisher als Direktor der Dresdner Bank, Wuppertal, tätig, ist am 1. Juli 1986 in den Vorstand der Oldenburgischen Landesbank AG (OLB), eingetreten.

Jürgen Rickertsen, Mitgründer und Hauptgesellschafter der Georg & Jürgen Rickertsen, Hamburg, feiert am 4. Juli den 60. Geburtstag.

Heinrich Rünzi wurde per 1. Juli zum Vorstandsvorsitzenden und Dr. **Karl Heidenreich** zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Badischen Kommunalen Landesbank bestellt. Sie treten damit die Nachfolge von Dr. **Hans-Jörg Mauser** und **Gerhard Ohr** an.

Eberhard Kill, Leiter der Geschäftsbereiche Energieversorgung, Verkehr und Öffentliche Auftraggeber sowie Meß- und Prozeßtechnik, der Siemens AG, Berlin/München, ist in den Vorstand des Elektrokonzerns berufen worden.

Dr. **Axel Gattung** (42) übernimmt als stellvertretendes Vorstandsmitglied bei AEG-Kabel ab 1. Juli im Vorstand die Bereiche Personal, Finanzen, Material, Planung und Kontrolle. Er ist Nachfolger von **Franz Stevens** (63), der zum 30. Juni in den Ruhestand trat.

Lothar Kreft, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Aachen, wird am 4. Juli 1986 60 Jahre.

Werner J. Mayer (42), Leiter Presse/Öffentlichkeitsarbeit der Deutsche Fiat GmbH, Heilbronn/Frankfurt, ist aus dem Unternehmen ausgeschieden.

Uwe Zimpelmann wurde zum 1. Juli zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Landwirtschaftlichen Rentenbank ernannt.

Walter Englert hat den Vorsitz des Verbandes der Privaten Bausparkassen niedergelegt. Er wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Neuer Vorsitzender ist Dr. **Otto Schaefer**, Mitglied der Geschäftsführung der Bausparkasse GDF Wüstenrot GmbH, Ludwigsburg und der Wohnungswirtschaft Wüstenrot.

Breuninger ist gut gepolstert

nl. Stuttgart

Bei der E. Breuninger GmbH & Co., Stuttgart, ist man im Geschäftsjahr 1985 im allgemeinen Entwicklungstrend der deutschen Warenhaus-Unternehmen geblieben, wenn auch die einzelnen Häuser im süddeutschen Raum sich unterschiedlich entwickelten. Der Bruttoumsatz nahm um 0,7 Prozent auf 530 Mill. DM zu. Wie es heißt, seien beim Unternehmensergebnis erfreulicherweise erheblich höhere Steigerungsraten erzielt worden, doch wird dies nicht präzisiert. Das laufende Geschäftsjahr betrachte man „erwartungsfroh“. Im April wurde in Würzburg das vierte Geschäftshaus eröffnet. Von diesem und den von der neuen Tochter Seisser GmbH übernommenen Filialen im fränkischen Raum erwarte man bei Breuninger weitere Impulse für das Unternehmen. Immerhin verfügt Breuninger über eine Eigenkapitalquote von über 40 Prozent.

Gutes Geschäft mit Motorkolben

Mahle investiert wieder kräftig – US-Tochter im Visier

nl. Stuttgart

Der zu den führenden Motorkolben-Produzenten zählende Stuttgarter Mahle-Konzern, der bereits in 1985 mit Investitionen von 153 Mill. DM (zehn Prozent vom Umsatz) eine neue Rekordmarke setzte, will sein Investitionstempo noch weiter verschärfen – angesichts der weiter positiven Entwicklung. Für das laufende Geschäftsjahr 1986 sind im Konzern Anlagenzugänge von etwa 190 Mill. DM eingeplant. Dabei bilde nach Angaben der Verwaltung der weitere Ausbau der amerikanischen Tochter Mahle Inc., Morristown/Tennessee, mit Investitionen von 35 Mill. DM wiederum einen Schwerpunkt. Anfang 1986 hatte die Mahle Tochter Knecht Filterwerke GmbH von der französischen CGE die Firma Soparis, einen Hersteller von Kfz-, Luft- und Flüssigkeitsfiltern, erworben.

In 1985 hatte der Mahle-Konzern im Gefolge der prosperierenden Automobilindustrie den Konzern-Umsatz um 14,4 Prozent auf 1,51 Mrd. DM gesteigert, worin die Umsätze der brasilianischen Tochter erstmals enthalten waren. Die Mahle GmbH weitete ihren Umsatz um 7,2 Prozent auf 962 Mill. DM aus. Überproportionale Steigerungen habe es bei Kolben für Pkw-Motoren, bei Großkolben für Schiffsantriebe, Stationärmotoren und schweren Baumaschinen, bei Zylindern und Kleinkolben für Motorsägen und Krafträder. Alle Kapazitäten seien ausgelastet gewesen.

Der Jahresüberschuß verbesserte sich um 24 Prozent auf 26, 5 Mill. DM, im Konzern stieg er auf 58 (44) Mill. DM. Ausgeschüttet werden 4 (3) Mill. DM auf das überwiegend im Besitz der Familienstiftung Mahle befindliche Stammkapital von 121,8 Mill. DM. Der Konzern zählt insgesamt gut 12 500 Mitarbeiter (plus 16,7 Prozent).

Geringe Rohstofferlöse belasten

Preussag-Aktionäre erhalten wieder acht Mark Dividende

dos. Hannover

Die gegenwärtig noch immer schwierige Situation der Preussag AG, hervorgerufen durch niedrige Metall- und Erdölpreise, die Nachwirkungen der Zinnkrise und die Dollar-Abschwächung, lassen eine Prognose zur Ertragsentwicklung im laufenden Jahr nicht zu. Das erklärte Vorstandstandschef Günther Saßmannshausen auf der Hauptversammlung in Hannover. Das Unternehmen habe zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, um die negativen Einflüsse zu kompensieren und die Preussag wieder auf den rechten Weg zu bringen. Die daraus resultierenden Belastungen würden aber ganz sicher das Ergebnis im laufenden Jahr belasten, meinte Saßmannshausen.

Die Aktionäre zeigten in der Diskussion Verständnis für die gegenwärtigen Probleme. Dies schlug sich in Beiträgen nieder, die eine Kürzung der vorgeschlagenen Dividende (8 DM) beinhalteten. Letztlich stimmte die HV aber bei einer Präsenz von knapp 69 Prozent den jeweiligen Tagesordnungspunkten bei nur wenigen Gegenstimmen zu. Dazu zählte auch die Schaffung eines bedingten Kapitals von 50 Mill. DM zur Begebung von Options- und Wandelschuldverschreibungen in Höhe von bis zu 200 Mill. DM.

Nach den Worten Saßmannshausens hat die im Metallhandel und in der Zinnverhüttung tätige britische AMC-Gruppe (Preussag-Beteiligung 94,7 Prozent) mittlerweile wieder ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt, nachdem 1985 hohe Verluste wirksam wurden. Auch die Deilmann-Gruppe arbeitet derzeit noch zufriedenstellend, obwohl die Entwicklung auf dem Energiemarkt eher dagegen spreche.

Zu den Maßnahmen, mit denen eine Besserung erreicht werden soll, zählen die Verringerung des Explorationsaufwandes im Metall- und Erdölbereich und die Einstellung der Erdölförderung in einzelnen Feldern. Im Erzbergwerk Bad Grund (Harz) werden von 583 Mitarbeitern 200 entlassen; gleichzeitig soll die Erzförderung von 440 000 Tonnen pro Jahr auf 300 000 Tonnen reduziert werden. Im Verkehrsbereich führe die Stillegung von 18 Versorgungsschiffen zu einem Personalabbau von 130 Mitarbeitern. Im Metallbereich ist als strukturelle Maßnahme eine gesellschaftsrechtliche Ausgründung von Betriebsteilen vorgesehen. Damit soll die Aufnahme von Partnern erleichtert werden.

Trotz schwerer Turbulenzen zum Höhenflug angesetzt

Bei Dornier durchbrach der Umsatz die Schallmauer von zwei Milliarden Mark – Impulse von der Raumfahrt erwartet

DANKWARD SEITZ, München

Man spürt es allenthalben: Bei der Dornier-Gruppe, Friedrichshafen/München, ist wieder Ruhe eingekehrt nach einem äußerst turbulenten Jahr 1985, das tiefgreifende Veränderungen für diesen bedeutenden deutschen Luft- und Raumfahrtkonzern brachte. Da konnte im Mai nach jahrelangem Familienstreit die Daimler-Benz AG die Mehrheit der Gesellschaftsanteile (65,5 Prozent) übernehmen. Gleichzeitig mit dieser Veränderung wurde die Lindauer Dornier GmbH (Lido) aus der Gruppe herausgelöst. Und Aufsehen erregte dann noch einmal im Dezember die Ablösung des umstrittenen Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer durch den erfolgreichen Airbus-Manager Johann Schäffler.

All diese Vorgänge hat Dornier, wie sich jetzt zeigt, nicht nur überraschend gut überstanden, sondern auch noch zu einem neuen Höhenflug ansetzen können. So durchbrach der Umsatz erstmals die „Schallmauer" von 2 Mrd. DM, obwohl der Abgang von Lido einen Ausfall von über 210 Mill. DM verursachte. Und im Jahr 1986, in das man mit einem Auftragsbestand von wieder etwa 2,0 Mrd. DM ging, dürften nach Überzeugung von Schäffler sogar an die 2,5 Mrd. DM erreicht werden. Da ist es wohl eher ein Zeichen der Vorsicht statt Sorge vor der Zukunft, wenn ab 1987 mit „langfristiger Konsolidierung" auf diesem Niveau gerechnet wird.

Besondere Impulse erwartet Schäffler für 1986 zum einen aus der Raumfahrt, auch wenn hier mit 130 Mill. DM nicht mehr ein so außergewöhnlich (abrechnungsbedingter) Umsatzbeitrag wie 1985 von 370 (145) Mill. DM zu erwarten ist. Die Projektbeteiligungen an der europäischen Trägerrakete Ariane, der Raumstation Columbus und der Weltraumfähre Hermes sicherten eine gute Beschäftigung und ein weiteres Anwachsen der Aktivitäten.

Einen wiederum „besonderen Beitrag" verspricht man sich bei Dornier auch vom erfolgreichen Absatz des zivilen Mehrzweckflugzeugs Do-228, von dem bislang 107 (89) Stück verkauft und 50 (24) Optionen hereingenommen werden konnten. Ausgeliefert wurden bislang 83 Maschinen. Der Break-even liegt nach Angaben von Schäffler bei 320 Flugzeugen. Zusammen mit der kleineren Version Do-128 und den Zulieferungen für den Airbus bildet der Zivilbereich das Rückgrat der Dornier-Flugzeugfertigung. Wie angedeutet wurde, wird derzeit die Entwicklung einer Do-328 geprüft, wobei noch keine Entscheidung über Größe und Sonstiges getroffen worden sei. Zuversichtlich beurteilt Schäffler auch den militärischen Flugzeugbau und Wehrtechnik.

Und schließlich wird mit einem „zumindest gleichbleibenden" Geschäftsvolumen im Bereich Medizintechnik gerechnet, das 1985 ein geradezu sensationelles Wachstum verzeichnen konnte. Zurückzuführen ist dies ausschließlich auf den erfolgreichen Absatz des Anfang der 80er Jahre entwickelten Nierenstein-Zertrümmerers. Ende 1985 waren von diesen Geräten 127 Stück in Betrieb, davon 94 in den USA.

Zuversicht spricht auch aus der Erwartung Schäfflers, daß die Ertragsentwicklung 1986 mit der Umsatzausweitung Schritt halten wird. Und nachdem 1985 das bislang stärkste Investitionsjahr war, sollen nun 120 Mill. DM in Sachanlagen fließen. Einen „moderaten Zuwachs" auf etwa 9400 Mitarbeiter wird auch die Beschäftigtenzahl erfahren.

Als „durchaus zufriedenstellend" bezeichnete Finanzchef Karl-Wilhelm Schäfer die Ertragslage 1985. Wenn auch die Bilanzzahlen aufgrund der an Daimler-Benz angepaßten Konsolidierung mit dem Vorjahr kaum vergleichbar sind, so blieb er doch hinreichende Erklärungen für einige markante Veränderungen schuldig: Mit dem Verkauf der Lido – sie dürfte schätzungsweise rund 70 Mill. DM gebracht haben – allein jedenfalls sind die Verbesserung des Betriebsergebnisses der Gruppe auf etwa 250 (50) Mill. DM sowie die von der GmbH verbuchten Erträge aus Beteiligungen von 234 (35) Mill. DM und ausgewiesenen EEV-Steuern von 208,1 (8,7) Mill. DM nicht zu erklären.

Dornier [1]	1985	±%
Umstz (Mill. DM)	2117,8	+40,4
dav. Flugzeuge	649,0	+36,8
Wehrtechnik	140,1	+ 3,2
Betreuung v. Flugz.	116,9	- 5,0
Ausbild., Planung	226,2	+28,0
Raumfahrt, Elektronik	450,6	+82,9
Medizintechnik	488,7	+367,7
Sonstiges	46,3	+31,2
Beschäftigte [2]	8772	- 4,7
Sachinvestitionen	72,8	+70,9
Abschreibungen	74,4	+87,9
Brutto-Cash-flow [3]	370,4	+140,2
Jahresüberschuß	33,1	+ 4,1
Bilanzsumme	2471,4	+23,0
Eigenkapital	179,9	- 17,4

[1] nach der Beteiligung von Daimler-Benz (65,5 Prozent) und des Verkaufs der Lindauer Dornier GmbH nur sehr begrenzt vergleichbar; [2] am Jahresende; [3] eigene Angaben.

Nestlé: Neulinge tragen Wachstum

Wb. Frankfurt

Dank umfangreicher Akquisitionen wird die deutsche Nestle-Gruppe in diesem Jahr mit einiger Sicherheit die Umsatzmarke von 5 Mrd. DM überspringen. Zwei Unternehmen werden 1986 erstmals ins Gruppenbild einbezogen: Die Fleisch- und Wurstwaren-Gruppe Herta, bisher zu 26 Prozent und seit Jahresbeginn zu 51 Prozent bei Nestlé, mit zuletzt 1,1 Mrd. DM sowie der Münchner Kaffeeröster Dallmayr mit 200 Mill. DM Umsatz.

Schon 1985 war der 14prozentige Umsatzsprung der Gruppe auf 3,95 (3,47) Mrd. DM zu einem wesentlichen Teil durch neue Mitglieder zustandegekommen. Ohne die Milchverarbeiter Glücksklee und Lünebest, beide im Zuge der Übernahme des amerikanischen Lebensmittelkonzerns Carnation durch die Schweizer Nestlé-Mutter an die deutsche Gruppe angehängt, hätte das Umsatzplus bei etwa 3 Prozent gelegen. Weitere Neuerwerbungen sind aber füs erste nicht in Sicht, so der Geschäftsführungsvorsitzende Gerhard Rüschen.

Im ersten Halbjahr 1986 hat sich das hausgemachte Wachstum mit einem Inlandsplus von 5 Prozent (das inländische Geschäft trägt 85 Prozent zum Umsatz bei) sogar verstärkt und flotter als im Durchschnitt der Nahrungsmittelindustrie von 2 bis 3 Prozent fortgesetzt. Für den Rest des Jahres erhofft sich Rüschen, daß die gestiegene Kaufkraft auch dem Essen und Trinken zugute kommen wird.

Damit stehen die Chancen gut, daß die Gruppe mit ihren 12 200 (11 500) Mitarbeitern auch 1986 ihr Ertragsniveau halten kann, das sich in einer langfristigen Umsatzrendite um die 2 Prozent herum manifestiert. Mit einem Jahresüberschuß von 85 (66) Mill. DM war es im vergangenen Jahr sogar zu einem überproportionalen Sprung um 29 Prozent gekommen, der allerdings auf eine höhere Belastung im außerordentlichen Bereich des Jahres 1984 zurückzuführen war.

Eine Erhöhung der Abschreibungen auf 126 (107) Mill. DM, mit der die Möglichkeiten der Berlin-Förderung ausgenutzt wurden, bedeutete allerdings auch eine zusätzliche Belastung. Die Investitionen, die 1985 mit 113 (115) Mill. DM konstant geblieben und unter anderem auch in Kapazitätserweiterungen geflossen waren, sollen in diesem Jahr kräftig auf 120 Mill. DM (ohne Herta) erhöht werden.

Kooperation mit Hersteller

IKB Leasing will damit den Service verbessern

JB. Hamburg

Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, ist zum ersten Mal eine direkte Kooperation mit einem Hersteller eingegangen. Wie das Unternehmen mitteilt, hat sich IKB Leasing an der neu gegründeten Linde Leasing GmbH mit 25 Prozent beteiligt. Den Rest des Stammkapitals von 1 Mill. DM halten die Linde AG mit 45 Prozent und die Dresdner Bank mit 30 Prozent. Die neue Gesellschaft konzentriert sich zunächst auf den Bereich Flurfördermittel, um die Marktposition der Linde-Gruppe bei Gabelstaplern durch den Einsatz von Leasing weiter auszubauen. Die IKB Leasing wertet diese Art der Partnerschaft als einen bedeutenden Schritt in Richtung eines verbesserten Services.

Zum Geschäftsjahr 1985/86 heißt es, daß sich IKB Leasing trotz uneinheitlicher Entwicklung in der Gesamtbranche erfolgreich behauptet habe. Die Umsätze erhöhten sich um 6,1 Prozent auf 223 Mill. DM, die Neugeschäftsabschlüsse um 6,5 Prozent auf 213 Mill. DM. Den Bestand an Mietausrüstung weist die IKB mit 742 Mill. DM aus (plus 7,9 Prozent), die Stückzahl der Leasing- und Mietkaufverträge mit 14 301. Auf das Stammkapital von 3 Mill. DM werden 20 Prozent Dividende ausgeschüttet.

Zum Ergebnis haben alle drei Geschäftsbereiche Industrie-Leasing, Vertriebs-Leasing und Auto-Leasing beigetragen. Besonders dynamisch war die Sparte Auto-Leasing, in der die Neugeschäftsabschlüsse um 15,8 Prozent auf 62 Mill. DM und die Anzahl der abgeschlossenen Auto-Leasing-Verträge um 49 Prozent auf 2892 stiegen. Der Fahrzeugbestand erhöhte sich um 16,7 Prozent auf 6213 Einheiten. Zur Absicherung des Erfolgs hat IKB Leasing mit dem Aufbau einer separaten Außendienstorganisation begonnen. Neben Kraftfahrzeugen waren Produktions- und Werkzeugmaschinen, Druck-, Satz- und Vervielfältigungsmaschinen sowie Transport-, Lager- und Fördermittel die wichtigsten Vermietobjekte.

Citibank schließt vier Filialen

wb. Frankfurt

Nach Einschätzung der Citibank AG, Frankfurt, der deutschen Tochter der US-Gesellschaft Citibank N.A., New York, ist der weitere Rückgang des Dollarkurses auf 2 DM vorprogrammiert. Die USA würden sich im Laufe des Jahres wahrscheinlich für eine Diskontsatz-Senkung mit dem Risiko entscheiden, daß Deutschland und Japan nicht nachziehen, so Vorstandssprecher Friedrich W. Menzel.

Mit einer früheren „Fehleinschätzung" des Marktes begründet die Citibank ihre Entscheidung, die Ausweitung des Firmenkundengeschäfts auf mittelgroße Unternehmen nicht auszuweiten und die eigens dafür eingerichteten Filialen in Hannover, Köln, Mannheim und Nürnberg (insgesamt 34 Mitarbeiter) wieder zu schließen. Die Ertragslage gab dazu freilich keinen Anlaß: Die AG hat ihre Gewinne 1985 – ausschließlich im nicht zinsabhängigen Geschäft – um 24 Prozent auf 79 (63) Mill. DM erhöht.

Erfolgreiche Fachhändler-Kooperation

expert-Gruppe profitiert von neuen Produkten für die Unterhaltungselektronik

dos. Hannover

Die expert Bild + Ton Handelsgemeinschaft mbH & Co KG, Langenhagen, eine der führenden Einkaufsgemeinschaften mit 267 (264) angeschlossenen Fachhändlern der Bereiche Rundfunk, Fernsehen und Elektro, hat im Geschäftsjahr 1985/86 (31. 3.) ihre Stellung festigen können. Geschäftsführer Heinz Heer bezieht sich mit dieser Aussage vor allem auf die Ergebnissituation. Mit einer Gesamt-Bonusausschüttung an die Gesellschafter von 52,8 (49,6) Mill. DM, der 9,5 Prozent des Handelsumsatzes entspricht, liege die Gruppe im Spitzenfeld der deutschen Kooperationen.

Obwohl der Verdrängungswettbewerb in der Branche anhielt, erzielten die expert-Händler im Berichtsjahr einen Umsatzzuwachs von vier Prozent auf 1,1 Mrd. DM. Der interne, zentralregulierte Umsatz der expert-Zentrale nahm gleichzeitig um 4,2 Prozent auf 625 (600) Mill. DM zu. Am Gesamtgeschäft war der Bereich der sogenannten Braunen Ware mit gut 70 (73,2) Prozent beteiligt, wobei die einzelnen Prduktgruppen sich sehr unterschiedlich entwickelten. Im Fernsehgeräte-Geschäft brachte die Hinführung neuer „Square"-Bildröhren mit flachem Bildschirm und zusätzlicher Ausstattung um drei Prozent bessere Durchschnittspreise, während der Preisdruck bei Color-Portables noch zunahm.

Enttäuscht zeigte sich Heer vom Videobereich. Dort ergaben sich um 6,3 Prozent geringere Durchschnittserlöse. Dagegen habe die Einführung des 8-mm-Systems den Camcordern endgültig zum Durchbruch verholfen. Die Stückzahlen, so Heer, dürften Ende der 80er Jahre rund 500 000 Geräte erreichen gegenüber derzeit 80 000 Stück. Auch das Videocassettengeschäft gewinne an Bedeutung, wenngleich die Handelsspannen von unter zehn Prozent nicht kostendekkend seien. Nahezu verdoppelt hat sich auch bei expert der Umsatz mit CD-Plattenspielern, deren Anteil am HiFi-Umsatz jetzt bei über zwölf Prozent liegt. Im Computerbereich habe der schnelle Sortimentswechsel viele Händler zum Ausstieg aus diesem Geschäft veranlaßt.

Im Weiße-Ware-Bereich (Umsatz 114 Mill. DM) kennzeichnet die „boomartige Entwicklung" mit Mikrowellengeräten das Herdgeschäft. Bei den Produktgruppen Wäschepflege, Bodenpflege und Licht/Leuchten wurden die Anteile gehalten, bei Kühlgeräten stieg der Umsatz um sechs Prozent.

Zuversichtlich beurteilt Heer die Entwicklung im laufenden Jahr. Erwartet wird ein Umsatzplus von fünf Prozent gegenüber zwei bis drei Prozent in der Branche. In den Monaten April/Mai sei der Umsatz um 15 Prozent gestiegen, eine Folge vorgezogener TV-Geräte-Käufe anläßlich der Fußball-Weltmeisterschaft.

Adriatische Strände um Stunden nähergerückt

Die Tauern-Route wird heute zur „Alpen-Adria-Autobahn" verlängert – Bis auf wenige Kilometer ist die Nord-Süd-Verbindung geschlossen

Tarviso, Grenzstation zwischen Österreich und Italien, ein paar Kilometer südlich von Villach: Für den Sommerurlauber aus dem Norden war der Name meist gleichbedeutend mit langen Warteschlangen vor den Zollstationen, zumeist auch noch bei brütender Hitze. Doch rechtzeitig zur diesjährigen Sommer-Hauptreisezeit werden diese lästigen Aufenthalte der Vergangenheit angehören.

Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky und sein italienischer Kollege durchschneiden heute nachmittag ein Band, das den Weg freigibt für eine neue Autobahn und eine großzügig geplante Zollabfertigungsstation. Denn: Auf österreichischer Seite wird die Tauern-Autobahn um knapp 30 Kilometer verlängert und mit einem 42 Kilometer langen Autobahnstück verbunden zu einer neuen Schnellstraße, die den Namen „Alpen-Adria-Autobahn" erhält.

Was auf den ersten Blick eher wie ein regionales Ereignis erscheinen mag, ist tatsächlich aber von weitreichender Bedeutung für das europäische Schnellstraßennetz und hat erhebliche Auswirkungen sowohl für Ferienreisende wie auch für Handeltreibende.

Teil eines umfangreichen europäischen Wegenetzes

Denn ab heute nachmittag existiert neben der in diesem Sommer von umfangreichen Baumaßnahmen beeinträchtigten Brenner-Route eine weitere Autobahnverbindung, die von Hamburg bis Palermo durchgehend befahrbar ist.

Der Korrektheit halber sei erwähnt, daß diese Aussage insofern eine kleine Übertreibung ist, als zum heutigen Datum die Nordumgehung der bekannten Badestadt Villach in Kärnten noch nicht vollendet ist. Laster und Personenwagen also noch weitere zwei Jahre gezwungen sein werden, hier für zehn Kilometer auf eine Bundesstraße auszuweichen.

Doch diese Lücke ist für den eiligen Reisenden kaum noch eine Beeinträchtigung im Vergleich zu den oft stundenlangen Verzögerungen, die er bisher auf den fehlenden Autobahnkilometern zwischen Spittal und österreichischer Landesgrenze sowie im engen und kurvenreichen Kanaltal auf italienischer Seite hinnehmen mußte.

Die Strecke ist ein Teil des Trans European Motorway-Projektes, dessen Nord-Süd-Achse mit zahlreichen Abzweigungen über insgesamt 10 000 Kilometern die Ostsee mit dem östlichen Mittelmeer, dem Schwarzen Meer und dem Mittleren Osten verbinden wird.

Die Strecke von Villach über Tarviso und Udine ist dabei die westliche Abzweigung zur Adria, die als Handelszentrum in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat und die an Bedeutung noch mehr gewinnen wird, wenn der Ostblock freiwillig oder von ökonomischen Fakten gezwungen seinen Handel mit dem Westen verstärkt.

Nach Angaben des ADAC (München) gehört die Tauern-Autobahn zu den attraktivsten Ferienrouten. Sie wurde im vergangenen Jahr von mehr als 3,6 Millionen Personenwagen benutzt, wobei 60 Prozent davon in den klassischen Urlaubsmonaten Juni bis September gezählt wurden. Der absolute Rekordtag von 1985 war der 17. August mit über 37 000 Autos.

Schon seit vielen Jahrzehnten wurden in Österreich wie in Italien Pläne entworfen, die noch bestehenden Engpässe auf dieser Ferienlinie zu beseitigen. Die Straßenbau-Ingenieure stießen dabei besonders im südlichen Teil auf schier unlösbare Schwierigkeiten:

Zum einen zählt das Gebiet zu den erdbebengefährdeten Bereichen, zum anderen war das als Trasse allein verfügbare enge Tal bereits mit einer Eisenbahn und einer verkehrsreichen Straße belastet.

Teure Trassenführung durch das Hochgebirge

Mit speziellen Bautechniken, die Schäden durch Erdbeben verhindern, wurde das erste Problem gemeistert. Die zweite Schwierigkeit wurde durch eine aufwendige und kostenspielige Trassenführung behoben:

Die 42 Kilometer von Chiusaforte bis zur Grenze führen meistens durch die Berge oder übers Tal. Es sind genau zwölf Tunnels mit einer Gesamtlänge von 16 Kilometern und 24 Brücken, die insgesamt zehn Kilometer messen.

Auf österreichischer Seite sind die größten Hindernisse der Tauern-Autobahn eigentlich schon überwunden, seit vor Jahren der Tauern- und der Katschberg-Tunnel eröffnet wurden und kurz hinter Salzburg die tunnelreiche Strecke bis Radstadt befahrbar ist. Nun blieben nur noch die knapp 40 Kilometer von Spittal über Villach bis zur Grenze bei Tarviso. Für diese Strecke, die zum größten Teil durch das Drautal führt, wo der Ferien- wie der Schwerlastverkehr sich über die an vielen Tagen völlig überlastete Bundesstraße 100 quälen mußte, lagen Projektpläne aus den Jahren 1940 und 1965 vor.

Als die Tauernautobahn AG in den 70er Jahren das Projekt realisieren wollte, mußte sie neben geologischen, architektonischen, statischen und finanziellen Gegebenheiten einen weiteren Punkt in ihre Überlegungen einbeziehen: das wachsende Umweltbewußtsein der Bürger. Man mußte die Ansprüche der Anrainer und der Touristen, der Wirtschaft und der Umweltschützer in das Gesamtkonzept integrieren, meint Tauernautobahn-Chef Karl Just.

Sechs verschiedene Trassenvarianten wurden erarbeitet, ein Landschaftsarchitekt und ein Fachmann für Lärmschutz wurden frühzeitig in die Planungen einbezogen, die möglichen Trassen wurden mit den Gemeindevorstehern besprochen und begangen.

Das Ergebnis war verblüffend: Von den früheren Planungen blieben nur noch die Anfangs- und die Endpunkte, die Trasse aber wurde auf die andere Uferseite verlegt und so in die Landschaft eingepaßt, daß siedlungsnahe Gebiete kaum berührt und hochwertige Landwirtschaftsflächen kaum tangiert werden sowie die Autobahn nur auf wenigen kurzen Strecken vom Tal aus zu sehen ist. Diplomkaufmann Karl Just: „Wir können deshalb wirklich von einer Autobahn im Grünen sprechen."

Auch bei den bereits fertiggestellten Streckenteilen zwischen Spittal und Salzburg wird weiterhin in den Umweltschutz investiert. So läßt die Tauernautobahn zur Zeit in Zusammenarbeit mit der Universität Salzburg erforschen, wie sich die Tunnelemissionen, die teils durch die Tunnelportale, teils durch eigene Ablaufschächte entweichen, auf die Flora der Umgebung auswirken.

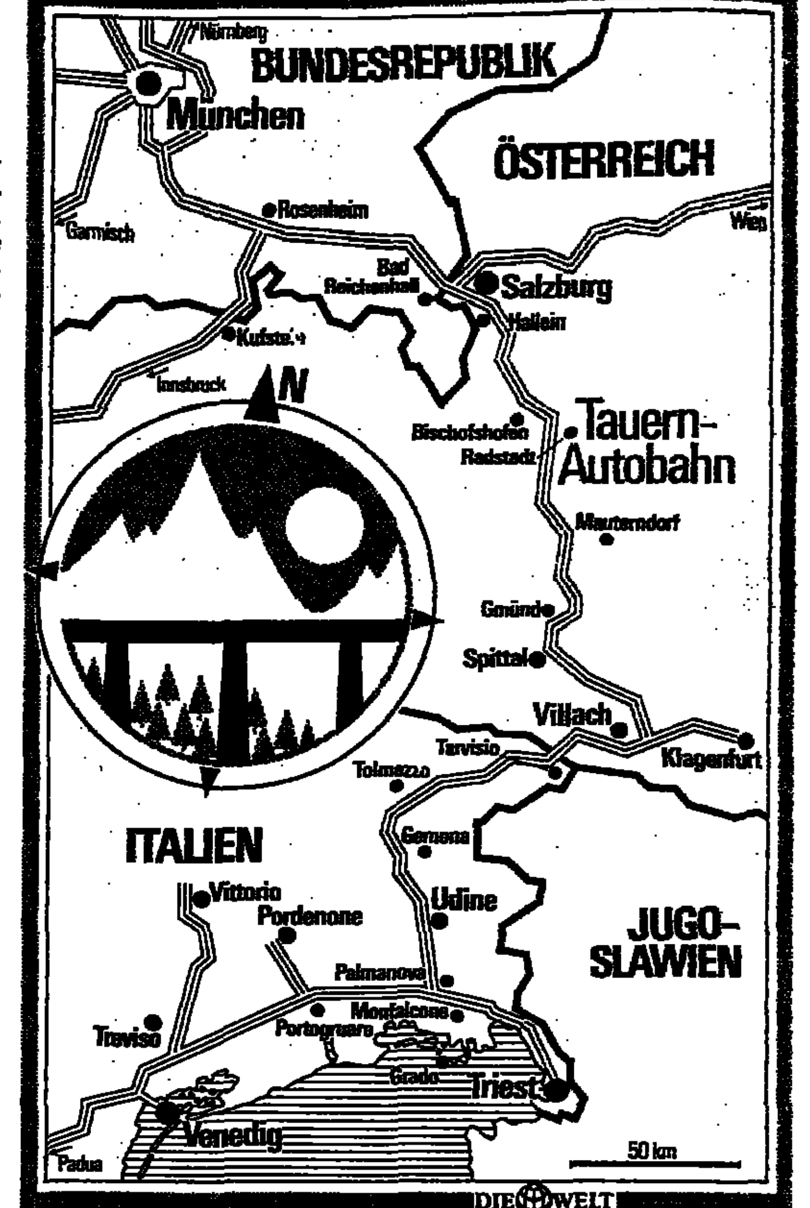
Und mit erheblichem Finanzaufwand wurde eine Entsorgungsanlage installiert, um die bei den Tunnelreinigungen anfallenden Abwässer, die früher ungehindert in die nahen Bäche flossen, in Absetzbecken zu klären und zu säubern.

Derartige nachträgliche Einbauten sind technisch aufwendig und deshalb teuer. „Bei der Drautal-Strecke, die wir jetzt eröffnen", sagt Karl Just, „konnten wir das allgemein entwikkelte Umweltbewußtsein bereits einplanen und technisch umsetzen."

Straßenbau und Technik als Teil der Kultur

Der Diplomkaufmann Just ist deshalb überzeugt, daß hier eine Autobahn entstanden ist, die den Touristen und der Wirtschaft eine leistungsfähige Verbindung zu ihrem Fahrtziel ist, die aber zugleich die bei Fernverkehrsstraßen unvermeidbaren Belästigungen der Umgebung in minimalen Grenzen hält. Karl Just: „Sie ist für mich der Beweis, daß Straßenbau und Technik auch ein Teil unserer Kultur sind."

PETER SCHMALZ



Ergänzt das europäische Fernstraßennetz: Die neue Autobahn



Wo Leonardo sich inspirieren ließ

Provinz Friaul Julisch-Venetien: Folgen des Erdbebens wurden schnell überwunden

Es ist ein Landstrich, den die meisten Italienreisenden nur vom Hörensagen kennen und an dem viele achtlos vorbeifahren: Die Provinz Friaul Julisch-Venetien. Das autonome Gebiet im äußersten Nordosten der Apenninen-Halbinsel, das einen Sonderstatus innerhalb des italienischen Staatsverbandes erhielt, ist auch heute noch überwiegend von Slawen besiedelt.

Vor zehn Jahren wurde die Provinz von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht. Doch Spuren des Desasters sind heute kaum noch auszumachen. Im Gegensatz zu Sizilien, wo nach einem ähnlich schweren Unglück die Evakuierten noch immer in Behelfsunterkünften hausen, sind in der Provinz Friaul die Zerstörungen beseitigt und die Häuser fast alle wiederaufgebaut worden.

Am schwersten betroffen wurde damals die kleine Stadt Gemona am Südausgang der Alpen. Fast alle Wohnhäuser in der Altstadt versanken in Schutt und Asche, darunter auch die alte Burg. Von Zerstörungen ist heute kaum noch etwas zu sehen. Nur die Trümmer dss Hospitals künden noch heute von der Katastrophe, ebenso die Mauerreste der alten Burg. Die Provinz Friaul ist einer der letzten Landstriche Italiens, die bis heute vom Tourismus unberührt geblieben ist. Das wird sich freilich mit der Fertigstellung der neuen Autobahn bald ändern.

Doch auch diese Errungenschaft hat ihren Preis. Durch das enge Tal des Canale, beiderseits gesäumt von den 3000 Meter hohen Gipfel der Julischen Alpen, die auch noch im Mai von Schnee bedeckt sind, sind überall die Betonröhren sichtbar, verbunden von hohen Stelzen, die Fahrbahnen tragen. Die Unberührtheit dieser Landschaft ist leider dahin.

Nach Gemona beginnt die Ebene von Friaul, eine fruchtbare, grüne Landschaft, unterbrochen immer wieder von kleinen Ortschaften und Dörfern. Hier wächst seit der Antike ein vorzüglicher Wein, der noch heute von Kennern Italiens als der beste des Landes gepriesen wird. Die Italiener, gewiß ein Volk von Lebenskünstlern und Genießern, ziehen es denn auch vor, den größten Teil des Weins selbst zu konsumieren. Nur ein kleiner Teil der Ernte wird exportiert. Die Weine Friauls sind auch im Gegensatz zu anderen Regionen Italiens nie wegen Panscherei ins Gerede gekommen.

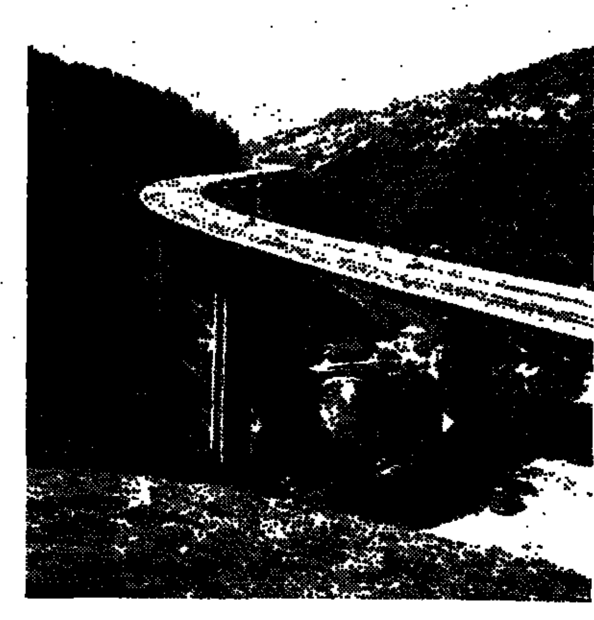
Inmitten der Ebene zwischen Alpen und Adria liegt die Provinzhauptstadt Udine. Die Altstadt blieb trotz der schweren Kämpfe, die hier in der Umgebung während der beiden Weltkriege tobten, unzerstört erhalten. Das Bild bestimmen malerische Palazzi aus der Zeit, als Venedig die Provinz beherrschte, und hin und wieder Bauten, die an Udines österreichisch-ungarische Vergangenheit erinnern. Die engen Straßen, immer wieder unterbrochen von großen Plätzen, können den Verkehr kaum noch bewältigen.

Nur wenige Kilometer westlich von Udine liegt das Städtchen San Daniele. Hier entstehen die Schinken, die in einem mehrmonatigen Reifeprozeß zu Delikatessen reifen. 130 000 dieser Köstlichkeiten, die im Durchschnitt neun Kilogramm schwer sind und umgerechnet 250 Mark kosten, verlassen jährlich San Daniele. Dieses Produkt genießt in ganz Italien einen legendären Ruf. So werden denn auch 96 Prozent der Schinken im Lande verzehrt, der Rest wird exportiert.

Ein städtebauliches Juwel ist Palmanova, an der Straße von Udine an die Adria gelegen. Im Mittelalter legten die Venezianer diese Stadt als Festung in Form eines neunzackigen Sterns an. Alle großen Straßen laufen auf den Marktplatz zu. Die Stadt ist umgeben von einer noch heute intakten Stadtmauer. Busse und Lastwagen haben Mühe, die niedrige Stadtmauer zu passieren.

Aquileia, im zweiten vorchristlichen Jahrhundert gegründet, war in der Antike mit 300 000 Einwohnern die zweitgrößte Stadt des römischen Imperiums. Mit dem Niedergang des Weltreiches schlug auch die Stunde von Aquileia. 452 erschien Attila mit seinen Hunnen vor der Stadt und eroberte sie.

Die Bewohner konnten übers Meer fliehen und siedelten sich auf bis dahin unbewohnten Adriainseln an, wo sie schließlich Venedig gründeten. Die Eroberer zündeten Aquileia an. Attila ließ sich auf einen Hügel tragen und beobachtete vier Tage lang, wie die einstige Metropole in Schutt und Asche sank.


Auf riesigen Betonstelzen zieht sich die neue Autobahn durch enge Alpentäler
FOTO: PETER SCHMALZ

Aquileia hat sich von diesem Schlag nie wieder erholt. Es ist heute ein Dorf. Von der einstigen Bedeutung kündet heute nur noch die riesige Basilika aus frühchristlicher Zeit, in der lange der Patriarch residierte. In dem riesigen Gotteshaus befindet sich ein Mosaikfußboden, der die Stürme der Zeit fast unzerstört überdauerte.

In den Marktflecken sind noch Reste des einstigen Hafens zu erkennen, der damals Aquileia über einen Flußkanal mit den Häfen des Mittelmeers verband. Die Zeugen aus der großen antiken Vergangenheit befinden sich im Archäologischen Museum: Säulen, Statuen, Sarkophage, Büsten und vor allem die Reste von großartigen Mosaiken mit bezaubernden Mustern, deren Farben leuchten, als seien sie erst kürzlich angefertigt worden.

Ein alter Zankapfel zwischen Italienern, Slowenen und Österreichern war jahrhundertelang Görz. Die Stadt am Ufer des Isonzo wurde 400 Jahre lang von den Grafen von Görz beherrscht, deren Burg noch immer die Altstadt überragt. Nach dem Aussterben des Geschlechts erbte das Haus Habsburg die Herrschaft über die Grafschaft, deren Gebiet damals noch weit in das heutige Slowenien hineinreichte.

Görz war schon immer ein strategisch wichtiges Gebiet. Die Bewohner waren so kosmopolitisch wie die untergegangene Doppelmonarchie. Hier lebten Slowenen, Ungarn, Kroaten und deutschsprechende Österreicher friedlich nebeneinander. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Görz italienisch gegen den erbitterten Widerstand der neugegründeten Republik Jugoslawien, lebten doch in dem Gebiet überwiegend Slowenen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Grenze noch einmal neu gezogen. Die östlichen Gebiete von Görz wurden Teil der jugoslawischen Region Slowenien. Heute verläuft die Grenze direkt neben der Altstadt. An der anderen Seite des Isonzo erheben sich unübersehbar die Hochhäuser des slowenischen Nowa-Goriza.

Der italienische Teil von Görz ist mit knapp 150 000 Einwohnern eine der kleinsten italienischen Provinzen. Es ist eine liebliche Hügellandschaft durchflossen vom Isonzo, dessen Ufer nie befestigt oder begradigt wurde. Es ist nach wie vor eine unberührte Flußlandschaft mit kristallklarem Wasser, aus dem Forellen gefischt werden.

Von der lieblichen Landschaft der Ebene von Friaul war schon Leonardo da Vinci begeistert. Er war davon so angetan, daß er sie als Hintergrund für seine „Mona Lisa" malte.

Während des Ersten Weltkriegs gelangte der Isonzo freilich zu trauriger Berühmtheit. Hier standen sich monatelang die Armee von Italien und Österreich-Ungarn gegenüber. Tausende fielen.

Auf italienischer Seite erlebte der junge Ernest Hemmingway als Sanitätsgefreiter die schweren Kämpfe, bei denen er verwundet wurde. Er hat seine Erlebnisse aus dieser Zeit später in seinem Buch „In einem anderen Land" beschrieben.

Auf dem Berg San Michele südlich von Görz haben die Italiener eine riesige Gedenkstätte für die Gefallenen beider Seiten errichtet. Hier ruhen auch 14 000 Österreicher und Ungarn, von denen die meisten nicht identifiziert werden konnten.

Auf einem Gedenkstein ist zu lesen: „Sie konnten durch die Barmherzigkeit des siegreichen Italiens beigesetzt werden".

KLAUS BODEN

Grußworte der Regierungschefs der vier Bundesländer und Regionen in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in Italien anläßlich der feierlichen Eröffnung der neuen „Alpen-Adria-Autobahn".

Erfolg der Ingenieurkunst

Die Fertigstellung des letzten Teilstücks der Autobahn München–Triest ist ein bedeutender Erfolg österreichischer und italienischer Ingenieurkunst, zu dem ich beiden Ländern und allen, die an seiner Verwirklichung mitgearbeitet haben, von Herzen gratuliere.



Die Länder und Regionen des Alpen-Adria-Raumes sehen in der neuen Nord-Süd-Trasse ein wichtiges Etappenziel ihrer Bemühungen erreicht, auf den Gebieten Wirtschaft, Verkehr, Kultur und Touristik noch enger zusammenzuarbeiten. Der Wert der Schnellstraße für Bayern wird schon darin deutlich, daß Italien und Österreich unter den bayerischen Außenhandelspartnern die Plätze eins und fünf einnehmen und daß Italien das zweitwichtigste Abnehmerlandbayerischer Erzeugnisse ist. Zu begrüßen ist auch die weitere Stärkung der wirtschaftlichen Bedeutung von Triest, dessen Hafen bisher schon Bayerns wichtigster Güterumschlagplatz für die Länder vom Mittelmeerraum bis zum Fernen Osten war.

Franz Josef Strauß, Ministerpräsident des Freistaats Bayern.

Eine Hürde überwunden

Die Alpen bildeten stets eine nur schwer überwindbare Hürde in den Handelsbeziehungen zwischen den Völkern Nord- und Mitteleuropas beziehungsweise Süd- und Südosteuropas. Für all diese Handelsbeziehungen boten sich von Übergängen in den Ostalpen besonders die südlich der heutigen Stadt Salzburg gelegenen an, da gerade an dieser Stelle die Alpen besonders schmal sind.

Dem Straßenbau war bis zur heutigen Zeit, als ein die Menschen verbindendes Element, ein wechselvolles Schicksal beschieden. Besonders mit dem Einsetzen der Motorisierung wurde der Ruf nach einem modernen, völkerverbindenden Straßennetz unüberhörbar. Heute haben wir im Land Salzburg nahezu 400 Pkw auf 1000 Bewohner, wir nähern uns vehement der Vollmotorisierung. Nur mit einem gut ausgebauten europäischen Autobahnnetz kann das verstärkte Verkehrsaufkommen bewältigt werden. Die heutigen Fernstraßen dienen weniger militärischen Zwecken als der Mobilität der Bewohner unseres Kontinents, dem Wirtschafts- und dem Fremdenverkehr.



Wilfried Haslauer, Landeshauptmann von Salzburg.

Offenes Tor zum Süden

Kärnten ist als Tor zum Süden für den europäischen Fernverkehr eine der wichtigsten Verkehrsdrehscheiben. Dies gilt für den Güterverkehr auf den Transitrouten vom Norden zu den Adriahäfen ebenso wie für die touristischen Reiserouten in die südlichen Urlaubsgebiete an der italienischen und jugoslawischen Adria.



Wo einst ein uralter, nur unter Mühsal und Strapazen mit großem Zeitaufwand zu überwindender Weg führte, gibt es heute eine durchgehende, moderne, funktionstüchtige und wintersichere Autobahn, die völkerverbindende Funktionen erfüllt. Auch für den erholungssuchenden Touristen wird Kärnten leichter und schneller erreichbar. Unsere Freunde aus der Region Friaul-Julisch Venetien, Salzburg und Bayern sind uns gleichsam auf dieser „Nabelschnur" Schritt für Schritt, Autobahnkilometer für Autobahnkilometer, nähergerückt. Die Freigabe der letzten Autobahnkilometer bis zum Anschlußstück an der italienischen Grenze darf als ein Musterbeispiel technischer und organisatorischer Kooperation gewürdigt werden.

Leopold Wagner, Landeshauptmann von Kärnten.

Begeisterung in Friaul

Mit großer Begeisterung begrüßt die Bevölkerung Friaul-Julisch Venetiens das denkwürdige Ereignis der Eröffnung der Autobahn Udine–Carnia–Tarvis–österreichische Grenze, da dadurch diese im östlichen Winkel Italiens gelegene Region an das mitteleuropäische Autobahnnetz angeschlossen wird, und zwar sowohl nach Norden zu, über die Strecke Villach–Salzburg–München, als auch in nordöstlicher Richtung über die Autobahnverbindung Villach–Klagenfurt–Graz–Wien.

Dank der Realisierung dieses großartigen Vorhabens wird Friaul-Julisch Venetien seinem natürlichen Hinterland näherkommen und für dessen Verkehr mit den Mittelmeerländern sowie mit den Märkten jenseits des Suezkanals der nächstgelegene Umschlagplatz sein. Dieser neue Verkehrsweg ermöglicht engere Beziehungen zwischen der Region Friaul-Julisch Venetien und den an den Ostalpen beziehungsweise nördlich davon gelegenen Ländern – in erster Linie dem benachbarten Kärnten.



Aus diesem Grund haben wir die neue Verbindung als „Alpen–Adria-Autobahn" bezeichnet, in Anerkennung und Würdigung der fruchtbaren Zusammenarbeit, die sich zwischen den zehn Landesregierungen in diesem Teil Europas entwickelt hat.

Adriano Biasutti, Präsident der autonomen Region Friaul-Julisch Venetien.

Einst mußten 20 Pferde die Wagen über steile Strecken ziehen

Die eisigen Gipfel und die tiefen Schluchten des mächtigen Gebirgsmassivs zwischen der ungarischen Tiefebene und der französischen Riviera waren auch in vergangenen Zeiten kein unüberwindliches Hindernis. Ob es Goethe war in der holpernden Reisekutsche vor genau 200 Jahren oder der karthagische Feldherr Hannibal mit seinen plumpen Kampfelefanten zwei Jahrtausende früher – ein Pfad oder Weg wurde immer gefunden.

Schon die mittelsteinzeitlichen Jäger schlugen ihre Sommerlager bevorzugt in den alpinen Paßregionen auf. Die Münchner Privatdozentin Uta Lindgren, die als Mitarbeiterin des Instituts für Geschichte der Naturwissenschaften an der Münchner Universität kürzlich die erste umfassende Arbeit zum Reiseverkehr über das höchste Gebirge Europas verfaßt hat (Uta Lindgren: Alpenübergänge von Bayern nach Italien. Herausgegeben vom Deutschen Museum, Hirmer Verlag München. 46 Mark), schreibt dazu, die Jäger hätten dort oben meist einen kleinen See oder zumindest eine Quelle gefunden, und das von ihnen bevorzugte Wild wie Steinbock und Murmeltier gut beobachten können, während drunten die Täler bewaldet und versumpft waren: „So ergab es sich von selbst, daß die Jäger einen Blick ins nächste Tal werfen konnten und auch anderen Jägern, die von dort heraufgekommen waren, begegneten."

Die Grundzüge der alpinen Verkehrsgeographie, von den Römern technisch und organisatorisch ausgebaut und bis heute gültig, entstanden in der Bronzezeit, als das Kupfer, mit Zinn zu Bronze verschmolzen, den Werkstoff ergab, aus dem Waffen, Geräte und Schmuck gegossen wurden. Zu den ertragreichsten Kupfervorkommen zählten die Erzadern bei Salzburg. Es waren noch knapp 1800 Jahre bis zur Geburt Christi – und aus dieser Zeit stammt der älteste metallene Nachweis für die Verwendung der Tauernroute: Ein Bronzeschwert, das zur Jahrhundertwende der Paßstrecke über den Radstädter Tauern gefunden wurde.

Aber erst die Römer hinterließen schriftliche Unterlagen, nachdem ihre Legionäre 15 v. Chr. die Zentralalpen und das nördliche Voralpenland erobert und eine zielstrebige Verkehrspolitik begonnen hatten. Zu den wertvollsten Überlieferungen zählt die „Tabula Peutingeriana", die mittelalterliche Kopie einer Römerkarte, die heute in der Nationalbibliothek in Wien liegt. Sie zeigt als nördlichen Endpunkt dieser Römerstraße über den Tauern die Stadt Juvavum, das heutige Salzburg, und vermerkt an der Adria die Hafenstadt Aquileia, neben der Kaiserstadt Rom das zweitwichtigste weströmische Zentrum in dieser Zeit.

Die Römerstraßen, wie ein dichtes Spinnennetz über die Alpen gelegt, waren weitgehend genormt. „In der Ebene oder in hügeligem Gelände wurde ein etwas höherer Damm aus dem gerade vorhandenen Material aufgeschüttet", schreibt Uta Lindgren. „Als Fahrbahn diente nach Möglichkeit eine dicke Kiesschicht, die – im Gegensatz zum Steinpflaster, das nur in den Städten oder in deren näherem Umkreis verlegt war und die Anwohner verstimmte, weil es so großen Lärm verursachte – ein einigermaßen komfortables Reisen gestattete."

Meilensteine gaben die Entfernung zur nächsten Tagesetappe an – auf keiner anderen europäischen Römerstraße wurden so viele dieser Markierungssäulen gefunden wie an jener über den Radstädter Tauern im Lungau –, und am Ende eines anstrengenden Tages erwartete die Reisenden eine Art antikes Motel. Ausgrabungen bei Moosham zeigen, wie diese 2000 Jahre alten Rasthäuser gebaut waren: Sie besaßen einen umfriedeten Hof für Wagen und Zugtiere und Unterkunftshäuser. In der Nähe hatten sich Schmiede und Wagenbauer angesiedelt, die schnelle Reparaturen an Wagen und Geschirr erledigten. Reiseproviant wurde ebenso angeboten wie die typischen Erzeugnisse der Gegend, darunter Felle, Käse und Honig. Sogar ein eigenes Badehaus wurde bei Moosham in 1100 Meter Höhe gebaut.

Über Jahrhunderte bleibt die Straße zwischen Salzburg und Villach die wichtigste Verbindung über die Ostalpen und wird im dritten Jahrhundert n. Chr. mit neuen Brücken und Meilensteinen versehen. Doch mit dem schwindenden Einfluß der Römer sinkt auch das Interesse an der Tauernroute und die Straße verfällt gegen Mitte des ersten Jahrtausends. Erst im Hochmittelalter gewinnt sie neue Bedeutung.

Als deutsche Kaufleute im 13. Jahrhundert schließlich regen Handel mit den Mittelmeerländern aufnahmen und in Venedig ihr Kaufhaus einrichteten, wurde die Tauernroute erneut Bindeglied zwischen dem europäischen Norden und der Adria. Nur der Brenner mit seiner geringen Paßhöhe war noch eine Konkurrenz, ansonsten war kein anderer Alpenübergang ähnlich leistungsfähig.

Nun rollten die Wagen hochbeladen von Süden nach Norden und von Nord nach Süd, sie transportierten Salz aus den Salinen von Hallein und Bad Reichenhall, Wein aus Friaul und Görz oder Eisen aus Kärnten. Die Handelsbeziehungen zu Venedig ließen die Fuhren immer wertvoller werden: Olivenöl und Baumwolle, griechischer Wein und indische Gewürze, schließlich auch Glas, Seide und Seife. Ein Begriff wurde geprägt: die Venedigerware.

Irgendwann in dieser mittelalterlichen Handelsblüte wurde die Route über den Tauern vom alten Römerweg über die Lausnitzhöhe wegverlegt hinüber zum niedrigeren Katschberg, wo zunächst nur ein Saumpfad zur Verfügung stand, an manchen Stellen kaum breiter als ein heutiger Wanderweg im Gebirge. Die Waren mußten auf Rösser umgeladen werden, ein Saumroß konnte bis zu drei Zentner tragen.

Im 16. Jahrhundert wurde auch der Saumweg am Katschberg zur Fahrstraße ausgebaut und später nochmals erweitert. Immer schwerer wurden die Lasten auf den Frachtwegen, aber noch war es mühsam, die Steigungen zu überwinden. Bis zu 20 Pferde mußten die Wagen über die steilsten Strecken ziehen.

Das neue und bequeme Reisezeitalter brach erst an, als Tunnels durch die Berge gegraben und die Pferdestärken unter die Motorenhaube gepackt wurden. Die Tauernroute, einer der ältesten Wege über die Alpen, wurde zur modernen und leistungsfähigen Schnellverbindung. Ein neues Kapitel in einer Geschichte von vielen tausend Jahren wird aufgeschlagen.

PETER SCHMALZ

Triest – gut gerüstet für ein neues Zeitalter

Die obere Adria ist seit Jahrtausenden ein Schnittpunkt des Verkehrs. Hier münden die Straßen aus dem Norden in die Seewege, die ins Mittelmeer führen und seit der Eröffnung des Suezkanals auch die weite Welt des Indischen und des Pazifischen Ozeans erschließen. Im Altertum war Aquileia zweitwichtigste Stadt nach Rom und der bedeutendste Hafen der Region. Später übernahm Venedig diese Funktion und wurde schließlich abgelöst von Triest, das der österreichische Kaiser Karl VI. im Jahr 1719 zum Freihafen und zum Tor zur Welt des k.u.k.-Reiches ernannte.

„Von Aquileia über Venedig nach Triest – das ist ein ökonomischer Dreisprung auf engem Raum und über zwei Jahrtausende", sagt Kommerzialrat Günther Granser, Münchner Repräsentant des Triester Hafens. „Das ist aber auch ein Beleg dafür, daß diese Region seit Beginn unserer Zivilisation im Herzen der europäischen Handelswege liegt."

Der Hafen liegt im nördlichsten Teil der Adria, sechs Meiler vom jugoslawischen Koper und 58 Meilen von Venedig entfernt. Im Umkreis von nur 350 Kilometern Luftlinie liegen München, Wien und Mailand, wird der Kreis 100 Kilometer weiter gezogen, umschließt er auch Zürich, Stuttgart, Nürnberg, Prag und Budapest. Die Fertigstellung der Alpen-Adria-Autobahn wird die Fahrtzeit der Straßenfrachter spürbar verkürzen und damit die Infrastruktur des Hinterlandes, die für einen Hafen von existentieller Bedeutung sein kann, erheblich verbessern.

Diese Region, die über Jahrhunderte Knotenpunkt europäischer Handelswege war, erlebt in unserer Zeit eine Renaissance, meint Kommerzialrat Granser: „Zentraleuropa orientiert sich wieder zur Adria. Immer häufiger werden wirtschaftliche Entscheidungen aufgrund dieser neuen Lage getroffen." Angesichts dieser optimistischen Worte darf aber nicht übersehen werden, daß die Mittelmeerhäfen und somit auch Triest mit den schwergewichtigen Konkurrenten an der Nordsee zu kämpfen haben. Zwar klingt ihnen der Satz des bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß wohl in den Ohren, Bayerns natürliches Hinterland seien heute „nicht die Nordseehäfen, sondern in großem Maße die Häfen Triest und Venedig", doch sie wissen auch, daß weiterhin der größte Teil der Exportgüter von und nach Bayern oder Österreich via Hamburg über die kalte Nordsee schwimmt und nicht übers warme Mittelmeer.

Allerdings haben die über Triest verschifften Frachttonnen aus der Alpenrepublik und aus dem Süden der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen, weshalb Triest mit wachsendem Selbstbewußtsein den Konkurrenzkampf aufnimmt. „Wir wissen", sagt Michele Zanetti, Präsident der Autonomen Hafenverwaltung Triest, „daß wir im Hinblick auf den scharfen Wettbewerb uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen dürfen. Wir vollziehen deshalb ein Investitionsprogramm, das die Stellung unseres Hafens in den kommenden Jahren sichern und weiter ausbauen soll."

Bereits im Bau ist die Erweiterung des Containerterminals, der dadurch in seiner Umschlagkapazität vergrößert und zu einer der modernsten Anlagen seiner Art in Europa verbessert wird. Auch ein Ro-Ro-Zentrum ist begonnen, das 70 000 Quadratmeter Anlegestellen für Großschiffe bieten soll, die gleichzeitig be- und entladen werden können.

Ende des Jahres beginnt der Bau eines neuen Multifunktionsterminals und eines teilautomatisierten Lagers, zudem wird der Holzumschlagplatz durch die Verlängerung der Mole erweitert. Sämtliche Projekte kosten über eine halbe Milliarde Mark (320 Milliarden Lire), wobei der Staat 70 Prozent, die Regionalregierung 20 und der Hafen zehn Prozent der Mittel zahlen. Hafen-Präsident Zanetti hofft, damit „gut gerüstet in eine Ära hineinzugehen, die einen neuen zusätzlichen Aufschwung für unsere Hafenaktivitäten mit sich bringen wird".

Doch nicht nur der kommerzielle Warenverkehr erhält neue Arbeitsmöglichkeiten, auch der Tourismus bekommt ein Bonbon: Im historischen Stadtzentrum von Triest entsteht ein neuer Yachthafen mit einem speziellen Flair: Die Boote legen können in unmittelbarer Nähe zu dem pulsierenden Leben der Stadtanlagen, womit die vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten von Triest den Skippern ohne mühsame Anfahrten oder Fußmärsche zur Verfügung stehen.

MANFRED WERNER

Grado – ein Hauch von Romantik

Sonne, Meer und Fischerromantik hüllen uns ein. Wir sitzen auf den rohgezimmerten Bänken vor einem Bretterverschlag, auch Mauros Küche genannt. Drinnen hantiert Aldo, der Koch, schneidet Aale und andere Fische der Lagune in kleine Stücke, wäscht sie im salzigen Meerwasser und gart sie in einer Soße aus Öl und Knoblauch. Keiner versteht die „brodetto", die Gradeser Fischsuppe, köstlicher zu bereiten als Aldo.

Ein Motorboot hat uns herübergebracht von Grado durch die Lagune, diesem Bereich zwischen Meer und Land, der über Jahrhunderte den Bewohnern Schutz bot vor den Überfällen der Goten, der Hunnen und den anderen, die mit Feuer und Schwert kamen. Kleine Sandpolster lugen aus dem Wasser, vor den Wellen ringsum geschützt durch klobige Steine aus dem Karst und obenrauf „casoni", die aus Schilf geflochtenen Lagunenhäuschen mit dem „fugher", dem offenen Kamin, der die Fische räuchert und im Winter Wärme spendet. Ein Hauch von stiller Südsee liegt über der glitzernden Wasserfläche.

Nur eine halbe Bootsstunde liegt zwischen dem verträumten Anfora, dem Inselchen von Mauros Fischlokal „Ai Ciodi", und dem quirligen Grado, wo 30 000 Hotel- und Pensionsbetten ausgebucht sind bis in den September. „Goldinsel" wird Grados weitläufige Sandbank genannt, weil im vergangenen Jahrhundert der florentinische Arzt Guiseppe Barellai herausfand, daß Grados Sand Heilkräfte besitzt. Aus dem verschlafenen Fischernest entwickelte sich ein beliebter Kur- und Ferienort der Donaumonarchie, der seit dem Ersten Weltkrieg zu Italien gehört und heute mit seinen Sandbädern, seinen Parks, seinem neuen Kongreßzentrum und seinem kilometerlangen Sandstrand eine besondere Perle unter den Ferienorten der Adria ist.

Grados Lage ist ideal für den, der gerne Badeurlaub mit Erkundungstrips verbindet: Zwar vorgelagert im Meer auf einer Insel und dennoch mitten in der historisch reichen Landschaft von Friaul Julisch-Venetien. Die zauberhaften Mosaike von Aquileia nur ein paar Autominuten entfernt, weiter östlich Triest mit dem weißen Schloß „Miramare", unweit davon Görz, die geteilte Stadt, oder Palmanova, der trutzige Festungsstern, oder Udine mit seinen alten Gassen und Plätzen.

Von Mauros Insel aus können wir nur die Turmspitze von Santa Eufemia erkennen, jener mosaikgeschmückten Basilika, zu der einst der Patriarch von Aquileia vor den anstürmenden Hunnen flüchtete. Gegen Westen tauchen schemenhaft die Hotels von Lignano aus dem Dunst der Mittagshitze. Die Lagune, die sich hinzieht über Venedig hinaus und in der man im Boot bis zur Serenissima fahren kann, ohne das Meer zu berühren, ist touristisch kaum genutzt.

Der junge Giovanni Gimona, der an Grados Flanierzone das Haus „Adria" führt und zum Sprecher der Gradeser Hoteliers gewählt wurde, hat so einige Pläne, aber die Uhren gehen sehr langsam in der Lagune. Mauro gießt zum Abschied einen Schluck Grappa ein, wie wir ihn nie zuvor gekostet haben: Seine Farbe ist grünlich und sein Geschmack mild. Er soll therapeutische Wirkung haben, zwinkert uns Mauro zu. Farbe und Geschmack hat das Getränk aus der „santonego", einem getrockneten Gras, auch „Blume der Lagune" genannt.

Nach einer geruhsamen Fahrt über die Autobahn treffen wir in München ein. Und Aldos Fischsuppe wird zu einer Erinnerung zwischen Traum und Wirklichkeit. Nur der Knoblauchduft bleibt bis weit in den nächsten Tag hinein.

P. S.

Aktien leicht erholt

Aber nach wie vor nur geringe Umsätze

DW. – Die schon gegen Schluß der Dienstagbörse zu beobachtende vorsichtige Rückkaufsneigung hat sich am Mittwoch fortgesetzt. Auf Basis der erreichten Kurse zeigten auch Ausländer wieder Anlageinteresse. Die Geschäftstätigkeit blieb jedoch gering, weil sich die Käufer nach den Kurssteigerungen wieder vom Markt fernhielten, so daß Glattstellungen gegen Schluß zu abbröckelnden Notierungen führten. Der in den letzten Tagen freundlicheren Wallstreet-Tendenz vermochte der deutsche Markt bisher nicht zu folgen.

Der Schock, den der angekündigte Verkauf von VW- und Veba-Aktien aus Bundesbesitz verursacht hat, klingt langsam wieder ab. VW-Aktien konnten sich ebenso wie Veba erholen. Zugelegt haben auch Daimler-Aktien. Hier wird allerdings sehr behutsam disponiert, weil in den nächsten Tagen für die Erwerber von Daimler-Aktien aus Flick-Besitz die halbjährige Spekulationssteuerfrist abläuft und danach der Gewinn von mehr als 200 DM je Aktie steuerfrei kassiert werden kann. Noch ist nicht übersehbar, ob sich deshalb das Angebot nennenswert erhöhen wird. Für Siemens-Aktien lagen aus dem Ausland sowohl Kauf- als auch Verkaufsaufträge vor. Interesse englischer Anleger wird für Henkel und für Springer gemeldet. Weiterhin Nachfrage nach Warenhaus-Aktien. Zurückhaltung jedoch gegenüber Horten wegen der in der Gruppe im abgelaufenen Geschäftsjahr eingetretenen hohen Verluste.

Frankfurt: Holzmann erhöhten sich um 30 DM, Varta zogen um 11 DM und Altana um 6 DM an. Bilfinger verminderten sich um 6 DM, Degussa gaben sich um 8 DM und Rheinmetall um 5 DM nach.

Düsseldorf: Balcke-Dürr befestigten sich um 9 DM, VDN wurden um 2,50 DM höher taxiert und Allianz Leben verbesserten sich um 10 DM. Hageda sanken um 7 DM, Hochtief fielen um 50 DM und Nino um 7 DM.

Hamburg: HEW konnten sich um 3 DM, Phoenix Gummi um 2 DM und Bremer Vulkan um 2,50 DM erholen. Beiersdorf wurden um 5 DM, Markt und Kühlhallen um 6 DM und Hapag Lloyd um 3 DM zurückgenommen.

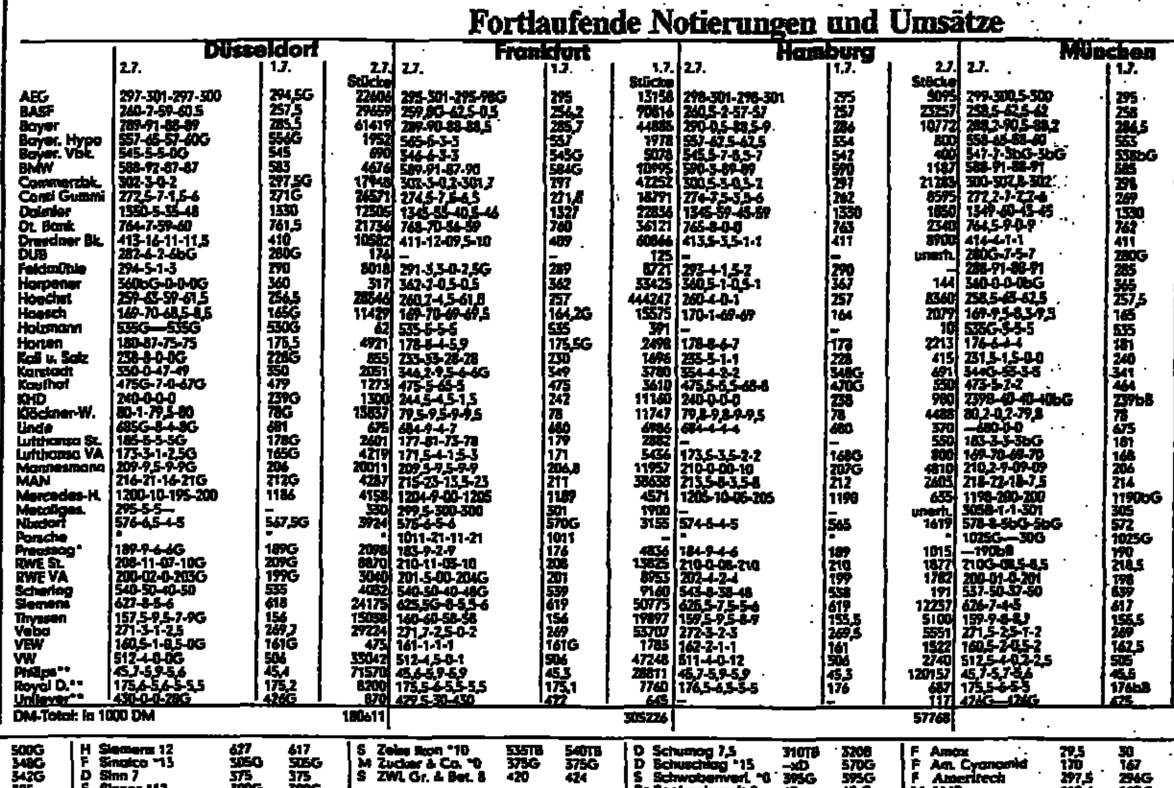
Berlin: Berliner Elektro gewannen 19,50 DM, DUB-Schultheiss 18 DM und Hypobank Berlin 16 DM. Berliner Kindl konnten 3 DM zulegen. Rheinmetall St. lagen um 5 DM leichter.

München: Aigner verbesserten sich um 3 DM, Deckel erhöhten sich um 10 DM und Dywidag um 3 DM. Audi sanken um 5 DM, Cassella gaben um 23 DM nach und Flachglas büßten 10 DM ein.

Stuttgart: Daimler lagen um 30 DM höher, Porsche konnten 23 DM hinzugewinnen und Stuttgarter Hofbräu St. wurden mit plus 24 DM umgesetzt. Traub verkehrten mit plus 5 DM.

Nachbörse: erholt

WELT-Aktienindex: 269,02 (265,04)
WELT-Umsatzindex: 3771 (3580)
Advance-decline-Zahl: 154 (62)
38-Tage-Linie: 276,17 (276,84)
200-Tage-Linie: 260,10 (267,82)



Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland

	2.7.	1.7.
H Aach M Beil. 12,5	2150	2100xD
H Aach. M. Vers. 7	1680G	1650xD
D Aach. Rück. 9	2700	2740T
D Aseag "4	370	380T
M Ack-Gögg. 6	169	169,5
H Adca 3	164	163
D Adler 9	301G	301G
F AEG 0	298,5	295
D AEG KABEL 9	405T	420G
S Aesculap 9	405TG	392
F AGAB 5	148	143
D Agrippina "0	3840	3800
M Agrob "0	178	176G
M dgl. Vz.* 0	139G	138bG
M Aigner 9	228bB	225
M Akt. Kaufb.*18+2	1120TG	1100TG

	2.7.	1.7.
F Cobk.Genußsch.	118,45	117,9
D Conc. Chem. 4,5	210	209
B Conc. Spinne * 0	530T	555T
D Conigas 8	–	340
D Conti Gummi 3	275,5	269,2
D Dahlb. St. 7,65	266	267bB
D dgl. Vz. 14,55	420	420
S Daimler 10,5	1350	1320
M Deckel AG 0	220bB	210bG
D Dt. Atl. Tel.10	800G	800G
H Doag 5	420,5	430bB
D Dt. Babcock St. 3	193	190
D dgl. Vz. 3,5	185,5	185,5
F Dt. Bank 12	768,5	757
D Dt. Centrboden 12	740	740
D Dt. Conti Rück 0	4100B	4100B
D dgl. NA 0	1000G	1010G
F Dt. Eff.+Wbt. 12	610bB	610T
F Degussa 10	430	438

	2.7.	1.7.
H HEW 5	129,1	125,2
H Hdl. Lüb. 9	565	570G
Hn Hann. Papier 6	220	222
H Hanmetorf 0	59r8	–
D Harpener 11	360,4	364
F Hartm. & B.St. 4	–	2000
F dgl. Vz. 4	1370	1360
M Hasen-Bräu 9	920	940TG
S Heidelb. Zem. 7	620	635G
M Hellt & W. 5	272,5G	272,5G
D Hein, Lehm. "0	310T	320G
D Heinr. Ind. "14+4	680	680G
D Henkel 3	416	410
F Henninger 2	164,5	164,8
B Herlitz 7	168	166bG
B dgl. Vz. 7,8	156,5	155
B Hermes 7	820T	790G
S Hesser "14,5	560G	560G
D Hindr. Aufl. "7	215G	215G
D Hochtief 10+2	950	1000

	2.7.	1.7.
F Mainkraft "15	500G	500G
F MAB 7,5	348G	348G
F dgl. Vz. 6,5	342G	342G
D Mannesmann 4	209	205
F Mannh. Vers. 8	855	875
H Markt & K. 8	212	218
F MAN St. 2	220	210,8
F dgl. Vz. 6	190	183,5
F MAN-Rol. 20,2	570T	580
F Masa	388	385
S M.Mull.Weing. "0	300G	300
D Maurer 0	87,5G	87,5
F Mercedes 10,5	1207	1191
F Metallges. 6	300	298
S Met. u. Lack 0	122bG	120TB
S Müag 6,5	440G	440G
F Moenus 0	88	88,5
F Monachia 5	2380G	2580G
Hn Mühl. Rüh. 3	132,5G	131,5G
M Mü. Rück. Inhab. 9	2875	2925

Rentenoptionen

Frankfurt: 2. 7. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): JAN87-108/1,5B; 110/0,50B; JUL87-108/2B; 7 1/2 Bund 83 III (91): JAN87-108/1G; JUL87-108/1,5G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-112/1,5G; JUL87-112/2G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-114/1,3G; JUL87-114/1,8G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-108/1,5G; JUL87-108/2,5G; 8 Bund 85 (95): JAN87-110/1,7G; JUL87-110/2,5B; 8 1/4 Bund 85 V (95): JAN87-112/1,3G; JUL87-112/2,2G; 7 1/2 Bund 84 (94): JAN87-108/2,2G; JUL87-108/3G; 7 Bund 86 I (96): JAN87-106/1,8G; JUL87-106/3G; 7 1/4 Bund 86 II (96): JAN87-106/3G; 108/1,7G; JUL87-106/4G; 108/2,25G; 6 3/4 Bund 86 (96): JAN87-106/1,5G; JUL87-106/2,5G; 6 1/2 Bund 86 (96): JAN87-104/2,2G; JUL87-104/2,8G; 7 1/8 Bahn 86 (96): JAN87-104/2,5G; JUL87-104/3,5G; 7 Post 86 (97): JAN87-106/1,5G; JUL87-106/2,5G.

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I(90): JAN87-110/3G; JUL87-110/3,5G; 7 1/2 Bund 83 III (91): JAN87-110/3G; JUL87-110/3,5G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-114/3,5G; JUL87-114/4,5G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-114/3B; JUL87-114/3,5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-110/3G; JUL87-110/3,5G; 8 Bund 85 (95): JAN87-112/3G; JUL87-112/4G; 8 1/4 Bund 85 V (95): JAN87-114/3,5G; JUL87-114/4G; 7 1/2 Bund 84 (94): JAN87-110/2,5G; JUL87-110/2,5G; 7 Bund 86 I (96): JAN87-108/3G; JUL87-108/3G; 7 1/4 Bund 86 II (96): JAN87-110/3,5G; JUL87-110/3,5G; 6 3/4 Bund 86 (96): JAN87-108/3G; JUL87-108/5G; 6 1/2 Bund 86 (96): JAN87-106/2,5G; JUL87-106/2,5G; 7 1/8 Bahn 86 (96): JAN87-106/2,5G; JUL87-106/3G; 7 Post 86 (97): JAN87-108/3,5G; JUL87-108/4G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 780G, Kölitzer 1950B, VAB 2650T. Düsseldorf: IKB 272, IWK 265T, KSB St. 185T, KSB Vz. 155T, Lehnkering 230G, VEW 156. Frankfurt: Adt 68,5, Bay. Hypo 558, Contigummi 270, IKB 265, IWK 258, KSB St. 190T, KSB Vz. 157T, Magdeburger Feuer NA 680G, Magdeburger Feuer 1400B, Pfaff 250G, VEW 154, Ymos 162,1. Hamburg: Doag 411G. München: IKB 275G, Stumpf 138, VAB 2600B, VEW 152bG, Wanderer 675TB.

Bezugsrechte: Frankfurt: Ball 1,1, Bay. Hypo 0,3, Hamburg: Maihak 71B.

Devisenmärkte

Trotz eines anhaltend schwachen Sentiments für den US-Dollar behauptete er sich am 2. Juli mit einem Kursband von 2,18 bis 2,19 geringfügig über seinem Vortagsniveau. Die amtliche Notiz stellte sich auf 2,1855, ohne daß ein Eingreifen der Bundesbank beobachtet wurde. Das Handelsgeschehen verlief wiederum in ruhigen Bahnen. Parallel zu der wenig veränderten Dollarbasis hielten sich auch die Kursausschläge der übrigen amtlich notierten Währungen in engen Grenzen und überschritten in keinem Fall 2 Promille. Die Schwedische Krone notierte mit 30,80 erneut mit einem neuen absoluten Tiefststand. Bei den nicht amtlich notierten Währungen fällt besonders die Schwäche des Austral-Dollars auf, der gegen D-Mark nur noch mit 1,4050 bezahlt wurde. US-Dollar in: Amsterdam 2,46; Brüssel 44,66; Paris 6,97; Mailand 1500,00, Wien 15,388; Zürich 1,7825; Ir. Pfund/DM 3,024; Pfund/Dollar 1,5411; Pfund/DM 3,368.

Devisen und Sorten

2.7.1986	Diskontsatz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	4,50	2,1815	2,1895	2,1782	2,13	2,23
London[2]	10,0	3,361	3,375	3,324	3,30	3,45
Dublin[2]	16,5	3,017	3,031	2,994	2,94	3,09
Montreal[1]	8,84	1,5795	1,5875	1,5705	1,54	1,64
Amsterd.	5,00	88,67	88,89	88,42	88,05	89,80
Zürich	4,00	122,52	122,72	122,31	121,25	124,00
Brüssel	8,00	4,878	4,898	4,857	4,75	4,95
Paris	9,50	31,25	31,41	31,105	30,40	32,15
Kopenh.	7,00	26,885	27,005	26,68	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,20	29,32	28,565	28,75	30,50
Stockh.	8,00	30,72	30,88	30,40	30,25	32,00
Mailand[3]**	12,0	1,4525	1,4625	1,4305	1,40	1,50
Wien	4,00	14,201	14,241	14,202	14,10	14,52
Madrid	8,00	1,564	1,574	1,522	1,53	1,63
Lissabon**	19,0	1,459	1,479	1,421	1,20	1,75
Tokio	3,50	1,336	1,339	–	1,295	1,355
Helsinki	8,50	43,85	43,93	42,245	42,25	44,25
La Valetta*	–	–	–	–	5,25	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,15	4,85
Athen* **	20,5	1,5305	1,5845	–	1,60	1,90
Ankara*	–	–	–	–	0,26	0,45
Sydney*	–	1,4005	1,4195	–	1,35	1,48
Johannbg.*	12,0	0,843	0,877	–	0,65	0,90
Hongkong *	–	27,84	28,12	–	26,00	32,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Öffentliche Langläufer schwächer

Am Rentenmarkt war die Stimmung besser, als dies in der Kursbildung zum Ausdruck kommt. Die Notierungen der öffentlichen Langläufer, die vorbörslich noch gut behauptet waren, gaben um knapp 0,25 Punkt nach. Von der bevorstehenden Zentralbankratssitzung werden keine einschneidenden Beschlüsse erwartet. Nach Meinung der Rentenhändler wird die Bundesbank dem amerikanischen Druck widerstehen und von sich aus nichts in Richtung Zinssenkung unternehmen, aber in dieser Situation die Lage auch nicht unnötig verschärfen. Etwas freundlicher tendierte der Pfandbriefmarkt.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	2.7.	1.7.
8 Afr. Entwbk. 79/87	101,6T	101,6G
10 dgl. 82/89	109,5G	109,55
8 dgl. 84/91	105,5	105,75G
9 Air Canada 82/92	110,5	111G
7¾ dgl. 85/93	105,1	105,1
9½ Akzo 82/89	107,5	106T
7¾ Allied Chem. 84/94	103,35	103,25G
8¾ AMCA Ltd. 83/91	103,75T	103,25T

8¾ E.D.F. 82/92	106,75	106,5G
8¼ dgl. 83/93	108	108,3
7 Elektrobras 77/87	99G	99bG
7 dgl. 79/87	100,1G	100,15
5¾ ELF Aquit. 78/88	102	102
6¾ Emhart Corp. 86/95	102,75	102,65
6¾ Ericsson LM 72/87	104,5T	103,5T
6¼ Escom 72/87	97,25G	98G
7 dgl. 73/88	101	100,5T
9¼ dgl. 80/87	101T	100,25T
9¼ dgl. 82/90	101	100,35
8½ dgl. 83/98	98,95bB	98,5bG
8 dgl. 84/92	94,5	93,5
8¼ dgl. 84/92	94,9	95,75
7¾ Essel 73/88	101,25T	101T

7¾ Exp.Bk.Korea 85/90	105	105
10½ Ferrovie 82/87	104	104
8¾ dgl. 83/88	104,75	104,85G
8 dgl. 84/91	106,65G	106,65
8 Fin. I. Bk. 71/86	100,15G	100,15
7 dgl. 72/87	102T	101T
8½ dgl. 80/90	ausg.	102,15G
10 Finn. Komm. 82/92	109	109G
7 Finnland 72/87	103,5T	105T
10½ dgl. 81/86	101G	101
9¾ dgl. 82/89	109,25	109,25

8 dgl. 83/90	108,25	108
7 dgl. 84/92	102G	102G
7 dgl. 85/95	102,2	102,35
7 Montreal 69/89	105,55	105,55G
6 dgl. 72/92	100,85	101
6¾ dgl. 75/95	104,5T	104T
7 dgl. 77/87	101,5bG	101,25
7¾ Mount Isa 83/90	104,5T	104,85T
7¾ dgl. 84/92	105,9G	105,9
11 Nac.Financ 82/90	104,5bG	104,35
8 Nederl. Gas 79/86	100,85T	100,85T

6¾ Stand.Chart.78/88	101,45G	101,45
6 Statoil 78/88	100,8	100,6
6¾ dgl. 79/89	100,9G	100,9G
7¾ Sterling Dr.84/94	105,6	105,25bG
7¾ Südafrika 71/86	99,6T	99,6T
7 dgl. 72/87	98,5T	98,65T
9 dgl. 80/87	99	98,5T
8½ dgl. 83/91	97,5	96
7¾ dgl. 84/92	94	93,75bG
8 Sumitomo 85/91	106,75T	106,75T
6¾ Sveriginvbk 72/87	100,5bG	100,6
7 dgl. 73/88	104,9	105G

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

5¾ Tauernaut. 78/95	98,5G	99
9¾ dgl. 82/94	115,5T	115,5T
6 TVO-Kraftw. 78/88	100G	100G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Silber aus dem Markt. Fester notierte Kupfer. Kräftig zulegen konnte Kaffee, während Kakao bruchteilig schwächer schloß.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	1.7.	30.6.
Juli	246,50	251,50
Sept.	240,35	245,50
Dez.	245,35	251,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St L 1 CW	243,73	245,23
Am. Durum	241,51	243,01

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Juli		99,50
Okt.	geschl.	103,30
Dez.		105,30

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Juli		82,10
Okt.	geschl.	76,10
Dez.		75,70

HAFER Chicago (c/bush)

Juli	98,00	97,00
Sept.	103,50	104,00
Dez.	109,50	111,50

MAIS Chicago (c/bush)

Juli	207,50	217,50
Sept.	181,25	183,75
Dez.	180,75	182,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Juli		103,50
Okt.	geschl.	84,60
Dez.		84,20

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	1.7.	30.6.
Juli	169,00	166,50
Sept.	171,60	169,19

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

	1.7.	30.6.
	25,50	26,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

	17,50	17,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Juli	16,12	16,18
Aug.	16,31	16,36
Sept.	16,45	16,50
Okt.	16,50	16,53
Dez.	16,91	16,95
Jan.	17,00	17,00
März	17,40	17,35

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk.

	16,50	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	13,00	13,00
Choise white hog 4 % fr. F.	8,75	8,75

TALG New York (c/lb)

top white	9,50	9,50
fancy	9,00	9,00
bleichf.	8,75	8,75
yellow max. 10% fr.F	7,50	7,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juli	58,40	58,55
Aug.	56,40	56,15
Okt.	50,55	50,20

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Juli	85,30	83,70
Aug.	82,20	80,40
Febr.	69,20	69,70

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

New Yorker Metallbörse

Westd. Metallnotierungen

Kartoffeln

Zinn-Preis Penang

Baumwolle

Devisenterminmarkt

Die Devisentermine blieben am 2.7. weitgehend unverändert. Die Euro-Depots wurden auf Vortagsniveau quotiert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,48-0,38	1,25-1,15	2,55-2,15
Pfund/Dollar	0,42-0,40	1,15-1,12	2,18-2,13
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	8,80-7,40
FF/DM	-15+1	30-14	50-34

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2.7.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,60 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 2.7.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,908 Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,908 Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 2.7.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2.7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7	4⅜-4½	4⅞-5⅛
3 Monate	6⅞-6⅞	4⅜-4½	4⅞-5⅛
6 Monate	6⅞-6⅞	4½-4⅝	4⅞-5⅛
12 Monate	6¾-7	4½-4⅝	4¾-5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 2.7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West.

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 2.7.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,515	5,55
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	108,604	5,55
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,00	6,32
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,10	6,51
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	137,00	9,06
DSL-Bank R.264	157,01	2.7.90	110,40	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,58	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,21	6,55
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,44	6,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,60
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,77	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,04	6,80
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,28	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,01	6,95
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,87	6,83
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,51	6,95
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,13	6,55
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	56,96	6,50
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,35	6,50
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,50	6,61

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52032

ECU

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65	(4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	5,00	(5,07)	100,0	101,7	103,6	105,4	107,3	109,1
3	5,35	(5,38)	99,05	101,5	104,2	106,9	109,6	112,3
4	5,65	(5,66)	97,40	100,9	104,4	107,9	111,4	114,8
5	5,82	(5,83)	96,10	100,8	104,6	108,8	113,0	117,2
6	6,00	(6,01)	94,60	100,0	104,4	109,3	114,2	119,1
7	6,35	(6,34)	92,05	98,05	103,0	108,5	114,0	119,5
8	6,67	(6,65)	89,35	95,55	102,0	107,4	113,5	119,5
9	6,75	(6,75)	87,85	94,45	101,7	107,6	114,1	120,7
10	6,79	(6,79)	86,65	93,70	101,5	107,9	114,9	122,0
15	7,05	(7,05)	80,75	89,80	99,75	107,9	116,9	126,0

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,604 (112,571)
Performance-Rentenindex: 243,589 (243,497)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Bilderbuch über das Mädchen Rosa und ein KZ

Mutter wartete lange . . .

Kinder im KZ. Daß es das gab, ist eine Tatsache. Aber ist diese Tatsache ein Thema für ein Kinderbuch? Bisher lautete die Antwort: Nein. Selbst in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren, als zahlreiche politische Kinder- und Jugendbücher herauskamen, schien die Vergangenheit uninteressant. Eine sozialistische Zukunft, recht simpel nach dem Muster linker Utopien gestrickt, löste damals gewöhnlich das „Es war einmal . . ." und das „ . . . und wenn sie nicht gestorben sind . . ." ab. Eine Ausnahme bildeten nur die „Sternenkinder" von Clara Asscher-Pinkhof, die 1962 den Jugendbuchpreis erhielten. Das Buch war eine Übersetzung aus dem Holländischen.

Nun, fast ein Vierteljahrhundert später, wendet sich ein Bilderbuch diesem Thema zu. Und wiederum ist



es eine Übersetzung: „Rosa Weiss" von Roberto Innocenti. Der Verfasser, als Zeichner Autodidakt, wurde 1940 bei Florenz geboren. In den letzten Jahren trat er als Kinderbuchmaler hervor, der einen eigenwilligen Realismus pflegt. So entwarf er eine Reihe von Blättern für einen Band über „Riesen und Ungeheuer", die mit Pedanterie ausmalen, wie es gewesen sein könnte, als sich diese Großwüchsigen unter die Menschen mischten. Das sind keine Phantasmagorien oder Schreckensbilder, sondern realistische Beschreibungen irrealer Zustände. Und nicht ohne Ironie verlegt Innocenti die Geschichte vom „Aschenputtel", so wie sie Perrault 1697 erzählte, in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts.

Da wohnen die Schwestern in einer englischen Vorstadt, tragen Charlestonkleider und fahren mit Autos, die wir inzwischen Oldtimer nennen. Dabei greift der Zeichner auf ungewohnte Blickwinkel zurück. Die Abfahrt der Schwestern sieht man von oben durch ein zerbrochenes Fenster, die Schuhprobe aus der Froschperspektive, die Hochzeit wie auf einem alten vergilbten Photo. Das Buch erschien 1983 zuerst bei der Edition 24 Heures in Lausanne. 1985 brachte derselbe Verlag „Rose Blanche" heraus, bei dem Idee und Illustrationen von Roberto Innocenti stammen.

Die Geschichte ist recht einfach. Rosa Weiss erlebt, wie Soldaten in die deutsche Kleinstadt kommen, zuerst fröhlich. Dann beobachtet sie Lastwagen. Und als ein solcher Wagen einmal eine Panne hat, springt ein Junge heraus und versucht wegzurennen. Aber ein Mann hält ihn auf, und so fährt der Wagen mit dem Jungen davon. Das Mädchen verfolgt das Fahrzeug, auch hinter dem Schild, das den Durchgang verbietet, und kommt an einen elektrischen Stacheldraht, hinter dem Kinder sind, die sagen, daß sie Hunger haben. Rosa gibt ihnen die Reste ihres Frühstücksbrotes, und sie kommt an den folgenden Tagen immer wieder.

Inzwischen kehren die Soldaten in die kleine Stadt zurück, müde, oft verwundet. Als Rosa wieder zu dem Zaun geht, ist die Lichtung verändert. Die Holzhäuser sind verschwunden, der Zaun ist zerstört. Dann tauchen Soldaten auf. Das Buch schließt mit einem Frühlingsbild – die Stacheldrahtreste sind von Blumen überwuchert – und der kargen Mitteilung, daß die Mutter lange auf ihr Mädchen wartete.

Das alles ist eher andeutend erzählt. Die Wörter Krieg, KZ, SS, NS kommen nicht vor. Auch die Bilder malen keine Schreckensszenen aus. Sie ähneln bei aller Genauigkeit eher Erinnerungsbildern. Deshalb ist es auch unerheblich, ob jedes Detail stimmt, oder ob es überhaupt für ein Kind möglich war, bis an den Zaun eines KZ's vorzudringen. Aber die künstlerische Wahrheit wird der historischen Wirklichkeit gerecht. Das ist das Entscheidende.

Obwohl es ein Bilderbuch ist, eignet es sich gewiß nicht für Kinder im Bilderbuchalter. Es kann jedoch älteren einen ersten Eindruck von dem geben, was Krieg bedeutete. Allerdings muß davor gewarnt werden, Kinder mit den Fakten zu konfrontieren, die der Verlag in dem Materialband „Kinder als Opfer des Nationalsozialismus" zusammengefaßt hat. Das können erst Jugendliche verstehen und verkraften – nur werden die sich kaum mit einem Bilderbuch auseinandersetzen wollen.

PETER DITTMAR

Roberto Innocenti: „Rosa Weiss", Alibaba Verlag, Frankfurt/M., 32 S., 20 Mark.



Eine Landschaft, die spät entdeckt wurde: Julius Heffners „Schneeschmelze im Schwarzwald" FOTO: DIE WELT

Weite des Blicks: Das Freiburger Augustinum zeigt Bilder vom Schwarzwald

Hier spielen die Knechte Blasmusik

Von einer „Schwarzwaldmalerei" im eigentlichen Sinne kann man seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts reden. Aber erst jetzt entschloß sich das Freiburger Augustinermuseum, „Das Schwarzwaldbild" in einer die verschiedensten Bereiche von der Landschaft bis zur Sage und Dichtung umfassenden Schau vorzustellen. Ölbilder, Aquarelle, Radierungen und Zeichnungen aus dem Besitz des Museums boten ein reiches Material. Man griff aber auch auf zahlreiche Leihgaben aus öffentlichem und privatem Besitz zurück, wo sich einige der schönsten Stücke fanden.

Die vielen großen Landschaftsbilder sind es, die zuerst die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Erst verhältnismäßig spät hat die Entdeckung dieser Landschaft eingesetzt; noch lange über die im Mittelalter vollzogene Erschließung durch die großen Klöster (St. Peter) hinaus galt der von den Römern als „silva nigra" gemiedene „Wald" als gefährlich und unzugänglich. Die Maler beschäftigten sich mit ihm erst seit dem Ausgang der Romantik, vor allem seit der Berufung des seinerzeit sehr bekannten Johann Wilhelm Schirmer aus Düsseldorf zum Leiter der Karlsruher Akademie (1854). Schirmer hat sich um die Jahrhundertmitte, berührt von der Schönheit der Landschaft, intensiv um deren Darstellung bemüht – und zahlreiche Nachfolger gefunden, unter denen sich bekannte Namen wie Wilhelm Trübner und vor allem Hans Thoma befinden.

Das typische Schwarzwaldbild, wie es seitdem entsteht, weist vor allem zwei Aspekte auf. Einmal wird die Weite des Blicks über Höhenzüge hinweg bis an den Horizont sehr bewußt erlebt, zum anderen die Details eines Waldstücks oder Bauernhauses in trauter, fast zärtlich-verliebter Weise dargestellt. Kallmorgens „Tal von Sasbachwalden" oder der winterliche Feldbergblick von Dischler sind Beispiele für die eine, Thomas „Wasserfälle" oder das „Schwarzwaldhaus" von Wilhelm Hasemann für die andere Seite.

Hasemann, der 1880 von der Elbe nach Gutach kam und von der bäuerlichen Welt stark beeindruckt wurde, war es auch, der dort eine Künstlerkolonie gründete, die – ähnlich wie damals Worpswede und andere durch die der „Naturlyrik" florierende Gründungen – eine gewisse Blüte erlebte. Man brachte vor allem gern das alte, von der Industrialisierung bedrohte Brauchtum ins Bild, wofür Hasemanns „Schwarzwälder Spinnstube" oder das symbolhafte „Edle Reiser" Beispiele bieten. Andere Maler, die in dieser Richtung oft mit schönen und charakteristischen Bildern auffallen, sind Franz Gräßel und Curt Liebich.

In ihren Bildern ziehen die Holzflößer und Meiler, ein bunter Brautzug im Schnee und eine von lustiger Blasmusik erfüllte Knechtekammer am Auge vorüber. Eine Spinnstube, eine Strohflechterei oder das „Ausbeten" einer Braut vor der Hochzeit geben Gelegenheit, die Frauen und Mädchen in reicher Tracht zu zeigen. Gelegentlich werden Menschen bei harter Arbeit ebenfalls in Tracht gezeigt – soviel „poetische Freiheit" sollte auch Malern zugestanden werden.

In den graphischen Blättern wird oft ein tiefer Einblick in das Alltagsleben möglich; andererseits findet die Dichtung eines Hebel, Hauff oder Hansjakob hier ihren legitimen Spiegel. Da gibt es manche Überraschung voller Humor: Etwa wenn Thoma einen fulminanten „Hexenreigen" zeigt. (Bis 31. 8., Katalog 25 Mark)

HEINRICH W. PETZET

Schostakowitsch-Oper: „Das Märchen vom Popen"

Teufel treiben allerhand

Besonders gern hat Schostakowitsch Puschkins ‚Teufeliade' aufgegriffen, hatte er ja am eigenen Leibe erfahren, was Verteufelung bedeutet." In derzeitige deutsch-sowjetische Kulturaustausch-Papiere wäre dieser Satz kaum noch geraten, hat doch dort mit Schostakowitschs öffentlicher Anerkennung alles in Butter zu sein, und die Anfeindungen, die er von „Prawda" und KPdSU erfuhr, sind böswillige westliche Erfindungen – im Programmheft der Ostberliner Staatsoper (dort erinnert man sich genauer) steht er immerhin, und man ist zugleich stolz darauf, von diesem Komponisten alle Opern gespielt zu haben („Die Nase" noch vor ihrer Moskauer Rehabilitierung).

Die Teufel stammen aus der Puschkinschen Vorlage und treiben auf der Bühne allerhand, so daß man sich wundern muß, daß dieses Stück jugendfrei, ja geradezu von Kindern und Heranwachsenden vorzugsweise besucht zu werden scheint. Grund des Mißverständnisses ist die Bezeichnung des Sujets als „Märchen", das Schostakowitsch übrigens nicht als Oper, sondern als Zeichentrickfilm komponierte. Der ging im Krieg verloren; an seiner Rekonstruktion als Oper versuchten und bewährten sich kompetente Autoren: Die Leningraderin Sophia Chentowa kannte Schostakowitsch noch persönlich und schrieb eine vierbändige Biografie über ihn; Siegrid Neef, die die deutsche Textfassung herstellte, ist Verfasserin eines 760seitigen „Handbuches der russischen und sowjetischen Oper". Ein Stück „Theateroktober" der frühen 30er Jahre entsteht in der Inszenierung von Erhard Fischer neu auf der Bühne: Eine Kirche wird hier im Sinne biomechanischer Spielereien, als Stockpuppenfigur, zum atmenden und empfindenden, dramatischen Objekt.

Daß hier ein Märchen in die Neue Musik und Dramatik geriet, hat seine geschichtliche Bedeutsamkeit: In der Stalin-Kunst der 30er Jahre wurde die mechanistisch-futuristische Maschinenkunst der 20er Jahre abgelöst vom romantisch-utopischen sozialistischen „Realismus", der doch ein Zurücktauchen zu den Archetypen markierte. Die sozialistischen Übermenschen bewährten sich in Märchenkategorien: Bei Prokofjew besiegt der Pionier Peter den Wolf, bei Schostakowitsch wird der proletarische Knecht Balda mit allen Fährnissen fertig: mit der Anmaßung seines gnädigen Herrn (Reiner Süß gibt in der Ostberliner Aufführung einen umwerfenden Popen) wie auch mit den Teufeln, die weder in Rußland noch sonstwo bereit sind, Steuern zu zahlen. Er besiegt sie mit Kraft und Tricks. Er bändigt das Meer mit einem Seil (da mag man an die Marinepolitik Peters des Großen denken), kann alles, bewältigt alles – kein Wunder, daß sich die Tochter des Popen in ihn verliebt, aber wie sie dann von Ehe und Liebe mit ihm träumt, da schnarcht er halt.

Balda arbeitet im Dienst des Popen umsonst, nur ist ausbedungen, daß er seinem Herrn am Schluß drei Nasenstüber geben darf. Die gibt er, und auch hier bewährt sich der musikalisch-dramatische Theateroktober: Nach dem zweiten tanzt der Pope einen Walzer, nach dem dritten dreht er sich kaum noch: Eine abfallende Saxofonfigur verkündet sein Ende.

Musikalisch ist das alles sehr faßlich. Die Mittel, etwa die aus dem „Neuen Babylon" vertraute Solotrompete, kommen aus den 20er Jahren, die eingängigen Wiederholungen bilden jedoch ein neues, populistisches Element der 30er Jahre. Im „Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur" an der Ostberliner Friedrichstraße (die Staatsoper hat eine längere Umbaupause) nimmt sich dies schon atemberaubend aus, weiß man doch, daß es mit Schostakowitsch in den sozialistischen Ländern seit neuerem wiederum stille Schwierigkeiten gibt, denn die behauptete „Unechtheit" seiner Solomon Volkov diktierten Memoiren hat sich doch nicht nachweisen lassen, wurde jedenfalls nirgends öffentlich belegt. So werden seine Aufführungen mehr und mehr behindert – dies hier scheint ein Sonderfall.

Um so erstaunlicher, weil Schostakowitsch hier schließlich seine eigene Parabel komponierte: Er selbst ist der proletarische Übermensch, der alle Arbeiten erledigte und um Lohn und Dank geprellt wurde. Er verhalf der sowjetischen Musik zu einem internationalen Ansehen, von dem sie seit Tschaikowsky nur träumen konnte, wurde aber beschimpft und geknechtet. Aber am Ende versetzte er seinem gnädigen Herrn drei Nasenstüber: Er komponierte seine „Jüdischen Lieder", seine Dreizehnte Sinfonie (die noch unlängst in Warschau beinahe verboten worden wäre) und diktierte Solomon Volkov seine Memoiren.

DETLEF GOJOWY

Gewalt in Bild und Wirklichkeit



Gleich knallt's: Kennedy (Martin Sheen) und Jackie (Blair Brown) Sekunden vor dem Attentat in Dallas. Damit endet die vierteilige Serie über den US-Präsidenten – um 23 Uhr in der ARD. FOTO: NDR

Ich bin ein Berliner." Der Jubel in der geteilten Stadt kannte keine Grenzen. Heute abend kann man noch einmal Kennedys Europareise erleben. Doch Triumph und Tragödie liegen beieinander. „Tod in Dallas" heißt die letzte Folge des Vierteilers über die drei Amtsjahre des Präsidenten. Der Streifen bekam bisher glänzende Kritiken – verbunden mit Unverständnis über die ARD, die ihn ins Mitternacht-Getto verbannte.

Steht (in der Serie) der Dritte Weltkrieg bevor? Kuba wird am Ende zum Trauma für den Präsidenten. In der zweiten Folge hatten ihn CIA und Militär in die Schweinebucht getrieben, ein Lande-Unternehmen, das von Anfang an aussichtslos war. Kennedy schlug sich mit Schuldgedanken. Und im Hintergrund wühlte FBI-Chef Hoover – den Vincent Gardenia überzogen eklig darstellt –, in der Intimsphäre Kennedys. Dieser läuft Gefahr, mehr zu verlieren als die Schweinebucht.

Zumal die großen Probleme ihn einfach nicht „in Ruhe einen großen Präsidenten werden lassen". Im Süden der Staaten tobt der Rassenkrieg. Was die dritte Folge an Brutalität zeigte, ging an die Schmerzgrenze. Busse, in denen Schwarze und Weiße zusammen reisen, werden ausgeräuchert. Wer der Flammenhölle entkommt, wird draußen von Weißen mit Knüppeln niedergemacht. Der Film zeigte nicht nur Andeutungen, sondern die furchtbare Realität bis zum Äußersten, was wohl je über unsere Schirme an Gewalt lief. Immer, wenn wieder ein Greyhound mit Freiheitsfahrern im Bild auftauchte, schwante dem Zuschauer Böses.

Wenn die ARD diese Horrorszenen als Grund für die späte Sendezeit nahm, wäre sie wohl besser beraten gewesen, diese Sequenzen herauszuschneiden – so bitter wahr sie auch gewesen sein mögen.

In der heutigen Folge kann Kennedy Gewalt in noch größerem Ausmaß verhindern. Auf Kuba installieren die Sowjets Abschußbasen für Raketen, deren Ziel die USA sind. Der US-Präsident stellt Chruschtschow ein Ultimatum – und gewinnt. Doch wieder liegen Triumph und Tragödie beieinander: Es naht der Tag, an dem Kennedy durch Dallas fährt.

THOMAS LINKE

Was Roland mit dem Stein im Garten tut

Ein bißchen Bedauern schwang mit, als Jürgen Roland (61) von seiner Sehnsucht sprach, „doch noch mal den Film meiner Generation" machen zu dürfen. **Süchtig nach Geschichten** (am Dienstag in NDR III) hieß ein Feature über den „Berufs-Hamburger" Roland, der einst das Kriegsopus „Der Transport" mit Hannes Messemer drehte und sich zu Patricia Highsmith und ihrer Einsicht bekennt, daß man den Stein im Garten nur hochzuheben braucht, um darunter das Viperngezücht zu schauen: Themen liegen auf der Straße.

Rolands Straße zum Erfolg, nach Kooperationen mit Wolfgang Menge („Unser Wunderland bei Nacht", 1959), waren zum einen Hamburgs Lastermeile Reeperbahn („Davidswache", „Die Engel von St. Pauli", „Vier Schlüssel", „St.-Pauli-Report") und zum anderen raffinierte Rezepte, die er aus den USA mitbrachte: der halbdokumentarische Charakter seiner 25 „Stahlnetz"-Geschichten, am Rande durchsetzt mit milieutypischen Alltäglichkeiten.

Der Erfolg als Krimi-Regisseur und -Buchautor öffnete dem Mann mit der druckreifen freien Rede die Türen zum Film ebenso. „Psychologisch nicht zu tief" ginge es dabei zu, meint er, seine Filme seien auch „keine Klassiker", doch mit Edgar Wallace („Der grüne Bogenschütze") wurde er so glücklich auch nicht. Der raffinierte Gauner interessiert ihn mehr als der Polizist, „Tatort"-Folgen wie „Baranskis Geschäft" oder „So ein Tag" tragen diese Handschrift – eine Mischung aus Kiez, Action, etwas Exotik und Beobachtungsgabe.

Verena von Hase und Hubert von Spreti haben einen Roland gezeigt, der um so symphathischer wurde, je mehr man ihm lauschte. Er war fair, etwa gegenüber den Kollegen aus Oberhausen oder vom neuen deutschen Film, und trotz aller handwerklicher Routine ein ideenreicher Liebhaber des Mediums geblieben, der hoffentlich noch mal seinen anderen Traum realisieren wird – eine „Kriminalkomödie" à la „Ladykillers".

Von der Schnittpanne am Anfang abgesehen, verdiente die Art der Annäherung Lob: Rolands nie langweilige Gesprächigkeit, immer pendelnd zwischen Reminiszenz und Beschreibung der Gegenwart, bedurfte keiner Frage-Antwort-Abspulereien; es genügte ihn „anzutippen" – ein Routinier mag er ja sein, dann aber doch einer, dessen Eloquenz aus Enthusiasmus kam. Daß er ihn sich bis heute bewahrt hat, ist sein Plus. Und daß dies deutlich spürbar wurde, lag auch an den Fragen.

A. SCHMITZ

KRITIK

Etwas Urin, viel deutscher Trübsinn

Geredet wird in diesem Film nun wirklich nicht viel. Er heißt ja auch **Zeit der Stille**. In der Reihe „Das kleine Fernsehspiel" handelt es sich meist um „Kunst", will sagen: je abseitiger, um so bedeutender. Also 75 Minuten lang läßt Regisseur Torsten Näter beharrlich schweigen. Um so mehr kümmert er sich um Bilder: Wie einer uriniert, wie eine alte Frau eine Zahnprothese aus dem Mund nimmt, wie ein Weihnachtsmann volltrunken die Straße lang torkelt. Als eine alte Frau stirbt, hinterläßt sie eine reizende Spieluhr, die – da wäre wohl keiner drauf gekommen – die „Internationale" klimpert.

Zwei Menschen sind einsam. Und da es weihnachtet (welch brisanter Sendetermin im Hochsommer), wird das besonders traurig. Sie, Johanna (Irina Hoppe), ist Krankenschwester und mit den Schattenseiten des Lebens befaßt. Er, Stefan (Pavel Sacher), ist offenbar Gastarbeiter in einer Großküche und wird von dem fiesen deutsch-blonden Chef malträtiert. Die beiden begeben sich im schwarzweiß gefilmten Berlin auf die Suche nach Menschen. Sie begegnen vorrangig Blinden, Rollstuhlfahrern, Besoffenen, Alten, Spießern, Pennern und was die Sozialmüll-Vorstellung eines aufrechten Gesellschaftskritikers halt so alles zu seinem Weltbild zählt.

Da kann natürlich nichts draus werden, zumal der arme Stefan in einer Tiefgarage auch noch zusammengeschlagen und seines Geldes beraubt wird. Eine falsche Telefon-Verbindung bringt die beiden schließlich zwar dennoch in Kontakt, aber ein Happy-End würde den Zuschauer ja kritiklos bleiben lassen. Deswegen brechen die beiden ihr Gespräch wieder ab. Sie können zusammen nicht kommen, der gesammelte Wille zum deutschen Trübsinn ist viel zu groß.

Es ist beachtlich, mit welcher Konsequenz die ZDF-Reihe „Das kleine Fernsehspiel" an seinem Konzept des sozial Abseitigen in Verbindung mit aufgeblähter Kunst-Bedeutung festhält. Daß man diese Technik endloser Einstellungen, abrupter Schnitte und akrobatischer Kamera-Standorte nicht endlich leid ist!

Und diese ganzen Klischees: Verhärmte Gesichter, aggressive Männer, Mercedes fahrende Bösewichter und andererseits die lieben, wehrlosen Zukurzgekommenen. Eigentlich hat nur noch der Konzessions-Nazi gefehlt. Dann wäre die bundesrepublikanische (Schauer-) Märchenstunde perfekt gewesen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Schicken statt Schießen

Heute abend feiern die USA; Reagan enthüllt die restaurierte Freiheitsstatue. Gefeiert wird ihr 100jähriges Jubiläum. Hans Scheicher wußte in seiner ZDF-Reportage **Die Frau mit der Fackel** viel Interessantes über dieses Denkmal zu berichten. „Freiheit erleuchtet die Welt": Mit diesem Gruß auf dem Sokkel wurden Millionen Einwanderer empfangen. Heute kommen Einwanderer mit dem Jet oder zu Fuß. An der 3120 Kilometer langen Grenze zwischen den USA und Mexiko steht die US-Grenzpolizei einem unlösbaren Problem gegenüber: der illegalen Einwanderung. Die Kamera Michael Buths fing die Dramatik solcher Grenzwechsel eindrucksvoll ein. Hans Scheichers Gespräche mit illegalen Einwanderern und Polizisten zeigten die Not der einen und die Hilflosigkeit der anderen auf.

„Amerika ist ein freies Land. Natürlich schießen wir nicht auf jene, die kommen. Wir schicken sie zurück. In einer Stunde sind sie aber wieder da", so ein Polizist. Eine Reportage, die viel Wissenswertes vermittelte und zur Nachdenklichkeit über den Begriff Freiheit anregte.

SIEGFRIED IHLE

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
Arbeit und Beruf
10.00 heute
10.05 Laufen, leiden, länger leben
11.25 Peter Illmanns Treff
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

13.45 Unsere kleine Farm
Mein Kälbchen Fagin
14.30 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
Die Abrechnung
Bevor Huck und Tom wieder auf die Reise gehen, will Huck sich noch von den Grangerfords verabschieden; doch im Haus ist kein Mensch mehr. Der Sklave Jack erzählt ihm, daß Sophia mit einem Sheperdson weggelaufen sei und daß alle Grangerfords hinter den beiden her seien, um Rache zu nehmen.
15.00 Internationale Tennis-Meisterschaften von England
Halbfinale Damen-Einzel
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Kern-Fragen
Umdenken nach Tschernobyl – Berichte und Reportagen
Mit Wolf Feller, Manfred Buchwald, Peter Staich und Rolf Schmidt-Holz
21.00 Der 7. Sinn
21.40 Kurts Geschichten
Unterhaltungssendung mit Kurt Weinzierl
22.30 Tagesthemen
23.00 Kennedy (4)
Letzter Teil
Seit der „Schweinebucht" ist Kuba ein Reizwort für John F. Militärs hatten ihn zu einem Kommando-Unternehmen überredet. Entsetzen ergreift die Regierung, als von der Luftaufklärung erste Auswertungen gegeben werden.
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Kleine Abenteuer
Paulo, der Sternengucker
15.30 Ferienkalender
16.05 Der Stein des Marco Polo
Das Wochenendhaus
16.30 Ein Fall für TKKG
Nach Stefan Wolfs Buch
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Als Gast: Sandra
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Königlich Bayerisches Amtsgericht
Der Fünfer
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein Spiel mit Wim Toelke
20.50 Die große Hilfe
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Moderation: Hans Mohl
Themen: Krebsfrüherkennung – eine kritische Bilanz. Bluttransfusion – der gesicherte Notfall. Erste Hilfe – auf praxisnäheren Wegen.
21.45 heute-journal
22.10 Die Antwort heißt Terror
Nordirland nach dem anglo-irischen Abkommen
Bericht von Uwe Kröger
22.55 Was soll bloß aus dir werden
Fernsehspiel von Jochen Ziem
Der zwölfjährige Boris lebt zusammen mit seiner Mutter in einem Berliner Abrißhaus. Seinen Vater kennt er nicht. Boris geht auf die Sonderschule, die er meistens schwänzt, zum Teil mit Billigung der Mutter, die selbst Analphabetin ist, zum Teil auch aus Trotz, aus Angst vor Mißerfolgen.
0.30 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gardenia . . . eine Frau will vergessen
Amerikanischer Spielfilm (1952/53)
Mit Anne Baxter, Richard Conte
Regie: Fritz Lang
Norah feiert Geburtstag – allein. Bei einer Flasche Sekt öffnet sie einen Brief ihres Verlobten, der in Korea stationiert ist. Aber es ist kein Liebes-, sondern ein Abschiedsbrief: Er will eine Krankenschwester heiraten, die er im Lazarett kennengelernt hat.
21.45 Mozart als Therapie
Ein Bericht von Werner Höcker und Heinz Sommer
22.15 Kulturszene
Themen: Schwarze Ledermode, Graffiti. Einstürzende Neubauten
23.00 Club Jam Jazz

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Poker mit den Schicksalskarten
19.00 Musik für uns – Musik für Euch
19.15 Die Erde lebt (12)
20.00 Tagesschau
20.15 Boyfriend
Englischer Spielfilm (1971)
Mit Twiggy und Christopher Gable
22.00 Kultur aktuell
22.30 Ich und Du
23.30 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Programmvorschau
18.32 Fame
19.20 Hessenschau
ab 20 Uhr wie Nord

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 1 x 1 für Tierfreunde
18.55 Show mit Ix und Yps
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Und wäre die Liebe nicht
Amerikanischer Spielfilm (1955)
21.00 9 aktuell/Neues um neun
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Halleluja Broadway

BAYERN

18.15 Die Tier-Sprechstunde
18.45 Rundschau
19.00 Ein Sonntag im August
Italienischer Spielfilm (1949)
20.15 Kärnten gibt sich die Ehre
20.15 Rundschau
22.00 Sperrfrist
22.30 Im Gespräch
23.40 Rundschau
23.45 Chronik einer Liebe
Italienischer Spielfilm (1950)

SAT 1

14.55 Programmvorschau
15.00 Marco
Seemannsgarn
Anschl.: Betty Boop
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Kicker-Stammtisch
18.00 Boomer der Streuner
Rocker Boomer
Anschl.: Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Bravo TV
19.45 Das süße Leben des Grafen Bobby
Österr. Filmkomödie (1962)
Mit Peter Alexander, Gunther Philipp, Ingeborg Schöner
Regie: Geza von Cziffra
21.30 APF blick
22.15 Konzert
22.45 FBI
Gefährliche Partnerschaft
23.35 APF blick

1 PLUS

19.00 Brief aus der Emilia
Film von Christian Rischert
20.00 Tagesschau
20.15 Karl der Gerechte
Das Traumpaar
21.05 40 Jahre SWF-Sinfonieorchester
Richard Wagner
22.50 Mister Universum
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Arnold Schwarzenegger
0.30 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Der Kanal
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Der Glückspilz
Amerikanischer Spielfilm (1966)
Mit Jack Lemmon, Walter Matthau
Regie: Billy Wilder
Bei einem Footballspiel wird CBS-Kameramann Harry Hinkle von „Boom Boom" Jackson, einem schwergewichtigen Footballstar, über den Haufen gerannt. Harrys Schwager Willi, ein Anwalt, möchte aus dem Unfall Geld herausschlagen.
23.45 Kennwort: Kino
23.55 Nachrichten



17.00 Jetzt ist Feierabend
18.00 RTL-Spiel
18.15 Starmix
18.15 Regional 7
18.35 Komm doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
Die Flugzeugentführung
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die fidele Tankstelle
Deutscher Spielfilm (1950)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.20 Neu im Kino
22.50 Geheimauftrag für John Drake
23.10 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Die Dichter schweigen

mar – Es wurde bekannt, gerade als der PEN-Kongreß in Hamburg tagte. Die „DDR" verweigerte Lutz Rathenow die Ausreise zu einer Gastprofessur in den USA, weil dieses Privileg nur Schriftstellern zukomme, schrieb das Kulturministerium an den Autor, „die durch ihre literarischen Werke und ihre künstlerische Arbeit nachgewiesen haben, daß sie die Politik und Kulturpolitik unseres Staates anerkennen und respektieren und sich mit persönlichem Engagement für das Ansehen der DDR einsetzen".

Das war in allen Zeitungen zu lesen. Aber die Dichter verschmähen offenbar die Lektüre solcher populären Produkte. Der Fall Rathenow, obwohl exemplarisch für das Verständnis kommunistischer Staaten über Aufgabe und Funktion des Künstlers, spielte für den PEN keine Rolle. Man gab sich mit den Erklärungen der Delegierten aus Ost-Berlin, daß das ein „Mißverständnis" sei und einen „Einzelfall" darstelle, zufrieden.

Lutz Rathenow zeichnet solche Selbstbescheidung nicht aus. In einem Offenen Brief an das PEN-Zentrum der „DDR" weist er jetzt darauf hin, daß sein Fall keineswegs nur ein „Mißverständnis" und auch kein „Einzelfall" sei. Wie ihm würde „zahlreichen jungen Autoren" die Ausreise verweigert, „selbst wenn sie Einladungen erhielten". Außerdem würde man ihm auch nicht erlauben, der Einladung des schwedischen PEN und eines Verlages nach Stockholm zu folgen. Das sei schwedischen Stellen von Ost-Berlin mitgeteilt worden.

An diesen Tatsachen ist nicht zu deuteln. Und an dem Schweigen der sonst so „kritischen" und „engagierten" Autoren auch nicht. Man komme uns jetzt nicht mit der Ausrede der „stillen Diplomatie", mit der man das alles beilegen werde. Denn schon Stanislaw Jercy Lec wußte: „Was man nicht einfach sagen darf, darf man auch nicht einfach verschweigen."

Sommerfestspiele: Die 23. „Fêtes musicales" in Tours

Und der Hahn kräht zur Musik

Der alte Mann schaute unwirsch drein. Irgendetwas schien ihm nicht zu behagen in diesem Jahr. Kaum hatte er das letzte seiner drei Konzerte beendet, da floh er auch schon aus der Touraine in Richtung Deutschland. Vielleicht war es ihm ganz einfach zu heiß, vielleicht berührte ihn auch, daß die Fêtes Musicales en Touraine doch inzwischen ins Erwachsenenalter kommen und ihres Initiators nicht mehr unbedingt bedürfen. Dennoch: Diese ganz eigenartigen Festspiele sind und bleiben Svjatoslav Richters Geschöpf.

Der suchte nämlich einst, zu Beginn der sechziger Jahre, einen sommerlichen Festspielort in Frankreich. Man zeigte ihm die Touraine mit ihren Königsschlössern an der Loire: Villandry, wo im Park Rotkohl und Bohnen, Salat und Gewürze die Blumen zwischen den Buchsbaumhekken vertreten, Perraults Dornröschenschloß Ussy, Chambord mit seinen unzähligen Türmen, Chenonceaux, das sich als Brücke über den Cher legt. Allein: Er konnte nicht spielen, wo einst die Könige Frankreichs geschlafen hatten. Svjatoslav Richters Kunst suchte in Bescheidenheit einen einfachen Rahmen. Aber eben der ist längs der Loire am allerschwersten zu finden.

Er fand sich schließlich doch, in Meslay, gleich am Stadtrand von Tours. Dort dämmerte ein Bauernhof durch die Jahrhunderte, der einst zur Benediktinerabtei von Marmoutiers gehört hatte. Die Abtei soll noch auf den Heiligen Martin, dem ersten Bischof von Tours, zurückgehen. Nicht irgendein Bauernhof, sondern ein befestigter. Und auf dessen Areal gab es eine Scheune, die seit dem 13. Jahrhundert dasteht, wie sie heute steht: inzwischen freilich als gut geschütztes und vielgepflegtes nationales Kulturdenkmal.

Um die sechzig Meter lang und an die zwanzig Meter breit ist der Bau, der im Inneren von ganzen Eichenstämmen getragen wird. Die gemauerte Kopfwand mit ihren Fenstern erinnert mehr an eine romanische Kirche als an die irdische Landwirtschaft. Da mochte der Boden ruhig bloß festgetrampelter Lehm sein, da mochten ein paar Mondlichtstrahlen durch das Ziegeldach fallen: Hier wollte Richter spielen – zumal sich auch die Akustik als überraschend gut für einen solchen Ort erwies.

1964 spielte Richter erstmals in der Grange de Meslay, und so waren dieses Jahr schon die 23. Fêtes musicales en Touraine zu verzeichnen. Auf die landwirtschaftliche Nutzung der Grange verzichtet der Eigentümer inzwischen, aber seine Hühner dürfen doch weiterhin den Auslauf zwischen den Festspielgästen (mit großem deutschen Kontingent) genießen. Und der offenbar sehr musikalische Hahn quittierte so manche Schlußkadenz mit einem brillanten Echo.

Zu den Besonderheiten dieses alljährlich um zwei Frühsommer-Wochenenden herumgruppierten Festivals gehört, daß es sich jedes Jahr ein Spezialthema sucht. Das war Musik des 20. Jahrhunderts im letzten Sommer (da spielte Richter etwa Anton von Weberns Klavierstücke), das soll im nächsten Jahr Johannes Brahms sein. In diesem Jahr hatte man sich ein Thema von besonderem Reiz gesucht: Musique de Cour, also höfische Musik aus den diversen europäischen Residenzen.

Die Arbeitsteilung in Tours funktioniert so, daß Richter diese Themen vorgibt, das Festspiel-Komitee jedoch das Programm ziemlich selbständig erarbeitet. Und das war besser bei der Sache als Richter selbst, der mit drei Klaviersonaten Haydns allenfalls die Randbereiche der höfischen Musik streifte: Musik von Schloß Esterhazy gleichsam. Vor allem überraschte in diesem Rahmen, wie sehr Richter auch den reifen Haydn gleichsam aus dem Blickwinkel des jungen Beethoven sieht. Viel Recht auf sich selbst (und aus sich selbst heraus) scheint Haydn da nicht zu genießen, obgleich diese Sonaten herrlich erdachte, kluge Musik sind. Über den Beethoven-Pfad geht ihr freilich noch mehr verloren: ihre Grazie, ihre Leichtigkeit, ihre feine Heiterkeit, die doch gerade beim Thema höfischer Musik herauszukehren wäre.

In der großen Scheune von Meslay spielte Richter, zusammen mit der Cellistin Natalja Gutman, dieses Jahr freilich nur ein Gedenkkonzert für den kürzlich verstorbenen Musikerfreund und Alt-Tourainier Pierre Fournier. Mit seinen beiden Haydn-Konzerten (identisches Programm) wanderte er in eine andere Grange aus: die von Besnadières. Ist Mesley tatsächlich Stein für Stein und Balken für Balken original, so ist die Grange von Besnadières ein Spleen des Pariser Kunsthändlers Claude Bernard, der hier in der Touraine einen Landsitz unterhält (mit einem riesigen Ipousteguy im Garten) und den passenden Rahmen für eine kostbare, alte spanische Orgel brauchte.

Also ließ er, à la manièere de Touraine, bei seinem Gut eine Pracht- und Prunkscheune errichten, wo längst keine mehr gestanden hatte, und die ist auch im Innern ziemlich fein als Konzertsaal ausgelegt. Die hatte sich Richter für sein ja recht intimes Klavierprogramm ausgesucht. Ein fast gespenstischer Eindruck entstand, als dann um die grelle Mittagszeit auch noch die Lichter in der dunklen Scheune ausgingen und nur ein Leselämpchen seinen schwachen Schein auf die Noten, den Kopf des Pianisten und das Engelsgesicht seines Umblätterers warf: Eine musikalische Séance in der Mittagsglut.

Höfische Musik: das bietet reiche Auswahl in Europa. Cembalomusik vom Hof in Versailles trugen Scott Ross vor und ein wunderbar aufeinander eingestimmtes Duo: William Christie und der junge Franzose Christophe Rousset. Der englische Hof war vertreten durch die Academy of Saint-Martin-in-the-Fields unter Iona Brown. Mit seinem Ensemble „Les Arts Florissants" widmete sich Christie in zwei hinreißenden Singstunden Madrigalen Gesualdos und Gesängen Claudio Monteverdis. Potsdams Delegation mußte natürlich von einem Flötisten angeführt werden, und das kann, wenn es um Alte Musik geht, nur Hans Martin Linde mit seinem Consort sein. Der spielte eine Sonate Friedrichs II., Quantz und Graun, Franz Benda auch und Carl Philipp Emanuel Bach.

Der Schlußpunkt als Höhepunkt: Die Versammlung so erstklassiger vokaler und instrumentaler Spezialisten für Alte Musik machte es natürlich zu verlockend, auch eine Oper, wenigstens konzertant, einzustudieren. Die Wahl fiel auf Francesco Cavallis „Serse", eins jener großen Werke der venezianischen Oper, übrigens ziemlich dasselbe Libretto wie später Händel nutzend, so daß auch hier der Perserkönig sein „Ombra mai fu" anstimmen darf.

Cavallis kunterbunte, volkstümliche Szenen, von denen man vor ein paar Jahren durch die Ausgrabungen des „L'Ormindo" und des „L'Egisto" einen Geschmack bekommen hat, eignen sich für die konzertante Wiedergabe vielleicht nicht so besonders gut – dazu sind auch die ständig im Dreivierteltakt rollenden Arien auf die Viereinhalb-Stunden-Dauer zu eintönig. Aber das Ensemble unter René Jacobs, das sage und schreibe vier Countertenöre von Weltklasse aufbieten konnte, machte diese Entdeckungsreise zu den alten Venezianern dann doch zum Erlebnis. Der gallische Hahn des Hofes meinte das wohl auch.

REINHARD BEUTH

Film: „Pretty in Pink"

Ducky liebt Andy, Andy liebt Blane

Gerade seine treueste Zielgruppe speist Hollywood oft mit einer cineastischen Schonkost aus halbgaren Problemen, einer Prise pubertärer Erotik und einer hastig zusammengerührten Musiksoße ab. Nach solchen Rezepten entstanden Teenagerserien wie „Porky's" oder „Eis am Stiel", die mit der Wirklichkeit ihres Publikums herzlich wenig zu tun hatten. Daß es auch anders geht, beweist nun Drehbuchautor John Hughes, der sich zunächst eine unkonventionelle Heldin einfallen ließ.

Die rothaarige Andy hat einen arbeitslosen Vater, altmodische Lumpenkleider und noch keine Einladung zum Abschlußball der Highschool. Das alles läßt sich in neunzig Filmminuten leicht ändern. Schließlich knabbert ihr eigentlich aus hartem Holz geschnitzter Daddy (Harry Dean Stanton) nur noch an altem Liebeskummer, schließlich ist Andy ein eigenwillig hübsches Mädchen. Sie wird verehrt von Ducky, einem skurrilen Klassenkameraden, der mit Elvis-Tolle, rostigem Fahrrad und flotten Sprüchen den rauhen Charme des Gossenkindes verkörpert. Seine innigen Gefühle indessen kann Andy kaum erwidern, hat sie sich doch ausgerechnet in einen Sohn reicher Eltern verliebt. Vor das früh zu ahnende Happy-End dieses modernen Aschenputtelmärchens freilich hat Hughes noch den kühnen Hechtsprung über die Standesgrenzen gesetzt.

Zunächst nämlich scheint der milchgesichtige Blane unter dem Druck seiner blasierten Clique zusammenzubrechen und seine Geliebte törichtem Dünkel zu opfern. Nach tränenreichen Konflikten darf man dann jedoch beruhigt feststellen, daß im Land der unbegrenzten Möglichkeiten auch arm und reich zusammenfinden können. Das alles geht letztlich dann doch leider etwas zu glatt und leicht, um noch glaubhaft zu sein. Und diese Schönfärberei fällt um so mehr auf, als Regisseur Howard Deutch die bitteren Probleme anfangs durchaus mit pointierter Schärfe ins Bild gerückt hatte.

So bedauerlich dieser späte Griff zur rosaroten Brille und so penetrant die pausenlos nach dem vermeintlich „ultracoolen" Jugendjargon schielende deutsche Synchronisation auch sein mögen: Vom tristen Durchschnitt der Teenagerfilme hebt sich diese sorgfältig gebaute und nie unter eitler Video-Clip-Ästhetik verschüttete Geschichte deutlich ab. Dafür sorgt neben einer nostalgisch angehauchten Musik und vielen kauzigen Charakteren vor allem die hochbegabte Hauptdarstellerin Molly Ringwald. Wenn ihr apartes Gesicht die Schmerzen des Erwachsenwerdens spiegelt, fühlt man sich manchmal gar an George Lucas' legendären Jugendfilm „American Graffiti" erinnert.

HARTMUT WILMES



Mit vibrierendem Pinselstrich gemalt: „Spielende Kinder" (1909), aus der Londoner Ausstellung
FOTO: WILHELM-LEHMBRUCK-MUSEUM

London: Retrospektive zum 100. Geburtstag Kokoschkas in der Tate Gallery

Das Leben auf die Leinwand zwingen

Das energisch mit schwarzer Farbe hingepinselte „ok" leuchtet von den Plakaten der Londoner Tate Gallery und wirbt für die große Retrospektive zum 100. Geburtstag von Oskar Kokoschka. Als englischer Staatsbürger ist der gebürtige Österreicher tschechischer Abstammung 1980 in der Französischen Schweiz gestorben.

Daß Oskar Kokoschka ein Wanderer war, der zeitlebens nach seinen Wurzeln forschte, macht schon die Handschrift seiner Portraits, Landschaften und Allegorien deutlich: Nichts ist hier festgefügt, statisch. Der Pinselstrich vibriert, dringt bei den Portraits tief unter die Haut, stürzt sich bei seinen Landschaften und Städtepanoramen im Flügelflug mit weit ausholendem Schwung hinab. Seine intensive Selbstsuche oktroyierte er auch anderen Gesichtern auf. Wie oft versah er ein Protrait mit seinen eigenen Zügen, den strahlend blauen Augen und dem überstarken Kinn. Auch in stiller Pose geben sie sich preis. Als „psychologischen Büchsenöffner" hat er sich selbst bezeichnet.

Visionäres Flair verlieh er ihnen bereits in frühen Wiener Tagen: Mit unbemalten weißen Flächen, nachtblauer Aura um die Figur, fahlem Fleisch und expressiver Händesprache. Ein wichtiges Kapitel in seiner gemalten Selbstbiographie liefert seine Passion zu Alma Mahler: Als unergründliche Mona Lisa hat er sie verewigt und verherrlicht in den „Beiden Liebenden". Als sie ihn verließ, malte er sich selbst als Ritter, dem buchstäblich der Boden unter den Füßen entzogen wird.

Als Kavallerist im Ersten Weltkrieg wurde er kurz darauf schwer verwundet. Doch als wolle er – so zweifach desillusioniert – das Leben dennoch auf die Leinwand niederzwingen, erscheinen in der folgenden Dresdner Periode die Farben weitaus strahlender, mit kräftigem Pinselauftrag bestätigt. Jetzt taucht neben Portraits ein weiteres Leitmotiv auf: Die Städtebilder. In leuchtenden Farbprismen hat er die Dresdner Neustadt wie in Glasgemälden dargestellt. Aus dieser Zeit stammt auch das seltsame Gemälde „Selbstbildnis mit Puppe". Nach seiner verlorenen Geliebten Alma Mahler hatte der „tolle Kokoschka", wie ihn die Dresdner nannten, eine lebensgroße Puppe anfertigen lassen: Unerschöpflich sind noch die Spekulationen über diesen freudianischen Fetisch.

Ab 1923 beginnt das Kapitel seiner Wanderungen: In den folgenden sieben Jahren besucht Kokoschka elf europäische Hauptstädte, dazu Nordafrika und den Mittleren Osten. „Falls ich je aus dieser Rattenexistenz lebendig herauskomme", so hatte er im Krieg notiert, „will ich Landschaften malen, denn ich habe so wenig von dieser Welt gesehen." 1926 malt er bei seinem ersten London-Besuch den Themseblick vom 8. Stock des Savoy-Hotels. Er portraitiert die Tänzerin Adele Astaire, die ältere Schwester von Fred Astaire, und bedenkt ihren Hund humorvoll mit einem ähnlichen Blick wie seine Herrin.

Die folgenden Jahre in Wien und Prag kristallisieren sich in seinem „Portrait als entarteter Künstler". Sein trotzig herausfordernder Blick, seine verschränkten Arme lassen an seiner Einstellung keine Zweifel. Die Kriegsjahre verbringt Kokoschka in London und in einem kleinen, steil an die Felsen geklebten Fischerdorf in Cornwall. In jenen Jahren kommentiert er die Welt am leidenschaftlichsten und vitalsten: Bissig und sprühend geraten seine politischen Stellungnahmen, in denen er barocke Allegorie und britische Satire effektvoll verbindet. „Weltenlandschaften" im barocken Sinne sind auch seine vibrierenden Landschaftsbilder, und in den Hintergrund der Portraits webt er wie in einen Lebensteppich Orte und Personen ein.

In dünnere Luft entrückt, beobachtet und kommentiert der alte Kokoschka. Er malt New York und Berlin und Agatha Christie. In Allegorien wie „Macht der Musik" oder „Der zurückgewiesene Liebhaber" feiert er Freuden und Schmerz des Lebens mit einer faunischen Heiterkeit, die an den alten Picasso erinnert. Eines der letzten Bilder der Londoner Ausstellung hat er mit 85 Jahren gemalt: „Time, Gentlemen please". So kündigt der Wirt die Sperrstunde in den englischen Pubs an. Der Tod öffnet die Tür zu einer blauäugigen Figur in Rot, von Sonnengelb umfangen: So hat sich der Wanderer am Schluß des Weges selbst gesehen.

HEIDI BÜRKLIN

Bis zum 10. August. Anschließend im Kunsthaus Zürich vom 10. 9.–9. 11., im Guggenheim-Museum in New York vom 9. 12.–15. 2. 1987

Eröffnung des Piccolo Teatro Studio in Mailand: Strehler inszeniert „Elvira"

Hitler fällt Don Giovanni ins Wort

Gerade rechtzeitig zur Eröffnung von Giorgio Strehlers „Piccolo-Teatro Studio" wurde das Piccolo-Teatro in Mailand nach dem Odeon in Paris zum zweiten europäischen Theater erklärt. Damit ist endlich die europäische Dimension für seine Aufführungen seit der Gründung vor 39 Jahren öffentlich bestätigt worden.

„Elvira oder die Theaterpassion", das Eröffnungsschauspiel, ist kein Schauspiel, sondern eine Lehrstunde über das Wesen des Schauspielers und über die „Wahrheit des Herzens", ohne die eine Rolle auf der Bühne nicht glaubhaft wird. Es ist Strehlers freie Bearbeitung von sieben Vorlesungen, die sein 1947 verstorbener Lehrer Louis Jouvet im Kriegswinter 1940 im Pariser „Conservatoire de L'acteur" gehalten hat, nach dem Stenogramm seiner Proben des 4. Akts von Molières „Don Juan", in dem Elvira ihren zynischen Exgeliebten anfleht, sein Leben zu ändern, um der ewigen Verdammnis zu entgehen. Kurz bevor Jouvet seine Vorlesung hielt, wurde Laura, die junge jüdische Darstellerin der Elvira, von der Gestapo deportiert. Zum erstenmal nach 40 Jahren Regiearbeit steht Strehler hier wieder selbst auf den Brettern. Aber er mimt nicht etwa seinen Meister Jouvet; er spricht nur seine Worte, die seinen eigenen Erfahrungen und Überzeugungen entsprechen.

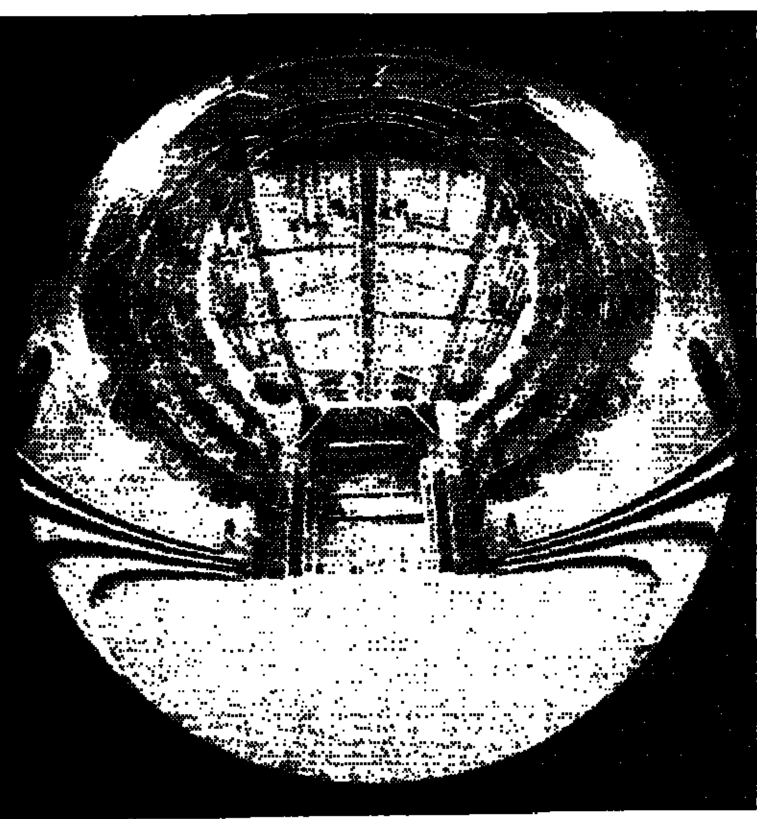
Wie eine Laienkirche wirkt der hohe Raum aus roten Ziegeln und der nackten Holzbalken oder wie eine Tenne, bereit die Ernte aufzunehmen. Es gibt hier keine Bühne. Die Handlung kann überall stattfinden. Die Schranken zwischen Schauspielern und Zuschauern sind aufgehoben. Das Publikum sitzt wie in einem Amphitheater auf gestaffelten Bänken im Halbkreis und auf schmalen vergitterten Emporen darüber. Dieser Raum ist streng, kahl und voll magischer Suggestion. Fachleute meinen, es sei das funktionellste und modernste Studiotheater der Welt. Als einziges Requisit, das an die Phantasiewelt des Theaters erinnert, hat der Bühnenbildner Ezio Frigerio barocke Pappwolken unter die Balken gehängt.

Ein Lichtkreis erhellt im Dunkeln den Stuhl, auf dem Strehler im obligaten schwarzen Rollkragenpullover aus Jouvets „Reflektionen eines Schauspielers" liest. Dann kommen seine Schüler und schauen zu, wie Claudia-Elvira siebenmal ihre Rolle probt – bis zum letzten „Jetzt bist du endlich Elvira" ihres Meisters. Wir erleben den Weg einer Schauspielschülerin vom linkischen Pathos bis zur mit echten Herztönen gelebten Person, der man jede Geste und jedes Wort glaubt.

Nur eine lange, mit Glühbirnen besetzte Leiste symbolisiert auf der kahlen Holzfläche die Bühne, auf der einer der besten italienischen Schauspielerinnen, Giulia Lazzarini, mit fast monströser Bravour die Anfängerin Claudia spielt. Liebevoll oder streng korrigiert von Jouvet-Strehler, hat sie Momente der Verzweiflung und Auflehnung und sagt: „Ich schaffe es nicht" – und versucht es doch wieder.

Zuweilen bricht Wirklichkeit dröhnend in die Proben ein mit Riesenprojektionen von Kriegswochenschauen auf der roten Ziegelwand: Brüllende Hitler-Reden, heulende Stukas, Bilder von der Besetzung von Paris. Die Proben gehen weiter, weil das Theater als Hort einer Menschlichkeit, die der Krieg zu vernichten droht, weiterleben muß. In der siebenten und letzten Probe tragen Don Giovanni und seine Häscher nicht mehr Federhüte und Degen. Stumm stehen sie, Zivilisten mit Hut und hochgeschlagenem Kragen an den Ecken. Sind das schon die Gestapo-Leute, die Laura verhaften wollen? Schluchzend fällt sie in die Arme ihres Lehrers, wenn die Lichter verlöschen. Strehlers letzte Worte: „Laura hat die Hölle überstanden und lebt als alte Frau in Paris." Auch das Theater wird alles überleben, wenn es gelingt, Jouvets Passion an die Generation zukünftiger Schauspieler weiterzugeben.

MONIKA v. ZITZEWITZ



Shakespeare läßt grüßen: Das neue Haus des Piccolo Teatro Studio
FOTO: LUIGI CIMINAGHI

AUSSTELLUNGSKALENDER

Baden-Baden: Die Landschaft – Kunsthalle (12.7.–14.9.)
Berlin: Bunzlauer Geschirr – Museum für Deutsche Volkskunde (13.7.–17.5.87)
Alf Lechner – Nationalgalerie (bis 17.8.)
Bielefeld: „Die Gegenwart in Farbe" – Kunsthalle (6.7.–31.8.)
Bremen: Lovis Corinth – Kunsthalle (bis 17.8.)
Darmstadt: Emilio Vedova – Kunsthalle (bis 3.8.)
Symmetrie in Kunst, Natur und Wissenschaft – Mathildenhöhe (bis 24.8.)
Dortmund: David Salle – Museum am Ostwall (bis 10.8.)
Düsseldorf: Torres-Garcia – Kunsthalle (bis 17.8.)
Eindhoven: Augenhöhe – Van Abbemuseum (bis 9.11.)
Essen: Barock in Dresden – Villa Hügel (bis 2.11.)
Fellbach: 3. Triennale Kleinplastik – Schwabenlandhalle (bis 10.8.)
Frankfurt: David Smith – Städel (bis 28.9.)
Was sind Fetische? – Museum für Völkerkunde (bis 31.12.)
Paul Klee und die Musik – Schirn (bis 17.8.)
Meisterwerke europäischer Malerei 1910–1960 aus dem Solomon R. Guggenheim Museum, New York – Schirn (bis 24.8.)
Hamburg: Eva und die Zukunft – Kunsthalle (11.7.–14.9.)
Hannover: Karikaturen und Cartoons aus der DDR – Wilhelm-Busch-Museum (bis 10.8.)
Heidelberg: Die Renaissance im deutschen Südwesten – Schloß (bis 19.10.)
Bibliotheca Palatina – Heiliggeistkirche (8.7.–2.11.)
Heilbronn: Rainer Kriester / Skulpturen, Zeichnungen – Deutschhof-Museum (4.7.–28.9.)
Hildesheim: Glanz und Untergang des alten Mexiko – Roemer- und Pelizaeus-Museum (bis 9.11.)
Kassel: Antike Bauten in Modell und Zeichnung um 1800 – Ballhaus (bis 5.10.)
Leverkusen: „Farbe-Zeichen-Figur" – Schloß Morsbroich (bis 16.11.)
Marl: „Nur Rost . . .?" – Skulpturenmuseum Glaskasten (6.7.–7.9.)
München: Große Kunstausstellung 1986 – Haus der Kunst (bis 14.9.)
Fernando Botero – Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung (4.7.–7.9.)
Auf der Suche nach dem goldenen Zeitalter – Neue Pinakothek (bis 10.8.)
Münster: Edward Ruscha – Kunstverein (bis 17.8.)
„Konstruktion und Geste" – Westfälisches Landesmuseum (13.7.–7.9.)
Nürnberg: Kunst der Gotik und Renaissance – Germanisches Nationalmuseum (25.7.–28.9.)
Offenbach: Eva Aschoff – Klingspor-Museum (bis 17.8.)
Paris: Qu'est–ce que la sculpture moderne? – Centre Pompidou (bis 13.10.)
Salzburg: Oskar Kokoschka / Welttheater – Rupertinum (bis 31.8.)
Stuttgart: Joannis Avramidis / Zeichnungen – Staatsgalerie (bis 10.8.)
Thunstetten/Langenthal, Schweiz: Stoffe & Räume – Schloß (bis 27.7.)
Zürich: Hans Arp und Hugo Ball – Kunsthaus (5.7.–7.9.)

JOURNAL

Senat beschließt Bau des Berliner Kulturforums

AP, **Berlin**

Der Berliner Senat hat den Bau eines Kulturforums auf einem 9000 Quadratmeter großen Gelände im Bezirk Tiergarten beschlossen. Baubeginn ist – nach der 750-Jahr-Feier Berlins – November 1987; 1989 soll das auf 51,4 Millionen Mark geschätzte Projekt fertiggestellt sein. Der Entwurf stammt von dem Wiener Professor Hans Hollein. Der Standort des Kulturforums wurde bereits in den fünfziger Jahren festgelegt und sollte eine Klammer zwischen den beiden Teilen Berlins in der Nähe des Potsdamer Platzes bilden.

Festschrift für Yehudi Menuhin

DW. **Bonn**

Im Anschluß an die Feier für Yehudi Menuhin zum 70. Geburtstag in der Godesberger Redoute (vgl. WELT v. 2. Juni) ist jetzt eine Festschrift für den Jubilar erschienen (Nomus Verlag, Baden-Baden, 115 S., 29 Mark). Der Band enthält Beiträge u. a. von WELT-Musikkritiker Klaus Geitel, von Peter Csobadi und Menuhins Sohn Gerard, wiederveröffentlichte Erinnerungen von Fritz Busch sowie die Gratulationsschreiben der politischen Prominenz zwischen Washington und Bonn.

Niederländische Malerei in der Neuen Pinakothek

dpa, **München**

Unter dem Motto „Auf der Suche nach dem goldenen Zeitalter" präsentiert die Neue Pinakothek in München bis zum 10. August niederländische Malerei aus der Zeit der Romantik. Die Ölgemälde, Aquarelle und Zeichnungen aus holländischen, belgischen, britischen und deutschen Museen sowie aus Privatsammlungen schließen eine kunsthistorische Lücke: Die Motive etwa eines Jan Weissenbruch in der nun gezeigten Schau erinnern an die wiederentdeckte Liebe zum Biedermeier.

Preis für australischen Dokumentarfilm

epd, **München**

Erster Träger des „One-Future"-Preises der evangelischen Interfilm-Jury ist der australische Dokumentarfilm „Half Life" (Halbwertzeit) von Dennis Olrourke. „Half Life" schildert – vorwiegend mit amerikanischem Archivmaterial – die Folgen von Atombombenversuchen im Pazifik. Die neue Auszeichnung soll künftig einmal jährlich für einen Film vergeben werden, der Fragen der Zukunftsgestaltung aufgreift.

Gemeinsam auf die ersten Plätze

AP, **Moskau**

Die 31jährige sowjetische Mezzosopranistin Natalia Jerasowa von der Oper in Perm (Ural) erhielt beim Moskauer Tschaikowsky-Wettbewerb den ersten Preis in der Sparte Gesang. Bei den Sängern teilten sich der Bariton Grigori Griziuk und der Bassist Alexander Morosow den ersten Preis. Im Geigenwettbewerb belegten Ilja Kaler (UdSSR) und Rafael Oleg (Frankreich) gemeinsam die Spitze.

Erinnerungen an Hauser und Wörlen

DW. **Passau**

An die Freundschaft zwischen den beiden Malern Carry Hauser (1895–1985) und Georg Philipp Wörlen (1886–1954) erinnert die Zeitschrift „Landstrich" (Michaelgasse 7, 8390 Passau) mit ihrer jüngsten Ausgabe. Das Heft enthält unveröffentlichte Abbildungen sowie Briefe, die die beiden Freunde gewechselt haben oder die sie von berühmten Zeitgenossen erhielten. Dazu kommt eine Dokumentation mit Zeitungsstimmen aus den zwanziger Jahren, als die beiden Künstler im Spannungsfeld zwischen Expressionismus und Neuer Sachlichkeit besondere Bedeutung hatten. Das Einzelheft (143 S., 51 Abb.) kostet 28 Mark.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Die schwüle Atmosphäre des amerikanischen Südens stellt den Hintergrund für Truman Capotes Erstlingswerk „Andere Stimmen, andere Räume" dar. Der Roman schildert die pubertären Nöte des dreizehnjährigen Joel Knox und seine Suche nach dem Vater, der in einem verfallenden Haus am Golf von Mexiko wohnt. Doch die anderen Bewohner des Hauses, skurrile, seltsame Menschen, wollen niemandem in das Zimmer des alten Mannes lassen. Eine „Atmosphäre namenloser Schrecken" erkannte die Kritik in dem 1948 veröffentlichten Roman, der den 23jährigen Capote über Nacht in die vordersten Reihen der amerikanischen Gegenwartsautoren katapultierte. no

Truman Capote: „Andere Stimmen, andere Räume", Ullstein, 174 Seiten, 6,80 Mark

US-Gericht: Sowjetunion muß zahlen

HELMUT VOSS, Los Angeles

„Wie buchstabiert man in der Sowjetunion Verleumdung?" Mit dieser Scherzfrage reagierte die amerikanische Zeitung „Herald Examiner" am Dienstag auf einen als beispiellos bezeichneten Urteilsspruch eines Bundesgerichts in Los Angeles. Das Gericht hat die Sowjetunion dazu verurteilt, dem in dem Moskauer Regierungsorgan „Iswestija" als Spion diffamierten US-Geschäftsmann Raphael Gregorian (56) Schadenersatz und andere Zahlungen in Höhe von mehr als 413 000 Dollar zu leisten.

„Das ist das erstemal, daß ein US-Bürger eine Beleidigungsklage gegen die Sowjetunion gewonnen hat", freute sich Gregorians Anwalt, Gerald Kroll, „ich weiß nicht, wie die Russen auf den Urteilsspruch reagieren werden, hoffe aber sehr, daß sie zahlen werden. Wir haben für alle Fälle bereits feststellen lassen, über welche Vermögenswerte sie in den USA verfügen."

Gregorian, ein gebürtiger Russe, der heute die amerikanische Staatsangehörigkeit besitzt, ist der Besitzer einer in Palo Alto bei San Francisco ansässigen Import- und Exportfirma, die die Sowjetunion vierzehn Jahre lang mit medizinischen Geräten wie künstliche Nieren und auch Apparaten zur Messung von Luftverschmutzung belieferte. Als die amerikanische Bundeskriminalpolizei FBI 1984 im Zusammenhang mit dem Spionagefall Miller zwei in Los Angeles ansässige Exilrussen, Nikolai und Swetlana Ogorodnikow, verhaftete, entzog die Sowjetunion Gregorian im Gegenzug die Lizenz, wies ihn aus und bezeichnete ihn in der „Iswestija" als Spion – zu Unrecht, wie er beteuert.

Gregorian will als Folge des Spionagevorwurfes seinen Ruf als Geschäftsmann verloren und so gewaltige Einbußen erlitten haben, daß er 20 Mitarbeiter entlassen mußte und heute nur noch ein winziges Büro im Keller seines Hauses hat. „Die mir zugesprochene Summe ist verglichen mit dem, was ich verloren habe, sehr klein", meinte er.

Bundesrichter David V. Kenyon sprach Gregorian 250 000 Dollar (rund 550 000 Mark) Schadenersatz wegen Rufschädigung zu und verurteilte die Sowjetunion außerdem dazu, ihm 163 165 Dollar (knapp 360 000 Mark) für gelieferte, aber nicht bezahlte Geräte zukommen zu lassen. Anwalt Krolls Aufgabe wird es jetzt sein, das Geld einzutreiben. Er hat bereits ein Auge auf die sowjetische Außenhandelsfirma Amtorg geworfen, die in den USA über beträchtliche Vermögenswerte verfügt. Darauf aufmerksam gemacht, daß in Los Angeles zur Zeit eine Austellung von Gemälden aus der Sowjetunion stattfindet, wehrte er aber ab: „So etwas würden wir nie beschlagnahmen lassen." (SAD)



Die Gruppe der zwölf Apostel aus der spätgotischen Martinskirche von Nienburg holte einst der Stadtbaumeister aus dem Schutt der Renovierung und stellte sie in seinem Garten auf. Seine Erben wollten sie jetzt bei Christie's in London versteigern lassen. Gerade noch zur rechten Zeit konnten Land, Stadt und Bürger die Figuren heimholen
FOTO: GERO SOMMERFELD



Die wundersame Rückkehr der zwölf Apostel nach Nienburg

Was Du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen". Den Bürgern der niedersächsischen Kreisstadt Nienburg an der Weser erschließt sich das geflügelte Goethe-Wort in diesen Tagen in aktuellem kulturpolitischem Sinn – und nicht ohne Ironie.

In gemeinsamer Anstrengung haben Stadtväter, heimische Mäzene, evangelische Kirche und das Land Niedersachsen mehr als 170 000 Mark aufgebracht, um eine 450 Jahre alte Zwölfergruppe sandsteinerner Apostelfiguren von hohem kunstgeschichtlichen Rang der Versteigerung im weltberühmten Londoner Auktionshaus Christie's zu entziehen und sie an ihren angestammten Platz in der Stadtpfarrkirche St. Martin zurückzuholen.

Die Geschichte um den drohenden Kulturgut-Verlust begann um das Jahr 1830, als die spätgotische Martinskirche renoviert wurde. Damals landeten die zwölf Plastiken auf dem Abrißschutt der ehemaligen Chorschranken. Die Zeitgenossen verkannten ihren Wert, vielleicht gefielen sie auch nicht mehr. Aufbewahrt hat sie der damalige Stadtbaumeister Emanuel Bruno Quaet-Faslem, eine lokale Berühmtheit, der das Nienburger Stadtbild maßgeblich prägte. Eineinhalb Jahrhunderte später boten seine Erben sie auf dem internationalen Kunstmarkt feil.

Als im April Christie's Auktionsangebot bekannt wurde, ging den Nienburgern auf, daß es höchste Zeit sei, den einst vertanen Gemeinbesitz der Stadt zurückzuerwerben. Doch der Appell an den Patriotismus der Eigentümer verfing erst mit Verzögerung. Die Stadt könne doch in London mitbieten, ließen die Apostelerben wissen. Immerhin nannte der Katalog einen Schätzwert von nahezu 200 000 Mark.

Doch als endlich, nach vielen Bitten, in Hannover der Landeskunstminister Johann-Tönjes Cassens den Nienburgern mit 30 000 Mark aus dem Staatssäckel beisprang, ließ Quaet-Faslems Ur-Ur-Ur-Enkel sich erweichen. Unter Verzicht auf einen Teil seiner Gewinnerwartung schlug er für 150 000 Mark ein. Weitere 25 000 Mark Rücktransport-Kosten übernahm ein Nienburger Geschäftsmann. Im frühen Herbst nun sollen die gestern heimgekehrten zwölf biblischen Figuren wieder Einzug in St. Martin halten. Und die Nienburger werden ihnen jene Ehren erweisen, die ihre Vorväter schuldig blieben.

Mittlerweile haben Kunstwissenschaftler herausgefunden, daß die Figuren mit Schöpfungen aus den Werkstätten eines Tilman Riemenschneider oder Veit Stoß vergleichbar sind. Der namentlich nicht bekannte „Meister von Osnabrück" hat die etwa 40 Zentimeter hohen Figuren um 1520 aus Sandstein für St. Martin zu Nienburg gemeißelt. Und der ist im Osnabrücker Diözesanmuseum mit sehr ähnlichen Heiligenfiguren als hochzuschätzender norddeutscher Meister der spätgotischen Skulptur ausgewiesen. Wer sonst in Niedersachsen, außer den Nienburgern, könnte da noch mithalten?

Für ihren spät erwachten Kulturstolz verweisen die Nienburger gern auf andere Beispiele: Was mit dem Rückerwerb des Evangeliars Heinrichs des Löwen oder des königlich-hannoverschen Münzkabinetts (WELT vom 29. 5.) begonnen wurde – die Rettung nationalen Kulturgutes vor dem Ausverkauf in die Fremde –, das müsse (in bescheidenerem Rahmen) einer Stadtgemeinde Vorbild sein. MICHAEL JACH

LEUTE HEUTE

Sportler-Ehrung

Bundesinnenminister **Friedrich Zimmermann** hat gestern 25 Sportler für ihre Leistungen mit dem Silberlorbeer und zehn Sportvereine mit der Sportplakette des Bundespräsidenten ausgezeichnet. Zu den in die Godesberger Redoute geladenen Sportlern gehören die Damenfußballmannschaft der SSG 09 Bergisch-Gladbach, die Ruderer **Norbert Keßlau, Volker Grabow, Jörg Puttlitz** und **Guido Grabow**, die Skiläufer **Markus Wasmeier, Hermann Weinbuch, Thomas Müller** und **Hubert Schwarz**, die Schwimmer **Rolf Beab, Thomas Lebherz** und **André Schadt**. Zimmermann nannte die Zahlen: 20 Millionen Bundesbürger sind in 60 000 Vereinen sportlich organisiert. Die gesellschaftliche Leistung der Vereine, so der Minister, könne man gar nicht hoch genug einschätzen.

Gipfel-Sprung

Premiere auf dem „Dach Europas": Zwei Fallschirmspringer aus Lyon eroberten zum ersten Mal den Gipfel des 4810 Meter hohen Montblanc aus der Luft. Die beiden Fallschirmspringer **Jean Pascal Oron** (39) und **Dominique Jacquet** (29) sprangen am Dienstag morgen in 6000 Meter Höhe aus einem Hubschrauber ab und landeten heil auf dem Gipfel.

Zwischenfälle mit betrunkenen Passagieren

Lufthansa beklagt Alkoholproblem / Keine Zweimotorigen auf der Nordatlantikroute

AP, Frankfurt

Als „riesiges Problem" bezeichnete der Leiter des Ärztlichen Dienstes der Deutschen Lufthansa, Lutz Bergau, den übermäßigen Alkoholkonsum an Bord bei Langstreckenflügen. Immer wieder gebe es Zwischenfälle mit betrunkenen Passagieren. Möglicherweise bekämpften viele Passagiere mit Alkohol ihre Flugangst, gab Bergau zu bedenken.

Die Lufthansa könne aber nicht auf das kostenlose Angebot alkoholischer Getränke in allen Klassen verzichten, sagte Marianne Arnold, die Sprecherin der Lufthansa in Frankfurt. Das Personal sei allerdings befugt, Fluggästen Alkohol zu verweigern, wenn diese mehr getrunken haben, als sie vertragen.

Bergau stellte auch den Essensgewohnheiten der Passagiere ein schlechtes Zeugnis aus: „Es wird an Bord von Flugzeugen zu viel und zu schwer gegessen." Er wollte nicht ausschließen, daß wegen Völlerei entstandene akute Kreislaufbeschwerden in der Vergangenheit bereits zu „Sicherheitslandungen" geführt haben könnten. Von 1979 bis 1984 gab es 45 solcher außerplanmäßigen Landungen wegen akuter Erkrankungen bei Passagieren. Jährlich gebe es etwa 900 „medizinische Zwischenfälle" an Bord von Lufthansa-Flugzeugen, davon 20 bis 30 schwere. „Vier bis höchstens sechs" Tote seien jährlich auf Flügen zu beklagen.

*

Die Deutsche Lufthansa wird auf den Einsatz zweimotoriger Flugzeuge auf der Nordatlantikroute verzichten. Diesen Beschluß faßte der Vorstand des Unternehmens am Dienstag in Frankfurt. Computer-Simulationen haben zwar keine Sicherheitsprobleme mit zweimotorigen Flugzeugen ergeben, doch wäre die Pünktlichkeit von Flügen eingeschränkt. Die Pilotenvereinigung Cockpit begrüßte diese Entscheidung.

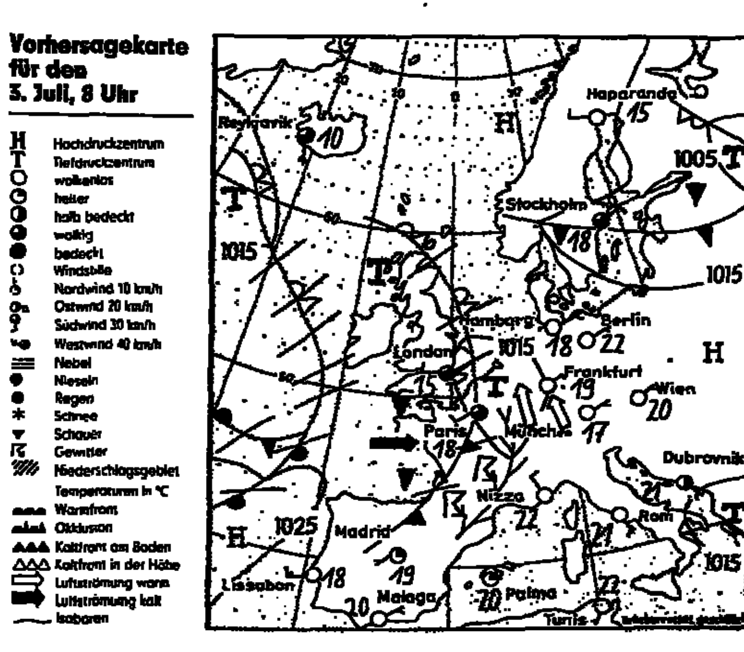
WETTER: Heiß, später Gewitter

Lage: Ein Gewittertief erfaßt von Frankreich her Deutschland. Es führt auf seiner Vorderseite heiße und schwüle Meeresluft heran.

Vorhersage für Donnerstag: Zunächst sonnig. Am Nachmittag im Westen und Südwesten, am Abend und in der Nacht auch im übrigen Deutschland aufkommende Quellbewölkung und nachfolgend zum Teil kräftige Gewitter, die örtlich von Hagel begleitet werden können. Temperaturen 30 bis 34, nachts 19 bis 14 Grad. Von Gewitterböen abgesehen schwachwindig.

Weitere Aussichten: Anfangs im Osten noch bewölkt mit einzelnen Schauern, sonst bei lockerer Bewölkung niederschlagsfrei, um 24 Grad.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.12 Uhr*, Untergang: 21.41 Uhr; **Mondaufgang:** 2.34 Uhr, Untergang: 19.59 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:											
Berlin	29	he	Lübeck	27	wl	Faro	27	he	Ostende	20	he
Bielefeld	28	he	Mannheim	29	he	Florenz	28	he	Palermo	28	he
Braunlage	24	bw	München	28	he	Genf	27	he	Paris	28	he
Bremen	29	he	Münster	28	wl	Helsinki	21	bw	Peking	27	bw
Dortmund	29	he	Norderney	19	Ne	Hongkong	32	bw	Prag	26	he
Dresden	28	he	Nürnberg	28	he	Innsbruck	25	he	Rhodos	28	he
Düsseldorf	30	wl	Oberstdorf	24	he	Istanbul	28	he	Rom	27	he
Erfurt	27	he	Passau	26	he	Kairo	30	he	Salzburg	27	he
Essen	27	he	Saarbrücken	28	he	Klagenfurt	25	he	Singapur	31	bw
Feldberg/S.	18	he	Stuttgart	27	he	Konstanza	21	bw	Split	27	bw
Flensburg	25	he	Trier	29	he	Kopenhagen	25	wl	Stockholm	21	bw
Frankfurt/M.	29	he	Zugspitze	7	IW	Korfu	25	he	Straßburg	28	he
Freiburg	27	he	**Ausland:**			Las Palmas	23	he	Tel Aviv	29	he
Garmisch	24	he	Algier	28	he	Leningrad	19	bd	Tokio	23	bd
Greifswald	27	wl	Amsterdam	27	he	Lissabon	25	he	Tunis	28	he
Hamburg	27	wl	Athen	28	he	Locarno	28	he	Valencia	29	wl
Hannover	29	he	Barcelona	26	he	London	24	he	Varna	25	bw
Kahler Asten	22	he	Belgrad	24	bw	Los Angeles	18	he	Venedig	28	bw
Kassel	28	he	Bordeaux	29	he	Luxemburg	28	he	Warschau	26	he
Kempten	24	he	Bozen	25	bw	Madrid	29	he	Wien	28	he
Kiel	25	wl	Brüssel	28	he	Mailand	28	he	Zürich	25	wl
Koblenz	28	he	Budapest	27	he	Malaga	29	he			
Köln-Bonn	28	he	Bukarest	20	bd	Mallorca	30	he			
Konstanz	25	he	Casablanca	25	he	Moskau	17	he			
Leipzig	28	he	Dublin	18	bw	Neapel	30	he			
List/Sylt	17	bw	Dubrovnik	25	he	New York	21	R			
			Edinburgh	19	bw	Nizza	28	he			
						Oslo	22	he			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Luftschiff „Heli-Stat" bei Testflug abgestürzt – Rotoren in Brand geraten – Ein Toter, vier Verletzte



Minuten nach dem Absturz. Steil ragen die beiden Enden des Luftschiffs „Heli-Stat" in die Höhe. Dichte Rauchschwaden wehen über das Feld bei Lakehurst (rechts). Konstrukteur Frank Piasecki (links vor dem Start) hatte das ungewöhnliche Fluggerät im Auftrag der US-Forstbehörde gebaut.
FOTOS: AP

In Lakehurst schlug das Schicksal wieder zu

SAD, New York

Unweit der Stelle, wo im Mai 1937 der Zeppelin „Hindenburg" in Flammen aufgegangen war und 36 Menschen in den Tod gerissen hatte, ereignete sich am Dienstagabend ein ähnliches Unglück.

Bei einem Testflug in Lakehurst (New Jersey) geriet das Luftschiff „Heli-Stat" in Brand und stürzte aus einer Höhe von 13 Metern ab. Ein Besatzungsmitglied kam dabei ums Leben, vier weitere trugen Verletzungen davon.

„Heli-Stat" wurde von der „Piasecki Aircraft Corporation" im Auftrag der amerikanischen Forstbehörde „U.S. Forestry Service" gebaut. Das merkwürdige 105 Meter lange Riesenluftschiff wird von vier Hubschrauber-Rotoren angetrieben. Es sollte beim Abholzen unzugänglicher Gebiete eingesetzt werden. Nach offiziellen Angaben gerieten die beiden hinteren Rotorkörper in Brand. Das Luftschiff sackte nach hinten ab und stürzte zu Boden.

In jedem der schwanzlosen Hubschrauber saß ein Mitglied der Mannschaft. Die Hubschrauber sind jeweils an einer der vier Ecken eines großen Stahl-Rahmens befestigt, in dessen Mitte sich der heliumgefüllte Rumpf des Luftschiffes befindet, der den für schwere Lasten nötigen zusätzlichen Auftrieb gibt. „Heli-Stat" wurde von Frank Piasecki entwikkelt. 1979 wurde mit dem Bau des Fluggeräts in Lakehurst begonnen. Im März 1985 hatte das Luftschiff zum ersten Mal Probeflüge vor Publikum absolviert.

Der Bau des Luftschiffes hat bisher 24 Millionen Dollar verschlungen, und offizielle Stellen schätzten vor dem Unglück, daß die Gesamtkosten sich auf rund 34 Millionen Dollar belaufen würden.

Berliner Polizei sucht einen falschen Kameraden

DIETER DOSE, Berlin

Er ist freundlich, hilfsbereit – aber gefährlich. Seit sieben Jahren jagt die Berliner Kripo einen falschen Polizisten. Als Trickdieb hat er bisher rund eine Million Mark Beute gemacht. Schmuck und Bargeld. Nicht weniger als 200 unaufgeklärte Fälle dürften auf sein Konto gehen.

Der große Unbekannte tritt in Polizeiuniform auf. Seine Opfer sind fast ausschließlich ältere Menschen, meist zwischen 70 und 90 Jahre alt. „In diesen Generationen ist der Polizist noch Respektsperson, der man uneingeschränktes Vertrauen schenkt", sagt Kriminalhauptkommissar Huwe. Fast problemlos öffnen sich für den Mann in Uniform die Wohnungstüren. Nur ganz wenige Hinweise gibt es, daß er irgendwann mal abgewiesen worden ist.

Viel weiß die Kripo über den Trickdieb nicht. Etwa 40 Jahre alt, fülliges Gesicht, 1,75 m groß. Ein Phantombild von ihm gibt es schon seit einem Jahr, aber die Fahndungserfolge sind gleich Null. Verschiedentlich ist sogar der Verdacht aufgetaucht, daß es gar kein falscher, sondern ein echter Polizist auf kriminellen Abwegen ist. „Natürlich haben wir auch in diese Richtung ermittelt, doch dafür gibt es keine Erkenntnisse."

Die Uniform hat er stets in einer Plastiktüte bei sich. In dunklen Fluren oder Kellerräumen zieht er sich um, bevor er seine Opfer aufsucht. „Er vermeidet es möglichst, sich in Uniform auf der Straße sehen zu lassen", haben die Fahnder des Raubdezernates festgestellt. Sein „Tätigkeitsfeld" erstreckt sich über alle Stadtteile, lediglich in Trabantenstädten wie dem Märkischen Viertel im Berliner Norden ist der falsche Polizist bisher noch nicht aufgetaucht.

Ein weiteres Merkmal, so seine Opfer bei der Vernehmung: Er wendet nie Gewalt an, noch bedroht er die ihm körperlich weit unterlegenen alten Menschen. Die Uniform öffnet ihm die Türen, sein Vorwand ist plump, aber erfolgreich: „In der Nachbarschaft ist eingebrochen worden, deshalb habe ich ein paar Fragen an Sie." Mit diesen Worten verschaffte er sich bei seinem letzten Opfer, einer 76jährigen Frau, Einlaß. Es gelang ihm, während der „Befragung" die Frau abzulenken und aus einem Schrank mehrere tausend Mark und einen Brillantring zu stehlen.

Über 200 Mal hat er so Erfolg gehabt. Am häufigsten mit dem Argument, in Sachen eines Einbruchs zu ermitteln, manchmal um dem Opfer Ratschläge zu erteilen, wie sie ihr Geld besser und sicherer aufbewahren können. Auch das „Glas Wasser", mit dem Trickdiebe aller Schattierungen ihre Opfer ablenken, hat der falsche Polizist schon mit Erfolg ins Spiel gebracht. „Wir vermuten, daß er die Opfer auf der Straße und in Geschäften beobachtet und ihnen dann folgt", berichtet Hauptkommissar Huwe. „Ob er dann gleich zur Tat schreitet oder erst später wiederkommt, wissen wir nicht." Sein ältestes Opfer war eine 98jährige Frau.

Trickdiebstähle – so die Kriminalstatistik – sind allgemein im zunehmen. Aber so frech wie der Unbekannte geht selten einer vor. Obwohl er häufig gestohlene Schecks bei Banken eingelöst hat und Kontakte zu Hehlern haben muß, um den geklauten Schmuck zu Geld zu machen, gibt es trotz intensiver Ermittlungen keine heiße Spur. „Wenn wir den Mann gefaßt haben, atmen wir alle auf", sagt Hauptkommissar Huwe. Wie ein Phänomen taucht der Täter auf und verschwindet wieder.

Zu leicht machen es ihm die Opfer. Bisher hat sich noch niemand den grünen Dienstausweis zeigen lassen, den jeder Berliner Polizist besitzt. Schließlich trägt er Uniform . . .

Die Hitze wird mal Pause machen

AP, Frankfurt

Eine Pause in der Hitzewelle haben die Meteorologen gestern angekündigt: Nach einem Temperatursturz sollen die Werte am Freitag nur noch um 20 Grad liegen, am Samstag aber schon wieder ansteigen. Davor wird es vorübergehend schwül-warm werden, es soll heftig gewittern.

Heute soll das Thermometer sogar auf 34 Grad steigen. Am Nachmittag werden von Westen her schwere Gewitter mit kräftigen Böen erwartet. Am Freitag ist mit Regenfällen zu rechnen bei Temperaturen um 20 Grad. Doch schon am Samstag soll man sich wieder auf überwiegend heiteres Wetter einstellen können. In vielen Städten melden die ärztlichen Notfalldienste wegen der anhaltenden Hitze mehr Einsätze. Vor allem wegen Schwächeanfällen, Asthma und Kreislaufproblemen mußten die Notärzte in Aktion treten.

Mit Fäusten erschlagen?

dpa, Bonn

Mit den bloßen Fäusten will ein 15 Jahre alter Schüler nach einem Kirmesbesuch am Dienstag abend einen 47jährigen kaufmännischen Angestellten erschlagen haben, der ihn angeblich sexuell belästigte. Die Leiche des Mannes war in der Beueler Rheinaue entdeckt worden. Die Beamten nahmen den Schüler als Tatverdächtigen fest. Er hatte Passanten gebeten, die Polizei zu benachrichtigen.

Familie erschossen

dpa, Wolfenbüttel

Ein 37 Jahre alter Forstoberrat aus Erkerode (Kreis Wolfenbüttel) hat am Dienstag seine 36 Jahre alte Frau, seine drei Söhne im Alter von drei, sieben und neun Jahren und dann sich selbst erschossen. Wie die Polizei gestern mitteilte, waren Freunde des Ehepaares stutzig geworden, als sie von der Familie nichts hörten. Als Tatmotiv werden eheliche Schwierigkeiten vermutet.

BASF muß zahlen

dpa, Bonn/Zweibrücken

In zweiter Instanz haben die Stadtwerke Bonn eine Grundsatzklage gegen kommerzielle Wasserverschmutzer des Rheins gewonnen: Das Oberlandesgericht Zweibrücken hat gestern die Berufung des Chemiekonzerns BASF gegen ein Urteil des Landgerichts Frankenthal verworfen, nach dem das Unternehmen dem kommunalen Wasserlieferanten Schadensersatz für Trinkwasseranalysen in Höhe von 5136 Mark zahlen muß. Die Zweibrücker Richter haben wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Urteils Revision beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe zugelassen. BASF hatte Ende Dezember 1983 rund 500 Kilo eines giftigen Abfallprodukts aus der Kunststoffherstellung in den Rhein geleitet.

Gefährliche Klimmzüge

rtr, Frankfurt

Den Passanten in der Seilerstraße in der Frankfurter Innenstadt fuhr gestern morgen der Schreck in die Glieder: Ein fünfjähriger Junge veranstaltete in rund zehn Meter Höhe Klimmzüge am Fenstersims der im vierten Stock gelegenen elterlichen Wohnung. Der Klettermaxe hatte kurz nach sieben Uhr, als die Mutter das Haus verlassen hatte, mit dem gefährlichen Spiel begonnen und wollte auch auf gutes Zureden der Polizei hin nicht damit aufhören. Erst die Feuerwehr brachte das Kind mit einer Leiter in Sicherheit.

Viele Kinder haben Angst

dpa, Münster

Immer mehr Kinder klagen über „diffuse Gefühle von Angst", Depressionen und psychosomatische Beschwerden. Das hat die Pressestelle der Caritas, die in der Diözese Münster 33 Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unterhält, gestern mitgeteilt. Häufigster Grund für Besuche waren soziale Probleme wie Aggressionen und Hemmungen, emotionale Schwierigkeiten wie Schüchternheit und Beziehungskonflikte.

Blinder fuhr betrunken

AP, Louisville

Den 34 Jahre alten blinden William Bowen erwischte die Polizei in Louisville (US-Bundesstaat Kentucky), wie er zu später Stunde in Schlangenlinien durch die Stadt fuhr. Die Polizisten hielten den Wagen an und forderten Bowen auf, sich einem Alkoholtest zu unterziehen. Bowen erwiderte, daß sein Hund „Bud" auf dem Beifahrersitz als Navigator fungiert und ihm durch Bellen die Farbe der jeweiligen Ampel angezeigt habe. Bowen wurde wegen Fahrens unter Alkoholeinfluß und ohne gültigen Führerschein zu 30 Tagen Freiheitsstrafe verurteilt, die mit der Untersuchungshaft als verbüßt gilt.

ZU GUTER LETZT

„Nun ist es amtlich! Nach 38 Jahren Büroschlaf und einem Jahr Probepensionierung kommt unser Vater endlich zu Hause ans Arbeiten. Pa, wir wünschen Dir einen langen und gesunden Unruhestand im Kreise Deiner Lieben" – Kleinanzeige im „Bonner Generalanzeiger"